REKONSTRUIERTE TEXTAUSGABE

analyse & kritik

Nr. 414 · 7.5.1998

Diese Ausgabe ist kein Scan des gedruckten Heftes. Sie rekonstruiert die Ausgabe aus den born-digital HTML-Dateien der CD-ROM akArchiv.5. Titel, Rubriken, Autorinnen- und Autorenangaben sowie Volltexte wurden aus der gesicherten CD-Quelle übernommen.

Umfang: 47 HTML-Quelldateien. Die ursprünglichen Dateinamen und CD-Quellpfade werden bei jedem Eintrag ausgewiesen. Vorhandene oder künftig aufgefundene Faksimile-Scans bleiben eigenständige Primärdigitalisate.

Quelle: akArchiv.5, lokale verifizierte CD-Sicherung · Fassung 9. August 2026

Inhalt

1. Trau keinem unter 30!
2. Wir tauchen auf! Schiffstour kurdischer Flüchtlinge nach Düsseldorf - Gerhard Klas
3. Einladung zu einem Ratschlag anläßlich G-7 und EU-Gipfel in Köln im Juni 1999 - ila u.a.
4. Berlin streicht Gelder für Beratungszentrum für Überlebende des Holocaust - G. Hoffmann
5. Frankreichs dunkle Seite. Der Front National und seine Vorläufer - Buchvorstellung - Js.
6. Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt
7. Brauner Sumpf in Sachsen-Anhalt. Mit 13% zieht die DVU ins Magdeburger Parlament ein - ari
8. Was ist die Deutsche Volksunion? Gerhard Freys Millionen, seine Zeitungen und die Wahlerfolge der DVU - ES, Hamburg
9. Stiefelnazis in Leipzig. AntifaschistInnen behindern Kundgebung am 1. Mai - ari
10. Naziüberfall in Tostedt. Ergebnis der akzeptierenden Arbeit mit rechten Jugendlichen? - ari
11. Blut, Schweiß und Ökosteuer - Kt.
12. Abschied vom Protestant State. Die Belfaster Vereinbarung - ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung - D. Schulze-Marmeling
13. Warum ist der Widerstand gegen den geplanten Castor-Transport notwendig, obwohl das AKW Rheinsberg abgerissen werden soll?
14. Wahlgeschenk: Ein neues Atomkraftwerk für Greifswald? - Wolfgang Ehmke
15. Castoren aus Rheinsberg - DSe
16. Pfingsten in Osnabrück - European Peace Congress - Vo
17. Neue Nato - neue Kriege? Eine antimilitaristische Pflichtlektüre - Vo
18. Die bösen Kinder des Kapitalismus. "Jugendgewalt" - nur ein Medienphänomen? - Js.
19. Arbeiter-Selbstorganisation in der Revolution von 1848 - Vo
20. Der Besuch des alten Herrn. Nachlese zur Papstvisite in Kuba - efa
21. Alte Feindschaft rostet doch. Kurzer Rückblick auf das Verhältnis von Staat und Kirche in Kuba - efa
22. Fidel Castro verabschiedet Seine Heiligkeit (Dokumentation)
23. "Wer für das Leben kämpft ..." Prominenter Menschenrechtler ermordet - Maria Margarita Daza, Tom Kucharz
24. "Wir verlangen Respekt ..." Indígenas über den Kampf gegen Erdölförderung (Interview mit R.A. Cobaria und E.T. Uncaria)
25. Solidarisch - vereint - demokratisch! Interview mit Léon Cremieux von der französischen Basisgewerkschaft SUD - ak/FSK
26. Flügelschlagen in der Linkskoalition. Repressive Innenpolitik und Öffnung des PCF nach links - Bernhard Schmid
27. Vergewaltigung in Polizeihaft. Hilfsprojekt in der Türkei legt Zwischenbericht vor
28. Mit Arbeitszwang zum "Wohlfahrtsstaat". Tony Blairs New-Labour-Regierung verspricht die "Abschaffung der Armut" - ch.
29. Wie, wohin, warum? Perspektiven der Erwerbslosenproteste - Andreas Dallmann, Stephan Schulte, Rainer Timmermann - ALSO
30. Kombi-Lohn, ein trojanisches Pferd. Bundesregierung bereitet Sozialhilfekürzung vor - Guido Grüner
31. Zur Kritik des grünen Grundsicherungsmodells - Heiko Groen
32. Neue Arbeit braucht das Land! Zum neuen Boom der Ehrenamtlichkeit - Dk
33. Was bringt das MAI den Frauen? Anmerkungen zum Investitionsabkommen aus ökofeministischer Sicht - Maria Mies
34. Johannes Agnoli über herrschende Politik und linke Emanzipationsstrategien (Interview)
35. "Rassenkunde" an der Universität Hamburg. Von "Negern", Juden und "Gewohnheitsverbrechern" - ari
36. Dokumentation der Auflösungserklärung der RAF: "Die Stadtguerilla ist nun Geschichte" - RAF

37. Eine (unvollständige) Chronik der RAF - ga.
38. Immunität - das Sahnehäubchen für EUROCOPS - Ulla Jelpke, Mark Holzberger
39. Gernika und die Geschichtsfälscher. ARDMagazin unterstützt rechte "Entmythologisierer" - Hubert Brieden
40. Quelldatei 15.htm
41. Quelldatei 36.htm
42. Quelldatei 38.htm
43. Quelldatei 41-bu.htm
44. Blinde Passagiere
45. Der mit dem Papst tanzt
46. Investorenfreiheit gegen Frauenrechte
47. Ulrich Beck und die "soziale Frage"

1. Trau keinem unter 30!

Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/dvu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:dvu

12,9% für die DVU in Sachsen-Anhalt - bisheriger Rekord für die Rechtsextremen bei einer deutschen Landtagswahl. Das Ergebnis wurde mit gebührender Aufregung wahrgenommen und kommentiert. Parteichef Frey wird sich über die kostenlose Reklame in allen Medien sehr gefreut haben, und wenn die DVU-WählerInnen gehofft hatten, wenigstens einmal im Leben als politische Stimme ernstgenommen zu werden, so sind sie zweifellos reichlich auf ihre Kosten gekommen.

Fast 13 Prozent für eine Partei, die bundesweit (nach Verfassungsschutz- Schätzung) ganze 15.000 Mitglieder hat, von denen wahrscheinlich nur eine winzig kleine Minderheit aktiv ist und die im Kern nicht mehr ist als das aufwendige Hobby eines geltungssüchtigen Millionärs, das ist schon ein Phänomen. Vermutlich nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Die DVU ist als Organisation nicht präsent, in der alten BRD nicht, und schon gar nicht in Sachsen-Anhalt. Ihre Kandidaten dort sind sprachlose Niemande, und man hätte wahrscheinlich mit gleichem Erfolg auch einen Deutschen Schäferhund oder sogar einen Yorkshire-Terrier nominieren können, falls die Gesetze das zulassen würden.

Wenn eine Protestwahl dadurch definiert wird, daß die Wählenden keineswegs den Wunsch verspüren, die Partei ihrer Wahl an der Regierung zu sehen, dann ist das DVU-Ergebnis ganz sicher eine Protestwahl par excellence. Letzte Zweifel beseitigt das Erststimmen-Ergebnis, das zustande kam, weil die DVU keine Direktkandidaten aufgestellt hatte: Fast die Hälfte aller DVU-Wähler vergab ihre Erststimme an PDS und SPD.

Protestwahl ja, aber Protest wogegen? Die DVU bot nichts weiter als die stupidesten Schuldzuweisungen an "die Ausländer", die für alle Probleme der ostdeutschen Bevölkerung verantwortlich sein sollen. Und das kennzeichnet die Wahl in Sachsen-Anhalt als triste Kulturschande: Dieses Angebot reichte 13% der WählerInnen! Reichte insbesondere Jugendlichen und Menschen unter 30, von denen ungefähr jeder Dritte für die DVU votiert hat. Dies als Protestwahl zu interpretieren, ist höchstens die halbe Wahrheit. Vor allem sind die Stimmen für die DVU Ausdruck gnadenloser, gefährlicher Dummheit, die zu noch schlimmeren Befürchtungen für die Zukunft Anlaß gibt.

Dennoch muß der weit verbreiteten Ansicht widersprochen werden, als bestünde das Problem des Rechtsextremismus hauptsächlich in spektakulären Wahlergebnissen.

Die rechtsextremen Neigungen in erheblichen Teilen der Bevölkerung, manchmal verbunden mit rassistischer Gewaltbereitschaft, sind unabhängig von der individuellen Entscheidung am Wahltag ständig vorhanden. Wahlergebnisse wie das in Sachsen-Anhalt sind dafür ein aussagekräftiger Indikator, aber nicht wesentlich mehr.

Als politische Größe würde der Rechtsextremismus in Deutschland erst wirklich bedrohlich werden, wenn er sich erstens organisatorisch ausbreiten und stabilisieren könnte, und wenn er zweitens die Verknüpfung von nationalistisch-rassistischer Hetze einerseits und sozialer Demagogie andererseits in den Griff bekämen.

Ein wesentliches Defizit scheinen die Rechtsextremen nach der Wahl in Sachsen-Anhalt überwinden zu können: ihre organisatorische Zersplitterung in diverse Parteien und Grüppchen mit persönlich verfeindeten "Führern". Der frühere REP-Vorsitzende Schönhuber will Freys Angebot annehmen, als "Spitzenkandidat" der DVU in den Bundestagswahlkampf zu ziehen. Daraus könnte eine gefährliche Sogwirkung auch auf Teile der REPs und andere rechte Gruppierungen entstehen.

2. Wir tauchen auf! Schiffstour kurdischer Flüchtlinge nach Düsseldorf

Autor: Gerhard Klas · Rubrik: Ausländer- und Asylpolitik; Aktionen / Veranstaltungen; Kurdistan · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/31.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:31

Ereignisreiche Tage für die über 130 illegalisierten Flüchtlinge im Kirchenasyl und ihre Unterstützer: mit allerhand Prominenz, unter ihnen der Schriftsteller Günter Wallraff und die Schauspielerin Renan Demirkan, fuhr am 24. April ein von der Kampagne "Kein Mensch ist illegal" angemietetes Schiff unter dem Motto "Wir tauchen auf" von Köln nach Düsseldorf. Dort empfingen zahlreiche Unterstützer die fast 400 Passagiere. Gemeinsam zogen sie zum nordrhein-westfälischen Landtag und Innenministerium. Einen Tag später begleitete die Kampagne eine Gruppe von 20 Illegalisierten aus Köln zu einem weiteren Wanderkirchenasyl nach Bielefeld. (siehe ak 413)

"Wir brauchen einen langen Atem" lautete das Resümee der Delegationen, die im Landtag und Innenministerium vorsprachen. Einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik betraten illegalisierte Flüchtlinge in Begleitung von Pfarrern, Rechtsanwälten und Menschenrechtsorganisationen die Höhle des Löwen, das Innenministerium in Düsseldorf. Außer 5.500 Solidaritätserklärungen wurde dort Material zur Menschenrechtssituation in der Türkei und zu angeblichen Fluchtalternativen im Inland der Türkei überreicht. Auf diesem Wege sollte Innenminister Franz-Josef Kniola (SPD) die Informationen erhalten, die ihm wegen der kurzfristigen Absage seiner ursprünglich im April geplanten Delegationsreise durch die türkische Regierung entgangen sein könnten.

"Trotz der großen öffentlichen Unterstützung für das Anliegen der Flüchtlinge lassen die politisch Verantwortlichen in Düsseldorf und Bonn bisher keine Bereitschaft erkennen, die menschenrechtswidrigen Abschiebungen in die Türkei zu beenden", erklärt die Kampagne "Kein Mensch ist illegal". Im Gegenteil würden noch immer abgelehnte Asylbewerber nach Istanbul abgeschoben, obwohl ihnen dort weitere Verfolgung drohe. Als Beispiel nennt die Kampagne die jüngst stattgefundene Abschiebung von Süleyman Yadirgi, der in der evangelischen Gemeinde Köln-Deutz Zuflucht gefunden hatte. Er war in der Türkei umgehend festgenommen worden.

Um den Protest auszuweiten, machten sich am Samstag (25.4.) 20 Flüchtlinge gemeinsam mit Unterstützern nach Bielefeld auf. Auf ihrem Weg besuchten sie den Landesparteitag der Grünen in Gütersloh, um dort ihre Forderung nach Unterstützung für einen Abschiebestopp vorzubringen. In Bielefeld haben die kurdischen Flüchtlinge in insgesamt drei evangelischen Gemeinden Zuflucht gefunden.

Einige Tage zuvor - am Dienstag, dem 21.4. - verhaftete die Kölner Polizei drei minderjährige Kinder kurdischer Familien aus dem Kirchenasyl. Sie fielen den Beamten bei einer Routinekontrolle in die Hände. Mit der Begründung, sie seien wegen abgelaufener Asylanträge zur Festnahme und Abschiebung ausgeschrieben, wurden sie mehr als acht Stunden von der Polizei festgehalten. Den Kindern wurde ihr Recht auf ein Telefonat verweigert. Auf Anweisung des Leiters des Kriminalkommissariats 52, Lothar Schumacher, wurden die Eltern der Kinder nicht über deren Verhaftung und Verbleib benachrichtigt. Die Verhaftung wurde nur durch einen Zufall bekannt, als einer der Väter die drei Kinder in einem Polizeitransporter auf dem Weg zur Hauptwache erblickte.

Um 23 Uhr gelang es einem Anwalt und einer Pfarrerin mit Unterstützung von etwa 100 Demonstranten, die zwei älteren Kinder - der jüngste war zwischenzeitlich einem Kinderheim "zugeführt" worden - aus dem Präsidium herauszuholen. Nach Angaben der Kampagne hatte der diensthabende Beamte der Nachtschicht ein Einsehen und stellte einen Kontakt zu seinem Vorgesetzten Schuhmacher her. Gegen Mitternacht wurden die beiden Kinder entlassen.

Gerhard Klas

3. Einladung zu einem Ratschlag anläßlich G-7 und EU-Gipfel in Köln im Juni 1999

Autor: ila u.a. · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Aktionen / Veranstaltungen · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/33.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:33

INFORMATIONSSTELLE LATEINAMERIKA (ILA) - INTERNATIONALE ÄRZTE FÜR DIE VERHÜTUNG DES ATOMKRIEGS (IPPNW) AK "SÜD-NORD" - KAIROS EUROPA MEDICO INTERNATIONAL - NETZWERK FRIEDENSKOOPERATIVE - NRO-FRAUENFORUM - PFARRER KURT-WERNER PICK, KÖLNER NETZWERK "KEIN MENSCH IST ILLEGAL" - TERRE DES HOMMES - WELTWIRTSCHAFT, ÖKOLOGIE & ENTWICKLUNG (WEED)

Einladung

zu einem Ratschlag über Aktionen anläßlich von G-7- und EU-Gipfel

in Köln im Juni 1999

Datum: 27. Mai 1998, 17.00 - 21.00 Uhr

Ort: Köln, Gemeindesaal der Antonitergemeinde

Bonn, 23.4.1998

Liebe Freundinnen und Freunde,

vom 18.-20. Juni 1999 wird in Köln der G-7-Gipfel, die jährliche Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs der sieben größten Industriestaaten, stattfinden. 14 Tage vorher, vom 4.-6. Juni, wird unter deutschem Vorsitz der EU-Gipfel ebenfalls in Köln abgehalten. Genau zwischen den beiden Gipfeln, am 13. Juni, findet die Wahl zum Europaparlament statt.

Der 99er G-7 wird der letzte Gipfel in diesem Jahrhundert und von daher in besonderem Maße symbolisch aufgeladen sein. Überdies werden Aktionen in Köln 1999 möglicherweise auf dem Hintergrund einer neuen Regierungskonstellation in Bonn stattfinden.

Es bietet sich an, die beiden Ereignisse zur öffentlichkeitswirksamen Artikulation emanzipatorischer Alternativen zur herrschenden Politik zu nutzen.

Zum diesjährigen G-7 in Birmingham bereitet ein breites Bündnis britischer Organisationen einen großen Alternativgipfel ("Peoples Summit") sowie Massenaktionen auf der Straße vor.

Um die Handlungsmöglichkeiten für Köln 1999 zu sondieren, laden die o.a. Organisationen zu einem Treffen mit Ratschlagcharakter am 27. Mai in Köln, im Gemeindesaal der Antonitergemeinde, Antoniterstr. 14-16 ein. Das Treffen soll um 17.00 Uhr beginnen und ca. 21.00 Uhr beendet sein.

Die einladenden Organisationen haben außer der Initiative zu diesem ersten Treffen keine weiteren gemeinsamen Vorstellungen entwickelt. Ob es zu Aktionen im Juni 1999 kommt und wenn ja in welcher Form, sollt auf dem Treffen am 27. Mai und in einem evtl. sich daraus ergebenden Prozeß, geklärt werden.

Die Veranstaltung ist öffentlich, und die vorliegende Einladung kann gerne weitergegeben werden.

Vorschlag für eine mögliche Tagesordnung

1. Begrüßung / Eröffnung

2. Formalien (Tagungsleitung, Beschlußfassung über Tagesordnung, Protokoll)

3. Vorstellungsrunde

4. Information über:

a. G-7- und EU-Gipfel / b. lokale Situation in Köln

5. Politische Diskussion

a. inhaltliche Schwerpunkte / b. Verhältnis G-7- zu EU-Gipfel

c. Aktionen / d. bündnispolitische Prinzipien

(z.B. Umgang mit politischen Parteien)

6. Verfahren zur Erstellung eines Aufruftextes

7. Arbeitsstrukturen

(Bildung eines arbeitsfähigen Koordinationskreises, dessen Mandat etc.)

8. Finanzen

9. Termine, Sonstiges

Die Koordination für das Zustandekommen dieser Einladung haben Werner Rätz (ila) und Peter Wahl (Weed) übernommen.

Beide stehen bis zum 27. Mai für Rückfragen zur Verfügung (W. Rätz: 0228-212222; Peter Wahl: c/o WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13, 53111 Bonn, Tel. 0228-766130, Fax 0228-696470, e-mail: weed@bonn.comlink.apc.org)

Wegbeschreibung: Die Tagung findet im Gemeindesaal der Antonitergemeinde, Antoniterstr. 14-16 statt. Bitte beachtet, daß die Antoniterkirche selbst an der Ecke Schildergasse/Nord-Süd-Fahrt liegt. Die Antoniterstraße mit Gemeindehaus liegt an der Rückseite der Kirche.

Anreise mit dem Zug: Den Hauptbahnhof durch den Haupteingang verlassen. Nach halb links die Treppen rauf zur sog. Domplatte, auf der ihr ein monumentales Sakralgebäude in spätgotischem Baustil, den sog. Kölner Dom, sehen werdet. Quer über die Domplatte zur Hohe Straße. In der Hohe Straße bis zur Schildergasse; dort rechts einbiegen und ihr kommt zur Antoniterkirche. Der Fußweg beträgt ca. 10 Min.

Anreise mit dem Auto: Auf dem Kölner Autobahnring - egal aus welcher Richtung - bis Ausfahrt Lövenich (103). Von da in die Aachener Straße (anfangs identisch mit der B 55) Richtung Innenstadt. Immer geradeaus über Rudolfsplatz, Hahnenstraße, Cäcilienstraße bis zur Nord-Süd-Fahrt. In diese dann links einbiegen (falls die StVO dies erlaubt) und mit der ätzenden Parkplatzsuche beginnen.

4. Berlin streicht Gelder für Beratungszentrum für Überlebende des Holocaust

Autor: G. Hoffmann · Rubrik: Antisemitismus/Wiedergutmachung; Juden in der BRD · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/09.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:09

Die DG-Bank soll bereits für die Eigentumswohnungen in ihrem Neubau am Pariser Platz mit dem Hinweis werben, daß man von ihnen einen exklusiven Blick auf das zukünftige Holocaust-Denkmal habe. Zwei Fußballfelder groß soll das Mahnmal werden. Kostenpunkt: 15 Millionen Mark, die sich der Bund, das Land Berlin und der Förderverein teilen. Die Grundsteinlegung ist für den 27. Januar 1999 geplant, dem 54. Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee.

15 Millionen Mark für ein Denkmal - aber für die Überlebenden des Holocaust und deren therapeutisches Beratungszentrum ESRA e.V. hat der Berliner Senat kein Geld mehr. Für eine weitere Förderung von ESRA gebe es keine "rechtlich verpflichtende gesetzliche Grundlage im Berliner Landesrecht", so die Senatorin für Gesundheit und Soziales Beate Hübner (CDU) in einem vom 16. Februar datierten Brief. Außerdem, so die Senatorin, "handele es sich nach meinen Erkenntnissen dabei um eine jährlich abnehmende Personenzahl".

"Wenn nicht jetzt, wann dann?" Unter diesem Motto stand 1991 die Gründung des ersten therapeutischen Beratungszentrums für die Verfolgten des Nationalsozialismus und deren Kinder in Deutschland. Nach den Vorbildern Israel und Holland wurde das bundesweit einzige Hilfszentrum "Esra" - hebräisch für Hilfe - im Jüdischen Krankenhaus im Stadtteil Wedding eingerichtet.

Jährlich werden hier rund 150 bis 200 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet und aller Konfessionen betreut. Überlebende der KZ's, Erwachsene wie Kinder - aber auch Menschen, die nach 1945 als Kinder jüdischer Eltern geboren wurden, bekommen hier psychosoziale Beratung und therapeutische Hilfe.

Und die ist heute besonders wichtig. Denn die von der NS-Verfolgung Traumatisierten können im Alter das Erlittene und deren Folgen noch schwerer ertragen. Und nach wie vor stehen sie alleine da. Nur bei Gedenkfeiern sind sie momentan gefragt, ansonsten will ihnen keiner zuhören.

Mit 50.000 Mark hatte der Berliner Senat das Projekt ESRA in den letzten Jahren unterstützt. Ein geringer Betrag, verglichen mit dem Gesamtbudget, daß sich im letzten Jahr auf 360.000 DM belief. Es waren schließlich Organisationen wie die Jewish Claims Conferenz, das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und die Jüdische Gemeinde, die das Budgetloch füllen mußten, um ESRA überhaupt arbeitsfähig zu halten.

Aber selbst diese 50.000 DM an Unterstützung sind dem Berliner Senat, der sich gleichzeitig für die Errichtung des nationalen Holocaust-Denkmals so stark macht, zuviel. Für Detlef Orwat, zuständiger Staatssekretär in der Sozialverwaltung ist das einfach: "Die von ESRA-Betreuten haben keine unmittelbare Verbindung mehr zum Holocaust. Wir können uns diesen Posten im Haushalt angesichts der Sparzwänge nicht mehr leisten"!

Demgegenüber steht, daß 10% der heute Betreuten als Erwachsene direkt dem Nazi-Terror ausgesetzt waren, 50% sind "Child Survivors", die als Kinder von der Verfolgung betroffen waren, 35% stammen aus der 2. Generation, das heißt, ihre Eltern wurden verfolgt.

Auch in einem neuerlichen Gespräch, das die ESRA-Vorsitzende Susanne Thaler, selbst Child-Survivor, Ende des letzten Monats mit der Sozial-Senatorin führte, wurde ihr noch einmal unmißverständlich klar gemacht, daß es keine weitere Finanzierung gibt.

ESRA steht vor dem Aus. Für das Jahr 1998 sind ihnen bisher nur 70.000 DM vom DRK und der Jüdischen Gemeinde zugesagt worden. Die Jewish Claims Conferenz konnte bisher keine weitere Finanzierung in Aussicht stellen, "sollen denn jetzt Juden für das bezahlen, was Deutsche Juden angetan haben?!"

Übrigens unterstützt die Stadt Wien das dortige ESRA-Zentrum mit jährlich 1,4 Millionen DM!

Günter Hoffmann

5. Frankreichs dunkle Seite. Der Front National und seine Vorläufer - Buchvorstellung

Autor: Js. · Rubrik: Frankreich; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/02.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:02

Wenn eine Zeitung das Buch eines ihrer Mitarbeiter bespricht, dann liegt der Verdacht nahe, es handele sich um eine "Gefälligkeitsrezension". Um dem entgegenzuwirken, beginnt diese Buchvorstellung ausnahmsweise mit Kritik: Bernhard Schmid, geschätzter Autor ("Frankreich-Korrespondent") von ak, mutet den Leserinnen und Lesern seines Buches "Die Rechten in Frankreich" einiges zu. Unübersichtliche Schachtelsätze und umständliche Formulierungen erschweren die Lektüre, der in akademischen Kreisen übliche Nominalstil wirkt mitunter bürokratisch, und manche Stilblüte ist zu bewundern. Kostprobe: Hippolyte Taine "läßt seine Darwin-Anhängerschaft durchblicken", die "Bewegung hat größenmäßig beachtliche Dimensionen angenommen", und "das Kabinett Mauroy tritt auf die Vollbremse". Hier - und an manch anderer Stelle - hätte der Lektor (Jens Mecklenburg) eingreifen müssen.

Die Vorläufer des Front National

Doch damit genug der Nörgelei - wenden wir uns dem Inhalt des Buches zu, das aus zwei etwa gleich großen Teilen besteht. Im ersten geht es um "Herkunft und Geschichte der extremen Rechten". Daß die Vorläufer des Front National, ihre Ideologie und Politik so ausführlich beschrieben werden, ist verdienstvoll. Der Blick in die Geschichte zeigt eine Grundbedingung für den anhaltenden Erfolg der französischen Rechtsextremen: Die von ihnen in "moderner" Form propagierten rechten Ideen sind seit langem Bestandteil des kollektiven Bewußtseins. Maurice Barrès, führender Ideologe des französischen Nationalismus, nahm schon 1893 Parolen des Front National vorweg. In seiner Schrift Gegen die Ausländer. Studie zum Schutz der französischen Arbeiter propagierte er den "Haß auf den Nachbarn" als Mittel, das Nationalgefühl in der Arbeiterklasse zu verankern. Auch den Antisemitismus versuchte Barrès als "Mittel der Integration des Proletariats in die nationale Gemeinschaft" zu nutzen, schreibt Bernhard Schmid. Der "gemeinsame Feind" aller (wahren) Franzosen ist für die Herstellung nationaler Identität unverzichtbar - dieses Konzept erkennt der Autor in den Schriften des FN-Ideologen Bruno Mégret wieder. Mégrets Sozialprogramm basiert "auf der Solidarität zwischen nationaler Arbeit und nationalem Kapital, in Gegnerschaft zur ökonomischen ‚Globalisierung` (als äußerer Bedrohung) und zur Immigration (als innerer Bedrohung)".

Auch die Arbeiterbewegung war und ist anfällig für Rassismus und Antisemitismus. Selbst führende Sozialisten glaubten Ende des 19. Jahrhunderts, die Hetze gegen Juden für ihre Zwecke nutzen zu können. Erst am Ende der Dreyfus-Affäre "hört der ‚soziale` Antisemitismus auf, einen akzeptierten Teil des sozialistischen und des antiklerikal-progressiven Lagers zu bilden." Der antisemitischen Massenbewegung gegen den "jüdischen Hochverräter" Dreyfus traten die Linken nach anfänglichem Zögern entschlossen entgegen.

Von den Vorläufern des FN in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts können hier nur einige aufgezählt werden: die Action Francaise, Theoretiker wie Georges Sorel (der auch den italienischen Faschismus beeinflußte), der Parti Populaire Francais (PPF) unter dem ehemaligen Kommunisten Jacques Doriot, Kollaborateure des Vichy-Regimes, aber auch nationalistische Anhänger der Résistance. Generalsekretär des Front National von 1975 bis 1979 war der ehemalige PPF-Generalsekretär und Nazi-Kollaborateur Victor Barthélemy, der das organisatorische Muster des PPF auf den FN übertragen hat: die Bereichs- oder Satellitenorganisationen (für Erwerbslose, Jugendliche, Rentner, Autofahrer, Naturschützer, Jäger, Soldaten etc.).

Der FN: eine moderne faschistische Partei

Jean-Marie Le Pen (Jahrgang 1928) beginnt seine politische Karriere als Mitglied einer antikommunistischen Studentenverbindung. Die weiteren Stationen: 1956 wird er Abgeordneter für die rechtspopulistische Poujade-Bewegung und nimmt an der Suez-Expedition teil, ein Jahr später zieht er in den Krieg für ein "französisches Algerien"; später bekennt er sich dazu, in Algerien gefoltert zu haben, "weil es notwendig war". Die von ihm gegründeten Vereinigungen zur Unterstützung des Kolonialkrieges genießen die Protektion des Staates, Le Pen selbst liebäugelt zeitweise mit dem Gaullismus.

Mit der Gründung des Front National im Jahre 1972, so der Autor, "erfüllt er sich einen Traum". Aber erst die Hilfe der bürgerlichen Konservativen läßt aus der Splittergruppe eine politikfähige Kraft werden. Erstmals gehen sie 1983 in Dreux mit den Rechtsextremen eine Listenverbindung ein, um die Kommunalwahl für sich zu entscheiden. Politisch-ideologisch gibt der FN den Ton an: 1983 "wetteifern alle Parteien miteinander darin, sich gegenseitig an Härte in Sachen Immigration zu überbieten." Die Sozialisten ebnen dem FN schließlich den Weg in die Nationalversammlung, indem sie 1986 das Verhältniswahlrecht einführen, um über eine gespaltene Rechte zu triumphieren. Ihr Kalkül geht nicht auf: Die Bürgerlichen gewinnen die Wahl, und der FN zieht mit 35 Abgeordneten ins Parlament ein.

Die Verantwortung der etablierten Parteien und der Medien für den Aufstieg Le Pens arbeitet Bernhard Schmid überzeugend heraus. Auch die unmittelbaren Vorläufer des FN und die in ihm wirksamen ideologischen Strömungen werden ausführlich dargestellt. Dazu gehört neben katholischen Fundamentalisten, Neonazis und Monarchisten vor allem die "neu-rechte" Ideologiefabrik GRECE, die bis hinein in den PCF Ausstrahlung entwickelt (der Autor erinnert an den "rot-braunen Flirt" des Jahres 1993).

Auch die Linienschwenks und taktischen Varianten des FN und die dahinter stehenden strategischen Überlegungen seiner Anführer werden in dem Buch sichtbar: Die Partei versteht es, sich einerseits als einzige "Systemopposition" zu repräsentieren, andererseits die Bürgerlichen durch Angebote unter Druck zu setzen. Le Pens brachialer Antisemitismus - Auschwitz sei "ein Detail der Geschichte", die Ermordung von 6 Millionen Juden darüberhinaus nicht bewiesen - hat für die Partei auch eine "programmatische Funktion": Der einkalkulierte Aufschrei der Empörung läßt den FN als von allen verfolgte Minderheit erscheinen, die Partei und vor allem ihre Funktionäre müssen sich in der Konfrontation behaupten und bleiben in Bewegung, statt zu "verbürgerlichen".

Le Pens mutmaßlicher Nachfolger, der "Chefideologe" Bruno Mégret, praktiziert daneben die Taktik der "tödlichen Umarmung" der Konservativen. (vgl. ak 413) Diese kluge Politik könnte in nicht allzu ferner Zukunft zum Erfolg führen. Bernhard Schmid zitiert einen prominenten FN-Sympathisanten, den Figaro-Autor Max Clos: "Die Persönlichkeit von Le Pen, seine verbalen Ausrutscher machen offizielle Abkommen zwischen den Parteiapparaten unmöglich. Die Vizechefs des FN sind sich darüber wahrscheinlich bewußt, und es ist nicht unmöglich, daß eine innere Krise des FN zur - offenen oder verdeckten - Entmachtung von Le Pen führt. Wenn dies passieren sollte, könnte man vielleicht das Problem des Abkommens zwischen Parteiapparaten neu überdenken..." Daß der FN ohne Le Pen (oder mit einem entmachteten Le Pen) "zähmbar" wäre, hält der Autor für ausgeschlossen - womit er wohl leider recht hat.

Bernhard Schmid hat ein faktenreiches und in seinen Einschätzungen solides Buch geschrieben, das nicht nur von Frankreich-Liebhabern, sondern auch von aktiven Antifaschisten gelesen werden sollte: Der Front National ist - neben Haiders "Freiheitlichen" und Finis Alleanza Nazionale - das erfolgreichste rechtsextreme Projekt in Europa; es ist nicht auszuschließen, daß die dämlichen deutschen Rechten irgendwann diesem Modell nachzueifern beginnen...

Js.

Bernhard Schmid: Die Rechten in Frankreich. Von der Französischen Revolution zum Front National, Elefanten Press Verlag Berlin, Februar 1998, 251 Seiten, 34,90 DM

6. Das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt

Rubrik: Wahlen · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/21.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:21

Das Wahlergebnis aus Sachsen-Anhalt, +, +, +, +

, 1998, +, 1994, +

Wahlberechtigte, 2.140.882, , 2.155.841,

WählerInnen, 1.533.983, , 1.182.217,

Wahlbeteiligung, , 71,7%, , 54,8%

Ungültige Stimmen, 66.467, , 47.787,

SPD, 536.048, 35,9%, 390.077, 34,4%

CDU, 328.829, 22,0%, 386.020, 34,0%

PDS, 293.271, 19,6%, 225.243, 19,9%

Grüne, 48.469, 3,2%, 57.739, 5,1%

FDP, 63.195, 4,2%, 40.560, 3,6%

DVU, 192.086, 12,9%, -, -

DMP*, 4.090, 0,3%, -, -

Republikaner, 1.230, 0,7%, 15.478, 1,4%

Future, 11.411, 0,8%, -, -

Neues Forum, 6.394, 0,4%, -, -

Sitze: CDU: 28 (37),, SPD: 47 (36),, PDS: 25 (21),, Grüne: - (5),, FDP: - (-),, DVU: 16 (-), +, +, +, +

.* DMP = Deutsche Mittelstandspartei

7. Brauner Sumpf in Sachsen-Anhalt. Mit 13% zieht die DVU ins Magdeburger Parlament ein

Mit 13 Prozent zieht die DVU ins Magdeburger Parlament ein

Autor: ari · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis; DVU (Deutsche Volks-Union) · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/19.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:19

Alle waren entsetzt. In keiner Wahlanalyse wurde ein derart deutlicher Sprung der Rechten über die Fünf-Prozent-Hürde prognostiziert. Schließlich hatte es die DVU in Sachsen-Anhalt vor der Wahl gar nicht richtig gegeben. Noch vor wenigen Monaten wurde der Landesverband von den ThüringerInnen geführt. Die WahlhelferInnen für das Aufhängen der unzähligen Plakate suchte DVU-Chef Gerhard Frey sogar unter den AbonnentInnen seiner "National-Zeitung". Ein paar Mitglieder, die sich aus Angst vor Angriffen nur heimlich trafen, keine großen öffentlichen Wahlkampfveranstaltungen, keine Bilder der unbekannten SpitzenkandidatInnen, kein Händeschütteln mit den BürgerInnen, keine Inhalte mit landespolitischem Bezug - eigentlich nicht besonders gute Voraussetzungen, um ein paar Prozentpunkte zu ergattern. Dafür aber wurden mehr als drei Millionen DM in Plakate mit Stammtischparolen, in Werbeflugzeuge und persönliche Anschreiben mit völkisch-nationalen Plattheiten investiert. Dieser Export-Wahlkampf des DVU-Chefs scheint sich rentiert zu haben: Neben den 16 Sitzen im Magdeburger Landtag kassiert die Partei 760.000 DM Wahlkampfkostenrückerstattung.

Vor allem junge Männer machten ihr Zweitstimmenkreuz bei der DVU. 32 Prozent der Erstwähler entschieden sich für die dumpf nationalen Parolen. Damit ist die rechtsextreme Partei die Nummer 1 bei den 18-24jährigen. Das rechte WählerInnenpotential ist auf das östliche Bundesland relativ gleichförmig verteilt: Ob in Stadt oder Land, in allen Wahlkreisen streifte die DVU zumindest die 10-Prozent-Grenze, nirgends erzielte sie mehr als 17,5 Prozent. Auch in den Plattenbausiedlungen erreichten die Rechten mit 15 Prozent nur ein knapp überdurchschnittliches Ergebnis. Das Potential ihrer WählerInnen schöpfte die DVU vor allem aus der Masse der Nicht- und ErstwählerInnen. JedeR zweite war vor vier Jahren gar nicht erst zur Wahl gegangen. Ansonsten konnte die DVU der CDU Stimmen rauben, um den ersten Einzug einer rechtsextremen Partei in ein ostdeutsches Parlament zu besiegeln.

Bei näherer Betrachtung überrascht das Ergebnis eigentlich nicht. Schließlich war im Osten der Republik schon öfter von "ausländerfreien Zonen" und "nationalem Widerstand" die Rede. Längst dominiert die rechte Subkultur die Jugendzentren der Städte, MigrantInnen und Linke müssen ständig mit Bedrohungen und Angriffen rechnen. Bisher ist es keiner Partei gelungen, dieses junge rechtsextreme Potential an sich zu binden. Bei dieser Wahl hat es die DVU geschafft, zumindest teilweise den rassistischen Konsens eines Großteils der Jüngeren in Wählerstimmen umzuwandeln. In AusländerInnen, die "den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen" und "Scheinasylanten" sind schnell die Verantwortlichen für die eigene Perspektivlosigkeit gefunden. Um Inhalte geht es dabei nur an zweiter Stelle.

Die etablierten Parteien gaben sich erstmal geschockt und versuchen nun, das Wahlergebnis in Sachsen-Anhalt für ihren Bundestagswahlkampf auszuschlachten. Die CSU tönt schon, man müsse die Zuwanderung auf ein "sozial verträgliches Maß" reduzieren, um die verlorenen Schäfchen wieder auf den rechtskonservativen Weg zurückzuholen. Außerdem sei es der Politik der PDS und dem "Magdeburger Modell" anzulasten, daß derart viele WählerInnen rechts gewählt hätten. Die PDS stellt hingegen die Vermutung an, ihre Partei hätte sich zu sehr an die bürgerlichen angenähert und versäumt, deutlich zu machen, daß es "in dieser Gesellschaft eine Lösung der Probleme nicht gibt."

Bleibt abzuwarten, wie die DVU ihren Wahlerfolg im Parlament umsetzen wird. Sie stellen auf jeden Fall den Alterspräsidenten im Magdeburger Landtag und dürfen damit die Eröffnungsrede halten. Ob es darüber hinaus noch inhaltliche Beiträge der 16 Abgeordneten der DVU geben wird, scheint angesichts des nur von den Münchner Parolen des Gerhard Frey gesteuerten Wahlkampfes zumindest fraglich. Aber egal ob die DVU eine erfolgreiche Parteiarbeit in dem östlichen Bundesland auf die Beine stellen kann oder nicht, das rechtsextreme, rassistische und nationalistische Denken der WählerInnen wird sich so schnell nicht ändern.

ari

8. Was ist die Deutsche Volksunion? Gerhard Freys Millionen, seine Zeitungen und die Wahlerfolge der DVU

Autor: ES, Hamburg · Rubrik: Wahlen; Rechtsradikale, Neonazis; DVU (Deutsche Volks-Union) · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/42.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:42

Die "Deutsche Volksunion" (DVU) des Dr. Gerhard Frey ist seit nunmehr fast 30 Jahren im rechtsextremen Spektrum aktiv, Frey selbst als Herausgeber der Deutschen Nationalzeitung noch länger. Mit seinem Presse-Imperium (insbesondere Deutsche Nationalzeitung und Deutsche Wochenzeitung) dominiert Frey seit Jahrzehnten die rechtsextreme Publizistik. Immer wieder formulierte er auch den Anspruch, Führer der politischen deutschen Rechten zu sein.

Sein publizistischer Einfluß war allerdings lange Zeit erheblich größer als seine Fähigkeit zum Organisieren. Erst seit Mitte der 80er Jahre beteiligt sich die DVU an Wahlen. Als schlagkräftige, politisch handlungsfähige Kadertruppe ist die DVU bislang nicht einmal in ihren Wahlkämpfen in Erscheinung getreten. Ihr Wahlkampf bestand fast ausschließlich aus teuren Postwurfsendungen und flächendeckenden Plakataktionen. Auf Wahlveranstaltungen wurde weitgehend verzichtet: Es war offensichtlich, daß die DVU-Kandidaten keiner öffentlichen Debatte standgehalten hätten. Wo die DVU bisher, teils allein, teils im Bündnis mit der NPD, in Landtage eingezogen ist, haben sich einige ihrer Vertreter mit den neu erworbenen Pfründen schnell aus der Verantwortung gezogen oder sind im parlamentarischen Geschehen eher in der Abteilung Sonstiges und Lächerliches aufgetreten.

Die Anfänge:

zwischen NPD und CDU

Die DVU wurde am 18. Januar 1971 unter Beteiligung mehrerer NPD- und CDU/ CSU-Mitglieder sowie Altnazis gegründet, Gerhard Frey zu ihrem Vorsitzenden bestimmt. Bei der Gründung der DVU fanden sich u.a. zusammen:

- der Vorsitzende der neofaschistischen "Aktion Oder-Neiße" (AKON) Erwin Arlt,

- der Nazi-Schriftsteller Wilhelm Pleyer,

- der Verlagsleiter der Nationalzeitung und Münchner CSU- Vertriebenenfunktionär Emmerich Giel,

- der frühere Obersturmführer der Waffen-SS und ehemalige NPD-Abgeordnete Walter Brandner,

- der CDU-Ortsvorsitzende Werner Novak.

Frey war jahrelang Mitglied der NPD und bemühte sich 1969 um eine Direktkandidatur für den Bundestag, bekam aber nicht die notwendigen Stimmen bei der zuständigen NPD-Mitgliederversammlung zusammen. Bei den Bundestagswahlen 1972, als es um die Ablösung Willy Brandts und der sozialliberalen Koalition ging, rief er zur Wahl der CDU/CSU auf - mit der Begründung, die NPD-Stimmen würden der CDU/CSU fehlen: "Am 19. November (1972) werde ich CSU wählen. ... Wenn die CDU/CSU ... siegt, werden unsere Chancen besser sein." (DNZ, 17.11.72) Aus Dank dafür warb die CDU in der gleichen Ausgabe mit einer ganzseitigen Anzeige. Seit dieser Zeit gilt Frey bei vielen Anhängern der NPD als Agent der CDU. Unvergessen ist der Spruch von Franz Josef Strauß, daß man jetzt die nationale Fahne höher halten müsse und er selbst die Ehre habe, "sich als Führer des Rechtskartells in beste Erinnerung bringen zu dürfen".

1976 wollte Frey zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD gewählt werden, auch dies lehnte die Mehrheit der NPD-Mitglieder ab. Die damals begründete Haßliebe zwischen der erfolglosen, aber mit einem Kaderstamm ausgerüsteten NPD und dem reichen Meinungsmacher Frey, der aber nicht über eigene Fußtruppen verfügte, hielt bis heute.

Die Wahlaufrufe für die CDU/CSU wiederholte Frey bis Mitte der 80er Jahre, 1983 warb er sogar für die FDP ("Zweitstimmen für die FDP"). Die DVU war bis 1986 eine reine rechte und neofaschistische Sammlungsbewegung, die sich "Wahlniederlagen" ersparen wollte; das sollte sich ab 1987 ändern.

Wesentliche Positionen der DVU sind: die Ablehnung der EG/EU, die Wiedererrichtung des "Großdeutschen Reiches"; Rassismus und Antisemitismus ("Deutschland den Deutschen"); Gewerkschaftsfeindlichkeit (der DGB sei der größte "Monopolkapitalist"); Sexismus (die Frau soll zurück an "Heim und Herd"); starker Staat und Terror gegen links; "Sauberkeit" in Schulen, Unis und Medien; Leugnung der Kriegs- und Naziverbrechen.

Altnazis und Spießer

für "völkische Einheit"

Mit 25-30.000 Mitgliedern ist die DVU die mit Abstand größte neofaschistische Organisation (zum Vergleich: REPs 20.000 Mitglieder; Zahlen von 1993/94). Der DVU angeschlossen sind sechs "Aktionsgemeinschaften", deren Mitglieder nahezu vollständig auch der DVU angehören. Diese Gemeinschaften decken die wesentlichen Propagandabereiche der DVU ab und treten fast nur durch ihre Zeitungen in Erscheinung. Es sind:

- AKON/Aktion deutsche Einheit. Die ursprünglich 1962 gegründete Aktion Oder-Neiße wurde 1978 von Frey unter neuem Namen reaktiviert. Sie tritt ein für die "Erhaltung der deutschen Orts-und Flurnamen in den Vertreibungsgebieten" auf Landkarten, gegen die "Umvolkung der deutschen Nation und Entdeutschung Deutschlands".

- IfA/Initiative für Ausländerbegrenzung ("Für ein deutsches Deutschland", für "Abschiebung der Scheinasylanten", gegen Zerstörung der "volklichen Einheit" durch "Fremdkörper"),

- ARF/Aktion deutsches Radio und Fernsehen (Für "deutsche Kunst und Kultur, Anstand und Moral"),

- VOGA/Volksbewegung für Generalamnestie ("Für ein Ende der Strafverfolgung von Besiegten des 2. Weltkrieges"; insbesondere - bis zu dessen Tod - "Freiheit für Rudolf Heß"),

- Ehrenbund Rudel, anläßlich des Todes des DVU-"Starredners" und höchstdekorierten Nazi-Offiziers im Jahre 1982 gegründet (für die "Ehre des deutschen Soldaten; für sinnvolle Namensgebung für militärische Einrichtungen; Ehrensold für Ordensträger; absolute Gleichbehandlung auch für ehemalige Angehörige der Waffen-SS"),

- Schutzbund für Volk und Kultur (Kampf dem "Abtreibungsmißbrauch; Bürgerschutz vor Kriminalität; Zivilschutz, Bunkerbau und Umweltschutz").

Die Mitgliedschaft der DVU besteht zum großen Teil aus Altnazis und Mitgliedern und SympathisantInnen militärischer Traditionsvereine und revanchistischer Organisationen; viele von ihnen sind kleine Gewerbetreibende. Jugendliche sind in der DVU relativ selten; das liegt wohl hauptsächlich an der mangelnden Attraktivität des Parteilebens, das kaum Möglichkeiten zur Aktivität bietet. Allerdings bekam die DVU bei Wahlen in der Gruppe der Männer zwischen 18 und 25 Jahren bis zu 20% der Stimmen.

Bei Veranstaltungen der DVU sind jedoch häufig jugendliche Fascho-Skins und/oder Mitglieder der Wiking-Jugend und FAP als Gäste oder "Ordner" anwesend. In der Ex-DDR sind mehr Jugendliche in der DVU organisiert als im Westen. Am 3. Oktober 1991 gründete sich in Meißen ein sächsischer Landesverband der DVU. 80 Skinheads waren anwesend und überfielen nach der Veranstaltung das dortige MigrantInnenheim.

Eine Untersuchung in den 80er Jahren über die LeserInnenschaft von Nationalzeitung und Deutscher Anzeiger zeigt einen sehr hohen Anteil von ÄrztInnen, LehrerInnen, Offizieren, RechtsanwältInnen und BeamtInnen, viele im Ruhestand. Das Bild eines "idealtypischen DNZ-Lesers" wird folgendermaßen beschrieben: "männlich, über 50 Jahre alt, Vertriebener, CDU/CSU-Wähler, kleiner oder mittlerer Angestellter ... (sich selber als pflichtbewußt, sauber und ehrlich bezeichnend) ... Mitläufer oder Funktionär der NSDAP, rechnet sich zu den Verlierern in der Gesellschaft ... Faible für Marschmusik... klar geordnete sexuelle Zwangsmoral" - der typische Spießbürger, der in der heutigen Gesellschaft der BRD nicht weiter auffällt.

Neben der propagandistischen Tätigkeit über Freys Zeitungsimperium führt die DVU auch Saalveranstaltungen durch - aufgrund des antifaschistischen Widerstandes nur wenige, dafür um so größere, so z.B. jedes Jahr in Passau mit einigen tausend TeilnehmerInnen. Der Verlauf ist fast immer der gleiche: Frey "rechnet" meist über eine Stunde lang mit den "Vaterlandsverrätern" "ab", dann spricht ein "Nationalheld" in Gestalt eines Oberst

a.D. oder ein "nationaler Erfolgsautor", und zum Abschluß singen alle zusammen "das Deutschlandlied" mit allen drei Strophen.

Häufig wird auf diesen Veranstaltungen ein mit 10.000 DM dotierter Preis der DVU oder der DNZ verliehen, wie: "Europäischer Freiheitspreis", "Rudel Ehrenpreis", "Andreas Hofer Preis". Ausgezeichnet wurden u.a. der Südtiroler Bombenleger Luis Amplatz, der englische Pseudohistoriker David Irving und Oberst Rudel.

Wer ist Gerhard Frey?

Gerhard Michael Frey wurde am 18. Februar 1933 in Cham in der Oberpfalz geboren. Er entstammt einer nationalkonservativen Kaufmannsfamilie. Die Kaufhäuser der Familie betreibt heute sein Bruder Dr. Adalbert Frey. Frey studierte Rechts- und Staatswissenschaften mit abschließender Promotion zum Dr. rer. pol. Ab Mitte der 50er Jahre war er freier Mitarbeiter der Deutschen Soldaten Zeitung. (Sie wurde 1951 von ehemaligen Wehrmachtsoffizieren und dem General der Waffen-SS Paul Steiner als antikommunistisches Kampfblatt gegründet und einige Zeit von den USA und vom Bundespresseamt finanziell unterstützt.) Frey erwarb 1958 die ersten 50 Prozent, 1960 die restlichen Anteile an der damals monatlich erscheinenden Zeitung. Das Blatt erscheint (seit 1963 unter dem Titel Deutsche National-Zeitung) im DSZ Druckschriften- und Zeitungsverlag GmbH, der seit 1960 Frey gehört.

1963 kaufte Frey die Schlesische Rundschau und gründete die "Aktion Oder/Neiße", aus der später die "Aktion Deutsche Einheit" (AKON) wurde. 1964 wurde er Mitgesellschafter der "Nation Europa Verlags-GmbH". 1968 übernahm Frey das Verbandsorgan Der Bauer der "Notgemeinschaft Deutscher Bauern", die vom ehemaligen SS-Offizier und Auschwitz-Leugner Thies Christophersen geleitet wurde. Im selben Jahr unterstützte Frey bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg publizistisch die NPD. In den 60er und 70er Jahren gab es einige hundert (!) Strafverfahren gegen die DNZ bzw. gegen Frey. Alle (!) wurden eingestellt bzw. von Frey gewonnen. Von 1958 bis 1976 waren es allein 402 Ermittlungsverfahren, die über die Staatsanwaltschaft München I liefen. 1969 wollte der damalige Bundesinnenminister Benda (CDU) nach Artikel 18 Grundgesetz über das Bundesverfassungsgericht das Erscheinen der DNZ unterbinden und Frey das "Grundrecht auf freie Meinungsäußerung" aberkennen lassen. Diesen Antrag wies das BVG 1974 zurück.

Frey hatte jahrelang gute Kontakte zu einflußreichen Persönlichkeiten des bundesrepublikanischen Staates: Da war zum einen die 25jährige juristische Beratertätigkeit des ehemaligen NS-Staatsrechtlers, bayrischen Kultusministers und Verfassungsrechtlers Dr. Theodor Maunz für Frey und die DVU. Der zweite heimliche Fürsprecher war Reinhard Gehlen, ehemaliger Nazi-Geheimdienstler, zuständig für "Fremde Heere Ost" im Oberkommando des Heeres und nach 1945 Chef des Bundesnachrichtendienstes BND). Nach dessen Tode veröffentlichte die DNZ Ausschnitte aus dem Briefwechsel zwischen Frey und Gehlen; dieser wurde u.a. mit folgendem Satz zitiert: "Sie wissen ja, daß ich parteipolitisch nicht Stellung nehmen kann, da ich in der Vergangenheit stets dem großen Ganzen dienen mußte und auch jetzt mich am wirkungsvollsten äußern kann, wenn ich diese parteipolitische Neutralität zumindest formal in Anspruch nehmen kann".

1980 gründete Frey die "Initiative für Ausländerbegrenzung" (IfA) und 1981 die "Aktion Deutsches Radio und Fernsehen" (ARF). 1983 kam der "Ehrenbund Rudel - Gemeinschaft zum Schutz der Frontsoldaten" hinzu. 1984 war Frey Gründer des "Schutzbundes für Leben und Umwelt", den er 1986 in "Schutzbund für Volk und Kultur" umbenannte. 1986 unterhielt Frey neuerliche Kontakte zur NPD, die 1987 zur Gründung der "DVU-Liste D" führten. Ein Jahr später ließ Frey der NPD 1 Mio. DM zukommen für ihren Verzicht auf eine Kandidatur bei den Europawahlen (die "DVU-Liste D" kandidierte). 1989 ließ Frey zur Vorbereitung der Europawahlen 28 Mio. (!) faschistische Postwurfsendungen an alle Haushalte der BRD verteilen: PostzustellerInnen, die sich weigerten, wurden auf Anweisung des Bundespostministeriums diszipliniert.

Die "Liste D" und

die DVU als Partei

Ende Februar 1987 ging ein Gründungsausschuß ans Werk, um Ende März die "Deutsche Volksunion-Liste D" ins Leben zu rufen. Sie wurde von der DVU zusammen mit der NPD gegründet. Ihr Vorsitzender war natürlich Dr. Gerhard Frey; im Vorstand saß neben weiteren DVU- und NPD-Mitgliedern auch Bernhard Steidle (Mitglied im Beirat der faschistischen und rassistischen Zeitschrift Neue Anthropologie). Es gab mehrere Gründe für die Parteigründung. Frey sagte dazu: "Es ist schon mehr als peinlich, wenn die CDU ‚Weiter so Deutschland`

plakatiert: Ein Schlag ins Gesicht jener Wähler, die lange Zeit geglaubt haben, mit der Wahl der Union als kleineres Übel nationalpolitisch etwas bewirken zu können. Es kann also keinen Zweifel geben, daß sich rechts eine eigenständige Kraft etablieren kann."

Es ging also um eine Reorganisierung der Neofaschisten vor dem Hintergrund der Unzufriedenheit vieler über die Ergebnisse der versprochenen "Wende" durch CDU/CSU/FDP. Begünstigt wurde das durch die gesellschaftliche Rechtsentwicklung, betrieben durch eben diese "Wende-Regierung", und durch den zunehmenden Einfluß der "Neuen Rechten" auf die veröffentlichte Meinung. Ausdruck davon ist der zunehmende Nationalismus und Rassismus in Teilen der Gesellschaft. Die DVU und die NPD sahen nun die Chance, in die Parlamente zu kommen. Die Parteigründung erfolgte auch in Konkurrenz zu den 1983 konstituierten Republikanern. Frey befürchtete, daß die REPs zur beherrschenden Kraft im neofaschistischen Lager werden könnten.

Die Bremer Bürgerschaftswahlen 1987 waren für die "Liste D" der Testballon. Die Wahlkampftaktik war einfach. Mit 2,5 Mio. DM von Frey wurden frühzeitig Hauswurfsendungen durch die Post verteilt. Von der Bremer Meldebehörde bekam die DVU für 300 DM die Adressen sämtlicher Jung- und ErstwählerInnen. Ebenso massiv wurde in Anzeigen, auf Plakatwänden, in Zeitungen und vom Flugzeug aus für die DVU geworben. Aus Furcht vor Gegendemonstrationen gab es keine öffentlichen Veranstaltungen. Um das faschistische Gesicht der Liste zu verstecken, wurden nur unbekannte KandidatInnen in den Wahlkampf geschickt. Die wahren Verantwortlichen der Propagandaschlacht, der Landesvorsitzende der NPD in NRW, H. Hertel, und der Bremer Landesvorsitzende der DVU, Altermann, mieden den öffentlichen Auftritt. Die Taktik der "Liste D" war erfolgreich, sie zog 1987 in die Bürgerschaft ein.

Bei den Europawahlen im Juni 1989 sollte sich die "DVU-Liste D" endgültig als führende Kraft im neofaschistischen Lager durchsetzen - eine Erwartung, die sich bekanntlich nicht erfüllte, da die REPs deutlich mehr WählerInnen für sich gewinnen konnten. Dieser Mißerfolg wurde noch durch das schlechte Abschneiden der NPD bei den Bundestagswahlen 1990, dieses Mal unterstützt von der DVU, übertroffen und führte das Ende dieses Wahlbündnisses zwischen NPD und DVU herbei. Heute ist die Partei DVU weitgehend identisch mit dem 1971 gegründeten Verein DVU. Mit Hilfe eines 10-Mio.-DM-Wahlkampfetats erreichte die DVU 1991 bei der Bürgerschaftswahl in Bremen 6,2% (Land Bremen) und in Bremerhaven 10,6% der Stimmen. Im Landesparlament stellte sie sechs Abgeordnete, in den Ortsbeiräten verfügte sie über elf Mandate.

Im April 1992 bekam die DVU in Schleswig Holstein bei der Landtagswahl 6,3% der Stimmen und zog mit sechs Abgeordneten in den Landtag ein. Am 19.9.93 erhielt die DVU bei den Bürgerschaftswahlen in Hamburg knapp 3% und damit kein Mandat. Sie zog aber mit über 5% in die Bezirksversammlung von Hamburg-Bergedorf ein.

ES, Hamburg

unter Zuhilfenahme der Broschüre "Multimillionär Frey und seine DVU"; herausgegeben von: Avanti-Projekt, Undogmatische Linke und Autonome Infogruppe Kiel, 2. Auflage 1993

9. Stiefelnazis in Leipzig. AntifaschistInnen behindern Kundgebung am 1. Mai

Autor: ari · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis; Aktionen / Veranstaltungen; Antifaschistischer Kampf · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/43.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:43

In den bürgerlichen Medien herrschte Erleichterung: "Nur" 4.000 bis 5.000 Neonazis hatten den Weg zur Kundgebung am 1. Mai nach Leipzig gefunden, wesentlich weniger als erwartet. Trotzdem ist es falsch, über die scheinbar niedrige TeilnehmerInnenzahl erleichtert zu sein. Schließlich gelang es der NPD, einige tausend militante Neonazis aus der gesamten BRD nach Leipzig zu bewegen. Vor allem junge AktivistInnen der JN/NPD und sogenannte "freie Nationalisten" waren erschienen. Die ungefähr 5.000 GegendemonstrantInnen konnten die Kundgebung nicht verhindern. Kurz vor dem Völkerschlachtdenkmal stoppten PolizistInnen die AntifaschistInnen und drängten sie mit Wasserwerfern und Schlagstöcken in die Seitenstraßen des Stadtteils Stötteritz zurück.

Schon vor knapp einem Jahr hatte die NPD die diesjährige Demonstration in Leipzig angemeldet. So sollte ein Debakel wie am 1. Mai 1997 verhindert werden. Damals war der ebenfalls in Leipzig geplante Aufmarsch der Neonazis an einem Verbot gescheitert: Es stünden nicht genug PolizeibeamtInnen zur Verfügung, um Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten. Damals wurden die meisten Busse auf dem Weg zu Ausweichorten von der Polizei festgehalten. Nur in Hannoversch-Münden gelang es etwa 300 Nazis unter der Führung des JN-Kaders Steffen Hupka, eine DGB-Kundgebung zu sprengen. Nach einem kurzen Aufmarsch, angeführt von dem Transparent "Arbeit macht frei", wurden die Rechten von einigen Antifas erfolgreich angegriffen und vertrieben.

Schon frühzeitig war im Internet und auf Flugblättern für den diesjährigen Aufmarsch unter dem Motto "Wir schaffen Arbeit - Bonn schafft nichts" mobilisiert worden. 10.000 bis 15.000 "nationale Aktivisten" - wie die NPD großspurig angekündigt hatte - sollten durch den Leipziger Stadtteil Stötteritz ziehen. Doch die Messestadt wollte auch in diesem Jahr keine Nazis marschieren lassen. Ein breites Bündnis vom sächsischen CDU-Ministerpräsidenten Biedenkopf, dem neugewählten Leipziger SPD-Oberbürgermeister Tiefensee, von Gewerkschaften bis hin zur Antifa sprach schon frühzeitig davon, "alles zu tun, um den Aufmarsch zu verhindern". So sprach das Ordnungsamt Leipzig am 17. April ein Verbot aus: Es seien nicht genügend PolizistInnen vor Ort, um den sicheren Ablauf der NPD-Demo zu garantieren. Schließlich werde mit einigen tausend gewaltbereiten GegnerInnen gerechnet.

Gerichtliches Hickhack und Gegenmobilisierung

Das Verwaltungsgericht Leipzig bestätigte am 27. April zunächst das Verbot, das Oberverwaltungsgericht in Bautzen hob es am 30. April zumindest teilweise wieder auf: Die NPD dürfe keine Demonstration durchführen, wohl aber eine Kundgebung vor dem Völkerschlachtdenkmal. Ein Ende hatte das gerichtliche Hickhack damit aber noch nicht gefunden: Die NPD versuchte, beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Verfügung für den Demonstrationszug zu erwirken, die Stadt Leipzig sprach erneut ein Verbot aus. Sie begründete dies mit "neuen Erkenntnissen", die noch mehr gewaltbereite DemonstrantInnen prognostizierten. Doch auch dieses Verbot wurde vom Verwaltungsgericht aufgehoben. Als letzte Möglichkeit wollte die Stadt eine Verlegung der Kundgebung auf einen etwas abgelegenen Platz erwirken, doch auch damit scheiterten die Leipziger Behörden. Am Morgen des 1. Mai stand dann fest: Die NPD darf eine Kundgebung vor dem Völkerschlachtdenkmal abhalten. Parallel angemeldete Ausweichdemonstrationen in Halle bzw. Gera wurden von den dortigen Ämtern und Gerichten verboten.

Nachdem 1996 300 Rechte in Berlin-Marzahn aufmarschieren konnten, während wenige Kilometer entfernt 15.000 den "revolutionären 1. Mai" zelebrierten, war man sich zumindest in Teilen der Linken einig: So etwas sollte nicht noch einmal vorkommen. Folgerichtig gab es eine bundesweite Vorbereitung und Mobilisierung nach Leipzig. Eine der beiden 1.-Mai-Demos in Berlin wurde auf den Abend verlegt, in der Hoffnung, daß auch diejenigen nach Leipzig fahren würden, die nicht auf "ihre" Demo in Berlin verzichten wollten.

Das Konzept für die Verhinderung des Naziaufmarsches war eigentlich keines - es hieß Chaos, damit die Polizei den Protest nicht kalkulieren konnte. Eine gemeinsame antifaschistische Großdemonstration wurde von Beginn an abgelehnt - sie würde es den Ordnungskräften zu einfach machen, die Antifas an einem

überschaubaren Ort einzukesseln oder zumindest dort festzuhalten. Also sollten der Platz vor dem Völkerschlachtdenkmal und die Demoroute der Rechten irgendwie besetzt werden. Daher wurden mehrere Kundgebungen von verschiedenen linken Organisationen wie PDS, Ökologische Linke, VVN-BdA in der Nähe der Aufmarschstrecke angemeldet. Da aber die Demonstration der Nazis von den Gerichten verboten worden war, konnte das Ziel nur heißen, den Rechten den Platz vor dem Völkerschlachtdenkmal streitig zu machen.

Am Vorabend des 1. Mai gab es ein großes DGB-Konzert auf dem Platz, wo am nächsten Morgen die Nazis ihre Kundgebung abhalten wollten. Die Kölner Band BAP und "die Prinzen" rockten vor 10.000 BesucherInnen gegen die Veranstaltung der Rechten. Im Verlaufe der Nacht und des Morgens erreichten sowohl Antifa- als auch Nazibusse aus der ganzen BRD die Messestadt. Schon während der Anreise war es einigen Antifas gelungen, kleinere Grüppchen von Nazis anzugreifen und aufzulösen.

Wie geplant versuchten am Morgen des 1. Mai die ersten Gegendemonstran- tInnen, zum Völkerschlachtdenkmal vorzudringen. Eine Möglichkeit, auf das Gelände selbst zu gelangen, gab es nicht, da stieß das Konzept "Chaos" doch an seine Grenzen. Während die Gewerkschaften und andere linke Organisationen in der Innenstadt demonstrierten, lieferten sich einige tausend Antifas kleinere und größere Scharmützel mit den über 6.000 PolizistInnen. Zahlreiche Steine flogen, Barrikaden wurden gebaut, und einige Polizeiautos hatten kaputte Scheiben. Die Polizei hatte nicht genügend Kräfte, massiv Leute festzunehmen, und beschränkte sich darauf einzugreifen, wenn Sperren durchbrochen werden sollten. In diesen Fällen allerdings knüppelten die Polizei-Einheiten aus verschiedenen Bundesländern und BGS einige DemonstrantInnen zusammen. Abgesehen davon fehlte den BeamtInnen mal wieder die Leitung: Straßen, die am einen Ende abgesperrt wurden, konnten am anderen Ende passiert werden, andere kleinere Straßen wurden erst gar nicht abgesperrt. So hatten die GegendemonstrantInnen mehr Bewegungsfreiheit als wohl eigentlich vorgesehen war.

Ein paar hundert Nazis versuchten ebenfalls, die Polizeisperren am Völkerschlachtdenkmal zu durchbrechen, um den verbotenen Demonstrationszug durchzusetzen. Sie scheiterten an den BeamtInnen und mußten auf das Gelände zurückkehren, wo der "nationale Liedermacher" Frank Rennicke seine Gesänge vortrug. Bei ihrer Abfahrt wurden noch einige der Nazibusse entglast, und auch in Kleingruppen umherirrende FaschistInnen wurden immer wieder von Antifas angegriffen.

Auch wenn die Zahl der NazidemonstrantInnen weit hinter den Erwartungen und Ankündigungen der NPD zurückgeblieben ist und es ihr nicht gelang, das DVU-Republikaner-Spektrum nach Leipzig zu holen, so bleibt dennoch festzustellen, daß 4.000 bis 5.000 militante Stiefelnazis mobilisierbar sind. Daß nur einige tausend Nazis kamen, liegt wohl daran, daß es im Gegensatz zu den Demonstrationen in München oder Dresden keinen konkreten Anlaß wie z.B. die Wehrmachtsausstellung gab, der auch einen Schulterschluß der Nazis mit den Rechtskonservativen von CSU/CDU ermöglicht hätte.

Außerdem mag auch die rechtliche Unklarheit dazu beigetragen haben, daß so mancher unentschlossene Nazi zu Hause blieb. Es fällt auf, daß es der NPD zur Zeit immer gelingt, ihre Aufmärsche und Kundgebungen zumindest vor Gericht durchzusetzen. Erleichterung nach der 1.-Mai-Demo ist auch angesichts "ausländerfreier Zonen" in einigen Stadtteilen ostdeutscher Städte und des Zulaufs, den die JN/NPD zur Zeit in den östlichen Landesverbänden erfährt, nicht angebracht. In Sachsen hat die NPD schon jetzt mehr Mitglieder als Bündnis90/Die Grünen. Noch ist unklar, wie der Aufmarsch in der Neonaziszene beurteilt wird. Nachdem sich die NPD bei der Organisation der letztjährigen 1.-Mai-Demonstration und der Rudolf-Heß-Gedenkmärsche bei den FaschistInnen ziemlich blamiert hatte, wollte die NPD mit dieser Kundgebung die Position der Partei innerhalb der Naziszene weiter stärken.

ari

10. Naziüberfall in Tostedt. Ergebnis der akzeptierenden Arbeit mit rechten Jugendlichen?

Autor: ari · Rubrik: Rechtsradikale, Neonazis · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/07.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:07

Daß Nazis nicht nur im Osten mit Gewalttaten und Aufmärschen auf sich aufmerksam machen, zeigt der jüngste Überfall auf Linke im nordniedersächsischen Tostedt. Dort wurden in der Nacht zum 19. April insgesamt vier Menschen gezielt von Skinheads angegriffen und zusammengeschlagen. Eine Frau wurde bei dem Überfall mit einem Knüppel so schwer verletzt, daß sie einen Schädelbruch und innere Blutungen davontrug und zeitweise in Lebensgefahr schwebte. Möglicherweise wird sie auf einem Ohr taub bleiben. Dieser Überfall kam jedoch nicht überraschend, denn er reiht sich nahtlos in die zahlreichen Angriffe von Nazis im Landkreis Harburg gegen MigrantInnen und Linke in den letzten Jahren ein.

In jener Nacht überfielen etwa 15 Skinheads an einer Tostedter Tankstelle Lars und Sidik, zwei Linke aus der Gegend, und traktierten sie mit Schlägen, Tritten und Reizgas. Die beiden konnten sich gerade noch ins Auto retten und wegfahren. Lars erlitt eine Schädelprellung und mehrere Schürfwunden und mußte im Krankenhaus Buchholz behandelt werden. Ihre FreundInnen Lena und Andreas begleiteten die Angegriffenen zur ärztlichen Behandlung in den Nachbarort. Als die Gruppe nach Tostedt zurückkehrte, wurden die vier erneut von acht Nazis angegriffen, die vor dem Haus von Sidik auf die RückkehrerInnen gewartet hatten. Dabei wurde Lena zusammengeschlagen und schwer, die anderen leicht verletzt. Die erst nach einer Viertelstunde eintreffende Polizei nahm zunächst die Personalien der Angegriffenen auf. Danach konnten die BeamtInnen gerade noch einen der flüchtenden Neonazis festnehmen.

Alle vier Angegriffenen gehören zur Menschenrechtsorganisation Prison Watch International. Sidik ist gerade zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der Gruppe gewählt worden, bisher war der Kurde Sprecher der Regionalgruppe Harburg Land, die sich schwerpunktmäßig mit der Situation der Gefangenen in der Türkei und Kurdistan beschäftigt. Zudem sind die vier der örtlichen Neonaziszene als aktive AntifaschistInnen bekannt.

Ein Vertreter der Gemeinde äußerte die Vermutung, ein Konflikt "rivalisierender Jugendbanden" (Sidik ist 50 Jahre alt!) sei der Grund für die Angriffe. Bei den Verhören der Polizei ist schon jetzt zu erkennen, daß die Opfer des Überfalls zu TäterInnen gemacht werden sollen. So sollen die Linken den Angriff der Nazis beim Haus von Sidik provoziert haben. Sie hätten sich damit für den Überfall an der Tankstelle rächen wollen. Die Ermittlungen gegen die vier AntifaschistInnen laufen schon, Sidiks Wohnung wurde durchsucht und er wird offen observiert. Auch diese Umgehensweise der örtlichen Behörden mit den FaschistInnen ist nichts Neues. Tostedt gilt als Paradebeispiel für die sogenannte akzeptierende Sozialarbeit mit rechten Jugendlichen. Etwa 1995 begann die Arbeit der StreetworkerInnen in der Samtgemeinde Tostedt in der Reso-Fabrik, einem Jugendraum in Handeloh, in dem sich Nazis auch vor Beginn der Sozialarbeit gelegentlich getroffen hatten. Zunächst standen die organisierten FaschistInnen den Plänen der Gemeinde reserviert gegenüber, doch dann erkannten die örtlichen Nazikader den Vorteil eines rechten Jugendraums und kamen mit den SozialarbeiterInnen überein. Die sprachen zwar immer davon, daß sie nur "rechtsorientierte" Jugendliche ansprechen wollten, die nicht "rechtsradikal im gewalttätigen Sinne" seien, doch schließlich durften auch bekanntere Neonazis an dem Projekt teilnehmen, die dann ihren Nachwuchs unter den BesucherInnen der Reso-Fabrik rekrutierten. Sie stellten auch Kontakte zu Nazigrößen wie Thomas Wulff oder Torsten de Vries her. Wie gut die Tostedter FaschistInnen mittlerweile in die überregionale Naziszene eingebunden sind, zeigen die Berichte in dem der verbotenen Nationalen Liste (NL) nahestehenden Skinmagazin "Hamburger Sturm", wo die Tostedter oft an erster Stelle genannt werden.

Seit dem Beginn dieser akzeptierenden Jugendarbeit gehören Angriffe auf MigrantInnen oder Linke fast zur Tagesordnung: Vor allem an den Schulen oder am eher von linken Jugendlichen besuchten Jugendzentrum kommt es immer wieder zu Bedrohungen oder Angriffen durch Neonazis. Bis zu dem jüngsten Angriff im April war ein Überfall der Skinheads auf das Jugendzentrum im Juni 1996 vorläufiger Höhepunkt der Aggressionen. Damals wurde ein polnischer Austauschschüler durch einen Flaschenwurf so schwer verletzt, daß er eine Woche im Krankenhaus bleiben mußte. Der Streetworker der Skinheads suchte die Schuldigen bei den BesucherInnen des Jugendzentrums: Sie hätten die Nazis provoziert.

Im Januar 1997 mußte sich dann einer der Faschisten für den Überfall vor Gericht verantworten. Trotz ZeugInnen wurde er nur wegen Landfriedensbruchs zu einer Geldstrafe von 1.800 DM verurteilt. Während des Prozesses machten die Skinheads erneut auf sich aufmerksam: Antifas wurden fotografiert und ein Journalist, der die etwa 30 wartenden Nazis für einen taz-Bericht ablichten wollte, wurde von den Faschisten angegriffen, am Kopf verletzt und eines Teils seiner Kameraausrüstung beraubt. Die später hinzutreffenden PolizistInnen weigerten sich, eine Anzeige des Journalisten aufzunehmen. Statt dessen notierten sie die Personalien einiger linker ProzeßbesucherInnen.

Während die Reso-Fabrik weiterhin die Jugendarbeit mit Nazis vorantreibt, ist der selbstverwaltete Jugendrat des Jugendzentrums mittlerweile von der Gemeindeverwaltung abgesetzt worden. Seitdem haben es Linke in Tostedt immer schwerer, der Dominanz der Nazis etwas entgegenzusetzen. Und die Gemeinde und ihre SozialarbeiterInnen haben sich in den vergangenen Jahren meist auf die Seite der Skinheads gestellt. Der jüngste Überfall ist also nicht zuletzt auch auf die akzeptierende Jugendarbeit der Gemeinde zurückzuführen. Es ist ihr Verdienst, daß die örtliche Neonaziszene zu überregionaler Bedeutung gekommen ist und sich Skinheads bei Angriffen auf Linke oder MigrantInnen zumindest teilweise gedeckt wähnen können.

ari

Norddeutsche Antifagruppen (Hrsg.): "Rosen auf den Weg gestreut...". Kritik an der "Akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen", rat - reihe antifaschistische Texte, c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 20357 Hamburg.

11. Blut, Schweiß und Ökosteuer

Autor: Kt. · Rubrik: Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/29.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:29

Die "Ökosteuer" hat gute Chancen, zum (Un-)Wort des Jahres 1998 gekürt zu werden. Während man in allen rot-grünen Koalitionen auf Länder- und Gemeindeebene auch mit größtem Scharfblick kaum einen genuinen grünen Farbtupfer entdecken kann, ist nun mit einem Schlag der scheinbar wichtigste grundsätzliche Punkt ins allgemeine Bewußtsein gehoben worden, durch den sich die Grünen immer noch von der SPD abheben: Sie wollen den Benzinpreis bis auf fünf Mark pro Liter in die Höhe treiben. Zwar nicht gleich auf einmal, aber kontinuierlich im Lauf von zehn Jahren.

Es kann den Grünen im Prinzip wahrscheinlich nur nutzen, wenn sie wenigstens an einem Punkt noch ein bißchen eigenes Profil erkennen lassen. Aber nur Narren, die von Politik und Werbetechnik absolut nichts verstehen, hätten sich als zentrales Wahlkampfthema ihrer Partei freiwillig und absichtlich ausgerechnet die Einführung einer neuen Steuer ausgesucht, die in erster Linie den Massenkonsum beträchtlich verteuert. Das ist einfach nicht clever. Etablierte, tatsächlich politikfähige Parteien lügen gerade in Wahlkampfsituationen bis zur letzten Minute und streiten jede böse Absicht kategorisch ab. Steuererhöhungen und ähnliche Griffe in die Taschen der Untertanen kann und wird man vornehmen, nachdem man gewählt ist, aber man stellt sie nicht vorher mit peinlicher Geschwätzigkeit in den Mittelpunkt eines Werbefeldzugs! Zwar, Winston Churchill gewann einmal die Briten mit dem Satz, er könne ihnen nichts versprechen außer Blut, Schweiß und Tränen. Aber dieser Coup war situationsabhängig und ist nicht beliebig wiederholbar.

Gemein: BILD verrät grünes Programm!

Nun mag man den Grünen immerhin zugute halten, daß sie sich dieses Wahlkampf-Thema nicht wirklich selbst ausgesucht hatten. Es wurde ihnen arglistig aufgedrängt und untergejubelt von Politikern und Medien, denen es um Stimmungsmache nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie gegen die Grünen, sondern überhaupt gegen einen rot-grünen Regierungswechsel in Bonn geht. Es wurde zugleich dankbar aufgegriffen von Schröder und der SPD, die sich für alle Fälle die Grünen so klein (und so kleinlaut) wie möglich wünschen. Die Konkurrenten wieder einmal als unkalkulierbare Amokläufer und als hohes potentielles Sicherheitsrisiko für eine grün-rote Option in Bonn hinstellen zu können, scheint für die SPD geradezu eine Wunschlage zu sein.

Nein, das hatten die Grünen nicht gewollt - und sie reagierten zunächst einmal erschrocken und ertappt, als ihre 5-Mark-Forderung plötzlich aus den Schlagzeilen widerhallte. Gemein: Soviel Publicity für eine Sache, die man eigentlich nur als Langzeitprogramm gemeint haben wollte und die gar nicht unbedingt für die praktische Politik gedacht war, jedenfalls ganz bestimmt nicht jetzt schon!

Aber man faßte schnell wieder Tritt: 1. Die Forderung ist und bleibt unverzichtbarer Bestandteil des grünen Programms und Selbstverständnisses. 2. Die Ökosteuer soll im Wahlkampf offensiv vertreten werden. 3. Man deklarierte die ganze Geschichte zum "Vermittlungsproblem" um. Die Volksmassen - anscheinend einschließlich zahlreicher Grünen-WählerInnen - hatten alles falsch verstanden. "Bitte ruft uns an, dann erklären wir euch die Sache mal richtig!", warb man in großen Zeitungsanzeigen.

Doch nach den Wahldebakeln in Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt war vom offensiven Vertreten nicht mehr die Rede. Statt dessen geht es nur noch um die Frage, wie man die dumme 5-Mark-Geschichte am besten verstecken und in Vergessenheit geraten lassen kann. Nur noch von einem "Einstieg" soll im Wahlprogramm die Rede sein, während die Zehnjahres-Perspektive nicht erwähnt werden soll. Nur wird das, nachdem einmal die Katze aus dem Sack gelassen und das Kind in den Brunnen gefallen ist, auch nicht mehr viel nutzen.

Maßvorlage für die Gegner

Selbstverständlich, eine Partei hat tatsächlich ein Riesenproblem, wenn ihr plötzlich und unvermutet von den politischen Gegnern ein zentrales Wahlkampfthema aufgezwungen wird, bzw. wenn sie es sich aufzwingen läßt. Das Problem verschärft sich noch, wenn es sich dabei um eine komplexe Forderung handelt, die sich offensichtlich keineswegs von selbst erklärt, sondern die im Gegenteil zu Mißverständnissen geradezu einlädt. Es kommt hinzu, daß die Grünen bis zum kritischen Zeitpunkt noch keine adäquaten Anstrengungen gemacht

hatten, der Bevölkerung ihr "Ökosteuer"-Konzept zu erläutern - obwohl es sich dabei nicht wirklich um einen brandneuen, sondern schon um einen langjährigen Programmpunkt handelt.

Normalerweise stellt eine Partei im Wahlkampf Themen und Parolen in den Vordergrund, an denen sie Punkte sammeln kann, die also für sie besonders günstig, zudem griffig und hinreichend leicht verständlich, populistisch und vielleicht sogar ein bißchen demagogisch sind. Was so kompliziert und widersprüchlich ist, daß man es erst über eine Hotline oder am besten in langen persönlichen Gesprächen mühsam erklären müßte, ist von vornherein nicht wahlkampftauglich. Mit der Forderung nach einer Steuer- und Preiserhöhung als Zentralpunkt anzutreten, kommt einem Kopfsprung in ein Schwimmbecken ohne Wasser gleich: mutig, vielleicht sogar stilistisch eindrucksvoll, aber ganz bestimmt nicht clever. Wenn so ein kapitaler Fehler selbst einem intelligenten und politisch eher zum Opportunismus geneigten Politiker wie Fischer anscheinend nicht zum Bewußtsein gekommen ist, drängt sich die Frage auf: Wie kann das angehen?

Die Falle, in die die Grünen mit der "Ökosteuer" geraten sind, hat sich besonders schlimm für sie ausgewirkt, weil sie derzeit überhaupt keine Themen und Argumentationslinien erkennen lassen, an denen sie in Abgrenzung zur CDU/CSU und in Konkurrenz mit der SPD (und im Osten auch mit der PDS) Punkte sammeln könnten. Sie verfügen nicht über selbstgewählte Wahlkampfschwerpunkte. Sie haben zur Massenarbeitslosigkeit und zur zunehmenden Armut kein politisches Profil entwickelt, auch die soziale Gerechtigkeit ist ganz und gar nicht ihr Thema. Im Bereich der Außenpolitik hat die Grüne Partei die Chance verspielt, sich berechenbar und verläßlich zur Sprecherin jenes vermutlich gar nicht so kleinen Bevölkerungsteils zu machen, für den zunehmende Bundeswehreinsätze in aller Welt keine Frage von "Vielleicht ja doch" sind, sondern der ein ganz klares "Nein!" erwartet. Insgesamt traut, Umfragen und Untersuchungen zufolge, selbst unter den Wählerinnen und Wählern der Grünen nur eine Minderheit auf irgendeinem anderem Gebiet als dem des Umweltschutzes dieser Partei politische Kompetenz zu. Weitaus eher hängt den Grünen selbst bei einem Teil ihrer Wählerschaft der Verdacht an, sie würden für prinzipiell richtige ökologische Ziele auch negative soziale Folgen in Kauf nehmen.

Wo die Grünen in Koalitionen mit der SPD eingebunden sind, lassen sie entweder nicht den geringsten eigenen Gedanken und keinerlei kritische Distanz zur Regierungspolitik mehr erkennen, wie in Hamburg. Oder sie kaprizieren sich als Ausdruck der Abgrenzung zur SPD auf ein, zwei Spezialthemen, die massenpolitisch überwiegend unergiebig und schlecht vermittelbar, wenn nicht sogar kontraproduktiv sind. Sieht man näher hin, was die Grünen bisher praktisch in solchen Koalitionen bewegt und durchgesetzt haben, stößt man fast ausschließlich auf engsten Klientelismus: Alibi-Subventionen für ein paar ausgewählte Scene-Projekte; soziale Versorgung von Mitgliedern und Freunden durch Jobs, deren tatsächlicher allgemeiner Nutzen oft fragwürdig ist.

Berechtigtes Mißtrauen

Nach vorherrschender grüner Interpretation besteht das Hauptproblem der jetzigen Krise darin, daß man es nicht geschafft habe, der Bevölkerung den arbeitsmarktpolitischen Zweck der "Ökosteuer" richtig zu erklären. Das Problem liegt aber vermutlich tiefer, denn daß die Grünen den Ertrag der "Ökosteuer" dazu eingesetzt sehen möchten, die Lohnnebenkosten zu senken, wurde selbst in der BILD-Zeitung nicht verschwiegen. Jedoch, die überwiegende Mehrheit der Betroffenen glaubt einfach nicht an den von den Grünen behaupteten Zusammenhang. Und, was noch schlimmer ist: Dieses Mißtrauen ist hundertprozentig begründet!

In den letzten Jahren sind von allen Seiten zahlreiche arbeitsmarktpolitische Versprechungen gemacht worden - angefangen bei der unglaublichen Ankündigung von Bundesregierung und DGB, durch das "Bündnis für Arbeit" die Arbeitslosigkeit innerhalb von vier Jahren zu halbieren. Mehrere Eingriffe zu Lasten der Lohnabhängigen wurden genau mit der Behauptung gerechtfertigt, durch Senkung der Lohnnebenkosten mehr Arbeitsplätze zu schaffen. Der sogenannte Solidaritätszuschlag, der die arbeitsmarktpolitische Misere in der ex-DDR wahrscheinlich eher verschärft als abgemildert hat, ist gleichfalls in diesem Zusammenhang zu nennen.

Es ist also keineswegs der Unaufgeklärtheit der Bevölkerung zuzuschreiben, wenn zwangsläufig mit neuen Abgabeforderungen nur noch Skepsis und Ablehnung hervorgerufen werden kann. Selbst wenn man den Grünen zubilligen will, sie hätten mit ihrer "Ökosteuer" nur die allerbesten Absichten, bleibt dennoch Fakt, daß sie unter absolut keinen Umständen die politische (Mit-)Gestaltungsmacht gewinnen könnten, eine

entsprechende Verwendung der durch die Benzinpreis-Steigerung aufgebrachten Mittel tatsächlich durchzusetzen und zu garantieren. Aber sogar, wenn die zusätzlichen Staatseinnahmen wirklich ausschließlich dafür verwendet werden würden, die Lohnnebenkosten zu senken, ergäbe sich daraus nicht automatisch ein positiver beschäftigungspolitischer Effekt. Siehe "Reform" der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall.

Theorien, die die Lohnnebenkosten als wesentliche Ursache der Massenarbeitslosigkeit annehmen, führen in die Irre und sind zumeist Ausgangspunkt falscher Schlußfolgerungen, die zusätzliche Belastungen für die Lohnabhängigen bedeuten, aber weder den Beschäftigten noch den Arbeitslosen Vorteile bringen. Die Nachfrage der Unternehmer nach Arbeitskraft wird in erster Linie durch ihren Bedarf bestimmt. Das Streben nach "schlanker Produktion" und maximalem Personalabbau würde im wesentlichen auch bei sinkenden Lohnkosten anhalten. Außerdem könnte das grüne Modell der "Ökosteuer" höchstens zu einem sehr geringen und langsamen Effekt auf die Sozialabgaben und Lohnnebenkosten führen, der beschäftigungspolitisch auf jeden Fall irrelevant wäre.

Ein Lob von

der Bundesbank

Vor allem der taz verdanken wir die wichtige Erkenntnis, daß die Grünen keineswegs die einzigen sind, die für eine "Ökosteuer" und für eine erhebliche Anhebung des Benzinpreises eintreten: CDU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble (bekanntlich nicht gerade der linke Flügelmann seiner Partei), die SPD, selbst die FDP und die CSU, schließlich sogar ein leibhaftiger Vertreter der Deutschen Bank vertreten angeblich ähnliche oder wenigstens entfernt verwandte Ideen. Ein weiteres starkes Argument ist aus Sicht der taz, daß mehrere andere europäische Länder bereits "Energiesteuern" eingeführt haben: Dänemark, Großbritannien, die Niederlande. Wer dies alles für Beweise hält, daß die Grünen auf dem richtigen Weg sind, offenbart aber in erster Linie nur seine eigenen politischen Koordinaten.

Daß sich die Grünen mit ihrer Steuerforderung "in bester Gesellschaft" befinden, war auch schon vor dem Benzinpreis-Spektakel nicht zu übersehen. Der Stern hatte bereits im Januar gelobt: So weit, wie die Grünen steuerpolitisch vorausdenken, "haben sich bislang weder CDU, noch SPD oder FDP in ihren Überlegungen vorgewagt". Da konnte man auch lesen: Das Buch der grünen Steuerexpertin Christine Scheel, "Die Grünen und das Geld", sei von Professor Peter Bareis, einem Berater des CSU-Finanzministers Waigel, als "mutiges und schlüssiges Konzept" bezeichnet worden. Also, wenn das keine erstklassige Empfehlung ist?! Eine andere grüne Steuerexpertin, Margareta Wolf, "erlebt bei Einladungen zu Wirtschaftsverbänden bisweilen, daß ältere Herren aus dem Management bei ihrem Vortrag glänzende Augen bekommen. ‚Das freut einen`, meint die Grüne, ‚weil man den Einbruch in eine Klientel schafft, von der man nicht mal geträumt hat.`" (Stern 3/98)

Der Hinweis auf andere europäische Länder, ebenso wie die glänzenden Augen der Kapitalvertreter, weisen darauf hin, daß Worte wie "Ökosteuer" oder "Energiesteuer" in diesem Zusammenhang in Wirklichkeit der Täuschung dienen. Die genannten Länder belasten nämlich im wesentlichen nur den Individualkonsum der Bevölkerung, nicht aber den industriellen Energieverbrauch. Das heißt, auf der einen Seite wird zwar der private KfZ-Treibstoff teurer, aber auf der anderen Seite gibt es vor allem für Großunternehmen Rabatte, Preisnachlässe, Steuerbefreiungen usw.

Würde man nämlich auch den Energieverbrauch der Industrie entsprechend verteuern, so wären steigende Produktionskosten die Folge, die auf dem Boden der weltweiten kapitalistischen Produktionsweise tatsächlich einen erheblichen Wettbewerbsnachteil bedeuten würden und die mit Sicherheit keine positiven beschäftigungspolitischen Effekte auslösen würden. Selbst wenn man steigende Preise des industriellen Energieverbrauchs für gesellschaftspolitisch wünschenswert halten würde, wären sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen mit absoluter Sicherheit politisch nicht durchsetzbar. Ob die maßgeblichen Politiker der Grünen das überhaupt wirklich wollen, muß ernsthaft bezweifeln werden, denn die Demontage der kapitalistischen Produktionsweise und Gesellschaft ist eigentlich nicht ihr Ziel. Jedenfalls könnten sie in der Praxis überhaupt nicht mehr bewirken, als daß sie höheren Benzinpreisen für den privaten Konsum auf den Weg helfen. Alles andere läge weit außerhalb ihrer Einfluß- und Wirkungsmöglichkeiten.

Nieder mit dem Autowahn!

Bruno Kern, ehemals Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Internationalismus der Grünen und jetzt PDS-Mitglied, hat in der ila Nr. 214 das Thema "Ökosteuer" von einer ganz anderen Seite kommentiert. Er kritisiert bereits die Begründung der "Ökosteuer" mit der Senkung der Lohnnebenkosten, statt mit den "notwendigen ökologischen Weichenstellungen", als unzulässiges opportunistisches Zurückweichen vor der Autolobby und den Stammtischparolen. Höhere Benzinpreise dienen aus Kerns Sicht dem Kampf "gegen Flug- und Autowahn" und sollten auch eindeutig so begründet werden. Die bei den Grünen allgemein kritisierte Äußerung von Halo Seibold, alle fünf Jahre eine Flugreise sei für die NormalbürgerInnen vollauf genug, hält Kern sogar noch für "äußerst moderat". Zur Begründung verweist er auf eine niederländische Studie, wonach eigentlich höchstens alle 25 Jahre ein Fernflug ökologisch vertretbar wäre.

Solche Überlegungen mögen im einzelnen, beispielsweise in ihrer apokalyptischen Berechnung der "Klimakatastrophe", übertrieben sein. Dennoch sind sie im großen und ganzen wohl plausibel. Dementsprechend stößt die Forderung nach einem kräftigen Anstieg der Benzinpreise, auch ohne den angeblichen (und unglaubwürdigen) beschäftigungspolitischen Zweck, bei manchen Linken auf Verständnis und Zustimmung. Daß dann vielleicht etwas weniger privater Auto- und Flugverkehr stattfindet, erscheint ihnen als Sinn dieser Forderung ausreichend.

Sicher ist andererseits: Mit Forderungen, die auf eine Senkung des Massenkonsums durch höhere Preise abzielen, ist hierzulande heute und in absehbarer Zeit keine Politik zu machen. Die von Bruno Kern angedeutete Alternative, 7 Prozent der Wählerstimmen für eine richtige Politik seien mehr wert als 10 Prozent für eine opportunistische, falsche Politik, geht weit an der Wirklichkeit vorbei: Für das, was vielleicht im Sinn der globalen Ökologie richtig sein könnte, sind heute und in absehbarer Zeit keine 7 Prozent zu bekommen, auch keine 5 Prozent, vielleicht noch nicht einmal 3 Prozent. Kerns eigene Partei, die PDS, wird sich hüten, auch nur einen kleinen Schritt in diese Richtung zu tun. Auf Parolen gegen "Flug- und Autowahn" läßt sich unter heutigen Verhältnissen keine andere Politik als eine von vornherein sektiererische aufbauen.

Der Grund liegt nicht allein darin, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung diesem doppelten "Wahn" so gründlich verfallen ist, daß sie jeden Angriff darauf nur als lästige Störung und feindselige Zumutung wahrzunehmen vermag. Er liegt auch in der mangelnden Glaubwürdigkeit der Grünen Partei. Auf jeden grünen Politiker, der konsequent nur Fahrrad und öffentliche Verkehrsmittel benutzt, kommt vermutlich ein anderer, der lieber im teuren italienischen Sportwagen oder Porsche über die Autobahn jagt. Flugreisen nicht bloß alle fünf Jahre, sondern mindestens einmal im Jahr sind für viele Grüne selbstverständlich. Den grünen Politikern haftet der begründete Ruf an, gern mal Wasser zu predigen, aber selbst Wein zu trinken. Dazu trägt auch die Tatsache bei, daß sie, wie alle Berufspolitiker, nicht nur weit überdurchschnittlich verdienen, sondern außerdem innerhalb weniger Jahre sozial so total abgesichert sind, daß sie für den Rest ihres Lebens kaum noch materielle Unsicherheit befürchten müssen - was sie grundsätzlich von der Mehrheit der Normalmenschen in diesem Land unterscheidet und ihre Maßhalte-Appelle dem Mißtrauen aussetzt.

Forderungen und Parolen, die in irgendeiner Weise auf Konsumverzicht hinauslaufen, so wohlbegründet und sinnvoll sie im Einzelfall sein mögen, hätten es selbstverständlich in jedem Fall hierzulande sehr schwer - selbst dann, wenn sie von ihren Vertretern aktiv und beispielhaft vorgelebt würden. Ohne diese Voraussetzung erscheinen sie aber von vornherein nur als Heuchelei und als einseitiger Raubzug gegen die "kleinen Leute". Die Reichen zahlen auch fünf Mark für den Liter Benzin lässig und können sich vielleicht darüber freuen, daß auf der Autobahn weniger Prolos unterwegs sind. Ähnliches würde gelten, wenn man durch Preissteigerungen den Flugzeug-Massentourismus eindämmen und das Fliegen wieder stärker zu einem elitären Vergnügen der Reichen machen würde. Das zeigt, daß Debatten wie die um die "Ökosteuer" und den maßlosen Energieverbrauch der Metropolen ohne eine antikapitalistische Fundierung weder zweckmäßig noch glaubwürdig geführt werden können.

Kt.

12. Abschied vom Protestant State. Die Belfaster Vereinbarung - ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung

Autor: D. Schulze-Marmeling · Rubrik: Irland · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/23.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:23

Der 10. April 1998 könnte als "Good Friday" in die anglo-irische Geschichte eingehen. In Belfast unterzeichneten die Regierungen Großbritanniens und Irlands sowie die Verhandlungsleiter der politischen Parteien Nordirlands (mit einer nicht unbedeutenden Ausnahme, s.u.) eine Vereinbarung, die den Konflikt zwar nicht beenden wird, wohl aber seine Demilitarisierung und Überleitung in eine völlig neue Etappe bedeuten könnte.

Eine derartige Vereinbarung galt noch vor gar nicht langer Zeit als pure Utopie. Möglich wurde sie aufgrund vielfältiger und langwieriger Entwicklungen:

Erstens: Sowohl London als auch die IRA gelangten bereits vor einigen Jahren zu der Erkenntnis, daß eine militärische Lösung des Konfliktes weder für die eine noch die andere Seite eine realistische Option bedeute.

Zweitens waren alle Bemühungen, den Konflikt mittels einer Vereinbarung zwischen den unionistischen Parteien und der moderat-nationalistischen SDLP zu lösen, an der Unnachgiebigkeit der unionistischen Politiker selbst gegenüber bescheidensten Reformvorstellungen und am Ausschluß von Sinn Féin und der IRA gescheitert.

Es dauerte lange, bis die britische Politik erkannte, daß jeder Lösungsversuch, der die Existenz der republikanischen Bewegung ignorierte, zum Scheitern verurteilt war. 1985 hatten die Dubliner Regierung, die SDLP und die US-Regierung eine erzkonservative britische Regierung zum Anglo-Irish-Agreement gedrängt. Dieses zielte zwar primär auf eine Isolierung Sinn Féins und der IRA, war aber ein bedeutendes Novum: Es war ohne Konsultation, geschweige denn vorherige Zustimmung durch die Unionisten zustandegekommen. Das Abkommen räumte Dublin ein Mitspracherecht in nordirischen Angelegenheiten ein und führte zur Einrichtung eines anglo-irischen Sekretariats in der Nähe von Belfast. Faktisch bedeutete dies schon damals, daß die britische Regierung einen grundsätzlichen Unterschied zwischen dem Status anderer UK-Regionen und Nordirland machte. Außerdem symbolisierte die Einbeziehung Dublins die Abkehr von einer internen Lösung.

Nach dem Wahlsieg der Labour Party im Mai 1997 erfuhr die britische Nordirlandpolitik eine grundlegende Veränderung. Die Erfolge Sinn Féins bei den nordirischen Forumwahlen und den britischen Unterhauswahlen (trotz Zusammenbruchs des IRA-Waffenstillstands!) hatten alle Vorstellungen, der "politische Arm" der IRA könne ignoriert und isoliert werden, endgültig ins Reich der Träume verbannt. Wahrscheinlicher war, daß bei Fortsetzung der bis dahin gültigen britischen Politik Sinn Féins Wählerschaft weiter wachsen würde - auf Kosten der SDLP. Die Strategie der Major-Regierung war bei der katholischen/nationalistischen Wählerschaft Nordirlands auf eindeutige Ablehnung gestoßen.

Die Blair-Regierung, die - anders als vor ihr die Tories - über eine große Mehrheit im Unterhaus verfügt und somit keine Rücksichten auf die Abgeordneten der Ulster Unionist Party (UUP) nehmen mußte, näherte sich nun den Bedürfnissen Sinn Féins in geradezu atemberaubendem Tempo.

Hierzu gehörte drittens auch, daß man sich nicht lange mit den bei den Unionisten beliebten end- und ergebnislosen "talks about talks" aufhielt, sondern recht schnell ans Eingemachte ging. Erstmals wurde von London eine klare "deadline" für Verhandlungen gesetzt, wie dies Sinn Féin immer wieder gefordert hatte, und den Unionisten ultimativ bedeutet, daß sie ernsthaft zu verhandeln hätten. London nahm dabei auch den Ausstieg der Democratic Unionist Party (DUP) in Kauf, immerhin die zweitgrößte unionistische Partei Nordirlands, deren Boss, der bigotte Fundamentalist Ian Paisley, bei Europawahlen sogar stets die meisten Stimmen aller Kandidaten erhält. Offensichtlich war der Regierung das Mitwirken Sinn Féins wie der politischen Parteien der loyalistischen Paramilitärs (Progressive Unionist Party/PUP und Ulster Democratic Party/UDP) wichtiger. Bereits vor einigen Jahren hatte der ehemalige Premier Edward Heath vorgeschlagen,

Paisley und die DUP bei Gesprächen außen vor zu lassen, um sich statt dessen um eine Integration Sinn Féins zu bemühen.

Viertens fanden die südirische Regierung, SDLP und Sinn Féin sowie die politischen Repräsentanten der irischstämmigen Community in den USA zu einem Minimalkonsens, durch den sie den politischen Druck auf die britische Regierung verstärken konnten. Gleichzeitig betrieben sie die Internationalisierung des Problems. Die jeweiligen Intentionen der Akteure mögen dabei unterschiedlich gewesen sein, im Ergebnis trafen sie sich allerdings. Die Führung der republikanischen Bewegung suchte nach einem "Ersatz" für den bewaffneten Kampf, der ihres Erachtens seine Schuldigkeit getan hatte. Umgekehrt suchten Dublin und die SDLP nach Möglichkeiten, der republikanischen Bewegung die Einstellung ihrer militärischen Operationen schmackhaft zu machen. Dies war jedoch nur unter der Voraussetzung möglich, daß man sich zumindest eines Teils der republikanischen Forderungen annahm und diese mit der notwendigen Vehemenz gegenüber London und den Unionisten vertrat. Hierzu gehörte auch, daß Dublin und die SDLP allen Plänen einer internen Lösung eine konsequente Absage erteilte und das bis zuletzt durchhielt.

Fünftens: UUP-Führer David Trimple hat zwar die Biographie und Reputation eines unionistischen Hardliners, aber trotzdem erwies sich seine Wahl zum Parteivorsitzenden als äußerst hilfreich. Im Gegensatz zu einigen älteren UUP-Politikern ist sich Trimple darüber im Klaren, daß sich die Situation für die protestantische/unionistische Community seit Ausbruch der Troubles erheblich verändert hat und es folglich mehr als nur eines puren "No" bedarf, um den Fortbestand der Union zu garantieren. Nur ein UUP-Vorsitzender mit der Biographie, Reputation und politischen Autorität eines Trimple war dazu in der Lage, die Unionisten in Verhandlungen mit der SDLP, Dublin und letztlich auch Sinn Féin zu führen.

Sechstens trafen sich die Pläne der Labour-Regierung, das United Kingdom einer Strukturreform zu unterziehen, teilweise mit der Erkenntnis der republikanischen Bewegung, daß das Ziel der Vereinigung Irlands nur über Zwischenschritte zu erreichen sei.

Irische Einigung

in Etappen?

Die Vereinbarung bestätigt zwar den aktuellen konstitutionellen Status Nordirlands als Teil des United Kingdom, enthält aber zugleich Elemente, die den Sonderstatus der sechs nordöstlichen Grafschaften unterstreichen.

Der konstitutionelle Status bleibt unverändert dem nordirischen Mehrheitswillen unterworfen. Soll Nordirland mit der Republik vereinigt werden, müssen die republikanischen und nationalistischen Befürworter dieser Idee auch Teile der protestantischen Community hierfür gewinnen. (Erforderlich ist nicht die Zustimmung durch die Mehrheit der nordirischen Protestanten, sondern der nordirischen Bevölkerung insgesamt.) "Hardliner" betrachten dies als Bestätigung des "loyalistischen Vetorechts". Faktisch wurde dieses jedoch seit Ausbruch der Troubles (1968) stetig unterhöhlt, wie allein schon die Existenz der Belfaster Vereinbarung beweist. Bei Gründung des nordirischen Staates (1921) hatte London der protestantischen Mehrheit ein hohes Maß an innenpolitischer Autonomie eingeräumt. Jetzt wurde die UUP, die größte der protestantischen/unionistischen Parteien Nordirlands, von der Blair-Regierung quasi zur Unterschrift unter das Belfaster Abkommen genötigt.

Was vom "loyalistischen Vetorecht" übrig bleibt, dürfte den Republikanern kaum Probleme bereiten. Ein vereinigtes Irland, das bei über 900.000 Protestanten auf entschiedene Ablehnung stößt, ist keine attraktive Option. So besehen gibt es ohnehin keine Alternative zur Vereinigung in Etappen.

Die Republik Irland wird die Artikel 2 und 3 ihrer Verfassung neu formulieren. Darin erhebt Dublin einen Souveränitätsanspruch auf die gesamte Insel, was von den Unionisten stets als Drohung mit der Annexion interpretiert wurde. In der Neufassung dieser Artikel wird Dublin sich verpflichten, die Vereinigung Irlands mit ausschließlich friedlichen Mitteln und auf Basis des Konsensprinzips herbeizuführen. Etwaige Abstimmungen hierüber haben im Norden und Süden getrennt zu erfolgen. Zwar bereitet diese Reform vielen Republikanern Bauchschmerzen, aber in der politischen Praxis spielten die beiden Artikel ohnehin nie eine Rolle, sondern lieferten lediglich Stoff für nationalistische Sonntagsreden. Aus fortschrittlicher Sicht waren sie äußerst fragwürdig, weil sie von einem rein territorialen Souveränitätsverständnis geprägt waren. Menschen kamen in ihnen nicht vor. Abgesehen davon gilt für diese Artikel nichts anderes als für das "loyalistische Vetorecht":

Ohne ein gewisses Maß an Zustimmung durch die protestantische Community Nordirlands wird man eine Vereinigung Irlands kaum bewerkstelligen können.

Im Gegenzug wird die britische Regierung ihren "Government of Ireland Act" von 1920 reformieren. Unterm Strich bedeutet dies, daß London den Zugriff auf Nordirland lockert und die Provinz dem "freien Spiel der politischen Kräfte" übergibt, während Dublin zwar auf territoriale Ansprüche verzichtet, keineswegs aber auf das Ziel der Vereinigung. In Verbindung mit den einzurichtenden Nord-Süd-Institutionen dürfte dies eher das nationalistische/republikanische Lager beflügeln.

Power-sharing

Das Belfaster Abkommen ist das bedeutendste seit dem Teilungsvertrag vom 6. Dezember 1921. Nordirland ist nicht mehr der alte "Protestant State", der die Existenz einer anderen Tradition als der protestantischen/unionistischen schlichtweg leugnete. Es gehört zwar zunächst weiter zum United Kingdom, ist aber nicht länger nur britisch, sondern auch irisch. So wird in der Vereinbarung ausdrücklich die gleichberechtigte Existenz einer irischen Identität anerkannt. Bereits die Regie des Verhandlungsprozesses lieferte ein deutliches Indiz dafür, daß das Problem von der britischen Regierung nicht länger als ein rein innenpolitisches behandelt wird. Die Verhandlungsführung lag nicht bei London, sondern beim ehemaligen US-Senator George Mitchell, dem der ehemalige finnische Premier Harri Holkeri und der kanadische NATO-General John de Chastelain attestierten. Blairs irischer Kollege Bertie Ahern agierte während der Belfaster Verhandlungen, als würde die Provinz von Dublin bereits mitregiert. Noch in den 80ern hatte die britische Regierung ähnlichen Modellen für eine Konfliktlösung eine entschiedene Absage erteilt, da diese eine Einmischung in innerbritische Angelegenheiten darstellen würden.

Doch zurück zu den Inhalten der Vereinbarung: Nordirland wird wieder eine eigene Volksvertreterversammlung erhalten, die jedoch mit dem berüchtigten "Stormont-System", das 1972 unter der militärischen Kampagne der IRA zusammenbrach, nichts gemein hat. Die 108 Abgeordneten werden im Februar 1999 nach dem Verhältniswahlrecht bestimmt werden, so daß die katholische/nationalistische Minderheit gemäß ihrem Bevölkerungsanteil von über 40% vertreten sein wird. Im alten Stormont sah dies anders aus.

Außerdem wird Nordirland eine zwölfköpfige Exekutive erhalten, für die das Mitwirken der Minderheit (gemäß ihrer Vertretung in der Versammlung) garantiert ist. Während Sinn Féin die Idee der Versammlung zunächst überhaupt nicht zusagte, weil man dahinter eine interne Lösung befürchtete, haben die Unionisten am "Power-sharing"-Prinzip zu knacken und wollten deshalb die Befugnisse der Exekutive möglichst niedrig halten. Das "Power-sharing"-Prinzip bedeutet nämlich, daß in einer zukünftigen nordirischen Exekutive auch Sinn-Féin-Vertreter sitzen werden. Daß an der Regierung Nordirlands zukünftig auch explizite Gegner seiner Existenz beteiligt sein werden, ist für viele unionistische Politiker eine grauenhafte Vorstellung. Zumal wenn es sich dabei um Menschen handelt, die sich in den vergangenen 30 Jahren am bewaffneten Kampf beteiligt haben.

Demilitarisierung und schrittweise Amnestie

Die erste Amtshandlung des neuen Parlaments wird die Einsetzung eines gesamtirischen Ministerrates sein, der den Parlamenten in Dublin und Belfast (nicht London!) verantwortlich ist. Außerdem wird ein irisch-britischer "Inselrat" eingesetzt, dem Mitglieder der Parlamente in Belfast, Dublin, London, Cardiff und Edinburgh angehören.

Darüberhinaus enthält die Vereinbarung eine Reihe von Aussagen über eine effektivere Bekämpfung der sektiererischen Diskriminierung, über die Demokratisierung der nordirischen Gesellschaft sowie die Demilitarisierung. Letztere betreffen sowohl die Abrüstung der paramilitärischen Organisationen wie den Abzug der britischen Armee und den Abbau ihrer Installationen. Die Royal Ulster Constabulary (RUC), die zu über 90% protestantische Polizei Nordirlands, soll einer eingehenden Überprüfung durch eine unabhängige Kommission unterzogen werden, die außerdem Vorschläge für eine Reform des nordirischen Polizeiwesens erarbeiten soll. Interessanterweise wird die RUC an keiner Stelle erwähnt, statt dessen ist stets nur von "police service" die Rede. Wenn die Vereinbarung als Ziel eine Polizei postuliert, die die Unterstützung der gesamten Community genießt, kann man sich hierunter nur schwerlich die königliche Constabulary vorstellen. Möglich ist, daß die paramilitärische RUC schrittweise abgebaut wird, während parallel dazu der Aufbau eine neuen, rein zivilen Polizei betrieben wird.

Ein ganz wichtiges Thema während der Verhandlungen waren natürlich die politischen Gefangenen. Wie es nun aussieht, wird der letzte der republikanischen und loyalistischen Gefangenen im Jahr 2000 das Gefängnis verlassen, was einer Amnestie zwar ziemlich nahekommt, allerdings nicht so genannt werden darf. London wollte zunächst einen Zeitraum von vier Jahren bis zur letzten Entlassung verstreichen lassen, woran die Zustimmung Sinn Féins zum Abkommen zu scheitern drohte. Die republikanische Führung ließ sich bis zum letzten Moment die Möglichkeit der Rückkehr zum bewaffneten Kampf offen. Nachdem das Sinn-Féin-Team die britische Regierung auf zwei Jahre hinuntergehandelt hatte, eilte ein Sinn-Féin-Emissär ins Maze-Gefängnis und ließ sich die Vereinbarung von den IRA-Gefangenen absegnen.

Die Unionisten haben die größeren Probleme

Daß das Abkommen eher im Sinne der Minderheit ausfiel und die unionistische Seite zu erheblich schmerzhafteren Kompromissen gezwungen wurde, zeigten auch die folgenden Meinungsumfragen. Eine im Auftrag der Irish Times unmittelbar nach der Unterzeichnung durchgeführte Umfrage des Instituts MRBI kam zu folgendem Ergebnis: Das Abkommen wird von 93% der SDLP- und 81% der Sinn-Féin-Wähler unterstützt. Bei der UUP und der DUP lauteten entsprechende Zahlen 70% und 30%. Während das Abkommen von 90% aller Katholiken unterstützt wurde, waren "nur" 60% der Protestanten dafür. Sechs Tage später, nachdem die erste Euphorie abgeebbt war, veranstaltete IMS im Auftrag des Sunday Independent eine weitere Umfrage: Danach betrug bei den Katholiken die Unterstützung 78%, bei den Protestanten 34%; auf die Anhängerschaft der Parteien bezogen: SDLP 84%, Sinn Féin 71%, Alliance Party 71%, UUP 44%, DUP 13%.

Während das Abkommen den Unionisten nun auch vertraglich garantiert, daß es keine Rückkehr zum sektiererischen "Stormont-System" geben wird, läßt es die Tür für die Bestrebungen der Nationalisten und Republikaner zumindest weit geöffnet.

UUP-Führer David Trimple hat gewisse Probleme, seiner Partei das Abkommen zu verkaufen. Drei seiner zehn Unterhausabgeordneten sind gegen das Abkommen, andere äußern sich wenig enthusiastisch. Die Grand Lodge des protestantischen Orange Order, der ca. 60.000 Mitglieder zählt, mit der UUP eng verbunden ist und einst das Rückgrat des "Protestant State" darstellte, lehnte das Abkommen mit überwältigender Mehrheit ab.

Die Ablehnungsfront wird z.Zt. von Ian Paisley und seiner DUP angeführt. Militärische Schützenhilfe erhält der Prediger von der Loyalist Volunteer Force (LVF), die nach der Unterzeichnung der Vereinbarung zwei Katholiken ermordete.

Sinn-Féin-Präsident Gerry Adams hat es erheblich leichter als Kollege Trimple. In den urbanen Zentren des Republikanismus (Belfast, Derry) erfahren die Verhandlungsführung der Sinn-Féin-Delegation und das Abkommen solide Unterstützung. Daß Adams auf dem eine Woche nach den Stormont-Verhandlungen stattfindenden Sinn-Féin-Parteitag nicht abstimmen ließ, erklärt sich allein daraus, daß ihm an einer gründlichen Diskussion und einer Zustimmung deutlich jenseits der 70%-Marke liegt. Adams will relevante Spaltungen vermeiden und die republikanische Bewegung möglichst komplett in eine politische Ära überführen. Ein Ansinnen, das er und seine Mitstreiter bereits seit Jahren mit unglaublicher Beharrlichkeit und Geduld verfolgen.

Für die Mitglieder der IRA fanden bislang zwei "Informationsveranstaltungen" statt, auf denen der Basis folgende Message überbracht wurde: Das Abkommen sei besser ausgefallen, als man dies zunächst erwartet habe; die nordirische Versammlung sei als Schritt der Abkoppelung vom United Kingdom zu bewerten und somit akzeptabel; für eine Fortsetzung des bewaffneten Kampfes existiere keine Notwendigkeit mehr, zumal die demographische und politische Entwicklung darauf hinauslaufe, daß sich in zehn bis 15 Jahren eine Mehrheit für eine Vereinigung aussprechen würde. Diese Einschätzung hat allerdings keinerlei Konsequenzen hinsichtlich der Abrüstungsbereitschaft der IRA.

Nennenswerte Opposition artikuliert sich derzeit allein in einigen ländlichen Grenzregionen und vor allem südlich der Grenze. Es fällt auf, daß am lautesten jene Leute von "Verrat" reden, die von der sektiererischen Gewalt der Loyalisten und der Repression des britischen Militärapparats seit Ausbruch der Troubles gar nicht oder deutlich weniger als die Republikaner in Belfast und Derry berührt wurden. Zu den Befürwortern einer rein politischen Strategie gehören zahlreiche "Ikonen" des bewaffneten Kampfes, allen voran der Belfaster Martin

Meehan. Bei den nordirischen Republikanern scheint das Abkommen weitaus populärer zu sein als bei den südirischen.

Mittlerweile hat sich die IRA-Führung zur Belfast-Vereinbarung öffentlich erklärt. In einem Statement, das auf der Titelseite der Sinn-Féin-Zeitung AnPhoblacht abgedruckt wurde, wird die Vereinbarung zwar als bedeutende Entwicklung gewürdigt, die jedoch zur Beseitigung der Ursachen des Konflikts nicht ausreiche. Diese Linie wird in etwa auch von der Sinn Fein-Führung vertreten, die u.a. beim Konsensprinzip ihren Widerspruch anmeldete. Die Abgabe ihrer Waffen lehnt die IRA unverändert ab, was keine Überraschung darstellt. Der Waffenstillstand bleibt hiervon nicht berührt, aber die IRA beansprucht eine Rückversicherung für den Fall eines Scheiterns des Friedensprozesses und einer Eskalation loyalistischen Terrors. Außerdem sieht sie die Belfast Vereinbarung noch nicht als das Ende der Entwicklung. Der Gedanke, daß die IRA nun ihr komplettes Waffenarsenal rausrückt, behagt auch vielen moderaten Nationalisten nicht. Der erste Disput mit den Unionisten nach der Unterzeichnung der Vereinbarung ist damit vorgezeichnet.

Dietrich Schulze-Marmeling

13. Warum ist der Widerstand gegen den geplanten Castor-Transport notwendig, obwohl das AKW Rheinsberg abgerissen werden soll?

Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/26.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:26

1. Der Abriß dient als Nachweis, daß die Atomkraft beherrschbar ist. "Kontrollierter Rückbau" und "Abriß bis zur grünen Wiese" soll diese Beherrschbarkeit suggerieren.

2. In Greifswald wird es nie eine "grüne Wiese" geben - Mittel für den Abriß der Gebäude sind nicht vorgesehen. Auch der Traum vom sauberen Naturschutzgebiet in Rheinsberg wird nicht in Erfüllung gehen, da radioaktive Verseuchungen des Grundwassers und Boden nicht rückholbar sind.

3. Ziel dieses Abrißexperimentes in Greifswald und Rheinsberg ist es, den Nachweis zu erbringen, wie Atomstandorte nach Abrissen für neue Atomprojekte zu nutzen sind. Eine genau protokollierte Datenbank soll die Grundlage dafür schaffen.

4. Mit dem Abriß wurde der Bau und Betrieb der ZLN in Greifswald/Lubmin begründet. Es dient als bundesweites Verarbeitungs- und Lagerzentrum für Atommüll. Es ist das bundesweite Entsorgungszentrum und dient dem Weiterbetrieb von AKWs.

5. Mit dem Castor-Transport aus Rheinsberg nach Greifswald soll die politische Akzeptanz für Castor-Transporte in den Neuen Bundesländern getestet werden. Greifswald/Lubmin als Ausweichstandort für Gorleben und Ahaus! Der Osten wird gegen den Westen ausgespielt.

6. Jeder Castor-Transport stellt ein Risiko für die Bevölkerung und das Begleitpersonal dar. Dieses Risiko ist nur ein einziges Mal vertretbar - auf dem Weg in ein Endlager!

7. Beim Bau des ZLN ist aus Kostengründen auf wesentliche Sicherheitskriterien verzichtet worden (z.B. "Heiße Zelle", analoges Überwachungssystem, Prüftests für den Castor-Behälter). Der Castor-Behälter ist die einzige Sicherheitsbarriere zur Verhinderung des Austritts der Radioaktivität.

8. Bis zum konsequenten Ausstieg aus der Atomenergie gilt es alle Transporte zu blockieren! Es gibt keine Unterscheidung in gute und schlechte Transporte.

Rosemarie Poldrack, Vorsitzende der BI Kernenergie e.V., Greifswald

14. Wahlgeschenk: Ein neues Atomkraftwerk für Greifswald?

Autor: Wolfgang Ehmke · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/27.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:27

Wahlgeschenk: Ein neues AKW für Greifswald?

Nicht nur in Ahaus oder Gorleben, auch in Greifswald/Lubmin gibt es ein atomares Zwischenlager. Am 20. März hat die Schweriner Landesregierung die Betriebsgenehmigung für die ersten sieben Hallen erteilt, in denen nicht nur die Abfälle aus dem Abriß der Reaktoren aus der DDR-Hinterlassenschaft gestapelt werden sollen. Dort sollen auch Abfälle aus Leichtwasserreaktoren konditioniert und "puffergelagert" werden.

Gestern noch bestand Konsens selbst zwischen der CDU und der SPD, die in Mecklenburg-Vorpommern eine große Koalition bilden: In Greifswald soll nur Atommüll von Abrißabfällen unterkommen, auch aus dem ersten DDR-Reaktor im brandenburgischen Rheinsberg. Heute beherrschen die Wortverdreher die Szene. Man habe sich immer klar gegen die Einlagerung von Westabfällen an der Ostseeküste ausgesprochen, von Konditionierung sei nie die Rede gewesen. Und dies sichere 50 Arbeitsplätze.

Eine "Pufferlagerung" kennt das Atomgesetz übrigens nicht, es ist eine Zwischenlagerung. Spätestens hiermit beginnt die Öffnung der Lagerhallen für die Entsorgungsprobleme der (west-)deutschen Atomindustrie. Und die Befürchtung, daß die überdimensionierten Lagerhallen Begehrlichkeiten wecken, jene auch zu nutzen, sind nicht von der Hand zu weisen. Rollt erst ein Castor-Konvoi von Rheinsberg nach Lubmin, könnten weitere folgen - aus Krümmel, Stade oder anderswo. Die Genehmigung vorausgesetzt. Das allerdings ist ein bürokratischer Akt, der in wenigen Monaten abgewickelt werden kann. Deshalb muß sich auch in Greifswald quergestellt werden. Die Gefahr, daß auf dem AKW-Gelände ein neues Atomkraftwerk gebaut werden könnte, ist riesengroß. Das ist ein weiteres Motiv für Protest und Widerstand auch in Mecklenburg-Vorpommern.

Nachdem Berndt Seite, der CDU-Ministerpräsident des nordöstlichen Bundeslandes, auf seiner USA-Reise Gespräche mit Managern von Duke Energy in North Carolina führte, erklärte ein Firmensprecher: "Wir hatten das Vergnügen, uns mit dem Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern zu treffen, um über potentielle Projekte zu sprechen. Wir wären sehr erfreut, Mecklenburg-Vorpommern zu bedienen und hoffen, daß wir in nächster Zukunft die Gelegenheit haben." Duke Energy ist einer der wichtigsten Atomenergieproduzenten und -dienstleister in den USA. Dem Konzern gehören sieben Atomkraftwerke, und für 90 Prozent der über 100 AKWs in den USA hat Duke die Servicefunktion übernommen.

Nun hat wenig später - genauer gesagt am 24. März - die Bundesregierung beschlossen, daß eine Teilfläche des ehemaligen AKW-Geländes in Greifswald/ Lubmin zwecks Privatisierung ausgeschrieben wird. Die Ausschreibung erfolgte am 2. April durch die Energiewerke Nord (EWN), einem Bundesunternehmen. In Lubmin werden mit Steuergeldern die stillgelegten Reaktoren des ehemaligen DDR-Großprojektes abgerissen. Sechs Milliarden DM hat der Bund für das Abrißunternehmen und die Zwischenlagerung des Atommülls in den acht riesigen Lagerhallen bereitgestellt. Von den ehemals 6000 Beschäftigten blieben 1500, und Berndt Seite möchte sich mit Blick auf die Landtagswahlen im September, die in Mecklenburg-Vorpommern gleichzeitig mit dem Urnengang zu den Bundestagswahlen stattfinden, als Arbeitsplatzbeschaffer der Region präsentieren.

Merkwürdig ist das Procedere, weil zum einen die Ausschreibungsfrist bereits am 30. April abgelaufen ist und weil 20 in- und ausländische Elektrizitätsversorgungsunternehmen gezielt die Aufforderung erhalten haben, ein Angebot für die 60 Hektar große Teilfläche zu unterbreiten. Im Flächennutzungsplan ist dieses Gebäude für einen Kraftwerksbau ausgewiesen. Ausgenommen von der Teilprivatisierung wird das umstrittene atomare Zwischenlager und die Demontage des AKWs. Wer ein Angebot unterbreitet, muß sich verpflichten, mindestens 300 industrielle Arbeitsplätze bis zum Jahr 2004 zu schaffen.

Der EWN-Geschäftsführer Dieter Rittscher macht keinerlei Hehl daraus, daß auch der deutsche Reaktorhersteller Siemens angeschrieben wurde. Siemens hält schon seit längerem Ausschau nach einem geeigneten Standort für das deutsch-französische Gemeinschaftsprojekt eines neuen Druckwasserreaktors. Der Haken ist (noch): Als Reaktorhersteller brauchen Siemens und der französische Partner Framatome einen Energieversorger als Auftraggeber. Je näher der Wahltermin rückt, desto sichtbarer werden die Risse in der

großen Koalition in Schwerin. Schließlich war im Koalitionspapier von CDU und SPD ausdrücklich vermerkt, daß es im Lande keinen AKW-Neubau geben sollte. Der Landtag hatte darüberhinaus beschlossen, daß in Lubmin allein die Stillegungsabfälle aus dem Rückbau der Reaktoren vor Ort und aus dem brandenburgischen Rheinsberg gelagert werden sollten.

Bereits die Öffnungsklausel in der Betriebserlaubnis der Lagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle zur Behandlung (Konditionierung) von Strahlenmüll auch aus anderen Leichtwasserreaktoren hatte zum Dissens zwischen den Koalitionspartnern und zu lautstarkem Krach im Kernenergiebeirat des Landes geführt. Mit den Stimmen von SPD und PDS wurde die Landesregierung aufgefordert, die Betriebserlaubnis erneut zu prüfen und gegebenenfalls zu widerrufen. Die nächste Belastungsprobe werden die vier Castoren aus dem AKW Rheinsberg sein, die per Bahn nach Lubmin transportiert werden sollen. Für die AtomkraftgegnerInnen fungieren auch diese als Türöffner: Später könnte das Lager auch als Schlupfloch anstelle von Ahaus oder Gorleben genutzt werden. Allerdings wurde als Transporttermin der "Spätsommer" genannt, das heißt vor den Wahlen scheut selbst der CDU-Innenminister Armin Jäger die Aufregung und Negativschlagzeilen.

Auf der Strecke bei der Jagd nach einer strahlenden Zukunft des Badeortes Lubmin bleiben die Kommunalpolitiker, denen es lieber wäre, Lubmin würde aus den Negativschlagzeilen kommen und Touristen locken. Dann allerdings müßten sie zu allererst gegen die Ambition ihres Parteifreunds Seite opponieren.

Greifswald/Lubmin ist also der Schnittpunkt zweier gegenläufiger Entwicklungen. Der Standort steht für den Niedergang der Atomindustrie und verdeutlicht das Riesenproblem, daß niemand weiß, wie verantwortlich mit den nuklearen Lasten umgegangen werden soll. Es steht aber gleichzeitig für einen weiteren Ausbau der Atomwirtschaft, dabei spielt auch das überdimensionierte Lager eine große Rolle. Deshalb ist es richtig, den geplanten Castortransport nach Greifswald mit Protest zu begleiten. Doch welchen Sinn macht es, in Rheinsberg am stillgelegten AKW auf die Straße und Schiene zu gehen? Ich halte dies für eine falsche Orientierung, die in der öffentlichen Auseinandersetzung eher Kopfschütteln als Verständnis erwecken wird.

Wolfgang Ehmke

15. Castoren aus Rheinsberg

Zur Debatte um die Castor-Transporte

Autor: DSe · Rubrik: Anti-AKW-Bewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/34.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:34

Greifswald oder Rheinsberg?

Zur Debatte um die Castor-Transporte

Die bevorstehenden Castor-Transporte von Rheinsberg nach Greifswald haben in der Anti-AKW-Bewegung eine Kontroverse ausgelöst. Welchen politischen Sinn macht es, vor einer endgültig stillgelegten Atomanlage in Rheinsberg zu demonstrieren, um den Abtransport von Atommüll zu verhindern? Das Zwischenlager Greifswald könnte künftig im bundesdeutschen Atomprogramm besonders wichtig sein. Wäre es da nicht sinnvoller, dort für Öffentlichkeit zu sorgen und den Betreibern klarzumachen, daß sie auch in Greifswald nicht in Ruhe gelassen werden? Mit drei Beiträgen mischen wir uns in die Diskussion ein.

Im Sommer oder Spätsommer sollen aus dem stillgelegten AKW Rheinsberg in Ostdeutschland drei Castor-Transporte in das ostdeutsche Zwischenlager Greifswald/Lubmin gehen. Seit Wochen mobilisieren die Initiativen in Rheinsberg und Greifswald sowie Berliner Gruppen gegen den Transport. Aktionen in Rheinsberg sind geplant; Sonntagsspaziergänge an den Gleisen vor dem AKW Rheinsberg finden inzwischen regelmäßig statt. Auch die Mitte April in Erfurt abgehaltene Frühjahrskonferenz der Anti-AKW-Bewegung ruft zu Aktionen auf. Dennoch: Die geplanten Transporte von Rheinsberg nach Greifswald sind weder mit den jüngsten Castor-Transporten in die Zwischenlager Gorleben und Ahaus, noch mit denen in die Wiederaufarbeitungsanlagen vergleichbar. Alle diese Transporte dienen unmittelbar dem "Entsorgungsnachweis" von laufenden Atomanlagen, ohne den diese den Betrieb sofort einstellen müßten. Rheinsberg jedoch ist ein stillgelegtes AKW, die Abrißarbeiten haben begonnen!

Andererseits bedeuten die Transporte aus Rheinsberg die faktische Inbetriebnahme des Zwischenlagers Greifswald, das erst in diesem Frühjahr atomrechtlich genehmigt worden ist. Der Standort für dieses Atommüll-Lager wurde gewählt, weil hier auch eine der größten Hinterlassenschaften der DDR-Atompolitik steht. Mehrere Reaktoren sind in Greifswald in Betrieb gewesen; einige Blöcke befanden sich noch im Bau. Für den 1990 beschlossen Abriß wurde das Zwischenlager in Greifswald errichtet. Die Befürchtung, Greifswald könnte nun zum bundesdeutschen Atommüllzentrum werden, ist nicht von der Hand zu weisen. Die Hallen sind derart groß, daß nicht nur der gesamte Strahlenmüll, der bei dem laufenden Abriß der AKWs in Rheinsberg und Greifswald/Lubmin anfällt, reinpaßt, sondern zusätzlich dann noch jede Menge freie Lagerkapazität für Castor-Behälter usw. vorhanden wären.

So entsteht bei den Transporten aus Rheinsberg und den dort geplanten Aktivitäten für die Anti-AKW-Bewegung ein Dilemma: Während die einen sagen, Castor ist Castor und Querstellen daher Pflicht und somit nach Rheinsberg mobilisieren, finden die anderen, daß Castoren aus stillgelegten Anlagen in ein Zwischenlager müssen, um den Abriß zu ermöglichen. Wieder andere meinen, daß Castor zwar gleich Castor ist, daß aber ein Castor-Transport aus dem stillgelegten AKW in Rheinsberg nicht vergleichbar ist mit Transporten aus immer neuen Atommüll produzierenden AKWs wie Krümmel oder Neckarwestheim. Deswegen müsse in Greifswald ein starker Widerstand entwickelt werden, um das dortige Zwischenlager nicht zum Atommüllzentrum für die ganze Republik werden zu lassen.

Deutlich wird, daß die Anti-AKW-Bewegung bis heute keinen politischen Konsens hat, wie mit stillgelegten Anlagen umgegangen werden soll.

Nicht erst mit der Stillegung der Reaktoren in Rheinsberg oder Greifswald stellt sich die Frage nach dem Umgang mit stillgelegten Atomanlagen. Auch bei Anlagen, wie dem THTR (Thorium-Hochtemperatur-Reaktor) in Hamm-Uentrop, dem AKW Würgassen oder auch der Brennelementefabriken in Hanau - alles endgültig stillgelegte Anlagen - war die Frage schon aufgetaucht. In Westdeutschland war die Parole lange Zeit klar: Sicherer Einschluß.

Die Anlagen sollten für einige Jahrzehnte so dicht einbetoniert und überwacht werden, daß keine Gefahr von ihnen ausgehen könnte. In der Zwischenzeit sollte die Suche nach einer geeigneten Endlagermöglichkeit anlaufen. Für die Atomwirtschaft nur die zweitbeste Lösung. Sie plädierte schon seit Jahren dafür, die

Altanlagen nach wenigen Jahren vollständig abzureißen und die sogenannte "grüne Wiese" zu schaffen. Damit will die Atomwirtschaft auch demonstrieren, daß sie die Technik vollkommen beherrscht. Das Problem eines frühen Abrisses (z.B. innerhalb der ersten zehn Jahre nach Stillegung) ist natürlich die erheblich höhere Strahlenbelastung für MitarbeiterInnen und AnwohnerInnen, aber auch die Frage, wo denn der ganze strahlende Müll hin soll. Ein Endlager ist bis heute nicht vorhanden, und in Morsleben gibt es nur ein zwar genehmigtes, aber höchst undichtes Lager für leicht- und mittelaktive Atomabfälle.

Welche Probleme diese stillgelegten Anlagen bereiten, hat sich an den Transporten aus dem THTR Hamm-Uentrop nach Ahaus in den vergangenen Jahren gezeigt. Über 300 Castor-Behälter mit hochradioaktiven THTR-Brennelementen stehen heute im Zwischenlager. Bundesweit fanden diese Transporte kaum Beachtung, obwohl auch diese Transporte die heiße Inbetriebnahme der Lagerhalle in Ahaus zur Folge hatten.

In Sachen Rheinsberg kommen weitere Aspekte hinzu: Ein sicherer Einschluß ist problematisch, weil dieses Kraftwerk sowjetischer Bauart nicht über ein Containment verfügt und damit erheblich unsicherer ist als westdeutsche Atommeiler. Ein Containment nachträglich für eine abgeschaltete Anlage zu fordern, wäre schon skurril. Die bestrahlten Brennelemente lagern derzeit im sogenannten Naßlager. Das ist eine Technik, die seit Jahrzehnten von der Anti-AKW-Bewegung heftig kritisiert wird, weil sie erheblich komplizierter und risikoreicher ist, als die sogenannte Trockenlagerung in Castor-Behältern. Zwar könnte man die Brennelemente in Castor-Behälter packen und diese dann in Rheinsberg lagern. Aber auch dies birgt Risiken, denn bei den Abrißarbeiten könnten Unfälle passieren, die die Dichtigkeit der Behälter gefährden könnte.

Welche Technik tatsächlich sinnvoll ist, soll hier nicht entschieden werden. Aber die Probleme, die sich angesichts der Besonderheiten der Anlage in Rheinsberg ergeben, sind nicht vom Tisch zu wischen. Es wäre fatal, diese nicht zu diskutieren. Sicher ist, daß der Abriß des AKWs in Rheinsberg und der Abtransport der Brennelemente nicht dem Weiterbetrieb von Atomanlagen dienen. Hier soll eine Anlage eingemottet werden.

Die Bedingungen, unter denen dies geschieht, sollte die Anti-AKW-Bewegung diskutieren und im Auge behalten. Die anstehenden Transporte sollten daher politisch genutzt werden, die Debatte um dem Umgang mit stillgelegten Atomanlagen endlich in Angriff zu nehmen. Statt Aktionen in Rheinsberg, scheinen mir Aktionen in Greifswald erheblich sinnvoller, denn hier droht ein Atommüllzentrum von enormen Ausmaßen. Die BI in Greifswald reagierte inzwischen: Sie wird für den Sommer ein Camp in Greifswald vorbereiten und auch während der laufenden Transporte zu Aktionen vor Ort aufrufen. Konkrete Konzepte dafür werden gerade entworfen.

DSe

Kontakt: BI Kernenergie e.V., c/o Rosmarie Poldrack, Fleischerstr. 22, 17489 Greifswald, Tel: 03834-892150, e-mail: bi.kernenergie@gryps.comlink.apc.org

16. Pfingsten in Osnabrück - European Peace Congress

Autor: Vo · Rubrik: Aktionen / Veranstaltungen; Friedensbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/10.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:10

Vom 29. bis 31. Mai wird in Osnabrück ein großer europäischer Friedens- und Kriegsdienstverweigerer-Kongreß stattfinden (vgl. auch die Berichte in ak 396 und 406). Anlaß ist der 350. Jahrestag des Westfälischen Friedens. Ein Trägerkreis von mehr als 30 Friedensorganisationen aus dem In- und Ausland hat fast zwei Jahre lang an der Vorbereitung dieses Ereignisses gearbeitet. Und die Mühe scheint sich gelohnt zu haben. Immerhin liegen mittlerweile schon über 470 Anmeldungen zum Kongreß vor (die OrganisatorInnen peilen eine Zahl von "500 plus" TeilnehmerInnen an). Davon sind rund 35% aus dem Ausland. Es werden nicht allein europäische Friedensorganisationen vertreten sein, sondern auch aus den USA, Israel, Palästina, Eritrea und anderen außereuropäischen Ländern gibt es Anmeldungen. Besonders gut vertreten sind die westeuropäischen und erfreulicherweise auch die osteuropäischen Länder; die Beteiligung aus Nord- und Südeuropa wird demgegenüber deutlich schwächer ausfallen. Das Bestreben, zu einem wahrhaft internationalen Erfahrungs- und Gedankenaustausch zu kommen, könnte aber tatsächlich realisiert werden.

Den Kongreß am Freitag (29.5.) inhaltlich eröffnen wird der bekannte israelische Friedensaktivist Uri Avnery (Gush Shalom Peace Movement). Sodann werden drei Protagonisten der europäischen Friedensbewegung in die drei Schwerpunkt-Themen des Kongresses einführen. Es sind dies Stasa Zajovic von den "Frauen in Schwarz" aus Belgrad, Sergej Sorokin von der "Bewegung gegen Gewalt" aus Moskau sowie Rae Mc Grath von der Internationalen Landminen-Kampagne.

Zu den drei Themenblöcken "Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht", "Kriegszustände: Sich dem Militarismus widersetzen" und "Pazifistische Handlungsperspektiven" wird es am Samstag (30.5.) drei ganztägige Foren geben, die sich ihrerseits wiederum zeitweise in Arbeitsgruppen zu speziellen Themen aufteilen werden. Zudem wird eine Reihe von Sonderveranstaltungen angeboten, zum Beispiel zu den Erfahrungen und neuen Vorhaben der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA), die eine Vorreiterrolle für die Initiativen zur Abschaffung der Armeen in verschiedenen europäischen Staaten spielte und immer noch spielt. Am Sonntag (31.5.) sollen auf einer Abschlußveranstaltung, die durch Vorträge von Horst Eberhard Richter und Maj Britt Theorin (Präsidentin des Internationalen Friedensbüros und sozialdemokratische Europaparlamentsabgeordnete aus Schweden) eingeleitet wird, die Ergebnisse der Foren und Arbeitsgruppen zusammengetragen werden und Verabredungen für künftige gemeinsame europäische Projekte getroffen werden. Als Grundlage hierfür (wie auch für die Debatten auf dem Kongreß generell) haben die OrganisatorInnen des Kongresses zwei Dokumente erarbeitet - einen Text zum Menschenrecht der Gewissensfreiheit für Militärdienstverweigerer und ein Memorandum für eine Friedenspolitik ohne Militär (der Entwurf zu letzterem war dokumentiert in ak 406), die allerdings nur recht allgemeine und wenig zugespitzte, unmittelbar praxisanleitende Positionen enthalten.

Und so gibt es denn auch und gerade in der Frage nach künftigen gemeinsamen europäischen Projekten noch erheblichen Diskussionsbedarf. Der Wunsch, sich auszutauschen, von den Erfahrungen anderer Friedensorganisationen und -aktivistInnen zu lernen und sich Anregungen für die eigene Arbeit zu holen, ist offensichtlich sehr ausgeprägt. Doch Ideen für Projekte, die mensch in einer gemeinsamen europaweiten Friedensbewegung umsetzen könnte und müßte, sind noch relativ unkonkret. "Die" europäische "Kampagne", die den Bewegungen in den einzelnen Ländern neuen Aufwind gibt, ist noch nicht in Sicht (auch wenn sich manche OrganisatorInnen des Osnabrücker Kongresses so etwas noch so sehr wünschen mögen). Als Thema, das anscheinend europaweit gegenwärtig auf sehr großes Interesse stößt, schält sich die "Zivile Konfliktbearbeitung" als Alternative zu Militärinterventionen im besonderen und dem Einsatz militärischer Mittel im allgemeinen heraus. Jedenfalls ist die entsprechende Arbeitsgruppe die mit Abstand am stärksten nachgefragte des ganzen Kongresses. Und es schält sich heraus, daß die Forderung nach dem Recht auf Militärdienststeuer-Verweigerung und einer Friedenssteuer zur Finanzierung ziviler Konfliktbearbeitung und ziviler Friedensdienste eine Sache sein könnte, die europaweite Ausstrahlung haben könnte. Dabei wird davon ausgegangen, daß angesichts der Einführung von Berufsarmeen in immer mehr europäischen Staaten die

moderne Form der Kriegsdienstverweigerung die Kriegssteuerverweigerung sein wird. Das ist ein Ansatz, den zu diskutieren sicher lohnt, der aber auch noch mit vielen Fragezeichen versehen werden muß. Aber vielleicht werden ja auch Antworten gefunden. Immerhin findet der Kongreß zu Pfingsten statt, und Pfingsten ist ja bekanntlich das Fest der Ausgießung des Heiligen Geistes... Vielleicht passiert ja Ähnliches in Osnabrück. Jedenfalls wäre zu wünschen, daß sich linke AntimilitaristInnen in die Debatten des Kongresses machtvoll einschalten. Daher auch in dieser Zeitung der Aufruf: Kommt Pfingsten alle nach Osnabrück!

Vo

Zum Kongreß anmelden kann mensch sich bei:

European Peace Congress Osnabrück '98

Postfach 4124, D-49031 Osnabrück

Tel. 0541/260650, Fax 0541/260680.

17. Neue Nato - neue Kriege? Eine antimilitaristische Pflichtlektüre

Autor: Vo · Rubrik: NATO und NATO-Strategien; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/03.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:03

Uli Cremer - das ist der Typ, der die letzte grüne Bundesdelegiertenkonferenz in Magdeburg ziemlich aufgemischt hat. Denn er war es, der maßgeblich dafür gesorgt hat, daß eine zwischen den Spitzen der grünen Bundestagsfraktion und der Partei kurzfristig ausgehandelte friedenspolitische Kompromißformulierung für das grüne Bundestagswahlprogramm mit einer Stimme Mehrheit von den Parteitagsdelegierten abgelehnt und statt dessen die ursprüngliche Fassung des Bundesvorstands angenommen wurde. In der Medien-Öffentlichkeit wurde das als "Ohrfeige für Joschka Fischer" und "Sieg der Fundis" - und damit als Katastrophe für die Grünen - dargestellt. Inhaltlich war es darum gegangen, eine Formulierung, die als Öffnungsklausel für die Zustimmung zu "friedenserzwingenden" Kampfeinsätzen der Bundeswehr hätte (fehl-)interpretiert werden können (und die von grünen Realos und interessierten Medien wohl auch so interpretiert worden wäre) zurückzuweisen und demgegenüber eine klare Absage an Out-of-area-Einsätze der Bundeswehr festzuzurren. Das ist Uli Cremer und der Parteitagsmehrheit gelungen.

Uli Cremer - derzeit Sprecher der Bundesarbeitsgemeinschaft Frieden der Grünen - ist aber nicht allein in der Lage, für seine friedenspolitischen Positionen selbst gegen den heftigen Widerstand der gesamten "Promi"-Riege der grünen Realos auf grünen Delegiertenkonferenzen Mehrheiten (oder zumindest gewichtige Minderheiten) zu organisieren, sondern er ist auch fähig, diese seine Positionen konsistent und gründlich argumentativ abgesichert zu Papier zu bringen und öffentlich überzeugend zu vermitteln. Das beweist er mit seinem jüngst vorgelegten Buch "Neue NATO - neue Kriege? Zivile Alternativen zur Bundeswehr". Dieses Buch sei im folgenden - trotz einiger mehr oder minder grundsätzlicher Einwände - zur Lektüre auf das heftigste empfohlen.

Umfassende Analyse - wenig Alternative

Anfangs sei jedoch darauf hingewiesen, daß die im Untertitel des Buches angekündigten "zivilen Alternativen zur Bundeswehr" leider sehr knapp geraten. Von den 156 Seiten des Buches widmen sich explizit ganze fünf Seiten diesem Thema. Allerdings geschieht dies unter Verwendung einer sehr eingängigen und agitatorisch wirksamen Formel: Cremer benutzt nämlich das Bild von "Deutschland als internationalem Zivildienstleistenden", welches ausdrücken soll, "daß Deutschland nicht nur die Beteiligung an Kriegen ablehnen, sondern auch konstruktive Beiträge zur Zivilisierung internationaler Beziehungen leisten soll" (S.135). Damit soll deutsche Politik dazu beitragen, daß "der militärische Faktor in der Weltpolitik zurückgedrängt wird und zivile Konfliktaustragungsformen gestärkt werden" (S.134). Deutschland solle friedenspolitisch mit freiwilligem Souveränitätsverzicht, Selbsteinbindung und machtpolitischer Selbstbeschränkung vorangehen. Im Kontext einer solchen Politik sei der Stärkung internationaler ziviler Organisationen (gedacht ist vor allem an UNO und OSZE) "Priorität einzuräumen, während die Aktivitäten bezüglich der Militärpakte NATO und WEU auf deren Auflösung zu richten wären" (S.136).

Das kann man sicher als friedenspolitische Zielbestimmung unterschreiben; was bei Cremer allerdings fehlt, ist die Analyse der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, die die Durchsetzung solcher Ziele ermöglichen könnten - oder eben derzeit unmöglich machen. Nötig wäre mithin auch die Entwicklung von Vorschlägen für Strategien, wie denn diese Kräfteverhältnisse in der innenpolitischen Auseinandersetzung so verändert werden können, daß eine andere Außenpolitik tatsächlich möglich wird. Daß eine andere Außenpolitik zuallererst an innen- und gesellschaftspolitische Umwälzungen gebunden ist, kommt bei Cremer nicht vor. Von Friedensbewegung und anderen sozialen Bewegungen ist nicht (oder kaum) die Rede. Hier scheint Cremer (der von politischen Gegnern innerhalb und außerhalb seiner Partei sicher zu Unrecht "Fundi" gescholten wird) schon allzu borniert grün-parteipolitisch zu denken - etwa, wenn er sagt, mit seiner Arbeit lege er "eine moderne pazifistische außenpolitische Konzeption für die Bundesrepublik" (S.15) vor, ohne aber dazu auch zu sagen, wer denn bitte sehr diese schöne Konzeption heute und in nächster Zukunft auf welchem Wege, mit welchen Kräften und gegen welche Widerstände durchsetzen soll. So besteht die Gefahr, Illusionen zu schüren. Denn an die Umsetzung seiner "modernen pazifistischen außenpolitischen Konzeption" durch eine rot-grüne Regierung Schröder denkt Cremer doch wohl sicher nicht, oder?

Ähnliche Einwände ließen sich gegen das Kapitel zur Stärkung, Reform und Demokratisierung der UNO (S.100-126), das ungleich umfangreicher ausgefallen ist als jenes zu Deutschland als internationalem Zivildienstleistenden, erheben. Auch hier findet sich eine ganze Reihe von klugen Vorschlägen, für die Cremer sogar zum Teil das Patent reklamieren kann - so für seinen mittlerweile in die breitere friedenspolitische Debatte eingegangenen Vorschlag eines UN-Sanktionshilfefonds. Aber auch hier stellt sich die Frage nach der Umsetzung. Das sieht Cremer selber, hält er doch fest, daß bei einer Strategie für die Zivilisierung internationaler Beziehungen, die sich nun einmal zentral auf die UNO beziehen müsse, von der Erkenntnis auszugehen sei, "daß das Kernproblem nicht die Reform der UNO selbst ist, sondern die Reform des Verhältnisses bzw. Verständnisses der UN-Mitglieder zu und von ihrer Organisation" (S.100). Und so hofft er denn auch, mit seinen Vorschlägen, "eine konstruktive Diskussion um eine Stärkung der UNO in Deutschland in Gang zu bringen" (S.101). Fragt sich nur wieder, wer in Deutschland darüber tatsächlich konstruktiv diskutieren will. Unabhängig davon aber kann man aus diesem Kapitel kurz und schlüssig eine ganze Menge über Funktionsweise und Defizite des UN-Systems lernen und sich so manche Anregung dafür holen, wie es denn besser laufen könnte. Insgesamt scheint mir die Orientierung auf die UNO aber doch ein zu großes Gewicht zu bekommen (schon rein quantitativ, z.B. wird sich auf fünf Seiten über die Reform des Sicherheitsrats ausgelassen, mithin genauso lang wie über die zivilen Alternativen für deutsche Politik).

Nordblock NATO?

Die große Stärke des Cremerschen Buches liegt zweifelsohne in seinen analytischen Teilen. Hier wird sehr prägnant und komprimiert die Sicherheits- und Militärpolitik der herrschenden Kreise der führenden NATO-Nationen und der NATO seit dem Ende der Blockkonfrontation dargestellt (stark zum Beispiel das Kapitel zum Eingreifen in die Kriege im ehemaligen Jugoslawien oder jenes zur Reaktivierung der WEU). Die Einschätzung dieser Politik deckt sich weitestgehend mit Einschätzungen, die in dieser Zeitung immer einmal wieder verstreut zu bestimmten Anlässen - wie einzelnen NATO-Gipfeltreffen - zu finden waren (vgl. z.b. ak 392 zum Gipfel in Berlin sowie 404 und 405 zum Gipfel in Madrid). Bei Cremer findet man das nun komprimiert und gut lesbar zusammengefaßt. Daher sei an dieser Stelle nur auf jene Punkte eingegangen, in denen es Differenzen in der Einschätzung gibt.

Zum ersten redet Cremer immer wieder von der globalen Interventionsfähigkeit und -willigkeit der "neuen NATO", die Kriege "in aller Welt" (S.10) führen (können) will. Die "globale Interventionsfähigkeit" wird als "neue Hauptfunktion" (S.97) der NATO bezeichnet. Das scheint denn doch ziemlich übertrieben. In der Tat orientiert sich die "neue NATO" auf Interventionen out of area (außerhalb des NATO-Vertragsgebiets), im Süden. Doch konkret wird sich dieser Interventionismus auf die Regionen Afrika, Naher und Mittlerer Osten, (Süd-)Osteuropa beziehen. NATO-Interventionen in Krisen und Kriege in - sagen wir mal - Indonesien, Papua-Neuguinea oder Chile sind nicht zu erwarten. Auch die "neue NATO" ist keine global agierende oder aktionsfähige militärische Supermacht. Das sind die USA, und die NATO ist und bleibt ein regionales Militärbündnis unter Vorherrschaft dieser militärischen Supermacht USA, die sich in anderen Weltregionen anderer Bündnissysteme bedient.

Zum zweiten behandelt Cremer die NATO zu sehr als monolithischen Block. Auch wenn er präzise auf die Bestrebungen zur Herausbildung einer europäischen Militärmacht im allgemeinen und die Aufwertung der WEU als rein europäischen Militärblock im besonderen eingeht, so unterschätzt er doch die Dynamik und potentielle Sprengkraft der allianzinternen Gegensätze (früher hätte man gesagt: der innerimperialistischen Widersprüche). Daher kommt er auch zu der - m.E. falschen - Einschätzung, daß im Jahre 1998 "Gewicht und Einfluß der NATO größer denn je" (S.100) seien. Die NATO hat mit mehr und tiefergehenden inneren Problemen zu kämpfen, als es in Cremers eindimensionaler Darstellung deutlich wird. Die sich hieraus womöglich ergebenden Chancen für eine "blockzersetzende" Politik kann Cremer daher auch nicht sehen und thematisieren.

Drittens schließlich überzieht Cremer dort maßlos, wo er die NATO - im Kontext der "neuen Hauptfunktion globale Interventionsfähigkeit" - als neuen geschlossenen "Nordblock" in Konfrontation mit dem Süden zeichnet. In dieser Sichtweise ist die Aufnahme Rußlands in die NATO nur noch eine Frage der Zeit. Allen jenen linken KritikerInnen der NATO-Osterweiterung, die diese ablehnen, weil damit die Konfrontation gegen Rußland (und andere nicht in die NATO aufgenommene ehemalige GUS-Staaten) fortgeführt und gar in gewisser Weise neuerlich verschärft werde, wirft er vor, noch dem Bild der "alten NATO" verhaftet zu sein und die Zeichen der Zeit nicht erkannt zu haben. Sie seien IgnorantInnen, die sich noch "in liebgewonnenen

Denkschemata der 80er Jahre" (S.13) bewegen würden. Gegenwärtig aber gehe es um die "Herausbildung eines Nordblocks" (S.13) unter Einschluß Rußlands: "Auf der weltpolitischen Agenda steht offensichtlich die Große Osterweiterung um Rußland, die sich gegen den Rest der Welt richtet" (S.94, ähnlich auch S.12). Für diese weitreichende These führt er vor allem die spinnerten Horror-Kriegsszenarien aus Samuel Huntingtons Bestseller "Clash of Civilisations" an, die mit (auch künftiger) realer politischer Entwicklung kaum etwas zu tun haben dürften. Seiner These widersprechende Tatsachen und Argumente tut er hingegen recht locker ab. So kommt er z.B. zu einer Bewertung der NATO-Rußland-Grundakte von 1997, die sich von jener der NATO-Ideologen kaum unterscheidet: Sie würde wesentliche Gemeinsamkeiten zwischen NATO und Rußland schaffen und den Beginn des Aufbaus gemeinsamer Strukturen markieren (S.12f., ähnlich S.97). Die mit der NATO-Osterweiterung einhergehende reale Verstärkung der Bedrohung Rußlands und der Verschärfung sicherheitspolitischer Spaltungslinien im Norden wird demgegenüber heruntergespielt ("Restbestände an Mißtrauen auf beiden Seiten", S.97).

Trotz - oder gerade wegen - solcher überpointierter Thesen lohnt die Lektüre des Cremerschen Buches allemal. Es bietet Stoff zur Auseinandersetzung und weitgehend zuverlässige komprimierte Information.

Vo

Cremer, Uli: Neue NATO - neue Kriege? Zivile Alternativen zur Bundeswehr. Hamburg 1998 (VSA Verlag). 156 Seiten; 22,80 DM.

18. Die bösen Kinder des Kapitalismus. "Jugendgewalt" - nur ein Medienphänomen?

Autor: Js. · Rubrik: Jugend und Studenten; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/28.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:28

Die Titelseite des Spiegel vom 6. April versprach Enthüllungen: "Warum immer mehr Kinder kriminell werden", darunter in grellen Comic-Farben "die kleinen Monster" (so der Titel) in Aktion, bewaffnet mit Pistole, Messer, Baseballschläger und Spraydose - und ihre erwachsenen Opfer: bedroht, zusammengeschlagen, vergewaltigt. Im Inneren des Heftes werden mindestens drei Botschaften der bunten Seite klammheimlich dementiert: In Wahrheit sind die allermeisten Opfer von "Jugendgewalt" Kinder und Jugendliche; ob tatsächlich "immer mehr Kinder kriminell" werden, ist umstritten; und warum sie Gewalt anwenden, kann auch der Spiegel nicht überzeugend erklären.

Gleiches gilt im übrigen für die Zeit, die zwei Tage nach dem Spiegel mit dem selben Thema aufmachte. Marion Gräfin Dönhoff gesteht immerhin schon in der Überschrift zu, daß "Gewalt unter Jugendlichen ein Abbild der Gesellschaft" sei; gleichwohl formuliert auch sie ohne Wenn und Aber: "Die Hemmschwelle ist niedrig geworden."

Die Hamburger Medienoffensive knüpft an eine Reihe von Geschehnissen an, die das Gefühl der Bedrohung durch immer mehr und immer jüngere Gewalttäter scheinbar rechtfertigen:

- In Hamburg wurde eine ältere Frau unter aktiver Mithilfe ihres 14jährigen Enkels ermordet. Eine andere Frau überlebte den Mordversuch ihres 19jährigen Enkels, der kurz darauf mit 60 DM Beute gefaßt wurde.

- Nach Morddrohungen gegen Lehrer in Berlin-Zehlendorf wurden bei einer Razzia in der Schule zahlreiche Waffen (u.a. Pistolen und Messer) sichergestellt.

- Ein Blutbad richteten Kinder in Jonesboro (im US-Staat Arkansas) an; sie erschossen vier Mitschüler und eine Lehrerin.

- In München erlitt eine Lehrerin einen Nervenzusammenbruch, nachdem mehrere Schüler mit einer Luftpistole auf sie geschossen hatten.

Daß die Medien über solche spektakulären Taten berichten, ist nicht verwerflich. Aber während sie rechte und rassistische Anschläge mit Vorliebe "Einzeltätern" zurechnen, blähen sie die "Jugendgewalt" auf zur allgemeinen Bedrohung. Die hier untersuchten Hamburger Wochenzeitungen argumentieren da - verglichen mit Bild oder Focus - sogar noch zurückhaltend, aber auch sie schüren die Angst und die Erwartung, der Staat (sprich Polizei und Justiz) möge umgehend Abhilfe schaffen.

Die Titelgeschichte des Spiegel ist im übrigen die Fortsetzung einer nicht als solche gekennzeichneten Serie zur Propagierung des starken Staates; im vergangenen Jahr ging es u.a. um "Ausländerkriminalität": "Das Scheitern der multikulturellen Gesellschaft" (Titel vom 14.4.97) und das "Modell New York": "Gegen Verbrechen, Drogen und Dreck in deutschen Städten" (Titel vom 7.7.97; vgl. auch ak 407).

Statistische Tricks

und "Tabubrüche"

Mit welchen Tricks der Spiegel die Dimensionen der "Jugendgewalt" künstlich aufbläht, zeigte der Kriminologe Christian Pfeiffer in einem Leserbrief: Der angebliche 600-Prozent-Anstieg der Kinderkriminalität in Sachsen innerhalb von fünf Jahren (1991-1996) sei "ein statistisches Artefakt. Dies entsteht dadurch, daß der Spiegel die im Osten wegen fehlender Computer und mangelnden Fachpersonals noch unvollständigen Tatverdächtigenzahlen des Jahres 1991 mit korrekt erhobenen Statistikdaten des Jahres 1996 verglichen hat." Pfeiffer widerspricht auch einer Behauptung, die ihm selbst in der Titelstory untergeschoben worden war: "Kinder- und Jugendkriminalität könne nicht länger als Ausdruck einer vorübergehenden Krise des Heranwachsens interpretiert werden." Für die große Mehrheit jugendlicher Täter, so Pfeiffer, "gilt letzteres zum Glück nach wie vor".

Statt den Kriminologen Pfeiffer zum Kronzeugen gegen die "kleinen Monster" zu machen, hätte die Spiegel-Redaktion besser daran getan, seine Forschungsergebnisse zur Diskussion zu stellen. Der Wissenschaftler hatte im September 1997, mitten im Hamburger Law-and-Order-Wahlkampf, eine Studie zur "Jugenddelinquenz und jugendstrafrechtlichen Praxis in Hamburg" veröffentlicht. Bei der Vorstellung der Studie widersprach er insbesondere der These von der sprunghaft gestiegenen, "uns alle" bedrohenden Jugendkriminalität:

- Jugendliche sind nicht "krimineller" als Erwachsene, sie werden mangels Cleverness und Erfahrung nur häufiger erwischt.

- Die Gesamtkriminalität hat in Hamburg 1996, verglichen mit 1985, nicht zugenommen. Häufiger wurden allerdings Gewalttaten wie Raub und Körperverletzung begangen.

- Die Opfer jugendlicher Gewalttäter sind fast ausschließlich Gleichaltrige.

- Zugenommen hat die Zahl der jugendlichen Verdächtigen, von denen mehr als früher in Untersuchungshaft genommen werden.

Die von Pfeiffer behauptete Steigerung der Jugendkriminalität um fast 90% in zehn Jahren wird u.a. von der Kriminologischen Initiative Hamburg, die Pfeiffer methodische Fehler vorwirft, als erheblich zu hoch angezweifelt. Alle gehandelten Zahlen sind vor allem deshalb problematisch, weil sie auf der polizeilichen Kriminalstatistik beruhen, die allein angezeigte Fälle und Tatverdächtige zählt. Gemessen an der Zahl der Verurteilten stellt sich die allgemeine "Gefährdungslage" ganz anders dar. Michael Walter, Direktor der Kriminologischen Forschungsstelle der Uni Köln, kam 1996 zu dem Ergebnis, "daß sich die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Raubes oder einer Körperverletzung zu werden, im Vergleich zu den 80er Jahren nicht erhöht, sondern im Gegenteil erheblich verringert hat."

Diese zahlenmäßige Diskrepanz zwischen tatverdächtigen und verurteilten Jugendlichen ist seit Jahren das zentrale Argument gegen eine angeblich zu milde Justiz. Nicht nur Richter, auch Staatsanwälte, die zur Besonnenheit mahnen, haben in der Öffentlichkeit einen schweren Stand. Die Einstellung des Verfahrens mit einer Ermahnung ist bei den jugendspezifischen Delikten (z.B. Ladendiebstahl, Schwarzfahren, "Drogenmißbrauch") gängige Praxis, sofern es sich nicht um "Wiederholungstäter" handelt.

In der Logik der Medien aber gibt es offenbar nur Einstiegsdelikte. Die Empfehlung von Jugendrichtern, "nicht gleich jeden kleinen Rechtsverstoß eines jungen Menschen zu ahnden", sei "ein fataler Rat", schreibt Die Zeit. Wer bei Bagatelldelikten ungeschoren davonkomme, verliere die Fähigkeit, "zwischen gut und böse, richtig und falsch zu unterscheiden", heißt es dort allen Ernstes mit Verweis auf die "Alltagserfahrung". Anders gesagt: Die Ladendiebe von heute sind die Raubmörder von morgen!

Der Spiegel untermauert seine Mahnung, den Anfängen zu wehren, mit einem Vier-Stufen-Modell aggressiven Verhaltens: Auf der höchsten Stufe entscheide nur noch die Frage "Lohnt sich Gewalt oder nicht?" Jugendliche erscheinen besonders gefährlich: "Je dümmer, aber auch je jünger er (der potentielle Gewalttäter; Anm. Js.) ist, desto kurzfristiger kalkuliert er (...); ist der unmittelbare Erfolg vielversprechend, kommt es zur Tat."

Es ist bezeichnend, daß der Schutz der Opfer in den Sensationsberichten und pseudo-wissenschaftlichen Reports kaum eine Rolle spielt. Man gibt sich entsetzt, wie im Falle des 17jährigen Mirco aus Hamburg-Neuwiedenthal, der monatelang von einer Jugendgang erpreßt worden war und sich im Januar 1997 verzweifelt vor eine S-Bahn warf und starb. Aber interessanter, weil gruseliger sind für die Medien (auch die mit bildungsbürgerlicher Kundschaft) die kriminellen Karrieren besonders hemmungsloser Täter. Vorschläge, wie mit "solchen Typen" zu verfahren sei, ergeben sich da fast von selbst: Senkung des Strafmündigkeitsalters (derzeit 14 Jahre); kurzer Prozeß ("Eine rasche Aufklärung und ein zügiger Strafprozeß ... schrecken jugendliche Delinquenten am ehesten ab", schreibt Martin Klingst in der Zeit); Zwangseinweisung in geschlossene Heime ("ein Modell mit Zukunft", findet der Spiegel). Mit leichtem Schauder werden auch Vor- und Nachteile besonders brutaler Strafsysteme in anderen Ländern erwogen: Entziehungslager für Süchtige in Singapur, Todesstrafe auch für Jugendliche in Pakistan, Knast für Zwölfjährige in Großbritannien.

Daß jugendliche Täter erst einmal "weggesperrt" werden müssen, finden auch die Zeitungen der Besserverdienenden. "Ob wir's am Ende Knäste oder Heime nennen, spielt keine Rolle", wird der Leiter des Berliner Jugendamts im Spiegel zitiert. Dessen Redaktion hält den Bruch mit einem "Tabu der liberalen

Pädagogik" für überfällig: "Manchmal auch einsperren, statt immer nur nachgeben" sei schon nötig, um den schwierigen Nachwuchs "fit für die Gesellschaft zu machen".

Werteverfall, 1968

und Neid-Faktor

Daß in dieser Gesellschaft nicht alles zum besten bestellt ist, geben die Medienmacher durchaus zu. Marion Dönhoff wagt sich in ihrem Leitartikel bis in die Nähe der Kapitalismuskritik: In einer Gesellschaft ohne "verbindliche ethische Maßstäbe", in der sich "alles um den materiellen und kommerziellen Erfolg dreht" und wo steuerhinterziehende Bankiers und betrügerische Ärzte zur Elite zählen, könne man "von den Jugendlichen nicht viel erwarten."

Der Klage über das allgemeine Moraldefizit läßt sie eine schwächliche Handlungsempfehlung folgen: "Wir müssen erst einmal unsere Gesellschaft zivilisieren, für eine humane Dimension des Zusammenlebens sorgen und für mehr Interesse an geistigen und kulturellen Dingen." Man kann es der guten Alten (Jahrgang 1909) abnehmen, daß sie am Zustand dieser Gesellschaft leidet - aber Alternativen hat sie nicht zu bieten. Ihr "Kapitalismus mit menschlichem Antlitz" (Buchtitel) ist eine Fiktion, der real existierende kann offensichtlich immer mehr Kindern und Jugendlichen keine Perspektive bieten.

Die von Shell finanzierte "12. Jugendstudie" ("Jugend '97. Zukunftsperspektiven. Gesellschaftliches Engagement. Politische Orientierungen") belegt, daß die meisten Jugendlichen sich ihrer Lage ziemlich klar bewußt sind. Ein großer Teil von ihnen wird nicht gebraucht und scheitert schon bei der Suche nach einer Lehrstelle, die Glücklicheren stehen unter enormem Leistungs- und Anpassungsdruck. Einstweilen verhindert die Konkurrenz der Bewerber um Ausbildungs- und Arbeitsplätze, daß die Jugendlichen politisch ernst genommen werden; der scheinbaren "Politikverdrossenheit der Jugend" stehe eine reale "Jugendverdrossenheit der Politik" gegenüber, heißt es in der Shell-Studie. Erst beim (leider meistens individuellen) Regelverstoß durch "kriminelle" Handlungen wollen auch Politiker nicht mehr wegsehen. Zu bieten haben sie, außer Redensarten, staatliche Repression: härtere Urteile, öfter und länger Knast, Einweisung ins Heim.

Solche Mittel scheinen unverzichtbar, um eine echte Schwäche des Systems auszugleichen: Die im Überfluß vorhandenen Konsumgüter sind zwar im wahrsten Sinne des Wortes "greifbar" nahe, gleichzeitig aber - auf legalem Wege - für viele unerreichbar. Die krass ungerechte Verteilung des Reichtums, nicht die Armut, sei das Problem, das "Neid" wecke und zu kriminellem Tun verführe, hat nun auch die Polizeigewerkschaft erkannt.

Die Linken, die diesem Gesellschaftssystem schon länger alles Schlechte zutrauen ("Kapitalismus führt zum Faschismus"), haben 30 Jahre nach 1968 überhaupt keinen Grund zur öffentlichen Selbstkasteiung. Der stereotype Vorwurf, ihre Kritik an den Autoritäten sei für die alltägliche Gewalt (mit)verantwortlich, ist pure Ideologie. Was das Leben im Kapitalismus angeht, hat sich die "antiautoritäre" Kritik - so grobschlächtig sie im einzelnen gewesen sein mag - weitgehend als richtig erwiesen. Um nur drei Punkte zu nennen:

- Die Familie ist in den seltensten Fällen ein Ort der Harmonie. Heute zeigt sich, daß praktisch alle jugendlichen Gewalttäter schon in der Familie mit Gewalt konfrontiert wurden - als Opfer und/oder als Zuschauer.

- Die Schule dient vor allem der Dressur und der Auslese. In Zeiten der Massenerwerbslosigkeit machen schon Kinder die Erfahrung, überflüssig zu sein - ein Kostenfaktor.

- Wenn Konsum und persönliche Bereicherung höchste Werte darstellen, wird den Armen tagtäglich ihre Minderwertigkeit vor Augen geführt.

Richtig war auch der Gedanke, daß persönliche Befreiung nur auf politischem Wege zu erreichen ist, d.h. kollektiv, nicht im Kampf Bande gegen Bande oder jeder gegen jeden. Letzteres ist der Wahlspruch der Ellenbogengesellschaft: Die Konkurrenz, das individuelle Fortkommen ist der Motor ihres "Fortschritts".

Heute erleben wir, daß viele Opfer des Kapitalismus aus ihrer beschissenen Lage den Schluß ziehen, nicht nur rechte Parteien zu wählen, sondern sich auch an noch Schwächeren schadlos zu halten - ein weiterer Grund, die Konkurrenzgesellschaft abzuschaffen, statt auf ihre "Zivilisierung" zu hoffen.

Zivilcourage und politischer Protest

So könnte denn am Ende dieses Artikels ein Aufruf zur Revolution stehen. Da dieselbe aber heute sehr viel ferner scheint als noch vor 30 Jahren, ist es wohl angebracht, sich Gedanken über Sofortmaßnahmen zu machen. Wo Kinder und Jugendliche andere terrorisieren, erpressen, bedrohen oder mißhandeln, gelten "im Prinzip" die gleichen Verhaltensregeln wie gegenüber rechter, rassistischer Gewalt: nicht wegsehen, eingreifen, die Opfer schützen - auch wenn das häufig leichter gesagt als getan ist. Es ist bezeichnend, daß das so schön klingende Wort "Zivilcourage" in all den alarmierenden Berichten über "Jugendgewalt" nicht vorkommt.

Natürlich hat die Sache auch eine weniger "private" Seite. Politisch muß vor allem die Heuchelei der Herrschenden thematisiert werden: Das Entsetzen über rechte Wahlerfolge wie über Ausbrüche von Gewalt an "sozialen Brennpunkten" wird stets nach kürzester Zeit durch business as usual abgelöst. Insbesondere die Erziehung soll weiter reprivatisiert und in die (häufig kaputten) Familien zurückverlagert werden - obwohl mindestens 15 Prozent der Eltern als "erziehungsunfähig" gelten. Da für sinnvolle pädagogische Einrichtungen (z.B. die Ganztagsschule) "kein Geld da" ist, beschränkt der Staat sich auf "seine eigentlichen Aufgaben" - mit Unterstützung der Grünen, die den Aufbau einer "Bürgerpolizei" wichtiger finden als Sozialarbeit.

Js.

Jugendidol "Terminator"

"Gewalttätige Actionhelden sind weltweit die beliebtesten Vorbilder von Jugendlichen." So faßt die UNESCO das Ergebnis einer Studie zusammen, für die 5000 Zwölfjährige in 23 Ländern befragt wurden. Besonders in Krisengebieten und in sonstigen "aggressiven" Umgebungen möchten mehr als die Hälfte der Jungen so sein wie Terminator, Rambo oder ähnliche Figuren. Über die Folgen solcher Identifikation gehen die Meinungen auseinander. "Rambos und Terminators steigern die Gewaltbereitschaft der Jugend", titelt die Frankfurter Rundschau, der Leiter der UNESCO-Untersuchung, Jo Groebel, widerspricht dem: "Kinder können durchaus unterscheiden, ob es sich um einen Spielfilm oder eine Dokumentation handelt". Ebenso wie bei Erwachsenen aber verändere der Medienkonsum ihre Optik: "Die Kriminalität als Bedrohung wird völlig überschätzt."

Daß Jugendliche sich gern in der Rolle des unbesiegbaren Kämpfers sehen, erklärt sich auch aus ihren täglichen Frustrationen und Ohnmachtserfahrungen - solange sich an dieser Realität nichts ändert, dürften alle "medienpädagogischen" Bemühungen und Appelle gegen den Kulturverfall vergeblich sein.

19. Arbeiter-Selbstorganisation in der Revolution von 1848

Teil 2: Verbrüderung auf dem Weg von der Assoziation zur "roten Republik"

Autor: Vo · Rubrik: Arbeiterbewegung; Geschichte; Geschichte der Kommunisten · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/04.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:04

Im ersten Teil dieses Artikels (ak 413) wurde zunächst der Stand der Konstituierung des Proletariats als Klasse zur Zeit der Revolution 1848 beleuchtet, sodann wurden die lokalen und branchenmäßigen Organisationsbestrebungen der Arbeiter während der Revolution thematisiert. Das Schwergewicht der Darstellung lag schließlich auf der Entstehung der Arbeiter-Verbrüderung (AV) als der ersten Organisation deutscher Arbeiter mit gesamtnationalem Anspruch. Ausführlich wurde auf den Berliner Gründungskongreß der AV im August/September 1848 und die dort entwickelte Programmatik eingegangen. Die Widersprüchlichkeit der Beschlüsse dieses Berliner Kongresses, die sich zwischen reaktionären zünftlerischen und progressiven proletarischen Positionen bewegten, wurde als Ausdruck der Widersprüchlichkeit der Gesamtbewegung gewertet. Im folgenden soll zunächst auf das Kernstück der Berliner Beschlüsse, die Vorstellungen über die "Selbsthülfe der Arbeiter", genauer eingegangen werden, um dann die weitere Entwicklung der AV während der Revolution nachzuzeichnen.

"Selbsthülfe der Arbeiter"

Zunächst sei festgehalten, daß allen Strömungen in der AV eine Beschränkung auf die unmittelbaren Arbeiterinteressen und eine Vernachlässigung des politischen Kampfes gemeinsam war. Wird dies schon deutlich in dem untergeordneten Stellenwert, den politische Forderungen in den Berliner Beschlüssen haben sowie in dem Verzicht auf Analyse der politischen Situation und auf Stellungnahme zu aktuellen politischen Fragen (s. Teil 1), so erweisen die Ausführungen über die "Selbsthülfe der Arbeiter" vollends, daß der Berliner Kongreß eine Emanzipation der "arbeitenden Klassen" losgelöst von und herausgehoben aus den politischen Auseinandersetzungen der Zeit für möglich hielt.

In diesem zentralen Abschnitt der Berliner Beschlüsse nämlich wurde ein großangelegtes Assoziationsprojekt vorgestellt, dessen Zweck der Kongreß wie folgt formulierte: "Damit jedoch dem Kapital seine erdrückende Macht genommen werden könnte, ist es nöthig, daß die so organisirten Arbeiter sich selbst ein Kapital anschaffen, um auf diese Weise mit dem Kapital der Spekulanten konkurriren zu können". (1) Nicht die Aufhebung des Kapitalverhältnisses selbst wird also angestrebt, sondern die Schaffung besserer Ausgangspositionen für die Arbeiter im kapitalistischen Konkurrenzkampf, und zwar dadurch, daß die organisierten Arbeiter selbst gleichsam zu Kapitalisten werden - und nicht dadurch, daß sie sich als Arbeiter organisiert dem Kapital entgegenstellen.

Das Berliner Assoziationsprojekt zielte auf eine vollständige Erfassung des Wirtschaftslebens auf lokaler Ebene: Alle Arbeiter eines Ortes sollten sich zu einer Assoziation zusammenschließen; deren Vorstand sollte das Lokalkomitee der AV bilden; dieses sollte zugleich zentrales Arbeitsnachweisbüro sein, dem das Monopol der Arbeitsvermittlung zukommen sollte; ein fester Lohnsatz für gleiche Arbeit sollte an einem Ort durch Übereinkunft zwischen organisierten Arbeitern und Arbeitgebern festgelegt werden. Vermittels der Assoziation sollten die organisierten Arbeiter langfristig als Wirtschaftssubjekte gestärkt werden: Die Entlohnung der Arbeiter sollte nicht direkt durch den Arbeitgeber erfolgen, sondern dieser hatte die Löhne an das Lokalkomitee der AV abzuführen, das nach bis zu 10%igen Abzügen von der Lohnsumme die Löhne an die Arbeiter weiterleitete; die Abzüge sollten den Bestand der örtlichen Assoziationskasse bilden; diese sollte den Arbeitern als Kreditbank dienen und das Kapital für Projekte in ihrem Interesse zur Verfügung stellen (etwa für die Erstellung preiswerter Arbeiterwohnungen).

Das Assoziationsmodell war mithin auf die längerfristige Verbesserung der Lage der organisierten Arbeiter insgesamt berechnet, nicht auf unmittelbare Verbesserungen für jeden Einzelnen, von dem sogar beträchtliche Opfer - bis zu 10% Lohnabzug - verlangt wurden. Das Assoziationsmodell des Berliner Kongresses bekam späterhin keine praktische Bedeutung. Denn zum einen schlossen die realen gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse völlig aus, für die Lokalkomitees der AV eine solche gesellschaftspolitisch entscheidende Stellung wie in dem Modell vorgesehen gegen den Widerstand von Meistern, Kapitalisten und Staat zu

erringen. Und zum anderen waren die eigenen Kräfte - Gesellen und Arbeiter - in ihrer Masse bewußtseinsmäßig noch lange nicht so weit, sich in großer Zahl den Assoziationen anzuschließen (und darüber hinaus auf 10% ihres Lohnes zu verzichten). Gleichwohl wurde der auf dem Berliner Kongreß unter deutschen Arbeitern erstmals breit diskutierte Gedanke der Selbsthilfe qua Assoziation künftig zentrales Element von Selbstverständnis, Ideologie und Politik der AV. Während die praktischen Versuche meist in kleinen Anfängen verblieben, sich auf wenige Zentren konzentrierten (Berlin: "Gesellschaft zur gemeinsamen Beschaffung von Brod" und "Gesundheitspflegeverein", Leipzig: "Vereinsbuchdruckerei") und fast nie nach Maßgabe der Kongreßbeschlüsse organisiert waren, war die Assoziationstheorie entscheidender Baustein der Ideologie der AV und durchlief parallel zur politischen Entwicklung der Organisation mehrere Phasen.

Politische Enthaltsamkeit

Die erste Phase der Geschichte der AV stand ganz im Zeichen der Propagierung der Assoziation als Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse einerseits und weitgehender politischer Enthaltsamkeit andererseits. Wichtigstes politisches Dokument dieser Phase ist eine Artikelserie Stephan Borns, der in Berlin in das Zentralkomitee der AV gewählt worden war, zur sozialen Frage im Verbandsorgan der AV, der "Verbrüderung" (Oktober bis Dezember 1848). (2) In dieser Artikelserie wies Born - über die Berliner Beschlüsse hinausgehend - den Emanzipationsbestrebungen der Arbeiter eine über die bürgerliche Ordnung hinausweisende sozialistische Richtung. Dabei lehnte er sich in der Gesellschaftsanalyse und der Bestimmung des gesellschaftspolitischen Ziels vollkommen an das "Manifest der Kommunistischen Partei" an, während er jedoch - in diesem Punkte von Marx/Engels abweichend und Louis Blanc folgend - als alleinigen und sofort realisierbaren Weg zum Ziel die Assoziation propagierte. Lautete Marx' Konzeption: Arbeiteremanzipation auf dem Wege politischer Revolution, so diejenige Borns in dieser Phase: Arbeiteremanzipation auf dem Wege ökonomischer Evolution (3). Gemäß dieser Ausrichtung der Führung der AV wurde den politischen Auseinandersetzungen des Herbstes 1848 nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt; man konzentrierte sich auf die Organisierung der Arbeiter und die Vertretung ihrer sozialen Interessen abseits der politischen Bewegung.

Faktisch bildete sich eine Arbeitsteilung heraus zwischen demokratischer Partei, die sich um die politischen Belange kümmern sollte, und AV, die sich den sozialen Belangen widmen wollte. Schon auf dem ersten Demokratenkongreß im Juni 1848 war eine ganze Reihe später der AV angeschlossener Arbeitervereine durch Delegierte vertreten gewesen. An der Basis in den einzelnen Orten bildete sich zwischen den demokratischen Lokalvereinen und den Arbeitervereinen ein freundschaftliches Verhältnis aus - wofür schon zahlreiche Doppelmitgliedschaften bürgten. Auf dem zweiten Demokratenkongreß in Berlin am 26. Oktober 1848 waren wiederum Delegierte der AV - darunter Stephan Born - dabei. Doch erwies sich auf diesem Kongreß das mangelnde Interesse der Demokraten an der Arbeiterfrage. Zunächst erklärte Kriege als Sekretär des demokratischen Zentralausschusses in seinem Bericht an den Kongreß die Arbeiterschaft für unmündig und unzuverlässig, was selbstverständlich den Protest der anwesenden Arbeitervertreter herausforderte. Sodann kam Born mit seinem Antrag, der Kongreß möge die Beschlüsse des Berliner AV-Kongresses übernehmen und die Arbeiter zum Anschluß an die demokratische Partei auffordern, nicht durch. Der Kongreß begnügte sich statt dessen mit einer matten allgemeinen Sympathieerklärung für die Bestrebungen der Arbeiter.

Aus diesen enttäuschenden Erfahrungen mit den "nur-politischen" Demokraten zog die Leitung der AV zunächst die Konsequenz, neben der demokratischen Bewegung, von der man sich politisch weiterhin mitvertreten lassen wollte, verstärkt die sozialen Bestrebungen voranzutreiben, da man auf diesem Gebiet nicht mit den Demokraten rechnen konnte und hier also selbst besonders aktiv werden mußte.

Die politische Enthaltsamkeit legte man in dieser Phase praktisch ein einziges Mal - das allerdings in einem entscheidenden Punkte - ab: Im Zusammenhang des - gescheiterten - Versuchs des demokratischen Zentralausschusses, eine bewaffnete Volkserhebung gegen die Konterrevolution in Preußen vorzubereiten und auszulösen, erging am 22. November 1848 ein Aufruf des Zentralkomitees der AV, in dem es als Reaktion auf den Sieg der Konterrevolution in Berlin zu Anfang November und die Verlegung der preußischen Nationalversammlung nach Brandenburg die deutschen Arbeiter aufforderte, sich zu bewaffnen und "den verrätherischen Feind aller Orten zu bekämpfen" (Verbrüderung, Nr.16, 24.11.1848). Die Assoziationskassen wurden angewiesen, ihre Gelder zur Anschaffung von Waffen zwecks Verteidigung der Revolution zu verwenden.

Politisierung

Die weitgehend apolitische Haltung der AV-Führung in dieser Etappe der Revolution sagt zudem noch nichts aus über das Verhalten der einzelnen Arbeitervereine vor Ort. Es sei daran erinnert, daß "die" AV keine einheitliche Organisation war, sondern Arbeitervereine mit unterschiedlichem politischen Niveau zusammenfaßte, deren je eigene Entwicklung sich durchaus nicht immer mit der Entwicklung der Zentrale deckte. Zum Teil nahmen diese Vereine in dieser Phase bereits durchaus aktiv an den demokratischen Abwehrkämpfen gegen die vorrückende Konterrevolution teil, und zum Teil übten sie auch massive Kritik an den Assoziationstheorien und der apolitischen Haltung der AV-Führung. Diese Kritik und die Erfahrungen mit den praktischen Umsetzungsversuchen der Assoziationsideen sowie mit den Veränderungen des politischen Klimas allgemein leiteten auch an der Spitze der AV Lernprozesse ein, die zum Überdenken der bisherigen Positionen führten und in die zweite Phase der Entwicklung der AV mündeten.

Herausragendes Ereignis dieser Übergangsphase war der südwestdeutsche Regionalkongreß der AV am 28. und 29. Januar 1849 in Heidelberg, auf dem die zünftlerische Linie in der Arbeiterbewegung endgültig geschlagen wurde. Zentraler Beratungspunkt des Kongresses war der Anschluß derjenigen südwestdeutschen Arbeitervereine an die AV, die sich unter eigenem Zentralkomitee und ebenfalls mit gesamtnationalem Anspruch im Sommer 1848 auf einem Frankfurter Arbeiter- und Gesellenkongreß zusammengeschlossen hatten und die völlig unter dem Einfluß neozünftlerischer, industriefeindlicher Ideologen standen. Die überwältigende Mehrheit dieser Vereine konnte von Born, der im Herbst und Winter 1848/49 unermüdlich gegen Relikte zünftlerischer Vorstellungen auch in der AV gekämpft hatte, von der Zunftideologie gelöst und für die AV gewonnen werden. Die Frankfurter Sonderorganisation beschloß auf dem Heidelberger Kongreß den Anschluß an die AV und ging in der Folgezeit tatsächlich völlig in dieser auf.

Die Zurückdrängung zünftlerischer Relikte der Vergangenheit wurde ergänzt durch einen auf die Zukunft gerichteten Arbeitsplan: Beschlossen wurde die Einberufung eines neuen allgemeinen Arbeiterkongresses, dem die "Einigung über ein soziales Glaubensbekenntniß" und die "Gründung eines allgemeinen deutschen Arbeiter-Bundes" obliegen sollte. Diese Festlegungen lassen darauf schließen, daß die Berliner Beschlüsse bereits nicht mehr als zeitgemäßes "Glaubensbekenntnis" angesehen wurden und daß die AV sich bewußt war, noch nicht die Organisation der deutschen Arbeiter zu sein (es fehlten u.a. immer noch die starken Arbeitervereine der Rheinprovinz).

Ein erster Schritt weg von den Berliner Beschlüssen war die Preisgabe des unrealistischen Assoziationskonzepts, die zu Anfang Januar 1849 zugunsten bescheidenerer Genossenschaftsprojekte erfolgte. Da diese Veränderung zurückging auf den sächsischen Bezirkskongreß der AV (das war der erste regionale Kongreß der Organisation überhaupt), kann sie als Ergebnis der Auswertung der Erfahrungen der Basisorganisationen und als positive Wendung der Kritik der Basis gedeutet werden.

Es folgte die Aufgabe der Hoffnung auf Staatshilfe für die Assoziationen, die die AV-Führung noch bis zu Anfang des Jahres 1849 gehegt hatte, dann aber im Februar/März 1849 endgültig fallenließ. Die sich hierin ausdrückende Desillusionierung bezüglich der Bereitschaft staatlicher Instanzen, den Arbeitern zu helfen, läßt sich auch aufweisen in der Veränderung der Haltung zur Frankfurter Nationalversammlung. Hatte der Berliner Kongreß noch hoffnungsvoll ein Manifest und mehrere Adressen an die Versammlung gerichtet, so wich diese Hoffnung angesichts der sozialpolitischen Untätigkeit der Paulskirche zunächst Verbitterung und Enttäuschung, um sodann angesichts des Wahlgesetzentwurfes vom 15. Februar 1849, der explizit Handwerksgehilfen, Fabrikarbeiter, Dienstboten und Tagelöhner vom Wahlrecht ausschloß, heller Empörung und Ankündigung offenen Widerstands Platz zu machen: Gerade diejenigen, die in den Barrikadenkämpfen knapp ein Jahr zuvor der Revolution zum Sieg verholfen hatten, sollten nunmehr von einer Versammlung, die ihr Mandat von dieser Revolution hatte, in den vorrevolutionären Zustand politischer Unmündigkeit zurückgestoßen werden. Eine äußerst scharf gehaltene Protestadresse der AV drohte mit den Konsequenzen eines solchen Schrittes: "Verweigerung des Wahlrechts der Arbeiter ist identisch mit - Proklamation des Bürgerkrieges". Wurde diese Konsequenz noch abgewendet durch die Ablehnung des Wahlgesetzentwurfs in der Nationalversammlung, so hatte diese doch bei der AV jeglichen Kredit verloren. Letzte parlamentarische Illusionen zerstörte die am 28. März verabschiedete Reichsverfassung: Zu Anfang April 1849 schüttete die "Verbrüderung" in mehreren Artikeln Spott und Verachtung über die Nationalversammlung aus, "welche mit Hohn das Volk behandelt und vor der Gewalt im Staube kroch, auf den Sargdeckel der niedergebombten Freiheit die goldene Krone des Erbkaisers stülpte" (Verbrüderung, Nr. 53, 3.4.1849); die "Verbrüderung" rief auf zu einer neuen, ganzen Revolution.

Kampf für die "rote" Republik

War mit diesen Stellungnahmen praktisch endgültig mit der politischen Enthaltsamkeit gebrochen, so folgte Ende April 1849 auch die theoretische Abrechnung mit der ersten Phase des Wirkens der AV. Born und Schwenniger, die beiden führenden Köpfe der AV, konstatierten nunmehr, daß Vorbedingung der Sozialreform die Revolution und die politische Machtergreifung der Arbeiterklasse sei, und daß erst unter ihrer politischen Herrschaft Assoziationsprojekte eine Realisierungschance hätten. Somit hatte sich in der Führung der AV die Auffassung, daß der sozialen Frage mit den Assoziationen im Rahmen des bestehenden Staates nicht beizukommen sei, durchgesetzt. Der Primat der Politik war anerkannt. Dies bedeutete in der Geschichte der AV eine wesentliche qualitative Veränderung. Mit ihrer Forderung nach der "roten", der "sozialen" Republik ließ sie nun die "nur-politischen" linken Demokraten sogar noch hinter sich und fand ansatzweise zu einer von diesen unabhängigen Arbeiterpolitik.

Auf Basis dieser neuen Einsichten forderte die Leitung der AV die Arbeiter zur aktiven Beteiligung an der Reichsverfassungskampagne auf. Dabei ließ sie keinen Zweifel daran, daß es den Arbeitern nicht primär um die Verteidigung der Reichsverfassung gehen könne, sondern daß die neuen Kämpfe von ihnen ausgenutzt werden sollten als Sprungbrett für weiterreichende, radikalere Umwälzungen in ihrem Interesse. Viele AV-Mitglieder beteiligten sich an der Reichsverfassungskampagne. Stephan Born nahm in leitender militärischer Position am Dresdner Aufstand teil. Ganze Arbeitervereine zogen geschlossen in die aufständischen Gebiete und schlossen sich den Einheiten der Revolution an. Auch diesmal - wie schon im März 1848 - bestand "der wirklich kämpfende Kern der Aufständischen ... aus den Arbeitern der Städte" (Friedrich Engels). Deren Bewußtsein und Organisiertheit waren gegenüber dem Vorjahr - nicht zuletzt dank des Wirkens der AV - allerdings merklich gewachsen.

Mit der Niederlage der Reichsverfassungskampagne (Fall Rastatts am 23. Juli 1849) begann in der "Verbrüderung" die theoretische Analyse der gescheiterten Revolution. Man kam zu dem Ergebnis, daß die Revolution letztlich gemacht worden war vom Proletariat, das sich überall in vorderster Linie mit der Waffe in der Hand tapfer geschlagen hatte, daß die Revolution gescheitert war an Verrat und Feigheit der Bourgeoisie, die sich aus Angst vor dem nachdrängenden, seine eigenen Ansprüche anmeldenden Proletariat mit den alten reaktionären Mächten "vereinbart" hatte - und auch an der Unfähigkeit und Halbherzigkeit des Kleinbürgertums. Als Aufgabe der Arbeiter wurde der Umsturz der bestehenden staatlichen Verhältnisse bezeichnet; es gelte, "die Arbeiterpartei an die Spitze des Staates zu bringen" und die "Arbeiterherrschaft" bis zur Auflösung aller Klassen aufrecht zu erhalten. Die so errichtete sozialistische Gesellschaft stelle politisch eine "Auflösung aller Regierungsformen" dar; ihr sozialer Gehalt sei die "Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch seinen Nebenmenschen" (Verbrüderung, Nr. 88, 3.8.1849 und Nr .90, 10.8.1849).

Verbindungen zum Bund der Kommunisten

Hatte sich bereits in der Kritik an den Assoziationstheorien und der apolitischen Richtung in der AV die Übereinstimmung mit Positionen wie sie Marx und Engels im Bund der Kommunisten (BdK) vertreten hatten, gezeigt, so liegen diese theoretischen Ausführungen, die sich in zahlreichen Artikeln der "Verbrüderung" bis zum Herbst 1849 finden, ebenfalls ganz auf der Linie von Marx und Engels. Dies legt die Frage nach einer Verbindung von AV und BdK nahe.

In der Tat gab es solche Verbindungen. Die von Marx und Engels geleitete "Neue Rheinische Zeitung" und das AV-Organ "Verbrüderung" arbeiteten publizistisch eng zusammen (Austausch von Artikeln und Korrespondenzen); zahlreiche, gleichwohl nach der faktischen Auflösung der BdK-Strukturen während der Revolution (s. Teil 1) vereinzelte, BdK-Mitglieder waren in einer Reihe von Vereinen der AV in führenden Positionen tätig, und insbesondere gab es seit dem Winter 1848/49 direkte Kontakte zwischen der Leitung der AV und leitenden BdK-Mitgliedern. Am Sitz des Zentralkomitees der AV in Leipzig arbeiteten Bundesmitglieder (besonders E.O. Weller, der auch häufig in der "Verbrüderung" publizierte) und die Leiter der AV Born und Schwenniger im "Sozialistischen Klub" zusammen. Im Februar 1849 besuchte Born nach dem Heidelberger Kongreß Marx in Köln, wo er von Marx "aufs freundlichste" (so Born in seinen "Erinnerungen eines 48ers") aufgenommen wurde. Auch der Heidelberger Kongreß selbst, an dem auch Gottschalk vom Kölner Arbeiterverein und der Marx-Vertraute J. Weydemeyer teilgenommen hatten, weist mit seinen Beschlüssen (s.o.) auf eine verstärkte Zusammenarbeit der Leitungen von AV und BdK hin.

Marx und Engels wendeten sich ihrerseits der AV zu. Sie und die anderen Kölner BdK-Mitglieder lösten sich im Frühjahr 1849 von den demokratischen Organisationen; der von Marx geleitete Kölner Arbeiterverein sagte sich im April vom demokratischen Zentralausschuß in Berlin los und erklärte, sich der AV anschließen zu wollen. Zudem arbeitete er intensiv an der Zusammenführung der rheinländischen Arbeitervereine, die unter Führung des Kölner Arbeitervereins - und damit des BdK - an die AV angeschlossen werden sollten. Zu dem für Juni 1849 geplanten nationalen Arbeiterkongreß, der diesen Anschluß und die Gründung des nationalen "Arbeiter-Bundes" (s.o.) hätte bringen sollen, kam es infolge der Reichsverfassungskampagne und des Siegs der Konterrevolution jedoch nicht mehr. Festzuhalten ist dennoch, daß es im Frühjahr 1849 zu einer Annäherung zwischen der AV und dem BdK (Marx/Engels) kam: Die AV ging auf die politischen Positionen von Marx/Engels über (auch hier gilt allerdings der oben gemachte Vorbehalt: "die" AV gab es eigentlich nicht; einzelne Vereine machten diese Wendung nicht mit), und Marx/Engels lösten sich von den Demokraten und bemühten sich intensiver um eine spezifische Arbeiterpolitik und die Schaffung einer "Arbeiterpartei", wofür die AV als Kern dienen sollte. (4)

Zusammenfassend läßt sich die zweite Phase in der Entwicklung der AV (Januar/Februar 1849 - Herbst 1849) folgendermaßen charakterisieren: Erfahrungen mit den Versuchen zur Realisierung der eigenen sozialpolitischen Vorstellungen (Assoziationen) und mit dem Vormarsch der Konterrevolution, die theoretisch aufgeklärt wurden von in der AV mitarbeitenden BdK-Mitgliedern, führten zur Hinwendung der AV zum politisch-revolutionären Kampf; die politische Linie gewann die Oberhand über eine unpolitische, "nur-soziale" Linie, zugleich wurde die zünftlerische Linie völlig zerschlagen.

Die AV nach dem Sieg der Konterrevolution

Nach dem Scheitern der Revolution gerieten viele Vereine der AV in eine schwere Krise, die gekennzeichnet war durch Stagnation des Vereinslebens, Resignation der Arbeiter und Rückgang der Mitgliederzahlen. Die Leitung der Organisation war geschwächt durch die Flucht Borns in die Schweiz nach der Niederlage in Dresden und durch die Ausweisung Schwennigers aus Sachsen. Doch konnte der nationale Zusammenhalt durch den dritten führenden Kopf der AV, Gangloff, der in der Leipziger Zentrale tätig blieb und für die kontinuierliche Herausgabe der "Verbrüderung" sorgte, aufrecht erhalten werden.

Wichtigstes Mittel zur Konsolidierung der AV als nationaler Organisation wurde in dieser Phase die nur überlokal regelbare Wanderunterstützung für die wandernden Handwerksgesellen. Sie wurde seit dem Sommer 1849 im großen Maßstab von den AV-Vereinen organisiert und fand bei den Handwerksgesellen großen Anklang, weil diese unmittelbar materiell auf eine solche Einrichtung angewiesen waren. Im Laufe von Herbst und Winter 1849/50 gelang es vielen Vereinen, sich soweit zu stabilisieren, daß für den 20. bis 26. Februar 1850 eine Generalversammlung der AV nach Leipzig einberufen werden konnte.(5)

Auf dieser Versammlung vertraten 30 Delegierte mehr als 15.000 Mitglieder. Die verabschiedeten "Grundstatuten" spiegeln die widersprüchliche Entwicklung der AV in der dritten und letzten Phase ihres Bestehens. In den "Grundstatuten" sind - im Gegensatz zu den Berliner Beschlüssen vom Sommer 1848 - alle Anklänge an reaktionäre Zunftvorstellungen getilgt. Ebenso fehlt jeder Hinweis auf die Hoffnung auf Staatshilfe. Vielmehr wird explizit festgestellt, daß diese Hoffnungen von den Nationalversammlungen und den staatlichen Stellen bitter enttäuscht worden seien und daß die Arbeiter daher allein auf sich selber bauen müßten, wenn sie ihre Lage verbessern wollten. Im Zentrum der "Grundstatuten" standen demgemäß Assoziationsprojekte, die jedoch gegenüber den Berliner Beschlüssen reduziert waren auf das Maß praktischer genossenschaftlicher Selbsthilfe: Es wurden Regelungen getroffen über Produktiv- und Konsumgenossenschaften, Krankenkassen und Gesundheitspflegevereine, Wanderunterstützungskassen und Arbeitsnachweise.

Auffallend ist die in den "Grundstatuten" geübte politische Enthaltsamkeit, die auch aus den in der "Verbrüderung" veröffentlichten Protokollen der Generalversammlung spricht. Bei der Beurteilung dieses Faktums stößt man auf die zentrale Schwierigkeit für die Einschätzung der Entwicklung der AV in ihrer dritten Phase: Unter den Bedingungen schärfster Reaktion war eine freie politische Arbeit und Publizistik für die AV nicht mehr möglich. Wieweit waren daher offensichtliche Rückschritte hinter die im Frühjahr 1849 erreichten politischen Positionen tatsächliche Rückschritte oder nur taktisch bedingt, vorgenommen mit dem Ziel, die reaktionären Staatsgewalten zu täuschen und den Bestand der Organisation zu sichern? Für die Generalversammlung vom Februar 1850 z.B. heißt das konkret: Fest steht, daß die Protokolle nur in Auszügen

veröffentlicht wurden; ist somit zu vermuten, daß interne politische Diskussionen abseits vom "offiziellen" Kongreßverlauf stattfanden, die von der Veröffentlichung selbstverständlich ausgespart bleiben mußten, um sich vor der Reaktion zu schützen? Angesichts dieser schwierigen Quellenlage ist Vorsicht bei der Einschätzung geboten. Als relativ gesichert dürfte sich allerdings festhalten lassen: Wenn man von der oben gemachten Unterscheidung zwischen einer politisch-revolutionären Strömung und einer apolitisch-"ökonomistischen" Strömung ausgeht, so zeigt sich in der Publizistik der AV seit Winter 1849/50 ein (wieder) zunehmendes Gewicht der letzteren, auch wenn die erstere nicht völlig verschwindet. Auf der einen Seite wird an Assoziationsideen der ersten Phase angeknüpft und für "soziale Reform" in kleinem Maßstab plädiert, auf der anderen Seite werden einzelne Mißstände radikal kritisiert, wobei sich diese Kritik teilweise immer noch zu grundsätzlicher Kritik mit sozialistischer Perspektive erweitert.

Auch die Berichte der einzelnen Vereine auf der Generalversammlung zeugen auf den ersten Blick von fortschreitender Entpolitisierung. Die unzweifelhaft starken Tendenzen in der AV, sich vom politischen Kampffeld zurückzuziehen, sind unschwer aus dem zunächst vollkommenen Sieg der Reaktion auf diesem Kampffeld zu erklären. Es ist nur zu verständlich, daß sich zu einer Zeit, in der das Ziel der politischen Machtergreifung, welches im Frühjahr 1849 als Voraussetzung zur Lösung der sozialen Frage angesehen worden war, in weite Ferne gerückt ist, sich Illusionen darüber, auch ohne politische Erfolge seine Ziele erreichen zu können, ungemein verstärken. Doch neben den Arbeitern, die nach der gescheiterten Revolution "von Politik nichts mehr wissen" wollten, hielt sich unzweifelhaft auch eine "politische" Strömung, die eine Fortsetzung der politischen Arbeit in neuen, der Reaktionszeit angemessenen Formen anstrebte. Sahen die "Unpolitischen" Krankenkassen, Wanderunterstützung usw. als Selbstzweck, waren den "Politischen" diese Dinge konkrete Hilfsmittel im Klassenkampf; z.B. konnten über die Wanderunterstützung zum einen politische Flüchtlinge unterstützt und politische Kuriere finanziert werden, zum anderen konnten noch "unpolitische" Arbeiter über die materiellen Vorteile der Wanderunterstützung an die AV und damit eventuell an politische Betätigung herangezogen werden. Auch die Verlegung des Schwergewichts auf "Bildungsarbeit" in vielen AV-Vereinen mußte nicht unbedingt Entpolitisierung bedeuten, sondern konnte auch Indiz für intensivierte politische Schulungsarbeit sein.

Daß die "Politischen" auch jetzt noch eine große Rolle in der AV spielten, läßt sich daran aufweisen, daß BdK-Mitglieder in einer recht großen Zahl von AV-Vereinen leitende Positionen hatten und daß der BdK auch in der Führung der AV ein großes Gewicht hatte. Das zeigt sich etwa an der Zusammensetzung der Leipziger Generalversammlung, auf der rund ein Drittel der Delegierten dem BdK zuzurechnen waren. Auch der zu dieser Zeit führende Kopf der AV, Gangloff, scheint BdK-Mitglied gewesen zu sein, jedenfalls fungierte er als Zentralstelle zur Verteilung von Propagandamaterial des Bundes.

Das Ende der AV

Doch konnte sich der Einfluß des BdK auf die AV als gesamtnationale Organisation kaum noch entfalten. Denn schon kurz nach der Leipziger Generalversammlung - und damit sehr bald nach dem Beginn der Reorganisation des BdK in Deutschland - brach die AV unter den Schlägen der Reaktion zusammen. Die wichtigsten deutschen Staaten erließen im Frühjahr/Frühsommer 1850 reaktionäre Vereinsgesetze, die die Handhabe zum Verbot der Arbeitervereine und vor allem zur Zerschlagung des überlokalen Zusammenhalts mittels Verbindungsverbot boten (z.B. preußisches Vereinsgesetz vom 11. März 1850, das im Juni 1850 gegen die Arbeitervereine angewendet wurde). Das Zentralkomitee der AV mußte sich selbst und die Bezirkskomitees am 12. Juni 1850 für aufgelöst erklären. Das bedeutete praktisch das Ende der AV als gesamtnationaler Organisation. Zwar versuchte Gangloff, über die Herausgabe einer Nachfolge-Zeitschrift der "Verbrüderung", den "Prometheus" (bis Dezember 1850) die Verbindung zwischen den noch nicht verbotenen Vereinen aufrecht zu erhalten; auch kam es im Februar 1851 noch einmal zu einer Besprechung zwischen Vertretern verschiedener Arbeitervereine in Leipzig - doch eine Reorganisation der AV gelang nicht mehr. Als am 13. Juli 1854 ein Bundesbeschluß zum Verbot aller Arbeitervereine in allen deutschen Staaten zustande kam, gab es die AV schon lange nicht mehr. Allerdings konnten sich in Württemberg bis 1854 Arbeitervereine halten, die als "Allgemeine Arbeiterverbrüderung. Südwestdeutsche Vereinigung" den überlokalen Zusammenhalt wahren konnten. Und auch in Norddeutschland hielt sich bis 1853 als Nachfolgeorganisation der AV eine "Norddeutsche Arbeiter-Vereinigung".

Vo

Anmerkungen:

1) Die Beschlüsse des Berliner Arbeiterkongresses. In: Quarck, Max: Die erste deutsche Arbeiterbewegung 1848/49. Geschichte der Arbeiterverbrüderung 1848/49. Ein Beitrag zur Theorie und Praxis des Marxismus. Glashütten im Taunus 1970 (unveränderter Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1924). Die Schreibweise des Originals wurde beibehalten.

2) Die Verbrüderung erschien in 169 Nummern vom 3. Oktober 1848 bis zum 29. Juni 1850 jeweils zweimal wöchentlich. Im Untertitel hieß sie "Correspondenzblatt aller deutschen Arbeiter". S. Verbrüderung... Unveränderter Nachdruck mit einer Einleitung von Rolf Weber. Leipzig 1975.

3) Die Propagierung der Assoziationsidee hat der AV von marxistischer Seite - beginnend bei Engels, über Mehring und Lenin bis zur DDR-Geschichtsschreibung - den Vorwurf des kleinbürgerlichen Utopismus und des "Ökonomismus" (Lenin) eingetragen. Diese Kritik geht aus vom "Primat der Politik", d.h. der Auffassung, daß eine Umwälzung der ökonomischen Verhältnisse erst möglich ist nach der politischen Machtergreifung des Proletariats, weswegen dem "politischen Kampf" Vorrang vor allen anderen Kampfformen gebühre. Engels kritisierte, daß die AV vergessen habe, "daß es sich vor allem darum handelte, durch politische Siege sich erst das Gebiet zu erobern, worauf allein solche Dinge (Assoziationen, Genossenschaften etc. - Vo) auf die Dauer durchführbar waren." Engels, Friedrich: Zur Geschichte des Bundes der Kommunisten, in: MEW 8, S.577-593, hier: S.588.

4) Engels betreibt daher Geschichtsklitterung, wenn er behauptet: "Die ‚Arbeiterverbrüderung` aber hatte sich, gegenüber der großen politischen Bewegung des Proletariats, als ein reiner Sonderbund bewährt, der großenteils nur auf dem Papier bestand und eine so untergeordnete Rolle spielte, daß die Reaktion ihn erst 1850 und seine fortbestehenden Ableger erst mehrere Jahre nachher zu unterdrücken für nötig fand". Ebd., S.589. Eben diesem "Sonderbund" wollten sich Marx/Engels und ihre Getreuen im BdK selber im Frühjahr 1849 anschließen, weil sie in ihm den Kern einer künftigen Arbeiterpartei sahen.

5) Die Protokolle der Generalversammlung in Balser, Frolinde: Social-Demokratie 1848/49-1863. Die erste deutsche Arbeiterorganisation "Allgemeine deutsche Arbeiterverbrüderung" nach der Revolution. Text- und Quellenband. Stuttgart 1962. Hier: Quellenband, S.614ff.

20. Der Besuch des alten Herrn. Nachlese zur Papstvisite in Kuba

Autor: efa · Rubrik: Kirche und Religionen; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/22.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:22

Havanna, 22. Januar 1998. Durch die hastig restaurierten Straßen fährt ein alter und gebrechlicher Mann, der aussieht, als könne ihm die tropische Januarhitze leicht den Rest geben. Fast Mitleid könnte man mit diesem Greis haben und vergessen, daß in dem berühmtesten Auto der Welt, dem Papamobil, ein verdienter Veteran des Kalten Krieges sitzt. Auch Fidel Castro, der neben dem Papst noch etwas frischer wirkt, beunruhigt die Vergangenheit des Karol Wojtyla nicht. In der Granma Internacional vom 25.1.98 stellt er fest: "Seitdem der Kalte Krieg vorbei ist (...) ist dieser Papst möglicherweise der größte Kopfschmerz, den der Imperialismus heute hat." Fidels Äußerungen, insbesondere die Begrüßungsansprache an Seine Heiligkeit (Granma Internacional, Februar 1998) lösen allüberall vor allem eines aus: Irritation.

Gleich zu Beginn seiner Rede präsentiert der máximo lider den laufenden Kameras der Weltöffentlichkeit eine Kurzfassung der Kolonialgeschichte Kubas, die die Conquista schlicht beschreibt als das, was sie war: ein Völkermord. Das hört man im spanischen "Mutterland" gar nicht gerne; Geschichtsprofessoren ereifern sich im Brustton gekränkten Erobererstolzes über diese undankbare und "einseitige Interpretation" der Geschichte. Die klaren Worte Fidels heben das durch seine anderen Äußerungen ausgelöste Unbehagen kaum auf. Als westliche Linke muß eine zumindest erstaunt sein, wenn er da im Zusammenhang mit dem Unabhängigkeitskrieg in Kuba von "Holocaust" und "Konzentrationslagern" spricht oder die Märtyrer der Revolution mit den verfolgten Christen im alten Rom gleichsetzt. Aber die scheinbar widersprüchliche Argumentation des kubanischen Regierungschefs folgt einer eigenen Logik. Wie schon so oft, balanciert seine Rhetorik auf einem Drahtseil zwischen größtmöglicher internationaler Akzeptanz und dem Versuch, das Gesicht nicht vollständig zu verlieren.

Die Eigenartigkeit dieser Logik und die kaum nachvollziehbare Behauptung, die kubanische Revolution und der Vatikan hätten ein gemeinsames Anliegen, ein "humanes" nämlich, ist natürlich auch für die KubanerInnen offensichtlich. Als in den Tagen vor dem Papstbesuch die Strecke vom Flughafen zur Papstunterkunft in 24-Stunden-Schichten restauriert wird, liegt Unmut in der Luft: "Für uns machen sie das nicht. Wir können uns in den Löchern in der Straße das Genick brechen. Dann heißt es immer, es ist kein Geld da. Aber für diesen Hurensohn machen sie es dann plötzlich doch", faßt es etwas drastisch ein Taxifahrer in Havanna zusammen. Solche Gespräche scheint auch der Schreiber der Frankfurter Rundschau geführt zu haben, der dann daraus auch gleich den zwar naheliegenden, aber falschen Schluß zieht, der Papstbesuch führe "mittelfristig zu einer innenpolitischen Schwächung des Regimes", weil die kubanische Führung nun "die politische Glaubwürdigkeit" verloren hätte.

Was Hans-Jürgen Buchardt nicht gehört hat, ist, daß die KubanerInnen, ob katholisch, protestantisch, Santeros oder atheistisch, zuallererst hoffen, der Papst möge endlich die Person sein, die eine Bresche in die internationale Isolierung und wirtschaftliche Ausblutung ihres Landes schlagen und damit kurz- oder mittelfristig zu einer realen Verbesserung ihrer Lebenssituation beitragen kann. Und insofern dürfte der größte Teil der kubanischen Bevölkerung - bei aller Nörgelei - im Grunde d'accord gehen mit der Politik ihres Chefkommandanten. Oder, um den Taxifahrer noch einmal zu zitieren: "Was soll's, vielleicht hilft's ja was." Außerdem hat die kubanische Führung nicht erst seit der Einladung an den Papst ein ambivalentes Verhältnis zum Klerus und zur christlichen Lehre, so daß die von Castro jetzt offensiv nach außen getragene Doppelmoral für kaum jemanden eine Überraschung sein dürfte. Problematischer könnte die ganze Angelegenheit für diejenigen Parteimitglieder und FunktionärInnen sein, die aus Solidarität mit der Revolution ihrem eigenen Katholizismus abgeschworen haben und nun einen ehemaligen Hauptfeind als brüderlichen Verbündeten präsentiert bekommen.

Religiöses Revival?

Beliebt in den westlichen Medien sind auch Deutungen, die von einer quasi unterirdisch brodelnden tiefen Gläubigkeit im Land ausgehen, die, über Jahrzehnte gedeckelt, jetzt mit dem Papstbesuch endlich Gelegenheit bekommt, sich zu entladen. So steht für Die Zeit schon fest, bevor der Papst sich überhaupt auf den Weg gemacht hat, daß "es nach der Papstreise im ganzen Land zu Massentaufen kommen wird". Falsch.

Hier werden Gläubigkeit und Katholizismus mit Neugier und Pragmatismus verwechselt; vielleicht, weil man im Geburtsland der protestantischen Arbeitsethik die Verbindung von Religion und Rationalität allenfalls der evangelischen Kirche zugesteht, während man dem Katholizismus immer schon eine diffuse emotionale Irrationalität und Eigendynamik unterstellt.

Mit diesen Kategorien aber läßt sich die kubanische Realität und Religiösität nicht greifen. Zwar haben Katholiken, Protestanten, Santeros usw. seit der Zuspitzung der ökonomischen Krise nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion immer mehr Zulauf. Und natürlich kann ein von oben verordneter Atheismus das "Religionsproblem" nicht einfach abschaffen. Aber die bisherige relative Machtlosigkeit des kubanischen Klerus ist eben auch eine ideologische Machtlosigkeit; den Krieg um die Köpfe, den die Kirche andernorts in Lateinamerika (z.B. in Nicaragua) durchaus erfolgreich führt, kann die katholische Kirche in Kuba noch nicht gewinnen. Noch ist die angeblich neue kubanische Gläubigkeit auch eine pragmatische Gläubigkeit. Wenn in die vormals leeren Bibelstunden einer Gemeinde plötzlich zweihundert Kinder strömen, hat das weniger mit dem wiedererwachten Glauben als mit dem Becher Milch zu tun, der dort zu erwarten ist. Dieser Pragmatismus ist in einer besonderen Spielart auch bei den afrokubanischen Kulten zu finden, die sich im Tourismusgeschäft als äußerst rentabel erwiesen haben.

Die Ergebnisse einer Studie, die das kubanische Sozialforschungsinstitut CIPS vor einigen Jahren durchgeführt hat, bringen diese widersprüchliche religiöse Wirklichkeit auf den Punkt: Nur 15% der KubanerInnen können als ungläubig definiert werden, aber nicht mehr als ebenfalls 15% können als Gläubige mit klar definierter Zugehörigkeit bezeichnet werden. Und auch wenn die 40% KatholikInnen in Kuba nicht mehr nur Weiße sind (auch die Santería ist keine ausschließlich von Schwarzen ausgeübte Religion mehr); die Mehrheit dieser Gläubigen ist nicht nur katholisch, sondern auch katholisch - und somit wohl kaum bereit, den Papst als einzigen legitimen "Stellvertreter Gottes auf Erden" zu betrachten und seinen Statthaltern bedingungslos zu folgen. Die größte Attraktion, die die Kirche auf die KubanerInnen im Moment ausübt, dürfte die Tatsache sein, daß sie das einzige staatsunabhängige öffentliche Forum mit zumindest halb-oppositionellem Charakter ist. Aber auch hier verweist der wachsende Zulauf nicht auf den wiedererwachten Glauben, sondern auf das Fehlen unabhängiger Organisierungsmöglichkeiten.

Entsprechend wurde wohl vieles von dem, was der Papst den KubanerInnen während seines fünftägigen Besuches nahebringen wollte, vom Winde verweht. Seine üblichen und ermüdenden Appelle gegen Scheidung, Abtreibung, Verhütung, vorehelichen Geschlechtsverkehr etc. dürften von den meisten KubanerInnen mit freundlichem Desinteresse zur Kenntnis genommen worden sein. Vierzig Jahre liberale Abtreibungs- und Verhütungspraxis in einem Land, dessen BewohnerInnen darauf stolz sind, die angeblich fähigsten LiebhaberInnen der Welt zu sein, werden von den Worten eines asexuellen alten Mannes wohl kaum nennenswert beeinflußt werden.

Die wundersame Publicity-Vermehrung

Wesentlich interessanter sind die klaren Worte des Papstes, wenn er am letzten Tag seines Besuches von "restriktiven wirtschaftlichen Maßnahmen, die vom Ausland aufgezwungen werden und ungerecht und ethisch inakzeptabel sind", spricht. Damit ist das außenpolitische Plansoll der Papstreise erfüllt, und ein zarter internationaler diplomatischer Vorfrühling kündet sich an:

- Der rechtskonservative spanische Ministerpräsident José María Aznar ist fest entschlossen, die eingefrorenen diplomatischen Beziehungen zu Kuba zu "entdramatisieren". Der Besuch des kubanischen Außenministers Roberto Robaina in Madrid ist vielleicht nicht unbedingt der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. Aber die Wiederbesetzung des spanischen Botschaftssessels in Havanna nach 16 Monaten Vakanz und die Ankündigung, daß das spanische Königspaar möglicherweise noch in diesem Jahr Kuba besuchen wird, sind deutliche Zeichen einer Entspannung, die für Kuba wichtige politische Konsequenzen hat: Aznar, innerhalb der EU bislang Hardliner in Bezug auf Kuba, unterstützt jetzt den Wunsch Kubas, mit Beobachterstatus in die Gruppe der Nehmerländer des Lomé-Abkommens aufgenommen zu werden. Und Mitte April reisen Vertreter des spanischen Unternehmerverbandes CEOE nach Kuba, um auf höchster Ebene über zukünftige Joint-Venture-Projekte zu beraten.

- Beim zweiten Gipfeltreffen der amerikanischen Staaten (Cumbre de las Américas, 18./19.4. in Chile) ist Kuba zwar als einziges Land des Kontinents nicht vertreten, dafür gibt der kanadische Premierminister Jean

Chrétien aber bekannt, daß er noch im April nach Kuba reisen werde, worüber Bill Clinton nach Aussage seiner Berater "überhaupt nicht glücklich ist". Außerdem plädierten die Vertreter mehrerer lateinamerikanische Länder dafür, Kuba zum nächsten Gipfel einzuladen, worüber Clinton auch wenig erfreut sein dürfte.

- Zum ersten Mal seit sieben Jahren ist Kuba von der UN-Menschenrechtskommission nicht für die Verletzung von Menschenrechten verurteilt worden, zum Ärger der ExilkubanerInnen, die sogleich von einer "Entehrung der Menschheit" sprachen. Diese ausnahmsweise positive Bewertung Kubas ist sicher auch auf die Freilassung von mehr als 200 Personen kurz nach dem Papstbesuch zurückzuführen, die der Vatikan eingefordert hatte.

- Und schließlich gibt es erste Anhaltspunkte für eine Lockerung des US-Embargos, Fluchtpunkt jeder diplomatischen Anstrengung von kubanischer Seite: Die Wiedereinsetzung der Direktflüge USA-Kuba, wenn auch nur zu "humanitären Zwecken", die Erlaubnis für ExilkubanerInnen, ihren kubanischen Verwandten jährlich 1.200 Dollar zu überweisen, und schließlich ist von US-amerikanischer Seite Interesse an einer Pharma-Messe in Havanna mit US-Produkten geäußert worden, was die erste direkte Schneise in der Blockade wäre.

Sergio Corrieri, Vorsitzender des kubanischen Instituts für Völkerverständigung (ICAP), bezeichnet die Papstvisite auf dem europäischen Treffen der Solidaritätsgruppen im März in Kopenhagen als "größten revolutionären Erfolg der letzten Jahre". Soviel Enthusiasmus ist verfrüht - obwohl das angeschlagene internationale Kuba-Image nach dem Papstbesuch teilweise wieder instandgesetzt ist. Realistischer ist da schon die Einschätzung von Corrieris oberstem Dienstherren, der in bezug auf die Lockerungen des Embargos feststellt, daß es sich um wenig mehr handelt, als einen Tropfen Wasser in der Wüste. Und anläßlich der generös angebotenen Pharma-Messe fügt er hinzu, daß jeder, der in Kuba Medikamente verkaufen möchte, herzlich willkommen sei, daß es aber überhaupt nicht in Frage komme, eine Messe ausschließlich für US-Produkte zu organisieren.

Selig sind die Sanftmütigen

Dennoch wird die kubanische Führung den Papstbesuch insgesamt als Erfolg für sich verbuchen, auch wenn sie in Kauf nehmen muß, daß der Papstbesuch den Klerus in Kuba gestärkt hat; auch wenn sie weiß, daß der Papst nicht bloß als "Botschafter des Friedens und der Gerechtigkeit" unterwegs war. Und der Vatikan? In Rom hat man vermutlich noch keine politische Bilanz dieser Reise gezogen, denn dazu ist es noch zu früh. Auch im Vatikan wird man wissen, daß die Kirche in Kuba im Moment nicht Protagonistin einer plötzlichen "demokratischen Revolte" sein kann, weil ihr dafür die soziale Basis fehlt. Und vielleicht ist das auch gar nicht gewollt. Vermutlich stimmt es, daß der Vatikan kein Interesse an einer Kopf-ab-Politik im Sinne Washingtons hat. Weil er in Ruhe und Gelassenheit auf den "weichen Übergang" wartet, vor dem er sich dann schon mal rechtzeitig und auf die höfliche Tour ins Spiel gebracht hat und dessen Früchte er mit einer auf lange Sicht gestärkten katholischen Kirche ernten will. Und zu der Schar dieser geduldigen Aspiranten gehören wohl auch Aznar und seine Unternehmerfreunde - und viele andere mehr.

Bleibt zu hoffen, daß die von Fidel in seiner Abschiedsrede an den Papst beschworene gemeinsame Utopie nicht im Sinne dieser sanften päpstlichen Aufweichungspolitik Wirklichkeit wird: "Und die Staaten werden verschwinden".... .

efa

21. Alte Feindschaft rostet doch. Kurzer Rückblick auf das Verhältnis von Staat und Kirche in Kuba

Autor: efa · Rubrik: Kirche und Religionen; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/20.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:20

Als die Revolution 1959 siegt, sind die meisten KubanerInnen RevolutionärInnen, und die meisten KubanerInnen sind gläubig. Diese Religiösität aber ist - bis heute - eine Mixtur aus verschiedenen Ingredienzen und Produkt der Kolonialgeschichte. Die SklavInnen und ihre Nachkommen, jahrhundertelang die Mehrheit innerhalb der kubanischen Bevölkerung, brachten ihre eigenen Kulte aus Afrika mit. Es gelang ihnen, diese Kulte zu pflegen und weiterzugeben, unter dem Deckmantel des Katholizismus, der Religion der herrschenden Klasse. Für die meisten gläubigen KubanerInnen spielten die Trommeln zur Anrufung der nigerianischen Orishas über Jahrhunderte hinweg eine weitaus größere Rolle als die katholischen Messen der weißen Padres. Diese Tarnung ist die Vorläuferin des kubanischen Synkretismus, der bis heute vor allem in der Verbindung von afrokubanischer Santería und Katholizismus weiterlebt. Der pure, reine Katholizismus ist eine Angelegenheit der Weißen in Kuba, die Mehrheit der kubanischen Bevölkerung war in einem europäischen Sinne noch nie katholisch.

Eiszeit

Als Batista stürzt, sind die goldenen Zeiten des katholischen Klerus schon seit mehr als einem Jahrhundert vorbei; die Unabhängigkeitskriege hatten in den spanisch geführten Klöstern zu Demoralisierung und organisatorischer Schwäche geführt. Dennoch ist die katholische Kirche während der Diktatur fest in der ausschließlich weißen Mittel-und Oberschicht verankert und fürchtet nach der Revolution um ihre Pfründe. Ein nicht unerheblicher Teil der katholischen Stammkundschaft siedelt in den großen Fluchtwellen von 1960 und 1965 nach Florida über. Die meisten Kleriker sind überzeugte Antikommunisten, die sich rasch in Opposition gegen das sozialistische Gesellschaftssystem bringen, das sich bald auch den wissenschaftlichen Atheismus auf seine Fahnen schreibt. Im Hirtenbrief der katholischen Bischöfe vom August 1960 werden zwar die "sozialen Maßnahmen" der neuen Regierung begrüßt, gleichzeitig aber heißt es: "Der wachsende Fortschritt des Kommunismus in unserem Land ist ein Problem außerordentlicher Schwere, das niemand, der rechten Glaubens ist, verneinen kann". (1) 1961 landen drei Priester mit einem Kreuz auf ihren Uniformen in der Schweinebucht. Die schroffe Reaktion der jungen revolutionären Regierung läßt nicht lange auf sich warten, und es kommt zu zahlreichen Festnahmen und Ausweisungen von katholischen Priestern; viele kirchliche Einrichtungen werden geschlossen oder müssen wegen Personalmangel aufgeben. Zusätzlich verliert die Kirche ab 1961 im Zuge der Nationalisierung aller Privatschulen ihren Einfluß im Erziehungsbereich und damit eine wichtige Machtbasis innerhalb der kubanischen Gesellschaft. Der Bruch zwischen Staat und Kirche ist vollzogen, und eine Zeit des eisigen Schweigens beginnt. (2)

Die Strategie der Revolutionsregierung zielt aber nicht allein auf die Schwächung des Klerus ab. Auch verweltlichte religiöse Traditionen finden keine Gnade unter den Augen der neuen Staatsmacht: Anfang der 60er Jahre werden Weihnachten und Ostern abgeschafft und der Sonntag für "freiwillige Arbeiten" vorgesehen. (Noch 1994 ergeht ein Erlaß, der den Rundfunkanstalten das Senden von Weihnachtsliedern untersagt.) Gravierender allerdings ist, daß in den ersten drei Jahrzehnten der Revolution Gläubige nicht Parteimitglied werden können und daß sie in den 60er und 70er Jahren, sofern sie sich offen zu ihrem Glauben bekennen, in Ausbildung und Beruf mit ständigen Behinderungen oder auch direkter Ausgrenzung rechnen müssen.

Strategische Annäherung

In den 70er Jahren, während die Verbindung zwischen Kuba und der Sowjetunion enger wird, wird der Atheismus als "Staatsreligion" in der Verfassung verankert und offizielle Leitlinie im Erziehungssystem. Dennoch mehren sich in diesem Jahrzehnt erstmals vorsichtige Anzeichen für ein Aufweichen der starren Fronten. Fidel Castro spricht in inoffiziellen Verlautbarungen in Chile 1972 davon, daß es "tausendmal mehr Übereinstimmungen zwischen Christentum und Revolution als zwischen Christentum und Kapitalismus" gebe. Dieser Gesinnungswandel bleibt in Kuba zunächst ohne innenpolitischen Effekt. Die ideologische Polarisierung und das "große Schweigen" - wie es die katholische Kirche nennt - dauern an. Auch die in Lateinamerika erstarkende Befreiungstheologie erreicht Kuba nicht. Und es scheint, als hätte die kubanische Führung kein

Interesse an einer Entspannungspolitik. Auf dem ersten Parteitag der KP Kubas (PCC) 1975 werden die Verbreitung des "wissenschaftlichen Atheismus" als revolutionäre Pflicht erklärt und Religion und Revolution als "reale Antagonismen" definiert. Aber bereits auf dem zweiten Parteitag 1980 werden die "revolutionären Gläubigen" zu "strategischen Verbündeten" erklärt.

1985 läßt sich Fidel Castro 23 Stunden (!) von dem Befreiungstheologen Frei Betto interviewen. Die gedruckte Zusammenfassung dieses Interviews wird unter dem Titel "Fidel und die Religion" in kürzester Zeit zum innerkubanischen Bestseller. In diesem Interview räumt Castro ein, daß sein Eifer für soziale Gerechtigkeit teilweise auf christliche Einflüsse zurückgeht - aber schon allein der Titel ist eine Sensation. Dieses Interview ist der endgültige Startschuß für einen Richtungswechsel in der Kirchenpolitik der kubanischen Führung, der unter dem Schlagwort der "strategischen Annäherung" an den zweiten Parteitag der PCC anknüpft und u.a. zur Gründung des "Büros für religiöse Angelegenheiten" als Schnittstelle zwischen Staat und Kirche führt. Auf dem dritten Parteitag 1986 wird die Rolle der lateinamerikanischen Christen in Befreiungskämpfen positiv hervorgehoben. Und schließlich wird 1991 auf dem vierten Parteitag das Statut, nach dem Glaubenszugehörigkeit und Parteimitgliedschaft sich ausschließen, gestrichen. Dies Streichung ist zugleich das offizielle Ende aller direkten Diskriminierungen von Gläubigen.

Der Klerus reagiert trotz dieses beachtlichen Zugeständnisses beleidigt. Einen Monat nach dem Parteitag veröffentlichen die katholischen Bischöfe ein Papier, in dem es heißt: "... einem Katholiken ist es moralisch unmöglich, dieser Partei anzugehören, ohne seine christliche Identität zu verlieren". Und zwei Jahre später, 1993, mitten in der schwersten ökonomischen und sozialen Krise seit der Revolution, üben die kubanischen Bischöfe in dem Hirtenbrief "El amor todo lo espera" (etwa: Nur durch Liebe können wir hoffen) noch einmal harsche Kritik an der Regierung Castro und sprechen weiterhin von Diskriminierung aus ideologischen Gründen. Dieses Papier läßt die angetauten Beziehungen zwischen Staat und Kirche noch einmal unter den Gefrierpunkt sinken.

Neue Brüderlichkeit

Schließlich aber wird die Politik der strategischen Annäherung von beiden Seiten fortgesetzt. Auf Kirchenseite erweist sich der Erzbischof von Havanna, Jaime Ortega, als geschickter Verhandlungspartner. Ihm gelingt es, mehr Freiräume für seine eigene Institution zu schaffen, indem er sich - weit entfernt vom undifferenzierten Antikommunismus seiner Vorgänger - zu unverfänglichen Themen wie "die kubanische Familie" äußert und vor klaren Statements gegen das Wirtschaftsembargo der USA nicht zurückschreckt. Gleichzeitig hat die katholische Kirche unter Ortega eine wichtige Rolle bei der Neutralisierung der z.T. erzreaktionären und erzkatholischen Exilkubaner in Miami.

Der vorläufige Höhepunkt der strategischen Annäherung von Staat und Kirche ist die Reise von Karol Wojtyla nach Kuba im Januar 1998, die einen alten Traum der Kirche und einen nicht ganz so alten Traum der Regierung wahr werden läßt. (3) Und diese Reise führt in Kuba dazu, daß nach fast 40 Jahren wieder Weihnachten und Ostern gefeiert werden dürfen.

efa

Anmerkungen:

1) Alle Zitate aus Kirchendokumenten sind entnommen aus: Maria López Vigil: Un pasado aún presente, in: Envio, n.188, Noviembre 1997, Managua.

2) Auch die protestantischen Schulen wurden geschlossen. Dennoch hatten die verschiedenen protestantischen Kirchen in Kuba viel weniger Probleme mit dem neuen Staat als der katholische Klerus, waren aber zahlenmäßig auch sehr viel weniger in der Bevölkerung verankert.

3) Die katholische Kirche hatte schon seit Anfang der 80er Jahre von einem Besuch des Papstes geträumt.1989 gibt Castro öffentlich die Bereitschaft seiner Regierung für diesen Besuch bekannt. Aber der letztendliche Anstoß für die Verwirklichung des Projektes ist die Privataudienz, zu der der Papst Fidel Castro 1996 einlädt. Dieser Audienz waren erstaunlich scharfe Worte des Vatikans gegen die US-Blockade gegen Kuba vorausgegangen.

An einer Straßenecke in Havanna stehen ein Priester und ein Offizier und streiten sich darüber, ob es Gott gibt. Weil sie sich nicht einigen können, fragt der Priester schließlich einen zufällig daherkommenden Passanten, was er glaubt, wer die Welt erschaffen habe. "Der liebe Gott, wer sonst", sagt der und fügt mit einem raschen Seitenblick auf den Offizier hinzu: "Aber natürlich nur mit der brüderlichen Hilfe unserer Freunde aus der Sowjetunion!"

22. Fidel Castro verabschiedet Seine Heiligkeit (Dokumentation)

Rubrik: Kirche und Religionen; Kuba · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/13.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:13

Rede des Commandante en Jefe Fidel Castro Ruz - Erster Sekretär der Kommunistischen Partei Kubas und Vorsitzender des Staats- und Ministerrates - bei der Verabschiedungszeremonie für Seine Heiligkeit Johannes Paul II.

Heiligkeit!

Ich glaube, wir haben der Welt ein gutes Beispiel gegeben; Sie, indem Sie das besucht haben, das einige die letzte Bastion des Kommunismus nennen, und wir, indem wir den religiösen Chef empfangen, dem man die Verantwortung dafür anhängen will, den Sozialismus in Europa zerstört zu haben. [...]

Es war ausgesprochen ungerecht, Ihre pastorale Reise mit der schäbigen Hoffnung in Verbindung zu bringen, die noblen Ziele und die Unabhängigkeit eines kleinen blockierten Landes zu zerstören, das seit fast 40 Jahren einem regelrechten Wirtschaftskrieg ausgesetzt ist. Heiligkeit, Kuba steht heute der größten Macht der Geschichte gegenüber, wie ein neuer David, tausendmal kleiner, der mit der gleichen Schleuder des biblischen Zeitalters für sein Überleben gegen den riesenhaften Goliath des nuklearen Zeitalters kämpft, der versucht, unsere Entwicklung zu verhindern, und uns durch Hunger und Krankheiten zum Aufgeben zwingen will. Hätte man damals nicht jene Geschichte geschrieben,so hätte sie heute geschrieben werden müssen. [...]

Heiligkeit!

Wie oft höre oder lese ich die Verleumdungen gegen mein Land und mein Volk, angestiftet von denen, die keinen anderen Gott verehren, als das Gold. Sie erinnern mich immer, wie ich bereits am Tage Ihrer Ankunft erklärte, an die unmenschlich verleumdeten Christen des antiken Roms. Verleumdungen waren in der Geschichte oft die große Rechtfertigung der größten Verbrechen gegen die Völker. Ich erinnere mich auch an die durch die Nazis vernichteten Juden oder an die vier Millionen Vietnamesen, die durch Napalm, chemische Waffen oder Bomben umkamen. Ob Christ, ob Jude oder ob Kommunist, das gibt niemandem das Recht, sie auszurotten. [...]

Kuba kennt keine Angst, es verachtet die Lüge, hört mit Respekt zu, vertraut auf seine Ideen, verteidigt unerschütterlich seine Prinzipien und hat nichts vor der Welt zu verbergen.

Ich bin gerührt vom Einsatz Ihrer Heiligkeit für eine gerechte Welt. Die Staaten werden verschwinden; die Völker eine einzige große menschliche Familie bilden. Wenn sich die Globalisierung der Solidarität, die Sie verkünden, über die ganze Welt verbreitet und die reichlichen Güter, die die Menschheit mit ihrem Talent und ihrer Arbeit herstellen können, gleichmäßig unter den Menschen, die heute die Erde bewohnen, verteilt werden, könnte man wirklich eine Welt für sie schaffen, ohne Hunger und Armut, ohne Unterdrückung und Ausbeutung, ohne Erniedrigung und Verachtung, in der mit materieller und moralischer Würde, in wahrer Freiheit gelebt wird. Das wäre eine gerechtere Welt! Ihre Ideen über die Evangelisierung und die ökumenische Bewegung ständen nicht im Gegensatz zu ihr.

Für die Ehre Ihres Besuches, für alle Ihre Ausdrücke der Zuneigung zu den Kubanern, für alle Ihre Worte, auch für jene, mit denen ich eventuell nicht übereinstimme, danke ich Ihnen, Heiligkeit, im Namen des ganzen Volkes von Kuba.

aus: Granma Internacional, Februar 1998

23. "Wer für das Leben kämpft ..." Prominenter Menschenrechtler ermordet

Prominenter Menschenrechtler in Kolumbien ermordet

Autor: Maria Margarita Daza, Tom Kucharz · Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/40.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:40

22 Jahre lang hat Eduardo Umaña Mendoza, Rechtsanwalt und Professor der Rechtswissenschaft, für die Menschenrechte in Kolumbien gekämpft. Der Kampf für inhaftierte GewerkschafterInnen war sein Schwerpunkt. So hatte er die Gefangenen der Industriearbeiter-Gewerkschaft USO (Unión Sindical Obrera) vertreten, die zu 18 Jahren Gefängnis verurteilt worden sind, obwohl ihnen die "terroristischen Anschläge" auf Erdölraffinerien nicht nachgewiesen werden konnten.

Umaña war es auch, der den bisher größten Prozeß der kolumbianischen Justizgeschichte ins Rollen brachte: Als die Guerillaorganisation M-19 am 6.11.1985 den Justizpalast stürmte, wurden mehr als 200 Menschen von Armee und Polizei umgebracht oder "verschwanden". Noch heute wissen 13 Familien nicht, wohin ihre Angehörigen verschwanden. Umaña vertrat die Angehörigen der Ermordeten, und durch sein mutiges Engagement wurden schließlich die für das Massaker verantwortlichen Militärs ermittelt. Die Regierung mußte zugeben, daß Unschuldige getötet worden waren und daß man versucht hatte, die Morde durch Verschwindenlassen der Leichen zu vertuschen.

Vor wenigen Wochen bereitete sich Umaña gerade auf die juristische Unterstützung von Rodrigo Acosta vor. Acosta, Präsident der Telekommunikationsgewerkschaft Sintrateléfonos, wollte in den Verhandlungsrunden zur Privatisierung des Telekommunikationssektors in Kolumbien verhindern, daß es zu Massenentlassungen kommt. Umaña konnte ihm nicht mehr helfen. Er wurde am 18. April in seiner Wohnung erschossen.

Umaña hatte sich der Angst nicht gebeugt; kontinuierlich kämpfte er für die Rechte der sozialen Bewegungen in Kolumbien. Sein Kampf galt den von staatlichen Sicherheitskräften und Paramilitärs verübten Verbrechen, und konsequent kämpfte Umaña darüberhinaus gegen die von den letzten Regierungen eingeführte Straflosigkeit der politisch Verantwortlichen.

Hernando Hernandez, Präsident der USO, sagt: "Umaña ist von Paramilitärs ermordet worden - er wurde schon seit langem bedroht." Kurz nach der letzten Todesdrohung hatte Umaña ein Dokument verfaßt, in dem er noch einmal scharfe Kritik am Justizsystem Kolumbiens übt. In diesem Papier weist er in einem konkreten Fall nach, daß ein Zeuge der Anklage dreimal unter drei verschiedenen Namen ausgesagt hatte. Seine Kritik richtete sich vor allem gegen die sogenannte "Justiz ohne Gesicht", ein seit 1991 eingeführtes Justizverfahren, bei dem die Angeklagten weder die Richter noch die Zeugen oder die Staatsanwaltschaft sehen können. Die Feinde Umañas waren nicht nur die Arbeitgeber der Gewerkschafter, die er vertrat, sie sitzen auch in den höchsten Reihen der Regierung, die seine Kritik am Staat fürchtete.

50.000 Menschen, darunter viele Familien, deren Angehörige er vertreten hatte, nahmen Abschied von Umañas, dessen Leiche in der Nationaluniversität aufgebahrt war. Die Wände der Universität waren übersät mit Spruchbändern, auf denen die StudentInnen ihren Zorn über die Ermordung Umañas zum Ausdruck brachten. Der fünfstündige Marsch zum Friedhof legte streckenweise den Verkehr lahm; die Polizei griff protestierende Studenten an. In Barrancabemeja streikten die ArbeiterInnen der USO und die Angestellten der staatlichen Telefongesellschaft.

Die gefangenen Gewerkschafter der USO gaben am Tag der Ermordung von Umaña Mendoza ein Kommuniqué heraus, in dem sie darauf hinweisen, daß die Ermordung ihres Anwaltes zugleich ein gezielter politischer Schlag gegen ihre Gewerkschaft ist. Außerdem stellen sie fest, daß es sich ganz offensichtlich um ein staatlich angeordnetes Verbrechen handelt. Zugleich erklären sie, daß sie nicht bereit sind, einen anderen Anwalt als Ersatz für Umaña Mendoza zu akzeptieren. Und sie stellen fest: "Wegen der Aufrichtigkeit und Konsequenz, mit der er das Unrechtssystem in Kolumbien bekämpfte, hat man mehr als einmal versucht, ihn umzubringen. Sicherheitsorgane sowie reaktionäre und paramilitärische Sektoren des kolumbianischen Staates haben heute erfolgreich ihre Aufgabe erledigt."

In Kolumbien werden jährlich über 10.000 Menschen durch paramilitärische Gruppen ermordet. Den "sozialen Säuberungen" fallen Straßenkinder, BäuerInnen, GewerkschafterInnen, aber auch MenschenrechtlerInnen und Oppositionelle zum Opfer. Am selben Wochenende wie Umaña wurden in Bogotá auch María Arango, führendes Mitglied der kommunistischen Partei, und zwei in Menschenrechtsfragen engagierte Journalisten ermordet. Angst breitet sich aus in Bogotá, denn jedeR kann das nächste Opfer sein. Aber der Kampf um Menschenrechte muß weitergehen.

"Al que lucha por la vida, no lo mata ni la muerte" steht auf einem der Transparente an der Nationaluniversität: Wer für das Leben kämpft, den kann der Tod nicht töten.

María Margarita Daza, Tom Kucharz

24. "Wir verlangen Respekt ..." Indígenas über den Kampf gegen Erdölförderung (Interview mit R.A. Cobaria und E.T. Uncaria)

Kolumbianische Indígenas über den Kampf gegen Erdölförderung

Rubrik: Kolumbien · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/35.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:35

Roberto Afanador Cobaria und Ebaristo Tegria Uncaria sind Delegierte der indigenen Gemeinschaft U`VVA. Im folgenden Interview sprechen sie über die Situation der Indígenas in Kolumbien und über ihren politischen Kampf.

Der Kampf der U`VVA gegen Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen richtet sich konkret gegen die Förderung von Erdöl. Warum?

Es hat damit angefangen, daß die staatliche Erdölbehörde ECOPETROL den Erdölfirmen OXY (Occidental Petroleum Company, USA) und SHELL (Royal Dutch) die Suche nach Erdöl in unserem Territorium genehmigte. Laut Verfassung hätte die Regierung dazu unsere Zustimmung benötigt. Doch allen Gesetzen zum Trotz händigte das Umweltministerium in weniger als 15 Tagen den Konzernen die Lizenz aus, im Gebiet "Bloque Samore" nach Erdöl bohren zu dürfen. Daraufhin reichten wir eine Verfassungsklage ein. So kam es zu einem gesetzlichen Konflikt, in dessen Verlauf SHELL von dem Projekt "Bloque Samore" abgesprungen ist, weil die Regierung keinen reibungslosen Ablauf garantieren konnte. Das ist immerhin ein kleiner Erfolg, den wir durch unsere Öffentlichkeitsarbeit erreicht haben.

Im Moment sieht die Lage weniger positiv aus. Das letzte Gerichtsurteil stellte zwar fest, daß die U`VVA-Gemeinden nicht zur Beratung über das Erdölprojekt "Bloque Samore" herangezogen wurden, wie es die Verfassung vorschreibt. Verbessern tut sich dadurch für uns aber gar nichts. Denn angeblich handelt es sich um eine "nationale Notwendigkeit", das Erdöl zu fördern - selbst wenn sich die U`VVA-Gemeinden geschlossen dagegen aussprechen.

Erdölförderung ist für uns eine Verletzung unserer kulturellen Prinzipien. Wir gehen davon aus, daß die Erdölförderung nicht nur unser Territorium zerstört, sondern für den ganzen Planeten gefährlich ist. Außerdem wird damit unsere gesamte Kultur, mit all den uralten Kenntnissen, die wir über Generationen hinweg mündlich überliefert haben, gefährdet. Für uns ist die Erde unsere Mutter - und das Erdöl ist das Blut der Erde. Die Erde und das Erdöl sind für uns heilig, deshalb können wir nicht zulassen, daß sie ausgebeutet werden. Wir wollen uns international bekannt machen; wir wollen, daß man versteht, warum wir jegliche Erdölförderung ablehnen. Deshalb öffnen wir die Pforten zu unserem Land und hoffen, daß die Leute kommen und sehen, wie wir mit den natürlichen Ressourcen umgehen, wie die sozialen Beziehungen bei uns aussehen und wie stark unser Respekt gegenüber der Natur ist.

Weltweit müssen die indigenen Völker um ihr Überleben kämpfen. Wie ist die allgemeine Situation der indigenen Gemeinschaften in Kolumbien?

Die neue Verfassung von 1991 bestätigt zwar den multiethnischen und kulturell vielfältigen Zustand Kolumbiens und schreibt vor, die Autonomie und Kultur der verschiedenen Ethnien zu respektieren. Aber wir befürchten, daß diese Garantien nur auf dem Papier stehen und in der Realität nichts bedeuten. Heute leben gerade noch eine halbe Million Indígenas in Kolumbien in 190 verschiedenen Gemeinden und verstreut auf fast 30 Millionen Hektar. Die VVayuu sind die größte Gemeinschaft. Praktisch vom Aussterben bedroht sind die Vaupes mit nur 54 Leuten, die Chirirua in der Prärie mit 61 Mitgliedern und die Ethnien der Taiwano und Yauna mit jeweils 20 Leuten. Bedrohlich ist vor allem die gesundheitliche Situation in den indigenen Gemeinden. Alle haben mit Unterernährung zu kämpfen. Atem- und Hautbeschwerden, Malaria, Tuberkulose und vor allem Krankheiten, gegen die die indigene Bevölkerung keine Antikörper entwickelt hat, nehmen rasant zu. Aber wenn die indigenen Völker sterben, sterben mit ihnen einzigartige Kulturen. Wir U`VVA wehren uns deshalb gegen den Staat und die multinationalen Konzerne wie OXY, entweder mit den legalen Mitteln der kolumbianischen Verfassung oder nach unseren eigenen Regeln und Gesetzen.

Wie ist das Verhältnis zwischen den indigenen Gemeinschaften und der übrigen Bevölkerung?

In den letzten Jahren haben die Bauern glücklicherweise begonnen, die Rechte und Kulturen der indigenen Bevölkerung anzuerkennen. Im Moment arbeiten wir mit der Landbevölkerung zusammen; wir respektieren einander - denn in letzter Konsequenz haben wir mit ähnlichen Problemen zu kämpfen. So organisieren Bauern und Indígenas zusammen Demonstrationen, Versammlungen und andere Proteste.

Anfang März fanden die Wahlen für den Senat und das Repräsentantenhaus statt. Am 31. Mai stehen die Präsidentschaftswahlen an. Denkt ihr, daß sich durch diese Wahlen irgend etwas ändern wird?

Klar haben wir die Hoffnung, daß die Indígena-Vertreter (1) die Probleme der indigenen Gemeinden ernst nehmen und sich den Kampf ums Überleben der indigenen Völker Kolumbiens auf ihre Fahnen schreiben. Dennoch - auch wenn wir die parlamentarische Politik respektieren, kämpfen wir weiter, denn unsere Erfahrungen haben uns gelehrt, dem Parlamentarismus zu mißtrauen.

In Kolumbien werden aus politischen und ökonomischen Interessen jährlich 10.000 Menschen umgebracht, über 1,5 Millionen gelten als intern Vertriebene. In manchen Regionen werden ganze Dörfer durch Paramilitärs und Armee vernichtet. Wie seht ihr dieser Gefahr entgegen?

Die erste Vorbotin der Gewalt, die uns erreichte, war eine Drohung gegen Roberto Afanador Cobaria. Als Präsidenten des Gemeinderates wollte man ihn zwingen, sein Einverständnis zur Erdölförderung zu geben, indem er ein Papier unterschreiben sollte. Diesen Vorfall haben wir natürlich angezeigt, sowohl bei der internationalen Menschenrechtskommission als auch bei anderen nationalen Institutionen.

Bislang wurde noch niemand aus unserem Territorium vertrieben. Aber deshalb sind wir auch hier in Europa, um Vertreibung und Mord zu verhindern. Wir wollen in Frieden und mit der Natur im Einklang leben, wie bisher. Diesen Respekt verlangen wir aber auch von der weißen Bevölkerung, die auf unserem Land Erdöl fördern will.

Für uns kam Gewalt als Werkzeug nie in Frage, das einzige was wir getan haben, ist, unsere Rechte zu verteidigen. Die Welt in Kolumbien ist völlig durcheinander. Hier respektiert keiner mehr den anderen. Egal ob Pfarrer, Indígena oder Kind - alle die Widerstand leisten, sind in Gefahr.

Interview: María Margarita Daza und Tom Kucharz

Anmerkung:

1) Bei den Parlamentswahlen in Kolumbien am 8. März wurden 102 Senatoren gewählt; drei davon sind Indígenas, von denen wiederum zwei durch die Verfassung garantiert sind (ak).

25. Solidarisch - vereint - demokratisch! Interview mit Léon Cremieux von der französischen Basisgewerkschaft SUD

Autor: ak/FSK · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/06.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:06

Léon Cremieux ist einer von drei Generalsekretären der Basisgewerkschaft SUD Aèrienne; SUD steht für Solidaires - Unitaires - Démocratiques (solidarisch, vereint, demokratisch). Wir führten das Gespräch gemeinsam mit Forum Radio des FSK (Freies Senderkombinat) anläßlich des Besuchs von Léon Cremieux am 1. April in Hamburg, wo er auf einer Konferenz der ÖTV zur Situation in Frankreich sprach. Teile des Interviews wurden vom FSK am 14. April gesendet. FSK ist in Hamburg auf 93.0 mhz täglich außer sonntags zu empfangen.

ak: Léon, du bist Aktivist bei SUD. Wie kam es zur Gründung dieser Gewerkschaft?

Léon Cremieux: Eigentlich gibt es nicht die SUD, sondern verschiedene SUD-Gewerkschaften, die sich aus den Kämpfen der 80er Jahre herausgebildet haben und die als eigenständige Gewerkschaften zusammenarbeiten. Alle SUD-Gewerkschaften haben aber einen gemeinsamen Bezugspunkt: Sie haben innerhalb der zweitgrößten französischen Gewerkschaft, der CFDT, die Opposition gebildet. Die SUD-Gründungen gehen im Prinzip von SUD-PTT aus, das war die SUD innerhalb des Telekommunikationsbereiches. Die Gemeinsamkeit liegt für uns ursprünglich darin, daß wir als Opposition aus der CFDT ausgeschlossen wurden. Es ist also nicht so sehr eine freiwillige Bewegung gewesen, die versuchte, sich von der CFDT weg zu bewegen, sondern vielmehr eine Reaktion auf die Ausschlüsse oppositioneller Gewerkschafter durch die CFDT-Zentrale. So ist die Gewerkschaft, aus der ich komme, Anfang der 80er aus den Kämpfen gegen die Finanzpolitik der damaligen Linksregierung hervorgegangen. Ähnliches gab es dann auch in anderen Bereichen der Produktion und Reproduktion wie z.B. in der der Telekommunikation oder im Gesundheitsbereich. Die erste Welle dieser Gewerkschaftsgründungen hat Mitte der achtziger Jahre stattgefunden.

Damals hatten wir in Frankreich eine sozialistische Regierung, und viele der damals aktiven Gewerkschafter weigerten sich, gegenüber dieser Regierung eine kämpferische Haltung einzunehmen. Und die meisten Gewerkschaften bis hin zur CFDT und zu Teilen der CGT sind nicht mehr so stark mit ihren Forderungen aufgetreten.

Wenn ihr nicht freiwillig aus den Gewerkschaften herausgegangen seid - gab es dann von euch Bestrebungen, wieder in die alten Gewerkschaften zurückzukommen, ähnlich den Versuchen und Forderungen in der Bundesrepublik, die Gewerkschaftsausschlüsse wieder aufzuheben?

Nein, diesen Versuch gab es nicht, und dafür sind zwei Gründe ausschlaggebend: Zum einen sind wir uns klar geworden, daß SUD eine bestimmte politische Rolle im gewerkschaftlichen Spektrum in Frankreich spielt, die durch einen Wiedereintritt in die alten Gewerkschaften verschwinden würde. Hinzu kommt, daß wir mit unserer Politik eine Besonderheit vertreten. Wir versuchen immer auf allen Ebenen, von auf der untersten gewerkschaftlichen Ebene bis hin zur Spitze, zu einer gewerkschaftlichen Einheit zu kommen, ohne dabei unsere Forderungen und unsere Position aufzugeben.

Nach der ersten Welle Mitte der achtziger Jahre ist der zweite Anlaß, wo sich Basisgewerkschaften gegründet haben, die Auseinandersetzung 1995, in der sich die CFDT zunehmend nach rechts entwickelte und woraus sich fast zwangsläufig neue, unabhängige Gewerkschaftsgründungen ergaben.

Bei den letzten großen Arbeitskämpfen 1995 entstand bei uns der Eindruck, daß bei der CGT und bei Teilen der Force ouvrière (FO) eine Radikalisierung in ihrem Auftreten festzustellen wäre. Wie arbeitet ihr mit diesen Kräften zusammen?

Für die Force ouvrière kann man diese Radikalisierung verneinen. Die FO hat zwar radikale Worte gepredigt, aber auf der organisatorischen Ebene hatte das keine Auswirkungen. Zum größten Teil kann man für die FO festhalten, daß sie am nächsten an den Chefs dran sind und auch mit ihnen zusammen arbeiten. Auch wenn

es heute bei der FO kleinere Abspaltungen insbesondere in der Pariser Region gibt, ist es doch so, daß die Leute, die da wegbrechen, sich eher der PS anzunähern versuchen.

Innerhalb der CGT gab es sehr wohl Radikalisierungen, zu denen wir auch entsprechende Beziehungen aufgebaut haben und Kontakte pflegen. Auch wenn es bei der CGT eine gewisse Radikalisierung gibt, gibt es doch keine globale Vision, die auf eine stärkere Einheit oder auf einen gemeinsamen Kampf ausgerichtet ist, was es auch SUD nicht erlaubt, in die CGT einzutreten. Und was darüber hinaus unsere Beziehungen zu den anderen sozialen Bewegungen angeht, wie z.B. mit den sans papiers oder auch der Obdachlosenbewegung, ist es ganz eindeutig so, daß wir eine ganz andere Praxis haben als die anderen Gewerkschaften.

Aber um durchsetzungsfähig zu sein, müßt ihr doch mit den anderen Gewerkschaften zusammenarbeiten. Die SUD-Gewerkschaften haben ihren Schwerpunkt im öffentlichen Sektor. Im privaten Sektor ist SUD von ihrer Geschichte her ja kaum vertreten.

Das ist wohl wahr. Bis vor kurzem war die Situation so, daß die SUD-Gewerkschaften hauptsächlich im Öffentlichen Dienst, dort vor allem im Gesundheitsbereich, beim Transportwesen und bei der Telekommunikation vertreten waren. Aber seit etwa einem Jahr gibt es im privatwirtschaftlichen Sektor Veränderungen, wo sich ähnliche Gewerkschaften gründen, vor allem im Bereich der Banken und in der Metallindustrie.

Wie erklärst du diese zeitlichen Verzögerungen bei der Gründung von Basisgewerkschaften im nichtöffentlichen Sektor?

Da müßte ich jetzt sehr weit ausholen, aber im Grundsatz ist es so, daß sich, wie schon gesagt, die ersten SUD-Gewerkschaften gründeten, weil aus der CFDT ausgeschlossen wurde. Die Schaffung der neuen Gewerkschaften 1995 basiert wiederum auf den großen Streikwellen, die es im öffentlichen Sektor gegeben hat. Aber auch innerhalb der CFDT gibt es noch heute so etwas, was man die Linke innerhalb der CFDT nennen könnte; es gibt große Sektoren der CFDT, die eine ähnliche Orientierung wie SUD haben, aber immer noch in der CFDT sind und agieren. Nach der großen Auseinandersetzung von 1995 hat es bei den Linken innerhalb der CFDT eine große Debatte gegeben, wie denn nun weiter agiert werden soll. Ein großer Teil will in der CFDT bleiben und den Kampf dort weiter führen. Aber kleinere Gruppen wollen die weitere Entwicklung nicht mehr abwarten und den Bruch mit der CFDT herbeiführen und neue Gewerkschaften gründen. Auch die Führung dieser linken Strömung innerhalb der CFDT stellt sich die Frage, obwohl sie weiterhin in der CFDT bleibt, wie es denn weiter geht, insbesondere mit Blick auf den Gewerkschaftskongreß im nächsten Jahr. Wenn es dort nicht gelingt, die Position der Linken so zu etablieren, daß sie damit leben können - und sie repräsentieren immerhin in etwa 30% der CFDT - dann stellt sich für sie die Frage nach einem Austritt aus der CFDT.

Insgesamt scheint es so zu sein, daß die Gewerkschaften, die im traditionellen Sektor tätig sind, kontinuierlich Mitglieder verlieren, während neue Gewerkschaften im Dienstleistungssektor, wie die SUD, Mitglieder gewinnen. Kann es sein, daß die traditionellen Gewerkschaften wie CGT und CFDT gerade durch den strukturellen Wandel geschwächt werden?

Das ist schwer einzuschätzen. Die CGT macht einen krisenhaften Prozeß durch, denn die CGT hat ihre stärkste Verankerung in den Sektoren gehabt, die auch den stärksten Veränderungen unterworfen sind, also z.B. im Automobilsektor oder in der Metallindustrie. Das ist die objektive Entwicklung, der sich die CGT gegenübersieht. Auf der anderen Seite ist es so, daß die CGT oft genug nach außen hin große politische Erklärungen abgab, aber nach innen hin im Prinzip durch fehlende Demokratie, aber auch durch fehlende Einheitsorientierung wenig attraktiv ist für neue Mitglieder. Und diese widersprüchliche Entwicklung ist eben vor allem auch an den Kadern der Gewerkschaften festzumachen, die im wesentlichen aus der PCF stammen und denen genau diese kämpferische und auf Einheit zielende Haltung fehlte. Und das ist dann wieder der Unterschied zu SUD. Natürlich ist es richtig, daß es so etwas wie einen objektiven Prozeß der Entstehung neuer Industrien und neuer Arbeitsbereiche gibt, andererseits aber läßt SUD viel mehr Autonomie und Entwicklung von unten zu.

Wie stellt sich die Autonomie konkret dar? Wie "lebt" ihr diese Autonomie?

Damit kommen wir wieder zum Anfang zurück, wo ich sagte, daß jede Gewerkschaft eigenständig entstanden ist und eigenständig ihre Geschicke bestimmt. Es gibt keine pyramidale Struktur mit einer SUD-Zentrale, von der aus die Politik oder Vorgaben gemacht werden. Und das läßt natürlich viel Platz für mögliche Bewegungen.

Wie kommen bei euch dann einheitliche Forderungen zustande? Wie interveniert ihr konkret?

Dazu gibt es zum einen so etwas wie eine radikale linke Kultur unter uns, die ist praktisch in allen SUD-Gewerkschaften gleich; es gibt eine antikapitalistische, kämpferische radikale Kultur, die in unseren Gewerkschaften verbreitet ist. Andererseits haben wir eine Vernetzungsstruktur, die wir die Gruppe der Zehn nennen. In dieser Gruppe der Zehn sind neben den SUD-Gewerkschaften auch andere unabhängige Gewerkschaften, die nicht unbedingt SUD-Orientierung vertreten, und darüber läuft die Koordination. Im Sparkassen-, Steuer-, Finanz- und Bankenbereich gibt es schon eine viel ältere Struktur von unabhängigen Gewerkschaften, die historisch gesehen auf Spaltungsprozessen innerhalb der CGT basieren. Mit diesen Gewerkschaften arbeiten wir eng zusammen und versuchen eine über diese Berufszweige hinausgehende Zusammenarbeit zu erwirken, ohne dabei so etwas wie einen offiziellen SUD-Verband aufzubauen.

Wie kommt es zu der sehr starken Orientierung auf die außerbetrieblichen Bewegungen wie die Erwerbsloseninitiative AC oder die sans papiers? Wie diskutiert ihr da euer Vorgehen und wie kam es überhaupt zu dieser Schwerpunktsetzung?

Das ist sehr unterschiedlich. An der Bildung von AC waren unsere Leute aus SUD, aber auch die anderen Gewerkschaften aus der Gruppe der Zehn selbst beteiligt. Ich sitze für meine Gewerkschaft in der Gruppe der Zehn, wo wir versuchen, unsere Politik zu koordinieren. Neben unseren gewerkschaftlichen Forderungen, die wir auf diesen Treffen besprechen, diskutieren wir natürlich auch z.B. den Euromarsch oder Forderungen von AC und von den sans papiers.

Darüber hinaus informieren wir uns immer gegenseitig über anstehende Aktionen und Interventionen und verbreiten das dann in unseren jeweiligen Gewerkschaften. Jede Gewerkschaft, aber auch jede Person entscheidet dann wieder für sich, wie sie damit umgehen will. Damit behalten wir weiterhin unsere Autonomie.

Die beschriebenen Kontakte zu den sozialen Bewegungen entstehen praktisch aus unseren eigenen Besorgnissen und unseren eigenen politischen Überlegungen heraus, und diese Verankerung unterscheidet sich auf jeden Fall sehr stark von den traditionellen Gewerkschaften.

Wie geht ihr mit innergewerkschaftlichen Problemen um? Ihr habt ja keine Ausschlußverfahren oder ähnliche Druckmittel. Wir haben vor zwei Jahren in ak ein Gespräch mit einem SUD-Genossen geführt, der von einem Konflikt mit einem Mitglied des Front National (FN) innerhalb von SUD berichtete. Wie geht ihr mit solchen Konflikten um?

Wir haben nächsten Monat einen Kongreß unserer Gewerkschaft, wo es um eine Resolution gehen wird, die dieses Problem behandelt. In dieser Resolution wird klar ausgedrückt, daß es ein vollkommener Widerspruch ist, Mitglied von SUD zu sein und faschistische oder rassistische Positionen, also Positionen des FN, zu vertreten. Das ist unsere Aktionsbasis.

Aber wie löst ihr ein solches Problem konkret, oder stellt es sich gar nicht?

Es ist real eigentlich kein Problem, denn unsere Positionen sind so klar, daß sich ein Vertreter des FN nicht eben so mal einschmuggeln kann. Aber es ist natürlich genau unser Bestreben, die Leute, die den FN wählen, wenn sie nicht offensichtlich Funktionäre sind, gerade zu uns zu bewegen, indem wir versuchen, sie vom pseudoantikapitalistischen Kurs, den der FN teilweise einschlägt, abzubringen und ganz klar unsere eigenen Positionen in den Vordergrund zu stellen und mit ihnen zu diskutieren.

Natürlich kann ich nicht völlig garantieren, daß es überhaupt keinen Gewerkschafter in SUD gäbe, der FN wählt. Aber was nicht stattfindet, sind offene Aktionen innerhalb von SUD und getragen von SUD, die in irgendeiner Art und Weise mit Positionen des FN zusammen gehen können. Das ist ein absoluter Widerspruch, der auch so von außen wahrgenommen wird.

Nochmal zurück zur Frage der Vernetzung. Wie gestalten sich eure internationalen Kontakte?

Das ist ein wirkliches Problem für SUD, daß es im Prinzip keine strukturierte internationale Zusammenarbeit gibt. Über die Koordination in Frankreich, über die Gruppe der Zehn hinaus, versuchen wir international mit einzelnen Gewerkschaften zu kooperieren, die wir kennen. Ein großer Versuch war der Euromarsch; daher kommen die meisten Kontakte, die wir auch weiter pflegen. Darüber hinaus haben wir in Italien Kontakte zu den SIN-COBAS, in Spanien haben wir im Rahmen des Euromarschs mit der CGT und den Comisiones Obreras zusammen gearbeitet. Im Norden, z.B. in Skandinavien und in Deutschland, sieht das viel schlechter aus, weil wir da immer diese Einheitsstruktur der Gewerkschaften vorfinden, wo immer sehr schwer anzuknüpfen ist. Auch in Großbritannien stellt sich ein ähnliches Problem.

Wo werden in nächster Zeit die Schwerpunkte eurer Arbeit liegen?

Das wirklich entscheidende Problem, das sich uns stellt, ist das der Erwerbslosigkeit und damit einhergehend die Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung. Wir müssen uns mit dem neuen Gesetz der Regierung - der Einführung der 35-Stunden-Woche - auseinandersetzen. Die Regierung zieht sich auf den Standpunkt zurück, daß sie mit der Verabschiedung des Gesetzes die Weichen gestellt habe. In der Praxis stellt sich das Problem, daß in vielen industriellen Bereichen die Unternehmen von der Arbeitszeitverkürzung profitieren, indem sie weiter flexibilisieren und dadurch weitere Arbeitsplätze abbauen.

Stellt ihr Forderungen nach radikalerer Arbeitszeitverkürzung auf? Nach einer 30-Stunden Woche oder, wie André Gorz, nach einer 20-Stunden-Woche?

Der größte Teil der französischen Gewerkschaften fordert seit einigen Jahren die Einführung der 32-Stunden-Woche; das ist auch unsere Position, weil wir davon ausgehen, daß uns die 32-Stunden-Woche einen strategischen Umgang mit der Arbeitszeitverkürzung ermöglicht. Mit der 32-Stunden-Woche könnte viel leichter eine 4-Tage-Woche umgesetzt werden.

Welche Pläne gibt es bezüglich der Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen? Habt ihr da schon konkrete Vereinbarungen getroffen?

Für uns ist in der Zusammenarbeit mit AC und natürlich auch mit den anderen Bewegungen wichtig, wie ein garantiertes Mindesteinkommen aussehen müßte. Dabei dreht es sich für uns darum, daß wir als Gewerkschafter dafür eintreten, über die Arbeitszeitverkürzung so etwas wie Arbeit für alle zu erreichen. In dem Sinne, daß es die Möglichkeit gibt, arbeiten zu können. Gleichzeitig ist uns bewußt, daß das Modell der Vollbeschäftigung relativ unrealistisch ist. Auf der Ebene diskutieren wir die Frage des garantierten Mindesteinkommens. Wir unterscheiden uns dabei deutlich von den vorherrschenden Modellen, die von Einkommen ausgehen, die zum Leben nicht ausreichen. Wenn in der Frage des Mindesteinkommens nicht radikal andere Wege gegangen werden, haben alle Maßnahmen, die die Linksregierung ergreift, keinen Sinn. Erst wenn es diesen Bruch gibt, kann man weitersehen.

Léon, wir danken dir für dieses Gespräch und wünschen dir und euch viel Erfolg bei der weiteren Arbeit.

26. Flügelschlagen in der Linkskoalition. Repressive Innenpolitik und Öffnung des PCF nach links

Frankreich: Repressive Innenpolitik und Öffnung des PCF nach links

Autor: Bernhard Schmid · Rubrik: Frankreich · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/37.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:37

"Risse in der ‚pluralen Linken`" - die Schlagzeile von Le Monde (8.4.) bringt den Zustand der rosa-rot-grünen Regierungskoalition auf den Punkt. Streit entzündete sich vor allem an den repressiven Bestrebungen von Innenminister Jean-Pierre Chevènement, namentlich im Bereich der Immigrationspolitik, die bei den Grünen und in Teilen des PCF (Parti communiste français) auf herbe Kritik stießen. Weitere Dissenspunkte kamen hinzu. Hintergrund des Flügelschlagens im Regierungsbündnis ist die innenpolitische Krisensituation, die strategische Weichenstellungen herausfordert: In der bürgerlichen Rechten, jedenfalls in ihrer nicht-gaullistischen Komponente, zeichnet sich eine Spaltung ab; erstmals scheint es möglich, daß der neofaschistische Front National (FN) Regierungsfähigkeit erlangt.

In dieser Situation neigt eine bedeutende Fraktion der Sozialdemokratie dazu, sich dem vermeintlich "verwaisten" politischen Zentrum als Partner anzubieten, um den republikanischen Status quo zu garantieren. Das Kürzel der französischen Sozialisten - PS - dechiffrierte Premierminister Jospin anläßlich der Turbulenzen im bürgerlichen Lager bereits öffentlich als pôle de stabilité ("Stabilitätspol") Diese Strategie - sollte sie sich in der regierenden Linken durchsetzen - birgt ein großes Risiko: Der FN würde - in Konfrontation mit den Bewahrern der aktuellen Verhältnisse - als einziger Träger sozialer Unzufriedenheit und des Wunsches nach Veränderung erscheinen. Der kleine linksliberale Koalitionspartner PRG ("Radikale Partei der Linken") hat bereits formelle Kontakte zu den "Radikalen der Rechten", dem anderen Abkömmling des historischen kleinbürgerlichen Liberalismus, aufgenommen, welche im Falle eines Auseinanderbrechens des Parteienbündnisses UDF politisch "heimatlos" würden.

Die Sozialdemokratie leugnet freilich jede Ambition, zum politischen "Zentrum" zu wandern - vermutlich, um die Früchte einer solchen Strategie nicht mit anderen Kräften aus der ehemaligen UDF teilen zu müssen, welche die Sozialisten anderenfalls beim Wort nehmen und ihnen formelle Allianzen vorschlagen könnten. Die kleineren Koalitionspartner PCF und Grüne sehen sich dadurch potentiell an den Rand gedrängt, zumal namentlich der PCF sich seinerseits aufgrund des Anwachsens des linksradikalen Stimmpotentials (siehe ak 413) aus der anderen Richtung unter Druck gesetzt sieht.

Chevènement sieht rot

Insbesondere Innenminister Jean-Pierre Chevènement steht für das Bemühen, durch einen zunehmend repressiven Kurs in der Immigrationspolitik und der "inneren Sicherheit" Teilen der konservativen Rechten einen "republikanischen Konsens" anzubieten. Der Karikaturist der Tageszeitung Libération zeichnete den "linken" Innenminister jüngst als Süchtigen beim Schnüffeln von Kokain - die Droge trägt dabei die Aufschrift "Sicherheit".

Die jüngsten Äußerungen Chevènements über Protestierende, die sich Abschiebungen widersetzen, haben in Teilen der progressiven Öffentlichkeit Empörung hervorgerufen. Der Linksnationalist Chevènement, Chef der patriotischen Kleinpartei MDC ("Bewegung der Citoyens") - einer Maastricht-feindlichen Abspaltung von der Sozialdemokratie - hatte erklärt, die in den letzten Wochen aufflammenden Proteste gegen Abschiebungen seien auf "die Intervention kleiner Gruppen der extremen Linken zurückzuführen, welche übrigens von ausländischen Formationen instrumentalisiert werden". Le Monde schreibt dazu in einem Leitartikel: "Wenn man nicht das Schreckgespenst der ‚Partei des Auslands` bemühen will: Warum um alles in der Welt sollte man einer politischen Organisation vorwerfen, auf einer internationalen Ebene zu agieren, und das im Europa von 1998."

Chevènement hatte den Protestierenden ferner vorgeworfen, "dem Front National den Boden zu bereiten". Bezüglich der ausländischen (meist afrikanischen) Passagiere, die sich am Pariser Flughafen Roissy mit den Protesten gegen Abschiebungen solidarisiert und diese teilweise verhindert hatten, erklärte der Innenminister, es sei zu erwägen, sie ins Schengen-Informationssystem einzuschreiben und ihnen die Einreise in die Mitgliedstaaten zu verweigern.

Das erpresserische Argument "Ihr dürft die Linksregierung nicht kritisieren, sonst bekommt ihr den Front National" hatte vor Chevènement bereits ein anderer Minister im Munde geführt: Claude Allègre vom Bildungsressort hatte Anfang April streikenden Lehrern im Département Seine-Saint-Denis vorgeworfen, sie würden "dem FN das Bett bereiten". Dieses Département in der nördlichen Pariser Banlieue-Zone leidet besonders stark unter Verarmung, Gettoisierung von Immigranten, Gewalttätigkeit. Gleichzeitig ist sein Schulwesen gegenüber dem benachbarter Départements, die mit deutlich weniger Problemen konfrontiert sind, klar finanziell benachteiligt. Die Lehrerschaft von Seine-Saint-Denis kämpft daher bereits seit Ende März mit Streiks und Demonstrationen (bisher acht größere Demos in Paris) für mehr Mittel im Bildungswesen. Die Behauptung, diese würde dem FN den Weg bereiten, zeugt von einigem demagogischen Talent. Denn die extreme Rechte gedeiht gerade in diesem Département - wo sie deutlich überdurchschnittliche Wahlergebnisse einfährt (die Stichwahlen finden hier meist zwischen dem PCF und dem Front National statt) - auf dem Boden der sozialen Perspektivlosigkeit und der Segregation von Bevölkerungsgruppen; dem könnte die Schule zumindest ein bißchen entgegenwirken.

Breite Proteste gegen Abschiebungen

Während sich die "Legalisierungs"operation, die am 24. Juni 1997 - kurz nach deren Wahlsieg - durch die Linksregierung ausgerufen wurde, ihrem Ende zuneigt, nehmen die Abschiebungen einen neuen Aufschwung. Nachdem die Regierung ihre Bereitschaft zur "Legalisierung" von Immigranten ohne Aufenthaltserlaubnis - sofern sie bestimmte Kriterien erfüllen - bekundet hatte, hatten rund 150.000 Personen einen entsprechenden Antrag gestellt. Nach dem Stand von Ende März 1998 sind rund 41.500 Anträge positiv entschieden und 39.500 definitiv abgelehnt worden. Grundsätzlich soll die Operation bis zum 30. April abgeschlossen sein, wobei einige Präfekturen in Départements mit besonders hohem Immigrantenanteil 14 Tage länger Zeit eingeräumt bekamen. Die Erfolgsaussichten der erst am Ende der Bearbeitungszeit zu entscheidenden "schwierigen Fälle" sind pessimistisch zu bewerten. Seit Ende März ist die Maschinerie der Abschiebungen, per Linienflug und (Richtung Algerien) per Schiff, in Schwung gekommen.

Unterdessen sind - nach der 1996 berühmt gewordenen Kirche Saint Bernard - erneut fünf Kirchengebäude mit Einwilligung der Gemeinden von "illegalen" Immigranten besetzt, deren Anträge auf "Legalisierung" abgelehnt wurden. In der zweiten Aprilwoche entlud sich ein Donnerwetter von Innenminister Chevènement über dem Bischof von Bobigny (bei Paris), Olivier de Béranger, der in der Kirche Saint-André Besetzer duldet - O-Ton Chevènement (ironisch): "Wenn es eines Tages in Frankreich eine Regierung gibt, in der die extreme Rechte die Vorherrschaft ausübt, dann wird der Bischof von Bobigny darüber beim Jüngsten Gericht Rechenschaft abzulegen haben."

Chevènements Tiraden haben auch in der Linkskoalition zu Verstimmungen geführt. Transportminister Jean-Claude Gayssot (PCF) nahm am Kabinettstisch erkennbar Distanz, und die grüne Umweltministerin Dominique Voynet rügte öffentlich die "unglücklichen Äußerungen". Chevènement verlangte deswegen über seinen Kabinettsdirektor eine Entschuldigung - vergeblich. Jospin stellte sich demonstrativ hinter seinen Mann für Inneres (und fürs Grobe) und gegen jene, "welche die Arbeit der Regierung schlecht machen"; nicht einmal "ein Zigarettenpapier" lasse sich zwischen ihn und seinen Innenminister schieben. Fünf von sechs grünen Abgeordneten stimmten am 10. April gegen das Chevènement-Gesetz zur Einwanderung, das in den Vorwochen noch gehörig verschärft worden war - nunmehr ermöglicht es u.a. die strafrechtliche Verfolgung von Vereinigungen und Initiativen, die Ausländer beim "illegalen" Aufenthalt unterstützen.

Auch ein PCF-Abgeordneter, der "Reformkommunist" Patrick Braouezec, stimmte gegen den Text, der Rest seiner 36köpfigen Fraktion enthielt sich. Braouezec und weitere prominente Vertreter von PCF und Grünen, linke Gewerkschafter (der CGT und der Basisgewerkschaft SUD) sowie Alain Krivine (LCR) waren dabei, als am 6. April rund 200 Personen am Pariser Flughafen Roissy demonstrierten, um Abschiebungen zu verhindern, die tatsächlich aufgeschoben wurden. 133 Kinomacher, die bereits vor einem Jahr die Petition gegen das Ausländergesetz des rechten Scharfmachers und vorigen Inneministers Debré lanciert hatten, publizierten am 8. April in Le Monde einen Aufruf gegen die "repressive Versessenheit" Chevènements. Die Wochenzeitung Le Canard enchaîné (8.4.) läßt diesen in einer satirischen Szene sagen: "Ich nähere mich an meine Vorgänger an der Place Beauveau (dem Sitz des Innenministeriums; Anm. B.S.) an, (....) Pasqua, Debré.... Ich lerne die primitiven Reflexe, die Grundlagen des Berufes, kennen. ‚Die Splittergruppen sind schuld, die Ausländer, und besonders die ausländischen Splittergruppen.`"

Der PCF umwirbt die radikale Linke

Der PCF hat unterdessen eine Taktik der "Öffnung nach links" eingeleitet und dem zunehmend aktiven Spektrum von sozialen Bewegungen, Initiativen - etwa der Erwerbslosen - und trotzkistischen Formationen symbolisch die Hand gereicht. PCF-Sekretär Robert Hue forderte anläßlich einer Tagung des "nationalen Komitees" (des ehemaligen Zentralkomitees) des PCF am 3. April dazu auf, "die Linke der Linken" um einen "anti-liberalen, anti-kapitalistischen Inhalt herum" zu bündeln. Es sei notwendig, "die ‚plurale Linke`" - so lautet der offizielle Titel der rosa-rot-grünen Regierungskoalition - "zu verbreitern und jene zu sammeln, die sich entweder in die Wahlenthaltung geflüchtet haben oder in die Stimmabgabe für die extrême gauche (radikale Linke)." Dafür hat Robert Hue eine für den PCF - der jede politische Wendung oder Taktik sofort in eine Theorie gießen muß - typische Wortschöpfung kreiert, die dynamique majoritaire de changement ("mehrheitsfähige Dynamik der Veränderung").

Der PCF müsse ferner, fuhr Hue fort, "über eine Liste (zu den Europaparlamentswahlen 1999; Anm. B.S.) nachdenken, welche jene sammelt, die eine progressive Umorientierung des Europaprojekts wünschen, einschließlich der gewerkschaftlichen, Initiativen- und politischen Kräfte sowie in der Zivilgesellschaft" - unter der Bedingung, daß sie nicht rein anti-europäisch dächten. Vor Journalisten wurde Robert Hue im Anschluß konkreter und nannte Namen potentieller Bündnispartner: "Mit den Arbeitslosenbewegungen oder DAL ("Recht auf Wohnraum") kann man sich verständigen, auch mit der (trotzkistischen) Ligue Communiste Révolutionnaire kann man zusammenarbeiten. Selbst mit den Anarchisten ist dies möglich. Aber Lutte Ouvrière (die traditionalistisch-arbeitertümelnde Gruppe ‚Arbeiterkampf`; Anm. B.S.) ist eine Sekte, mit diesen Leuten ist kein Dialog möglich."

Bei den Adressaten allerdings zeigt man sich bisher zurückhaltend, haben doch frühere Erfahrungen mit einem übermächtigen und unbeweglichen PCF-Apparat ein tiefes Mißtrauen hinterlassen - auch wenn der PCF seine realsozialistische Attitüde, jede innerlinke Konkurrenz seinem Alleinführungsanspruch unterzuordnen, seit 1994 zu erheblichen Teilen abgelegt hat. Die "Refondateurs", die reformkommunistischen "Neugründer" um Roger Martelli und Guy Hermier, können fürs erste zufrieden sein. Sie erstreben seit Jahren eine Überwindung der überkommenen Parteiform und eine "Öffnung zur Gesellschaft"; dazu gehören für sie eine Koalition mit der Sozialdemokratie, eine Allianz mit den neuen sozialen Bewegungen und die Übernahme von Impulsen außerparlamentarischer Initiativen.

Auch die Sozialdemokratie sieht die Öffnungsbemühungen des PCF nach links nicht unbedingt negativ, da man sich der Notwendigkeit bewußt ist, in diese Richtung hin integrationsfähig zu bleiben. Solange die Regierungsbeteiligung des PCF nicht in Frage gestellt wird, duldet man sein "Abschweifen" bereitwillig, denn - so zitiert Libération ein Führungsmitglied des PS - "der PCF muß seinen Wählern schließlich zeigen, daß er existiert."

Unterdessen hat die Regierung Jospin in mehreren Fällen Gesetzentwürfe nur mit Hilfe von Abgeordneten der bürgerlichen Parteien RPR und UDF durchgebracht, während der PCF und die Linksnationalisten um Chevènement dagegen stimmten. Schließlich stimmten PCF und Linksnationalisten, aber auch vier sozialistische Abgeordnete und ein Senator von der linken Fraktion "Gauche Socialiste" am 22. April gegen die Einführung des Euro. Die "Dissidenten" des Parti Socialiste erhielten dafür eine Verwarnung ihrer Fraktion wegen "Disziplinlosigkeit". Für den Euro stimmte die überwiegende Mehrheit der Liberal-Konservativen (UDF), während die meisten Neogaullisten des RPR nicht an der Abstimmung teilnahmen.

Die Linkskoalition übt sich offenkundig in einem ziemlich breiten Spagat. Man wird sehen, wie lange das gutgeht.

Bernhard Schmid, Paris

27. Vergewaltigung in Polizeihaft. Hilfsprojekt in der Türkei legt Zwischenbericht vor

Rubrik: Türkei · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/30.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:30

Im Frühsommer letzten Jahres wurde in der Türkei ein Projekt zur Unterstützung von Frauen, die von staatlichen Sicherheitskräften vergewaltigt oder auf andere Weise sexuell mißhandelt wurden, gegründet (siehe ak 404 - Juli 1997). Den Betroffenen wird unentgeltliche rechtliche Hilfe gewährt, unter Ausschöpfung aller innerstaatlichen sowie innereuropäischen Rechtsmittel. Außerdem arbeitet das Projekt mit medizinisch-psychologischen Einrichtungen zusammen. Inzwischen liegt ein erster Bericht über Erfahrungen, aufgetretene Schwierigkeiten und Lösungsstrategien vor.

In der Presse, bis hin zu islamischen Kreisen, fand das Projekt großen Anklang. Immer wieder wird das Tabuthema sexuelle Folter seitdem auch in der Öffentlichkeit thematisiert.

Das Projekt vertritt 48 Frauen, hat jedoch Kenntnis von weitaus mehr Fällen. Dort, wo die Betroffene der Anzeigeerhebung zugestimmt hat, erstatten die Anwältinnen diese sowohl aufgrund des im türkischen Strafgesetzbuch verankerten Tatbestands der Folter, als auch in Anlehnung an das Sexualstrafrecht. Hier besteht allerdings das Problem, daß Vergewaltigung vom Gesetz als "Eindringen des Penis in die Scheide" definiert wird und somit Fälle der Vergewaltigung mit Gegenständen und anale Vergewaltigung nicht erfaßt werden. Diese fallen unter den Artikel "Belästigung" und stehen so auf einer Stufe mit "verbaler Belästigung". Außerdem ist die Verfolgung dieser Tat an eine sechsmonatige Strafantragspflicht gebunden, die in der Realität selten eingehalten werden kann. Deswegen stellte das Projekt Forderungen zur entsprechenden Änderung der Gesetzestexte auf, die bei der geplanten Reform des Strafgesetzbuches berücksichtigt werden sollten. Diese Forderungen wurden dem Justizministerium und der Presse vorgelegt.

Psychische Folgen sexueller Folter

In den Anzeigen wird immer auch ein Antrag auf die Untersuchung der psychischen Folgen der Tat durch spezialisierte Medizinerinnen gestellt, da dies meist der einzige Weg zu einer Beweisführung ist. Für Frauen, die nicht in Haft sind, ist es möglich, Atteste über ihren Zustand - z.B. durch das Folter-Rehabilitationszentrum - zu erhalten und sie der Anzeige beizufügen. Die Gerichte erkennen zwar nur gerichtsmedizinische Gutachten als Beweismittel an, haben aber schon in drei Fällen aufgrund solcher Atteste eine neue gerichtsmedizinische Untersuchung beschlossen. Für Frauen in den Gefängnissen gibt es diese Möglichkeit nicht. Bis jetzt ist keinem Antrag auf Behandlung und Erstellung eines Attestes für diese Frauen stattgegeben worden. Das Projekt hat sich vorgenommen, jede Verweigerung einer Behandlung zu einem gesonderten Verfahrensgegenstand zu machen, da dies einen Verstoß gegen die Europäische Konvention der Menschenrechte darstellt.

Da die Behandlung und psychische Begutachtung von sexuell Gefolterten nicht als eigenständiges Arbeitsgebiet entwickelt ist, sind Spezialistinnen der Medizin und Psychologie auf diesem Gebiet selten. Für diesen Monat ist daher ein länder- und disziplinübergreifendes Seminar mit Rechtsanwältinnen und Spezialistinnen der Medizin auf diesem Gebiet geplant. Ziel ist es, das Interesse für diesen Bereich anzuspornen, wissenschaftliche Methoden auf diesem Gebiet zu entwickeln, einen Austausch von Erfahrungen zu ermöglichen und die gegenseitige Unterstützung zu fördern. Das Projekt zur Unterstützung der sexuell mißhandelten Frauen arbeitet insbesondere mit Folter-Rehabilitationszentren, dem Sozialpsychologischen Traumazentrum der medizinischen Fakultät Capa und den Ärztekammern in Istanbul und Diyarbakir zusammen. Gespräche mit Gerichtsmedizinern erwiesen sich als fruchtlos. Die Ergebnisse des Seminars sollen auf einer gemeinsamen Pressekonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt werden.

Unterstützung kurdischer Frauen

Das Projekt hat mit mehreren Anwältinnen in der Türkei Kontakt aufgenommen, um das Vorgehen in Verfahren um sexuelle Folter zu vereinheitlichen und um Informationen auszutauschen. In den kurdischen Gebieten sind die dort tätigen Rechtsanwältinnen einer besonderen Repression ausgesetzt, so daß sie es zum Großteil vorziehen, bekannt gewordene Vorfälle an das Projekt weiterzuleiten. Eine Anwältin des Projekts hat die Verfahren in mehren Fällen übernommen, wo kurdische Frauen durch vom Staat bewaffnete und bezahlte

Dorfschützer und Gendarmeriekräfte vergewaltigt worden sind. In einem Fall wurde das Opfer nach der Vergewaltigung ermordet.

In verschiedenen Gerichtsverfahren konnten durchaus Teilerfolge erzielt werden. So ist ein Verfahren vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte mit einer Verurteilung der Türkei beendet worden, was zu einer Verfahrensaufnahme in der Türkei gegen den Hauptmann der Gendarmerie führte. Das bedeutendste Ergebnis des Projekts liegt jedoch in der Enttabuisierung des Themas. Vergewaltigungen durch Sicherheitskräfte und sexuelle Folter werden vermehrt sowohl in der Presse und der Öffentlichkeit, als auch insbesondere unter den Betroffenen, z.B. in den Gefängnissen und den kurdischen Gebieten, thematisiert und diskutiert. Aus den Folgeproblemen ist jedoch ersichtlich, daß insbesondere auf folgenden Gebieten dringend Solidaritätsarbeit erforderlich ist:

- Unterstützung jeglicher Art für die kurdischen Frauen in den Kriegsgebieten, die sich entschließen zu reden; das kann u.U. auch heißen, Zuflucht im Westen zu gewähren, auch wenn das nur der letzte Ausweg sein kann.

- Bewußtseinsarbeit in den Familien; Thematisierung der sexuellen Angriffe und deren Ziele als Methode staatlicher Repression; Thematisierung der Notwendigkeit von Unterstützung durch männliche Familienmitglieder, damit die betroffenen Frauen den Mut finden zu reden und ihre Scham und Schuldgefühle überwinden können.

- Jegliche Art von Zufluchtsarbeit (Unterbringung, Schutz, Arbeit etc.).

Spendenkonto:

Berliner Sparkasse

Kto. 1040 149 452, BLZ 100 500 00

Verwendungszweck:

Projekt gegen Folter

Kontoinhaberin: Jutta Sons

28. Mit Arbeitszwang zum "Wohlfahrtsstaat". Tony Blairs New-Labour-Regierung verspricht die "Abschaffung der Armut"

Autor: ch. · Rubrik: Großbritannien · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/12.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:12

Vor einem Jahr feierten Tony Blair und seine New Labour Party ihren Sieg bei den Wahlen zum britischen Unterhaus und damit die Ablösung der Tory-Regierung nach 18 Jahren. Wer allerdings einen Politikwechsel erwartet hatte, wurde enttäuscht. Das Neue an New Labour ist das Versprechen, die Politik der Tories fortzuführen - nur "besser". New Labour will glauben machen, daß die Marktwirtschaft die gesellschaftlichen Probleme schon lösen wird - es muß nur richtig angegangen werden.

Dies umzusetzen hat New Labour alle Möglichkeiten, denn mit einem Stimmenzuwachs von 8,8 Prozent steigerte Labour die Zahl der Mandate um 148 auf 419; das sind 63 Prozent der Sitze im Unterhaus. Die übrigen Sitze teilen sich die Konservativen (165 Sitze) und die Liberaldemokraten, die es auf 46 Sitze brachten. Nie gab es eine stärkere Fraktion der Labour Party, nie eine schwächere der Konservativen.

Möglich wurde der Wechsel nicht nur durch die Schwäche der Konservativen Partei, sondern vor allem durch die programmatische Anpassung der Labour Party. Dieser Prozeß, der schon Mitte der 80er Jahre begann, wurde 1995 mit einem Sonderparteitag abgeschlossen. Dort wurden die letzten sozialistischen Altlasten von Old Labour über Bord geworfen. Symbolisch für den Wechsel zu New Labour steht die Streichung von Clause Four aus dem Parteiprogramm. Darin wurde die Vergesellschaftung der Produktion und von Verteilung und Handel gefordert. Zwar stand dies noch auf den Mitgliedsausweisen der Labour-Party, eine politische Verpflichtung wurde darin aber längst nicht mehr gesehen. Die Clause Four wurde durch den Passus ersetzt: Ziel sei "eine dymanische Wirtschaft, die dem öffentlichen Interesse dient, wo der Unternehmergeist des Marktes und die Schärfe des Wettbewerbs sich mit den Kräften der Partnerschaft und Zusammenarbeit verbünden." Damit wurden die letzten Reste von Kapitalismuskritik gestrichen und letztlich Ziele der Konservativen ins Programm aufgenommen.

Die Vorstellungen von New Labour hinsichtlich der Steuerung der Wirtschaft liegen auf einer Linie mit denen neo-liberaler Hardliner: Dauerhaftes Wachstum soll vor allem durch eine niedrige Inflationsrate erreicht werden. Damit fiel auch die Verpflichtung auf Vollbeschäftigung, für die sich Old Labour noch einsetzte. Wurde früher noch von wirtschaftspolitischer Steuerung durch den Staat gesprochen, so will sich New Labour dieser Verantwortung entledigen. Das freie Fluten des Marktes und der Glaube an seine Kräfte sind bestimmend. Mit diesen Ansätzen soll auch das Wohlfahrtssystem reformiert werden.

Bestimmendes Thema im Wahlkampf war die Umstrukturierung und Modernisierung Britanniens. Zwar schrieben sich die Tories den Slogan "Britain is booming" auf die Fahnen, die von den Konservativen versprochenen Effekte blieben allerdings aus. Die niedrige Erwerbslosenquote wurde vor allem durch zahllose statistische Tricks erreicht - die statistische Methode zur Erfassung der Arbeitslosigkeit wurde in 18 Jahren Tory-Herrschaft zwölfmal geändert. So lag die offizielle Quote zum Ende ihrer Regierungszeit bei nur 5,8 Prozent. Nach den etwas strengeren Maßstäben der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) liegt die Arbeitslosigkeit in Britannien dagegen bei 6,9 Prozent. Der Ökonom Stephen Forthergill dagegen kommt auf eine Quote von 14,2 Prozent.

Als Ergebnis von Thatcherismus und konservativer Wirtschaftspolitik sind 19 Prozent aller Haushalte in Britannien ohne Erwerbseinkommen, 500.000 Jugendliche unter 25 Jahren sind ohne Job, 400.000 Briten länger als zwei Jahre arbeitslos. Von 1993 bis Mitte 1997 sind über eine Million Arbeitsplätze entstanden, aber nur 25 Prozent davon sind dauerhafte Vollzeitjobs. Die meisten der neuen Jobs sind Niedriglohnjobs, so daß die ArbeiterInnen auf weitere staatliche Unterstützungen angewiesen sind. 30 Prozent der Geringverdiener sind nach wenigen Monaten erneut arbeitslos. Der Arbeitsökonom Paul Grerr stellte fest, daß viele der neuen Billiglohnjobs "von Leuten angenommen (werden), die es sich leisten können". Gemeint sind Ehefrauen und Studenten, die sich ein "Zubrot" verdienen. Auch führte die neo-liberale Wirtschaftspolitik dazu, daß die Schere zwischen Arm und Reich in keinem europäischen Land so weit auseinanderklafft wie in Britannien.

Die Leute in den "Arbeitslosenghettos in Liverpool, Newcastle, Lamberth oder Stepney Green (Ost-London) bleiben ohne Perspektive", schreibt Die Zeit (3.10.1997). Diese Gruppe der Arbeitslosen wird in Britannien auf bis zu 14 Prozent geschätzt.

New Labour - New Britain?

Schon 1994 kritisierte die Labour-nahe Commission on Social Justice in einer Studie über den Zusammenhang von Sozialpolitik und wirtschaftlicher Entwicklung den langsamen Verfall der britischen Gesellschaft. Merkmale dieses Verfalls seien strukturelle Arbeitslosigkeit, wachsende Armut, steigende Kriminalität und Defizite im Bildungssystem. Als Ursache wurde genannt, daß Britannien drei Revolutionen verschlafen habe:

- die ökonomische Revolution in Folge der Globalisierung; sie hat einen grundlegenden technologischen Wandel und eine neue Unternehmenskultur herbeigeführt;

- die soziale Revolution; veränderte demographische und Familienstrukturen sowie veränderte Geschlechterrollen führen zu einem veränderten Gesellschaftsbild;

- die politische Revolution; Forderungen nach Demokratisierung der britischen Gesellschaft seien nicht ernst genommen worden.

Als Ausweg forderte die Commission verstärkte soziale Investitionen für Kindererziehung, Weiterbildung, Forschung usw., um - wie es hieß - die Dynamik des Marktes mit starken sozialen Institutionen zu koppeln.

Genau diese Themen standen im Mittelpunkt des Labour-Wahlkampfes. Eine Politik, die auf die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zielt, hatte darin keinen Platz mehr. Soziale Verbesserungen sollten nur dann durchgesetzt werden, wenn sie keine Steuererhöhung erfordern. Zwar solle im Bildungs- und Sozialsystem investiert werden, allerdings sollten gleichzeitig die Sozialausgaben reduziert werden.

Tony Blairs erste Regierungserklärung am 14. Mai 1997 brachte folglich keine Überraschungen. 22 Gesetzesvorhaben wurden für die folgenden 18 Monate angekündigt; deren Schwerpunkte bilden Reformen im Bildungs- und Gesundheitssystem, Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und der Einstieg in eine Verfassungsreform.

Blair wünschte sich in seiner Thronrede "Britannien als eine Nation von Unternehmern, eine Nation, in der Talente und Fähigkeiten aufblühen". Um wirtschaftliche Stabilität zu garantieren, wolle die Regierung auf ihre letzte ökonomische Steuerungsmöglichkeit, die Festlegung der Zinsrate, verzichten: "Das zentrale wirtschaftliche Ziel der Regierung ihrer Majestät ist es, ein hohes und stabiles Niveau wirtschaftlichen Wachstums und Beschäftigung dadurch zu erreichen, daß allen eine Chance gegeben wird. Die unentbehrliche Plattform, um dieses Ziel zu erreichen, ist die wirtschaftliche Stabilität. Zu diesem Zweck wird ein Gesetz vorgelegt werden, um der Bank of England operationale Verantwortung zur Festsetzung der Zinssätze zu geben". Damit hatte New Labour einen weiteren alten Zopf abgeschnitten.

Die großen sozialen und verteilungspolitischen Probleme des Landes - Massenarbeitslosigkeit und Altersarmut - wurden dagegen in der Rede kaum erwähnt. Versprochen wurde nur die Bekämpfung der Jugend- und der Langzeitarbeitslosigkeit. Die Einführung eines Mindestlohnes, den New Labour versprochen hatte, wurde auf die lange Bank geschoben; die Ausarbeitung eines entsprechenden Gesetzes wird erst einmal von einer Kommission übernommen.

Ziel, so bekannte Blair in seiner Rede auf dem Parteitag im Oktober 1997, sei, daß Britannien wieder führend werde. "Der beste Ort zum Leben. Der beste Ort, um Kinder aufzuziehen, um ein erfülltes Leben zu haben, um alt zu werden. ... Unser Ziel ist es, Britannien zum gebildetsten Land und dem Land mit der besten Ausbildung in der Welt zu machen." Um dies zu erreichen, müßten "harte Entscheidungen" getroffen werden, denn "eine starke Gesellschaft kann nicht mit schwachen Entscheidungen herbeigeführt werden". Der neue Wohlfahrtsstaat müsse zur Arbeit ermutigen, nicht zur Abhängigkeit. Mit diesen Ansichten überholt New Labour fast alle konservativen Kräfte auf dem Kontinent auf der rechten Spur. Gefeiert werden Blair und die beiden Säulen seiner Regierung, Finanzminister Gordon Brown und Sozialministerin Harriet Harman, nur noch vom Kapital.

"Gerechtigkeit, nicht Begünstigung"

Daß der Sozialstaat reformiert werden muß, machen Blair und seine Crew gerne an einfachen Beispielen deutlich. Die Sozialausgaben wurden während der Tory-Herrschaft annähernd verdoppelt, sie sind auf 100 Milliarden Pfund gestiegen, trotzdem sei die Armut in Britannien nicht zurückgegangen. Der Mißbrauch der Sozialleistungen koste etwa vier Milliarden Pfund, davon könnten 100 Krankenhäuser gebaut werden.

Um neue Konzepte zu entwickeln, wurde eigens ein "Minister für Wohlfahrtsreform" berufen. Der Mann für dieses Amt ist Frank Field, der schon in den 80er Jahren durch seine scharfe Kritik an der sozialstaatlichen Unterstützung auffiel. Nach seiner Meinung werden dadurch Menschen "untätig, verantwortungslos und unehrlich". Arbeitslosigkeit ist nach Fields Ansicht nicht ein Fehler im System, sondern wird durch "perverse Anreize eines fehlerhaften Wohlfahrtssystems" verursacht. Schon in den 80er Jahren stimmte Field für einen Vorschlag der Konservativen, das staatliche Rentensystem in eine private Zwangsrente umzuwandeln. Jetzt soll er "das Undenkbare denken". Das gesamte System der staatlichen Zuwendungen im sozialen Bereich soll durchforstet werden: Arbeitslosengeld, Sozialhilfe, Mutterschafts- und Kindergeld, Unterstützungen für sozial schwache Familien, Mietzuschüsse etc..

Nach Ansicht von New Labour stecken gerade die schwächsten Gruppen in der "Wohlstandsfalle". Gemeint ist die bekannte Tatsache, daß es sich für viele Menschen nicht lohnt, einen gering bezahlten Job anzunehmen, da sie so staatliche Unterstützung zumindest teilweise verlieren würden. Anstatt nun diese "Falle" durch die Festsetzung des versprochenen Mindestlohns aufzuheben, wird das soziale Sicherungssystem umgekrempelt.

"Welfare to work"

Auf ihrem Parteitag im Oktober 1997 kündigte New Labour an, daß die "Abschaffung der Armut" und "Vollbeschäftigung im 21. Jahrhundert" die vorrangigen Ziele seien. Wahrhaft rührend klingt die Ankündigung von Brown: "Diese Regierung ist entschlossen, den Teufelskreis der Verzweiflung mit einem Welfare-to-work-Programm zu durchbrechen."

Die erste Zielgruppe des Programms sind arbeitslose Jugendliche bis 25 Jahre. Seit April dieses Jahres werden ihnen vier "Angebote" gemacht, um sie in Arbeit zu zwingen:

- Die Vermittlung eines Arbeitsplatzes bei privaten Unternehmen. Für ein halbes Jahr erhalten die Unternehmen Subventionen von bis zu 60 Pfund pro Woche und einmalig 750 Pfund für Weiterbildung;

- Mitarbeit bei einem Wohlfahrtsverband;

- Einsatz in einer staatlichen Umweltschutzgruppe oder

- Weiterbildungsmaßnahmen.

Wer sich weigert, eines dieser "Angebote" anzunehmen, dem wird beim erstenmal bis zu 40 Prozent seiner staatlichen Leistung gestrichen. Die zweite Ablehnung wird mit der Streichung der verbleibenden Unterstützung für vier Wochen sanktioniert. Als nächste sollen alle jene, die länger als zwei Jahre arbeitslos sind, mit einem ähnlichen Programm in Arbeit gezwungen werden.

Auch wurde im Herbst letzten Jahres beschlossen, daß alleinerziehende Eltern, dies sind überwiegend Mütter, und Behinderte zur Arbeit gezwungen werden sollen. Diese Vorhaben haben zu ersten Brüchen in der Labour-Fraktion geführt. Das Handelsblatt (10.12.1997) sprach bereits von einer "Revolte gegen Sozialabbau": Rund 60 Labour-Abgeordnete verweigerten Blair und seiner Regierung die Gefolgschaft und stimmten gegen den Gesetzentwurf. Bildungsminister David Blunkett, dessen Etat das eingesparte Geld teilweise zukommen sollte, ließ Finanzminister Gordon Brown wissen, daß die starken Kürzungen bei Behinderten, die nicht arbeiten können oder nur schlechtbezahlte Jobs finden, alle Bestrebungen "für eine gerechte Gesellschaft der Lächerlichkeit preisgeben." (nach SZ, 27.12.1997)

Blairs Äußerungen zu dem Konflikt zeigen den weiteren Weg: "Ich bin nicht in die Politik gegangen, um Leuten zu schaden, die echt behindert oder in Not sind. Natürlich würde ich das nie tun." (SZ, 27.12.97) Es bleibt die Frage, wer ist echt behindert, wer ist echt arbeitslos, wer braucht echt staatliche Unterstützung? Eine bedürftige Gruppe hat Blair jedenfalls schon ausgemacht: Zur Bewirtung seiner Freunde aus Kunst, Kultur und Sport hat er im ersten halben Jahr seiner Regierungszeit sieben Millionen Pfund auf den Kopf gehauen.

Trotz Zweifeln am Modell gute Noten für Blair

Auch wenn es bislang nur wenige konkrete Erfahrungen mit dem "welfare to work"-Programm gibt, wird schon an der Wirksamkeit der Maßnahmen gezweifelt. Gerade von liberaler Seite kommt der Hinweis, daß ein entscheidender Faktor in dem Programm die Unternehmen seien. Nehmen sie die Subventionen für die Arbeitsplätze nicht an, hilft auch der Druck auf die Arbeitslosen nichts. In der jetzigen Wachstumsphase begrüßen die Unternehmerverbände die Maßnahmen. Allerdings ist anzunehmen, daß sich dies in der nächsten Rezensionsphase verändern wird.

Ein weiterer Knackpunkt sind die niedrigen Löhne, gerade im wachsenden Dienstleistungssektor. Solange die Löhne nicht steigen, bleibt es fraglich, ob die Schaffung von Einkommensmöglichkeiten wirklich zum vielbeschworenen Rückgang der Sozialleistungen führt. Falls die Löhne steigen - was sich gerade die Gewerkschaften von der Einführung des Mindestlohnes versprechen -, so wird befürchtet, daß die Unternehmen viele der neugeschaffenen Arbeitsplätze wieder streichen. Verlierer werden in jedem Fall diejenigen mit niedrigem Einkommen sein.

Wer annimmt, daß die Politik von New Labour ihr Ansehen beim Wahlvolk beeinträchtigt, liegt falsch. Tony Blair bekommt bei Umfragen immer noch gute Noten - auch wenn viele Kommentatoren zweifeln, ob überhaupt noch von einer Labour Party gesprochen werden kann. Will Hutton vom Observer verglich New Labour mit einer christlich-sozialen Partei nach bundesdeutschem Vorbild. (Observer, 26.4.1998) Wer vor einem Jahr noch die Hoffnungen hatte, Labour könne sich als Vorbild für eine modernisierte sozialdemokratische Politik etablieren, stellt fest, daß Blair eher mit Kohl und Thatcher als mit dem französischen Regierungschef Jospin verglichen wird. Aber weder seiner Person noch der Labour-Regierung schadet dies. In Umfragen erhält New Labour immer noch die vergleichsweise besten Ergebnisse. Zwar sagen mittlerweile rund 20 Prozent der Labour-WählerInnen, daß sie heute nicht noch einmal Labour wählen würden, die Ergebnisse von Tories und Liberaldemokraten sind allerdings noch schlechter. 30 Prozent der Tory-WählerInnen und gar über 50 Prozent der WählerInnen der Liberaldemokraten würden sich heute anders entscheiden.

Unter den WählerInnen der Mittelschicht und der working class konnte Labour in den letzten zwölf Monaten noch an Sympathien gewinnen. 62 Prozent der Befragten sagten sogar, daß die Politik von New Labour gut für ihre Familien sei, und 75 Prozent glauben, daß sie gut für Britannien sei. Selbst über 50 Prozent der Tory-Wähler glauben das. (nach Observer, 26.4.1998)

Die Umfrage-Ergebnisse zeigen, daß die Werbestrategen von New Labour deren Politik so gut verkaufen, daß Zweifel am Erfolg kaum aufkommen. Bislang war dies allerdings auch nicht so schwierig, da die scheinbar neuen Konzepte zur Gestaltung des "Wohlfahrtsstaates" nur auf dem Papier standen. Die Umsetzung der Programme steht erst für die nächsten zwölf Monate an.

ch.

29. Wie, wohin, warum? Perspektiven der Erwerbslosenproteste

Autor: Andreas Dallmann, Stephan Schulte, Rainer Timmermann - ALSO · Rubrik: Sozialbewegung · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/17.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:17

Zum 8. Mai will der DGB die Erwerbslosenproteste aussetzen, an deren Spitze er sich seit Jahresbeginn allmonatlich stellt. Anlaß genug für eine erste kritische Zwischenbilanz von unten. Diese wird hiermit von der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg vorgelegt.

Auferstanden aus Ruinen: die Erwerbslosenbewegung befindet sich im Aufbruch oder zumindest hofft sie das. Angeregt durch radikale Proteste und entsprechende Aktionsformen in Frankreich, haben mittlerweile auch drei Aktionstage in der Bundesrepublik stattgefunden. Auch wir haben uns in Oldenburg daran beteiligt. Zeit für eine erste Zwischenbilanz der Proteste und ihrer Erscheinungsformen aus Sicht der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO). Überlegungen, wie die Inhalte und Formen der Proteste weiterentwickelt werden müßten, damit sie sich nicht in Wohlgefallen oder Mahnveranstaltungen der traurigen Arbeitslosen auflösen.

Das Ausmaß von Armut und Ausgrenzung ist das Ergebnis von gravierenden Strukturproblemen der kapitalistischen Gesellschaft. Daneben tragen sich verändernde Lebensformen, die allgemein mit Begriffen wie Individualisierung oder Pluralisierung beschrieben werden und vielfach Resultat der kapitalistischen Entwicklung sind, dazu bei, daß die Einzelnen anfälliger werden gegenüber den sozialökonomischen Existenzrisiken. Die Antwort des neoliberalen Politikmodells angesichts dieser zunehmenden Risiken ist der Abbau sozialstaatlicher Leistungsverpflichtungen und die einseitige Verteilung der Lasten des gesellschaftlichen Strukturwandels auf die sozial Schwächeren. Die gesellschaftliche Situation heute - hier, wie auch in anderen hochindustriealisierten Ländern - bedeutet für eine wachsende Zahl der Erwerbsarbeitenden prekäre Beschäftigung, Schein-Selbständigkeit, Teilzeitarbeit, freie Mitarbeit, Leiharbeit und ähnliche nicht existenzsichernd entlohnte Arbeitsformen. Vielen Millionen von Arbeitswilligen ist sogar ein solcher Teil-Zugang zum Arbeitsmarkt versperrt. Der Staat fühlt sich für eine gewisse Umverteilung des Reichtums nicht mehr verantwortlich; d.h., die "Fürsorge" wird privatisiert. Statt dessen investiert er eher in mehr "innere Sicherheit".

Unpolitische Armut?

Die Lebensgefühle nicht weniger Menschen schwanken zwischen Resignation und Katastrophenerwartungen oder dem Festhalten daran, etwas Neues zu gestalten. Unbestritten haben sich die Lebensverhältnisse in den hochindustriealisierten Ländern seit etwa zwei Jahrzehnten deutlich verändert.

Obwohl die quantitative und qualitative Bedeutung von Armut wächst, scheint sie kein politikfähiges Problem zu sein. Die Bereitschaft in der Bevölkerung ist gering, sich damit auseinanderzusetzen und der herrschenden Ausgrenzungspolitik Widerstand entgegenzusetzen. Dieser scheinbare Widerspruch läßt sich u.a. in zwei Momenten erklären. Auf der einen Seite sind von Armut und Ausgrenzung nur begrenzte Bevölkerungsgruppen betroffen. Noch profitiert ein Teil der BundesbürgerInnen erheblich vom Wachstum des materiellen Wohlstands. Den "VerliererInnen" steht somit ein wenn nicht mehr breites, so doch mächtiges Bündnis von Gewinnern des Strukturwandels gegenüber. Der überwiegende Teil hofft, daß der Kelch des sozialen Abstiegs an ihnen vorbeigeht, wenn sie sich nur ruhig verhalten und alle Schikanen in Kauf nehmen. Sie haben kein Interesse sich mit den Problemen der Ausgegrenzten auseinanderzusetzen.

Auf der anderen Seite handelt es sich bei der Armenbevölkerung nicht um eine homogene Gruppe. RentnerInnen, Alleinerziehende, Arbeitslose oder MigrantInnen und andere weisen in ihren objektiven Lebenssituationen und Interessen große Unterschiede auf. Vor dem Hintergrund des nach wie vor geltenden Leistungs- und Erfolgdrucks in der Gesellschaft besteht bei den Betroffenen eine Tendenz, Armut und Unterversorgung als persönliches Versagen zu interpretieren und sich ins gesellschaftliche Abseits zurückzuziehen. Der alltägliche Kampf um die Existenz frißt darüberhinaus viel Energie und Raum. Als Folge ist es schwierig, die eigene Isolation zu durchbrechen und sich zusammenzuschließen. Arme lassen sich nur schwer organisieren und sind schwer mobilisierbar. Gerade das wäre aber notwendig, um sich als gesellschaftliche Gruppe öffentlich Gehör zu verschaffen und die eigenen Interessen in den politischen Prozeß mit einbringen zu können.

Ansätze für Radikalisierung

Diese Faktoren bilden den Rahmen einer Diskussion über eine sich möglicherweise herausbildende soziale Bewegung von unten und dem weiteren Vorgehen. Dabei den Blick nach Frankreich zu lenken, ist richtig und wichtig. Immerhin haben die Protestaktionen hier letztlich erst dadurch begonnen. Dabei fallen jedoch auch die Unterschiede auf. So scheint doch die offensiv demokratische Einstellung und Streitkultur sowie die soziale Emotionalität dort weiter ausgeprägt als hier im kühlen Norden. Die Proteste der Arbeitslosen in Frankreich stoßen auf breite Zustimmung in der Bevölkerung, eine schweigende Mehrheit geht davon aus, daß die Proteste auch in ihrem Interesse sind. Demgegenüber ist es hier zunächst weitaus schwieriger, in eine politische Offensive zu kommen. Die vorherrschenden Konzepte und Meinungen wie "Hauptsache Arbeit" und verbreitete Dogmen wie "Arbeit ist das halbe Leben" können nur mühsam in Frage gestellt werden.

Trotzdem liegt genau hier einer der Ansatzpunkte, der über die bisher von gewerkschaftlich orientierten Erwerbslosengruppen verbreitete "Kohl muß weg"-Zielsetzung der Arbeitslosenproteste hinausweist. Viele verschiedene Ansätze existieren bereits. Es ist notwendig, diese Ansätze von Protestverhalten und Vernetzung zu einer sozialen Bewegung auszubauen. Darüber hinaus muß eine Diskussion geführt werden, die über die Ebene der "Systemreparatur" hinausweist. Grundsätzliche Fragen der Solidarität sowie der ungleichen Arbeits-, Einkommens- und Machtverteilung insgesamt, also auch zwischen Männern und Frauen, müssen mit einbezogen werden. Mit den Worten von Carola Möller (Sozialwissen-schaftlerin aus Köln): "Es gilt, von der Reproduktion her zu denken". Wirtschaften hat dabei das Ziel, "Lebensqualität für alle Menschen zu schaffen, zu erhalten und zu verbessern". Nicht "ein Recht auf (irgendeine) Erwerbsarbeit, sondern [...] ein Recht auf eine eigenständige Existenzsicherung, die aus der Summe von bezahlter und unbezahlter, gesellschaftlich notwendiger Arbeit resultiert, bei gleichwertiger Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit unter Männern und Frauen" steht dabei im Mittelpunkt der Diskussion.

Forderungen

Unsere bisher formulierten Forderungen weisen in diese Richtung. Wichtig wäre es, für die nächsten Protestaktionen diese Positionen überall voranzustellen:

- Existenzgeld

- radikale Arbeitszeitverkürzung mit vollem Lohn- und Personalausgleich, damit alle, die arbeiten wollen, auch arbeiten können

- gerechte Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit und des gesellschaftlichen Reichtums

- Rücknahme aller Kürzungen und Schikanen gegen Erwerbslose und andere

Daß die Protestaktionen weitergehen, wird überall betont. Ob daraus allerdings eine starke und selbstbewußte Erwerbslosenbewegung erwächst, erscheint zumindest derzeit fraglich. Die Frage stellt sich nicht nur aufgrund der begrenzten TeilnehmerInnenzuwächse. Auch die vielerorts eher schlappen Protestformen tragen genauso wenig zu einer Stärkung der Proteste bei wie die breite Palette an unterschiedlichen Forderungen, die unsere zentralen Forderungen nach Existenzgeld, Arbeitszeitverkürzung und Umverteilung der Arbeit verwässern.

Zuspitzen oder Verbreitern?

Kohlsuppe ausschenken, Sklavenmärkte und Losaktionen für Arbeitsplätze, die nur Nieten enthalten, sind eher theatralische Aktionen. Solche Aktionen, ebenso wie läutende Kirchenglocken, drücken den bittenden, hoffenden, auf Unterstützung angewiesenen Erwerbslosen aus, der von der Gesellschaft wieder in die Arme genommen werden möchte. Außerdem signalisieren sie eine mangelnde Ernsthaftigkeit der Proteste. Sie bringen nicht zum Ausdruck, daß früher oder später die Machtfrage gestellt werden muß. Wir sind der Meinung, daß es selbstbewußter radikaler Proteste bedarf, die in der Lage sind, auf die Reichen und Mächtigen in diesem Land störend zu wirken.

Radikale Proteste können allerdings dazu führen, daß die derzeit schon aktiven Erwerbslosen eher in die Isolation gedrängt werden. Viele Erwerbslose sind zu radikalen Protesten, die auch Regelverletzungen beinhalten, noch nicht bereit und bleiben dementsprechend weg. Damit wird auch die Stellvertreterpolitik unterstützt, die weit verbreitet ist. Es gibt eine Tendenz, daß Menschen sich nicht als politisch handelnde Subjekte begreifen und lieber andere für sich handeln lassen.

Wir stecken also in der Zwickmühle, einerseits radikale und selbstbewußte Proteste zu benötigen, die die Möglichkeit zu politischem Handeln und zu Widerstand verdeutlichen, und andererseits gerade mit diesem radikalen Protest unsere Stellvertreterrolle zu untermauern.

Konsequenz: Wir müssen diese Rolle annehmen, da zur Zeit nichts anderes möglich ist, wenn man radikale Proteste will. Aber wir sollten darauf achten, daß die gewählten Protestformen tendenziell verbreiterungsfähig sind, damit sich Leute auf verschiedenen Ebenen weiterhin daran beteiligen können.

Wählen oder

selber handeln?

Die gewählten Protestformen und die konsequente Herausstellung unserer zentralen Forderungen bewahrt uns jedoch nicht vor einem weiteren Problem, nämlich der Reduzierung der Erwerbslosenproteste auf eine reine Wahlunterstützungsbewegung für die Schröder-SPD. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, daß die Erwartung eines Regierungswechsels im September auch für viele Erwerbslose mit der Hoffnung auf tiefgreifende Veränderungen verbunden ist. Viele erwarten eine Verbesserung ihrer eigenen Lebensbedingungen. Wir dürfen nicht unterschätzen, daß schon allein ein Regierungswechsel für dieses Land etwas besonderes darstellt, in dem seit 16 Jahren die gleiche Regierung an der Macht ist. Wenn wir vor der Situation stehen, daß abwartend auf den September geschaut wird, dann müssen wir den möglichen SPD-Wahlerfolg in unseren Protesten thematisieren. Wir müssen die SPD mit den Forderungen der Erwerbslosenbewegung konfrontieren und uns mit den Politikvorstellungen der SPD auseinandersetzen. Bisher deutet alles darauf hin, daß sich die Lebenssituation Erwerbsloser nicht verbessern wird, in Teilen gar eine Verschärfung droht, beispielsweise bezüglich des Zwangs, jedwede Arbeit annehmen zu müssen. Über die Proteste sollten SPD und GRÜNE dazu veranlaßt werden, deutlich zu machen, wie ihre Wirtschafts- und Sozialpolitik konkret aussehen soll. Es ist deutlich zu machen, daß wir uns mit dem unkonkreten Geschwafel von sozialer Gerechtigkeit nicht abspeisen lassen. Wir müssen die Frage stellen, ob SPD und GRÜNE die Sozialleistungen verbessern und für eine Rücknahme aller gegen Erwerbslose gerichteten Schikanen und Kontrollen sorgen werden. So könnte eine Debatte losgetreten werden, die deutlich macht, daß mit einem Regierungswechsel für Erwerbslose keinerlei Verbesserungen ihrer Lebensbedingungen verbunden sind. Die Ernüchterung über einen Regierungswechsel kann den Protesten neuen Schub verleihen. Oder aber SPD und GRÜNE machen Versprechungen, die wenigstens einem Teil unserer Forderungen entsprechen. Wenn diese Versprechungen anschließend nicht eingehalten werden, könnte die Erwerbslosenbewegung dann vielleicht einen ähnlichen Aufschwung nehmen, wie dies in Frankreich nach dem Wahlsieg der Sozialisten der Fall war.

Neben der Radikalität und der inhaltlichen Ausrichtung müssen die Proteste auf der anderen Seite phantasievoll und sympathisch bleiben. Sie müssen sich um die Solidarität der Noch-Beschäftigten bemühen. Die Proteste haben darüberhinaus die Funktion, bestehende und neue Gruppen und Strukturen zu stärken, die für eine soziale Bewegung von unten unabdingbar sind. Einen entscheidenden Teil der Arbeit sollten wir aber nicht nur in die Vorbereitung und Durchführung der Aktionen stecken. Wir müssen vielmehr die Aufklärung und Organisation betroffener Menschen vorantreiben, um Selbstbewußtsein zu stärken und um oben genannte Diskussionen über Arbeitsmythen, ungerechte Verteilung von Reichtum u.a. zu verbreitern. Dazu zählt längerfristig auch die Diskussion über Ansätze anderer Formen des Wirtschaftens sowie das Aufzeigen und/oder Durchführen praktischer Ansätze. Hierzu zählen u.a. Projekte, in denen "leben und arbeiten" wieder eine Einheit sind. Letztlich alle Ansätze alternativen Produzierens, Lebens und Verteilens, die gegen Vereinnahmung, Zersetzung und Isolierung arbeiten und die bestehenden Verhältnisse nicht als unveränderbar hinnehmen. Dabei müssen wir darauf achten, daß diese praktischen Ansätze nicht auf eine Selbstverwaltung der Armut hinauslaufen, eine Art Nischenproduktion, die all die Aufgaben übernimmt, die dem Kapital nicht mehr rentabel erscheinen und die der Staat nicht mehr finanzieren will. Damit die Armen und Ausgegrenzten ihre Funktionalität für das herrschende System verlieren, sollten die verschiedenen Versuche eine neue Lebensqualität vermitteln, die auch eine Ausstrahlungskraft auf andere besitzt.

Zur Zeit sind weder die Gewerkschaften noch andere Gruppierungen aus dem Zentrum der Gesellschaft eine politische Kraft für ein solidarisches Projekt. Dennoch sollten wir sie nicht abschreiben. Im Gegenteil, die Zusammenarbeit ist inhaltlich notwendig, damit die Forderungen und Ziele der Erwerbslosen auf eine breitere Basis gestellt werden. Nur so können wir gemeinsame Strategien entwickeln, um den wichtigsten Hebel neoliberaler Deregulierungspolitik, das Gegeneinander-Ausspielen von Erwerbslosen und Beschäftigten, zu

überwinden. Der Abbau von sozialen Standards in den Sozialversicherungen sowie Lohnkürzungen und Verschlechterung von Arbeitsbedingungen gehen immer häufiger Hand in Hand.

Mögliche Bündnispartner

Die Gewerkschaften täten im eigenen Interesse gut daran, nicht länger ausschließlich die Interessen ihrer (noch) beschäftigten Mitglieder zu vertreten. Es kommt darauf an, die Entstehung einer sozialen Bewegung von unten in den Stadtteilen zu fördern, zusammen mit denen, die aus eigener Initiative damit beginnen, vielfältige Alternativen aufzubauen. Die aus dem Erwerbsleben Herausgeschleuderten und diejenigen, die sich ihm unter den heutigen Bedingungen nicht unterwerfen wollen, sind die ersten Verbündeten der noch Erwerbstätigen.

Durch die Protestaktionen sind viele neue Gruppen entstanden, bereits bestehende werden zum Teil wiederbelebt. Dies ist allerdings nur ein Anfang. Wenn wir es schaffen, unsere zentralen Forderungen in den Mittelpunkt zu stellen, wenn wir verdeutlichen können, daß uns nur eine neue Regierung nicht reicht, und wenn klar wird, daß diese mit einer Verschärfung der Proteste zu rechnen hat, wenn sie das neoliberale Politikmodell nur angereichert mit sozialem Sermon weitertreiben will, dann ist es gut, im September den Versuch einer bundesweiten Protestdemonstration in Berlin zu wagen. Sie kann vielleicht als Zwischenhöhepunkt und als Zäsur dienen, weil monatlicher Aktionismus abgelöst werden sollte von einer sich herausbildenden Protestbewegung gegen Ausgrenzung, Armut und bestehende Machtstrukturen.

Andreas Dallmann, Stephan Schulte, Rainer Timmermann

Die Autoren sind ein Ehrenarbeiter und zwei BSHG-Sklaven aus der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO)

30. Kombi-Lohn, ein trojanisches Pferd. Bundesregierung bereitet Sozialhilfekürzung vor

Autor: Guido Grüner · Rubrik: Sozialpolitik; CDU/CSU · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/05.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:05

Am 17. April hat Bundesverkehrsminister Matthias Wissmann das wirtschaftspolitische Konzept der CDU für die Bundestagswahl der Presse vorgestellt. Dabei möchte die Union insbesondere "Menschen, die den Anschluß an den Arbeitsmarkt verloren haben, neue Perspektiven öffnen". Als zentrales Instrument schweben der CDU dabei sog. "Kombi-Löhne" vor, die niedrigere Einstiegstarife für Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen mit höheren Freibeträgen bei der Sozialhilfe "kombinieren". Dadurch, daß nicht mehr jede verdiente Mark umgehend wieder von der Sozialhilfe abgezogen wird, soll der Anreiz zur Arbeitsaufnahme erhöht werden. Das CDU-Konzept verfolgt damit eine Idee, die vom Bundesgesundheitsministerium und den Spitzenverbänden der Wirtschaft bereits im Herbst 1997 lanciert wurde.

Seit dem Oktober 1997 bereitet die Bundesregierung eine Verordnung vor, mit der die Freibeträge für Erwerbstätige bei der Sozialhilfe erheblich angehoben werden sollen. Doch sie steht damit beileibe nicht allein. Auch SPD und Gewerkschaften können diesem Vorhaben positive Aspekte abgewinnen. Wenn niedrige Einkommen mit Sozialhilfe in höherem Maße ergänzt - kombiniert - werden, führe dies zu neuen Arbeitsplätzen vor allem für geringer qualifizierte Arbeitnehmer, da sich für Sozialhilfeempfänger Jobs mit niedrigem Entgelt wieder lohnen, so "Kombi-Lohn"-Befürworter aus Regierung, Wirtschaft, SPD und DGB. Seitens einiger GewerkschafterInnen wurde jedoch auch Kritik am "Kombi-Lohn" laut, so von der DGB-Vize Ursula Engelen-Kefer: "Werden Niedriglöhne um 20 - 30 Prozent unter die heutigen unteren Tarifgruppen abgesenkt, fördert dies Armut bei späterer Arbeitslosigkeit, Krankheit und Alter, da vom Aufstockungsbetrag des Sozialamtes keinerlei Sozialleistungsansprüche erworben werden". Dauerhafte "Lohnsubvention mit der Gießkanne" bewirke vielmehr eine Umschichtung von normaler Beschäftigung hin zu subventionierter billigerer Arbeit. Andere gewerkschaftliche Kritiker sprechen von der dauerhaften Festschreibung untertariflicher Billiglöhne.

Weitergehender ist die Kritik aus den Reihen der Sozialhilfeinitiativen. Dort wird dieser gewerkschaftlichen Kritik am "Kombi-Lohn" zwar zugestimmt, doch für die Initiativen geht sie am Kern der Sache vorbei. Denn bei genauer Betrachtung des "Kombi-Lohn"-Vorschlags, findet sich ein scheinbares Paradox: Was als Erhöhung der Sozialhilfe für Personen mit niedrigen Einkommen daherkommt, ist die Senkung der Sozialhilfe aller Hilfeberechtigten. Löhne, Gehälter, Renten und Lohnersatzleistungen großer Teile der abhängig Beschäftigten stürzen dann gleich mit ab.

Sozialhilfekürzung für alle

Warum eine vordergründige Einkommenserhöhung letztlich zur Senkung der Sozialhilfe führt, wurde auf der letzten Fachtagung der Bundesarbeitsgruppen der Sozialhilfeinitiativen in Kiel mit Hinweis auf das Bundessozialhilfegesetz erläutert. Der "Kombi-Lohn" greift in zwei Schritten in die Höhe der Sozialhilfe ein.

Mit dem "Kombi-Lohn" wird bei Niedrigverdienenden, die aufstockende Sozialhilfe erhalten, zunächst ein größerer Anteil ihres Verdienstes nicht mehr auf die Sozialhilfe angerechnet. Sie könnten einen höheren Verdienstanteil für sich behalten und hätten damit mehr zum Leben.

Sozialhilfetechnisch wird ihnen ein "höherer Freibetrag" zugebilligt (Das wäre ein Geschenk an Arme, noch dazu von Regierung und Unternehmerverbänden - Grund genug, stutzig zu werden!).

Das Entscheidende der "Kombi-Lohn"-Debatte ist - das darf nicht vergessen werden! - das "Lohnabstandsgebot" im Bundessozialhilfegesetz (§ 22 Abs 4): Ab dem 1. Juli 1999 müssen auch die Einkommen von NiedriglohnbezieherInnen einschließlich der aufstockenden Sozialhilfe zwingend unterhalb der Erwerbseinkommen "unterer Einkommensgruppen" liegen. Wenn der "Kombi-Lohn" eingeführt wird (das heißt, der Freibetrag bei Erwerbseinkommen erhöht wird), trifft er zum 1. Juli 99 auf dieses zwingende Lohnabstandsgebot. Eine Deckelung unter die niedrigsten Lohneinkommen funktioniert dann aber nur, wenn die Regelsätze der Sozialhilfe gesenkt werden (siehe Graphik). Der erhöhte Freibetrag für Erwerbstätige

bewirkt also in einem zweiten Schritt die Senkung der Sozialhilfe aller Hilfeberechtigten. Je höher der Freibetrag ausfällt, desto geringer muß also die Sozialhilfe sein.

Die Konsequenz liegt klar auf der Hand: Wer ab 1.7.1999 als bislang nicht arbeitende sozialhilfebeziehende Alleinerziehende oder ErwerbsunfähigkeitsrentnerIn das bisherige Einkommensniveau halten will, muß arbeiten. Aus nicht arbeitenden Sozialhilfebeziehenden werden arbeitende Sozialhilfebeziehende. Dieser Zwang zur Arbeitsaufnahme auf mehr als eine Millionen Personen führt zu einer zusätzlichen Riesennachfrage nach Jobs jeglicher Art. In der Marktwirtschaft verbilligt jedes Überangebot die Ware, hier die Arbeitskraft. Folglich purzeln Löhne und Gehälter.

"Kombi-Lohn" - Politischer Schachzug

Aber warum wird in der Bundesrepublik erst die Debatte um den "Kombi-Lohn" angezettelt, statt die Sozialhilfe gleich zu senken? Die Arbeitgeber beklagen seit Jahren, daß Arbeit, vor allem einfache Dienstleistungen, am Markt zu teuer geworden sei. Die Ursache dafür, daß Billigtarife noch nicht ausreichend durchgesetzt sind, sind in ihren Augen die zu hohen Sozialleistungen, die die Aufnahme von Billigjobs unattraktiv machten. Die Unternehmer verfolgen daher durchaus das Ziel, die Sozialhilfe drastisch zu senken; allerdings sind sie damit bisher nur mäßig erfolgreich gewesen. Mit dem "Kombi-Lohn" und den erhöhten Sozialhilfefreibeträgen haben sie nun einen neuen Anlauf genommen, ihr Ziel zu erreichen. Und dieser Ansatz ist gefährlich, da er eine Verschlechterung als Verbesserung tarnt.

Auf Dauer lehnen die Unternehmer den "Kombi-Lohn" ab, da sie keine staatliche Bezuschussung niedriger Einkommen wollen. Die Strategie erklärte Hans Peter Stihl, Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, in dankenswerter Offenheit in der Wirtschaftswoche vom 2.10.1997: "Ja, er (der "Kombi-Lohn") eröffnet die Diskussion über Niedrigtarife. Er ist keine marktwirtschaftliche Lösung, sondern eine Krücke, um die Probleme (bei den Sozialkosten) schrittweise anzupacken, für uns eine Art trojanisches Pferd, das wir bei den Gewerkschaften und Sozialpolitikern aufstellen." Und er erläuterte: "Wir können nicht auf einen Schlag das gesamte Sozialniveau absenken (und das gesamte Lohnniveau, muß man hinzufügen!), ohne daß die Sozialpolitiker aller Couleur (und Gewerkschaften!) aufschreien. Deshalb halte ich den Weg für sinnvoll, über den Kombi-Lohn diesen tabuisierten Bereich aufzubrechen."

Bei DGB und SPD scheinen Vorsicht und Zurückhaltung keine verbreiteten Eigenschaften zu sein. Sowohl Gerhard Schröder als auch der Sozialexperte der Bundestagsfraktion, Ottmar Schreiner, propagieren mittlerweile die direkte Lohnsubventionierung durch höhere Freibeträge. Das Damoklesschwert des Lohnabstandsgebots kümmert sie dabei anscheinend wenig. Und auch die Chefs von DGB und IG Bergbau und Chemie, Schulte und Schmoldt, erwärmen sich öffentlich für "Kombi-Lohn"-Modelle. Von der DGB-Spitze wurde gar der Vorschlag eines Modellversuchs in Nordrhein-Westfalen ins Gespräch gebracht. Die Warnungen - etwa des gewerkschaftseigenen Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) werden dabei völlig ignoriert.

Rainer Roth, Sozialwissenschaftler an der Fachhochschule für Sozialarbeit in Frankfurt/Main, legte unterdessen Berechnungen dazu vor, wie sich die verschiedenen "Kombi-Lohn"-Modelle in Senkungen der Sozialhilferegelsätze niederschlagen. Ausgangspunkt ist dabei der Einkommensvergleich zwischen zwei fünfköpfigen Familien, die eine mit Sozialhilfe, die andere mit Einkommen aus einer unteren Einkommensgruppe (vgl. Graphik). Dank Lohnabstandsgebot kann die sozialhilfeberechtigte Familie durch zusätzliche Erwerbsarbeit nie ein höheres Einkommen erzielen als die Arbeitnehmerfamilie, Sozialhilfe plus Freibetrag müssen immer niedriger sein. Der Abzug des Freibetrags vom Durchschnittseinkommen unterer Lohngruppen ergibt somit den Wert, den die Sozialhilfe der fünfköpfigen Familie insgesamt maximal erreichen darf. Der durchschnittliche Sozialhilfebedarf für die sozialhilfeberechtigte Familie (West) betrug dabei im Juli 1997 noch 3.438 DM. Die unterschiedlichen "Kombi-Lohn"-Modelle wirken sich auf diesen Sozialhilfebedarf wie folgt aus:

a) Seehofer-Modell: Abzug 314 DM; das Familienministerium geht von einem Nettoerwerbseinkommen der Arbeitnehmerfamilie von 2.700 DM aus (ergibt zusammen mit Kinder- und Wohngeld 3.620 DM) und gibt den Freibetrag mit 496 DM an. Bei Einhalten des Lohnabstandes (3.620 DM minus 496 DM) bleiben der Familie 3.124 DM, ein Verlust von 314 DM gegenüber heute. Ein alleinstehender Hilfeberechtigter verliert 85 DM.

b) Modell Arbeitgeberpräsident Hundt: Abzug 548 Mark; hier wird ein Freibetrag von 730 Mark anvisiert. Ausgehend von einem Nettoverdienst von 2.700 Mark, den auch das Bundesgesundheitsministerium zugrundelegt, errechnet sich (3.620 DM minus 730 DM) eine Familiensozialhilfe von 2.890; Verlust: 548 DM für die Familie, 148 DM beim Alleinstehenden.

c) DGB-Modell: Abzug 213 bis 358 Mark; hier schwankt der Freibetrag zwischen 405 und 540 DM. Die Familiensozialhilfe beträgt demnach 3.215 bzw. 3.080 DM (3.620 DM minus 405 DM bzw. 540 DM); Verlust 213 bis 358 DM, beim Alleinstehenden 58 bis 97 DM.

Proteste

Sozialhilfe-, Erwerbsloseninitiativen und die Koordinierung gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen zusammen mit dem Forum für kritische Sozial- und Gesundheitspolitik wollen den als "Geschenk" dargebotenen erhöhten Freibetrag nicht annehmen. Denn vom Geschenk bleibt nichts übrig, nur die massive Absenkung von Sozialhilfe und Löhnen. Von den Gewerkschaften erwarten sie, das trojanische Pferd nicht noch mit anzuschieben, sondern ihm die Stirn zu bieten! Der Erhöhung der Freibeträge wird nur zugestimmt, wenn vorher das geltende Lohnabstandsgebot aufgehoben wird. Ausführliches Infomaterial erhältlich: Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen, Moselstr. 25, 60329 Frankfurt/M., Tel. 069/250030, Fax 235071.

Guido Grüner

(überarbeitete und aktualisierte Fassung eines Artikel aus "quer", Dezember 1997)

Der Autor ist Redakteur der überregionalen Arbeitslosenzeitung "quer". Die "quer" ist das offizielle Organ der Bundesarbeitsgruppen der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut. Bestelladresse ist: "quer", Postfach 1412, 09581 Freiberg

Aufruf der Initiativen:

Hände weg von Sozialhilfe und Löhnen!

Die Zeit drängt

Die Bundesregierung bereitet gerade eine Verordnung vor, mit der die Freibeträge für Erwerbstätige bei der Sozialhilfe ("Kombi-Lohn") erheblich angehoben werden sollen. Dieser "Anreiz zur Aufnahme von Erwerbsarbeit" ist jedoch nichts als ein trojanisches Pferd zur Kürzung bei allen: Alleinerziehenden, Kindern, Rentnern, Behinderten, Arbeitslosen usw. Der Verordnung muß nur vom SPD-dominierten Bundesrat zugestimmt werden, ein Gesetzgebungsverfahren ist nicht nötig. Der SPD-Parteivorstand ist für eine deutliche Erhöhung der Freibeträge. Der DGB-Bundesvorstand hat am 7.10.97 im Prinzip zugestimmt.

Daher: Erwerbstätige und Erwerbslose gemeinsam gegen die Kürzungen!

Wir fordern Sie auf:

Protestieren Sie bei den Landesregierungen und den dort regierenden Parteien!

Der Bundesrat darf der Verordnung nicht zustimmen!

Protestieren Sie bei den Parteivorständen!

Protestieren Sie beim Bundesgesundheitsministerium!

Informieren Sie breit innerhalb der Gewerkschaften!

Informieren Sie die Wohlfahrtsverbände!

Informieren Sie die Medien!

Klären Sie Arbeitslose, SozialhilfebezieherInnen und Erwerbstätige auf!

Verbreiten Sie die Informationen über den "Kombi-Lohn" auf jede nur mögliche Art!

Bevor es zu spät ist!

Arbeitslosenverband Deutschland / BAG der Sozialhilfeinitiativen / BAG der Initiativen gegen Erwerbslosigkeit und Armut / Forum für kritische Sozial- und Gesundheitspolitik / Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen

Schema zum "Lohnabstandsgebot" in der Sozialhilfe

Verglichen werden die Familieneinkommen zweier fünfköpfiger Familien. Der linke Balken steht für das durchschnittliche Erwerbseinkommen einer Familie einer unteren Einkommensgruppe, der rechte für das Einkommen einer Familie mit Sozialhilfebezug.

Die Höhe des linken Balkens ergibt sich aus Nettoeinkommen, Kindergeld für drei Kinder plus Wohngeld. Das Bundessozialhilfegesetz (§ 22 Abs. 4) schreibt zum 1.7.1999 zwingend vor, daß der rechte Balken unter der Höhe des linken Balkens bleibt (Lohnabstandsgebot).

Der rechte Balken setzt sich zusammen aus: der Miete, einmaligen Beihilfen der Sozialhilfe, den Regelsätzen des Haushaltsvorstandes, eines weiteren erwachsenen Haushaltsmitglieds sowie von drei Kindern (im Alter von 15 bis 18, 7 bis 14 und 0 bis 6 Jahren) und dem Freibetrag bei Erwerbsarbeit.

Das Resultat:

1. Wird der Freibetrag für Erwerbsarbeit erhöht, bleibt darunter weniger Platz für die Regelsätze übrig (dies gilt auch für steigende Mieten). Die Regelsätze müssen sinken.

2. Fallen die Nettolöhne, setzt dies bei gleichbleibenden Mieten und festem Freibetrag die Regelsätze unter Druck.

Beziehungen zwischen unteren Lohn- und

Gehaltseinkommen und der Sozialhilfe

, +, +

Wohngeld, , vorgeschriebener

, , Lohnabstand

Kindergeld, , Freibetrag

, , Regelsatz

, , Haushaltsvorstand

, , Regelsatz erwachsenes Haushaltsmitglied

, , Kind 15-18

Nettolohn, , Kind 7-14

, , Kind 0-6

, , einmalige Beihilfen

, , Miete

31. Zur Kritik des grünen Grundsicherungsmodells

Autor: Heiko Groen · Rubrik: Sozialpolitik; Grüne (und Vorläufer) · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/11.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:11

Wer über Grundsicherung, Existenzgeld, Bürgergeld oder wie auch immer genannte staatliche Grundniveau-Leistung reden will, muß angeben, aus welcher Richtung er/sie an das Thema herangeht. Keine andere Idee ist so anfällig für politische Verzerrungen wie die der Grundsicherung. Milton Friedman, der "Weihnachtsmann" der neoliberalen Ideologen, ist ebenso angetan von ihr wie es Teile der linken Erwerbslosenbewegung sind. Natürlich meinen beide etwas sehr Verschiedenes. Während die FDP sich einen Minimalbetrag unterhalb des Sozialhilfeniveaus vorstellt, der garantiert, daß alle zusätzlich jobben müssen und dies unter der Bedingung, daß der "Rest des Sozialstaates" im Gegenzug verschwindet, meinen die anderen eine Abschaffung des Zwangs zur Arbeit.

Ich kann hier zur eigenen Positionsbestimmung nur soviel sagen, daß ich über zwei Jahre lang Sozialhilfe bezogen habe und dies nur mit Unterstützung Dritter und durch kleinere Jobs halbwegs gut überstanden habe. Während dieser Zeit hatte ich in der Beratung der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO) viel mit Leuten zu tun, die in die Mühlen der Sozialbürokratie geraten sind. Was beispielsweise im amtsdeutsch "Ermessensspielräume" heißt, mutiert für die AntragstellerInnen zur rechtsunsicheren Situation, die sie nur noch mit fachlicher Hilfe vollständig überblicken können. Allein für einen genehmigungspflichtigen Umzug innerhalb derselben Ortschaft mußte ich "mit Hilfe des Amtes" einen Stapel Papier von 0,5 cm Höhe produzieren. Das nennt man dann "bedarfsgerecht"! Eine Grundsicherung sollte diese Sozialhilfe-Bürokratie abschaffen. Vor diesem Hintergrund muß sie, gemessen an der Sozialhilfe, mindestens eine spürbare Einkommensverbesserung darstellen. Das wäre aber nur die notwendige Bedingung. Ob das Resultat der Grundsicherung tatsächlich ausreichend ist, kann so noch nicht bestimmt werden.

Im gewerkschaftsunabhängigen Teil der organisierten Erwerbslosenbewegung wurde der Begriff "Existenzgeld" geprägt, um sich von der Forderung nach einem "Recht auf Arbeit" abzugrenzen. Es sollte klar gemacht werden, daß es einerseits genug Geld gibt, um einen (gemessen an Sozialhilfe) recht üppigen Betrag zu fordern. Andererseits sollte Unabhängigkeit von Erwerbsarbeit dokumentiert werden, weil "Arbeit" unter kapitalistischem Vorzeichen eben kein Privileg ist, mag es heute auch manchem so erscheinen. In diesem Sinne setzt das "Existenzgeld" einen weitgehenden Bruch mit den bestehenden Verhältnissen voraus. Es handelt sich notwendigerweise um eine (machbare) Utopie. Für die heute von Sozialhilfe lebenden Menschen ergeben sich unmittelbare Verbesserungen, wenn tatsächlich ein "Einstieg aus dem Ausstieg" aus der jetzigen Form der Sozialhilfe zumindest eingeleitet werden würde. Damit ein solcher Zwischenschritt aber überhaupt effektiv ist, muß er einige Mindestelemente enthalten:

- Abschaffung der Schikanen durch weitreichende und ausreichende Pauschalierung;

- Reduzierung der Ermessensspielräume der Verwaltung gegen Null;

- kein ständiger Kampf um die Miethöhe, mit der damit verbundenen Drohung eines Zwangsumzugs in Billigstwohnungen oder einer Kürzung der Mietkosten;

- keine Zwangsarbeit oder unsinniger Bewerbungszwang;

- Abschaffung der Unterhaltspflicht;

- Schaffung einer schlagkräftigen Beschwerdestelle, welche die Entlassung/Versetzung von Mitarbeitern der Behörden erwirken kann und nicht von der Verwaltung besetzt wird;

- gleiches Recht für alle, keine Sondergesetze für Flüchtlinge u.a.

Das sind nur einige Punkte einer wohl erweiterbaren Liste, die bei der Prüfung des Modells grüner Grundsicherung Verwendung finden sollte.

Grüne Grundsicherung, erster Versuch

Im Herbst 1996 schlugen die sozialpolitische Sprecherin der grünen Bundestagsfraktion, Andrea Fischer, und andere einen "Diskussionsentwurf für eine BündnisGrüne Grundsicherung" vor. Dieses Konzept wurde aus der

Sozialhilfe weiterentwickelt und sollte die Leistungen "Hilfe zum Lebensunterhalt" (der wichtigste Teil der Sozialhilfe), die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und die Arbeitslosenhilfe ersetzen. Der ursprüngliche Vorschlag sah folgendermaßen aus:

- Eine alleinstehende Person sollte eine sogenannte "Allgemeine Pauschale" in Höhe von 750 DM erhalten und zusätzlich eine Wohnkostenpauschale in Höhe von 450 DM (Kaltmiete). Für jede weitere Person eines Haushaltes sollten nochmals 60% der genannten Pauschalen hinzukommen (450 DM "Allgemeine Pauschale" bzw. 270 DM für das Wohnen). Darüber hinausgehende Mietkosten sollten nur zur Hälfte übernommen werden.

- Sofern Kosten für Kranken- und Pflegeversicherung anfallen, sollten diese (wie bei der Sozialhilfe auch) übernommen werden.

- Einmalige Beihilfen (z.B. für Kleidung) und die Heizkosten, welche innerhalb der Sozialhilfe eigenständige Bedarfspositionen darstellen, sollten durch die "Allgemeine Pauschale" abgedeckt sein.

- Mehrbedarfszuschläge (z.B. für Alleinerziehung) sollten größtenteils abgeschafft bzw. bei medizinisch begründeter Diät oder bei Behinderung als "Hilfe in besonderen Lebenslagen" (der andere Zweig der Sozialhilfe) gewährt werden. Lediglich für RentnerInnen waren 80 DM pro Monat vorgesehen, weil diese auf Dauer GrundsicherungsbezieherInnen seien und somit nicht zwischenzeitig durch Erwerbseinnahmen zurückgestellte Bedarfe befriedigen könnten (die Grundsicherung ist also nicht dauerhaft bedarfsdeckend?).

Die Höhe der Allgemeinen Pauschale wurde nicht aus irgendwelchen Bedarfsüberlegungen, sondern aus der offiziellen Sozialhilfe-Statistik abgeleitet. Für den Regelsatz plus durchschnittliche einmalige Beihilfen plus durchschnittliche Heizkosten wurden so 664 DM monatlich ermittelt. Dieser Betrag wurde um 13% erhöht, um die mangelnde Bedarfsanpassung der Sozialhilfe seit 1993 auszugleichen und zusätzlichen Spielraum zu schaffen (so die Begründung von Fischer u.a.). Auch die Wohnkostenpauschale wurde aus den tatsächlich im Rahmen der Sozialhilfe ausgezahlten durchschnittlichen Wohnkosten errechnet. Diese Bundesdurchschnittswerte sollten aber durch regionale Pauschalen ersetzt werden.

Unter welchen Umständen diese statistischen Durchschnittswerte zustande kommen, war anscheinend kein Problem. Die Beantragung von einmaligen Beihilfen beim Sozialamt ist ein Akt der Unterwerfung unter die kleinkrämerische und entwürdigende Pflicht, den beantragten Bedarf nachweisen zu müssen, und wird von daher weitestgehend vermieden. Dies wurde zwar an anderer Stelle des Vorschlagpapiers als Begründung für eine weitreichende Pauschalierung der Leistungen genommen. Daß die statistischen Grundlagen der "Allgemeinen Pauschale" wie auch der "Wohnkostenpauschale" ein Ergebnis unterdrückerischen Vergabepraxis in den Sozialämtern sind, schien den Verfassern zunächst aber kein Widerspruch zu ihren Zielen (Verbesserung des Leistungsniveaus) zu sein.

Der Hagel der Kritik, der sowohl seitens vieler Sozialhilfe-Initiativen als auch aus der eigenen Partei niederging, richtete sich folgerichtig am häufigsten gegen das geplante Leistungsniveau. Gemessen an halbwegs optimistischen Sozialhilfe-Bedarfsberechnungen erreichen Alleinstehende in dem grünen Grundsicherungsmodell bestenfalls die gleiche Leistungshöhe. Die Gruppe der alleinerziehenden Frauen stünde im allgemeinen schlechter da als vorher.

Grüne Grundsicherung, die Zweite

Im März 1998 wurde eine revidierte und nachgebesserte Fassung des grünen Grundsicherungsmodells vorgestellt. Eine Konsequenz aus der Niveau-Diskussion war eine Anhebung der Allgemeinen Pauschale auf 800 DM und 70% für weitere Haushaltsmitglieder (560 DM). Außerdem wurden auch die Heizkosten in die Wohnkostenpauschale aufgenommen, d.h., sie müssen nicht mehr aus der Allgemeinen Pauschale bestritten werden. Die Wohnkostenpauschale wird an den durchschnittlichen lokalen Warmmieten von Grundsicherungs-haushalten bemessen und nach Haushaltsgröße differenziert; es wurden klare Ausnahmetatbestände definiert, nach denen das Überschreiten der Durchschnittsmieten zulässig ist.

Diese Nachbesserungen ergeben jetzt für eine/n Alleinstehenden bei einer optimistisch geschätzten Wohnkostenpauschale von 500 - 600 DM eine Grundsicherung von 1300 - 1400 DM. Kosten der Kranken-/Pflegeversicherung würden ähnlich wie bei ArbeitslosengeldbezieherInnen als Pflichtbeiträge übernommen. Außerdem sollen Beiträge für die Arbeitslosenversicherung abgeführt werden. In der revidierten

Fassung soll schließlich auch wieder ein Mehrbedarf von 10% für bestimmte Personengruppen möglich sein (etwa für Ältere und Behinderte). Die Unterhaltspflicht der Eltern für ihre volljährigen Kinder (und umgekehrt) soll entfallen. Die Unterhaltspflicht gegenüber minderjährigen (oder in Ausbildung befindlichen) Kindern und gegenüber Ehepartnern bliebe aber erhalten. Das gleiche gilt für "eheähnliche Gemeinschaften": Es bleibt wie in der Sozialhilfe bei einer Einsatzgemeinschaft.

Erwerbsfähige werden bezüglich Ihrer Position auf dem Arbeitsmarkt den Leistungsbeziehenden des Arbeitsamtes gleichgestellt. D.h. eine Arbeitslosmeldung wird verlangt, die Zumutbarkeitsregelungen bzgl. angebotener Jobs sollen aber liberalisiert werden. Wie im ursprünglichen Entwurf bleibt es dabei, daß BezieherInnen von Grundsicherung prinzipiell dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen müssen. Für die Ablehnung zumutbarer Arbeitsangebote war eine Kürzung um 80 DM vorgesehen. Ob und in welchem Umfang dieses Sanktionsmaß beibehalten wird, ist z.Z. unklar. Für BezieherInnen von Grundsicherung soll grundsätzlich ein Zugang zu Arbeitsförderungsmaßnahmen des Arbeitsamtes bestehen. Zwangsarbeit, wie, im Rahmen des § 20 BSHG möglich ist, soll es jedoch nicht mehr geben. Wer zusätzlich Erwerbseinkommen erwirtschaftet, muß sich 80% hiervon auf den Bedarf anrechnen lassen.

Megabehörde "Bürgerbüro"

Die ursprüngliche Vorstellung, als auszahlende Behörde "Grundsicherungsämter" einzurichten, wurde im Laufe der Diskussion durch die Idee des "Bürgerbüros" ersetzt. Fischer u.a. machten sich diese Idee nach einer Expertenanhörung zu eigen. Die Büros sollten im Idealfall für die Gesamtheit aller sozialstaatlichen Leistungen als "Kundenkontaktstelle" dienen. Damit sollte einerseits der Gedanke der Sockelung aller Sozialleistungen verwirklicht werden: Ein für alle zuständiges "Bürgerbüro" kann auf der Basis der allgemeinen Grundsicherung jeweils Aufstockungen bei den unterschiedlichen Hilfearten vornehmen. Andererseits sollte das Jonglieren mit diversen Behördenzuständigkeiten minimiert werden. Damit würde gleichzeitig der Unterteilung in diverse "Problemgruppen" oder Klassifizierungen von Leistungsbeziehenden entgegengewirkt. Ob eine solche Ballung von Fachkompetenz in einer Behörde realisierbar ist und ob die Kommunen dies so umsetzen könnten oder wollten (sie sollen dies selbst gestalten), bleibt wohl ungeklärt. Die AutorInnen des Modellentwurfs konnten sich jedenfalls in Fragen der Behördenzuständigkeit nicht durchsetzen. Vielmehr soll jetzt diejenige Behörde für Auszahlung oder Aufstockung zuständig sein, über die die Leistungsbeziehenden hauptsächlich Gelder erhalten bzw. bei der sie per Zuschreibung eingeordnet werden: RentnerInnen bei den Versicherungsanstalten, Leute mit unzureichendem Erwerbseinkommen bei den Finanzämtern, Arbeitslose bei den Arbeitsämtern,...

"Realitätstüchtige Verbesserungen"?

Die eingangs erwähnten Kriterien heranziehend, ergibt sich ein recht heterogenes Bild über den momentanen Stand der Grundsicherungsdiskussion bei Bündnis 90/Die Grünen. Einiges wurde eingelöst, anderes nur zum Teil, manches gar nicht als Möglichkeit betrachtet (z.B. Behördenkontrolle).

Fischer u.a. haben immer darauf bestanden, daß ihr Vorschlag "realitätstüchtig" und gleichzeitig eine Verbesserung für die "Betroffenen" sein soll. "Realitätstüchtig" ist, was tatsächlich oder vermeintlich bei den WählerInnen ankommt und als "machbar" gilt. So werden mit Blick auf die Bundestagswahl die Argumentationsweisen des "Lohnabstandsgebots" herangezogen, um die ursprünglich knappere Bemessung der Grundsicherung zu begründen (Lohnabstandsgebot: zwingende Vorschrift des Bundessozialhilfegesetzes, nach der Einkommen aus der Sozialhilfe unter den Erwerbseinkommen unterer Lohngruppen liegen müssen, ak). Oder die symbolische Strafe bei Ablehnung von zumutbarer Arbeit wird als Kompromiß gegenüber dem herrschenden Diskurs verkauft. "Akzeptanz" unter der Bevölkerung sei wichtig. Deshalb soll das Modell angeblich auch nur zu 12 Mrd. DM Mehrausgaben führen (Stand 3/98), was in Fachkreisen eher belächelt wird. Andererseits soll eine Verbesserung erreicht werden. Gegenüber der jetzigen Sozialhilfe sind viele der Änderungsvorschläge auch tatsächlich besser wie etwa in Teilen die Neuregelungen der Unterhaltspflicht und der Verfügbarkeit am Arbeitsmarkt.

Ein eher ambivalenter Punkt des Entwurfs war und ist die Pauschalisierung von Leistungen. Die zentrale Gedankenfigur der VerfasserInnen war dabei der "autonome, mündige Bürger", der selbstverantwortlich und ohne Bedarfskontrollen seinen Geschäften nachgeht (Der Bürger ist hierzulande immer männlich, Anm. d. Verf.). Deshalb wurden die Leistungen pauschaliert, auf daß sie eigenverantwortlich bewirtschaftet werden.

Pauschalbeträge hätte die jetzige Bundesregierung auch gerne in der Sozialhilfe: Man kann die tatsächlichen Verhältnisse ignorieren und den "mündigen Bürger" die Suppe auslöffeln lassen, wenn es ein wenig knapp wird. Die Verwaltung wird vereinfacht, und Geld kann eingespart werden: neoliberales Gedankengut in reinster Form!

Pauschalen an sich können somit auch direkt gegen HilfeempfängerInnen gewendet werden. Entscheidend ist doch, ob die pauschalierten Leistungen ihrer Höhe nach überhaupt Spielräume für "freie Konsum-Entscheidungen" schaffen oder ob die Not nur symbolisch abgehandelt wird. D.h. die Höhe der Pauschalen ist zentrales Kriterium für den Charakter des Projekts. Damit steht aber unmittelbar der Verteilungskonflikt im Zentrum der Aufmerksamkeit.

Leisetreterei nach großen Worten?

Bei der Finanzierung der Grundsicherung begeben sich die Grünen in die kontroverse Debatte um die Steuerpolitik. Wie an der Kampagne gegen die Verteuerung von Energiepreisen abzusehen ist, lassen sich Stimmungen sehr leicht schüren. Wer sich bei Fragen der Besteuerung verteilungspolitisch hervortut, um eine ausreichende Grundsicherung zu gewährleisten, wird gut geübte "Sozialschmarotzer-Reflexe" gegen sich haben. Diese Befürchtungen standen bei der ursprünglichen Konzeption der grünen Grundsicherung Pate. Ausgangspunkt war die unter den akzeptierten Rahmenbedingungen momentan verteilbare Masse staatlicher Gelder, deren Zuteilungsmuster verändert werden sollten; die bündnisgrüne Grundsicherung sollte letztlich durch eine Umverteilung von Steuereinnahmen finanziert werden. Für viele Sozialhilfe beziehenden Personen, die aus Angst vor der Behörde keine einmaligen Beihilfen beantragen, wäre dies tatsächlich eine Verbesserung. Nicht wenige würden aus dem Schatten der sogenannten Dunkelziffern hervortreten. Viele würden erstmalig ergänzende Leistungen erhalten. Das größte Einsparpotential der Armutsverwaltungen, die Unkenntnis der Betroffenen über ihre Rechte, würde wegfallen. Selbst wenn es bei denjenigen, die bereits jetzt die ihnen zustehenden Leistungen voll abrufen können, zu keinen Verbesserungen käme, wären die Leistungsansprüche aus der Grundsicherung auch mit zusätzlichen 12 Mrd. DM wohl nicht zu finanzieren.

Bei der Gegenfinanzierung wird auf eine Reform der Erbschafts- und Vermögenssteuer verwiesen. Das trifft in der Tendenz durchaus "die Richtigen". Allerdings müssen sich die Grünen in der konkreten Auseinandersetzung auf ähnlich diffamierende und undifferenzierte Stammtischparolen gefaßt machen wie bei der 5 DM/Liter-Kampagne (Schlagzeile: "Grundsicherungs-Empfänger kann sich Mercedes leisten!"). Und dann wird es richtig interessant, ob sie diesmal kämpferischer zu ihren Forderungen stehen. Zu befürchten ist allerdings, daß auch hier ein "Vermittlungsproblem" ausgemacht wird, dem eine nochmalige Weichspülung der Programmatik folgt. Erst recht, da eine rot-grüne Koalition angestrebt wird. Und die SPD hat jedes Programm schon im Wahlkampf unter Kostenvorbehalt stellt. Haben Bündnis 90/Die Grünen möglicherweise deshalb noch einmal ein verschönertes, revidiertes Modell zur Abstimmung gegeben, weil man wußte, daß die SPD es ohnehin kleinkriegt? Bleiben letztlich nur die neoliberalen Fragmente: niedrigere Pauschalen, weniger Staat, mehr Selbstverantwortlichkeit für weniger Geld?

Bei der partei-internen Diskussion, deren Zeuge ich beim ein oder anderen Mal war, konnte ich mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Gruppe um Andrea Fischer bei der Auseinandersetzung um die Leistungshöhe mehr durch "politischen Instinkt" geleitet war als durch sachliche Untermauerung. Dieser "Instinkt" schielt auf die "Mitte", möchte diejenigen überzeugen, die Steuern zahlen und entwirft Projekte aus dem Blickwinkel des Staates. Die Grünen wollen die Wahl gewinnen und sie wollen ein "realitätstüchtiges" rot-grünes Bündnis. Da darf man nicht zu sehr anecken, indem man den herrschenden Diskurs mit "realitätsfernen" Forderungen provoziert. Wer unter hiesigen Verhältnissen möglichst umgehend an die Macht gelangen will, kann vielleicht nichts anderes tun.

Nur: Kann die Realität durch "Realitätstüchtigkeit" verändert werden?

Heiko Groen

Der Autor ist Mitarbeiter der Arbeitslosenselbsthilfe Oldenburg (ALSO)

32. Neue Arbeit braucht das Land! Zum neuen Boom der Ehrenamtlichkeit

Autor: Dk · Rubrik: Sozialpolitik · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/08.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:08

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Arbeitslosigkeit. Postmoderne Soziologen und PolitikerInnen fürchten dabei nicht so sehr die damit verbundene Verarmung, sondern den drohenden Zerfall der "Arbeitsgesellschaft". Doch die innovativen Ghost Busters haben bereits neue Wunderwaffen parat, mit denen individuellen Sinnkrisen und dem Verlust gesellschaftlicher Solidarzusammenhänge zu Leibe gerückt werden soll: "gemeinnützige Arbeit", "ehrenamtliche Arbeit", "Arbeit für das Gemeinwesen" oder - so die jüngsten Kreationen des Münchner Soziologen Ulrich Beck - "Bürgerarbeit" und "öffentliche Arbeit".

Von Beck bis zum grünen Stadtentwicklungssenator Willfried Maier in Hamburg, von der Bremer "Querdenkerin" Sibylle Tönnies bis zum Club of Rome, der Ausgangspunkt ist immer derselbe: Arbeitslosigkeit ist in erster Linie eine gesellschaftliche und individuelle "Krankheit". Sie löst den "Zusammenhang zwischen Kapitalismus und politischer Demokratie" auf (Beck), führt zum Verlust von "Gemeinschaftlichkeit und Bürgersinn" (Maier) und ist für die Individuen ein "pathologischer Zustand" (Tönnies). Der Therapievorschlag gegen die "Krise der Arbeitsgesellschaft" ist simpel und folgerichtig: mehr Arbeit. Jenseits von Staat und Markt, im "Dritten Sektor" (so der US-amerikanische Wirtschaftsjournalist Jeremy Rifkin), sollen nützliche Dinge und Dienstleistungen für das "Gemeinwesen" und für die individuelle Sinnfindung und "Wiedergewinnung der Würde" (Tönnies) hergestellt werden. Ulrich Beck sieht dabei in den neuen "Gemeinwohl-ArbeiterInnen" den Prototyp für einen neuen "solidarischen Individualismus", und der Grüne Willfried Maier erkennt gar "Elemente des Kommunismus", wenn Bürgerinnen und Bürger in freiwilligem Engagement das Gemeinwesen täglich neu herstellen. Dabei soll es sich erklärtermaßen um Arbeit "jenseits der Lohnarbeit" handeln. "Richtige Arbeit" ja, aber nicht über einen Arbeitsmarkt vermittelt. Nach Ulrich Beck soll die "Bürgerarbeit" zwar be-, aber nicht entlohnt werden. "Bezahlte Arbeit ist in unserer Gesellschaft zu einem Wert an sich geworden", beschwert er sich gegenüber der TAZ. Konsequenterweise soll daher auch unbezahlte Arbeit die Weihen "richtiger Arbeit" erhalten. Statt eines ordentlichen Lohns gibt es eine Grundsicherung zum Sozialhilfesatz plus ideelle Anerkennungen. Ansonsten aber soll die Arbeitskraft strikt ehrenamtlich verausgabt werden. Eine Konstruktion, der selbst bürgerliche Ökonomen nicht unbedingt folgen wollen. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) merkt zurecht an, daß man sich entscheiden müsse: Entweder ist "Bürgerarbeit" Arbeit oder nicht. Wenn ja, müsse man sie auch "mit einem normalen Lohn vergüten". Anderenfalls würde sie lediglich einen neuen Billig-Lohn-Sektor eröffnen (TAZ, 28./29.3.1998).

Schlanker Staat durch Bürgerarbeit

Was dieser "Dritte Sektor" oder "Gemeinnützigkeitssektor" im einzelnen umfaßt, bleibt meistens diffus. Er kann vom gesamten Bereich der frei-gemeinnützigen Wohlfahrt über Selbsthilfeinitiativen und gemeinnützige Arbeit unter staatlicher Regie (von ABM bis Arbeit für SozialhilfeempfängerInnen) bis hin zu Tauschringen, Nachbarschaftshilfe und allen Formen der Schattenökonomie reichen. Die Erosion des "Normalarbeitsverhältnisses", staatliche Arbeitsmarktpolitik und der Rückzug des Staates aus den sozialen und öffentlichen Dienstleistungen haben in der Bundesrepublik bereits in erheblichem Umfang einen "Dritten Sektor" hervorgebracht. Nach Schätzungen des DIW ist jedeR dritte Erwachsene ehrenamtlich tätig. Hundertausende SozialhilfeempfängerInnen leisten "gemeinnützige Arbeit", und ebenfalls mehrere hunderttausend Erwerbslose stecken in ABM- und anderen Maßnahmen der Sozial- und Arbeitsämter, in denen sie "zusätzliche" Arbeiten im "öffentlichen Interesse" verrichten. Aus den unterschiedlichen sozialen Protestbewegungen ist eine Nischen- und Überlebensökonomie entstanden; aus HausbesetzerInnen wurden alternative Planungsbüros, aus Erwerbsloseninis Beschäftigungsträger. Und nicht zuletzt schätzt das Bundesministerium für Arbeit (BMA), daß der Bereich der Schwarzarbeit allein mehrere hunderttausend Putz-, Pflege- und Babysittingjobs beinhaltet. Trotz seiner quantitativen Bedeutung ist es diesem "Dritten Sektor" bisher offensichtlich weder gelungen, die Erwerbslosigkeit zu beseitigen, noch neue Formen von Gesellschaftlichkeit zu produzieren.

"Bürgerarbeit" will erklärtermaßen auf eine keynesianisch-sozialstaatliche Organisation gesamtgesellschaftlicher Verantwortung verzichten. Der Rückzug des Staates aus sozialen und öffentlichen Dienstleistungen wird ausdrücklich begrüßt. Bereits der Bericht der "Zukunftskommission der Freistaaten

Sachsen und Bayern", in der Ulrich Beck zusammen mit dem konservativen Chefideologen Meinard Miegel tätig war, fordert nachdrücklich die Zurücknahme staatlicher Aktivitäten. Und in dem erwähnten TAZ-Interview heißt es ebenfalls unmißverständlich: "Tätigkeiten, die bisher staatlich organisiert waren, sollen mit stärkerer Eigeninitiative von Bürgern wahrgenommen werden", und zwar "Aufgaben in zentralen gesellschaftlichen Bereichen". Auch Willfried Maier verspricht: "Gemeinwesenarbeit verbilligt und verschlankt den Staat." Angesichts knapper staatlicher Mittel müssen "liegengebliebene Arbeiten" eben in Gemeinwesenarbeit erledigt werden. Die Logik ist bestechend: Die arbeitslosen ErzieherInnen, LehrerInnen oder AltenpflegerInnen arbeiten eben ehrenamtlich, unentgeltlich und ohne Tarifrechte in den Kita's, Schulen und Pflegeeinrichtungen, aus denen sie vorher rausgeflogen sind oder in die sie gar nicht erst übernommen wurden. Oder noch besser: Es werden erst gar keine Kita's, Abenteuerspielplätze u.ä. eingerichtet, sondern die (arbeitslosen) Eltern organisieren diese in eigener Regie. "Bürgerarbeit" ist somit eine Variante der Auslagerung - i.d.R. staatlich organisierter - öffentlicher Aufgaben in einen völlig deregulierten Null-Lohn-Sektor.

"Bürgerinitiativen neuen Typs"

Während für Beck der "Gemeinwohl-Unternehmer" als "Mischung von Bill Gates und Mutter Teresa" zur zentralen Figur der "Bürgerarbeit" wird, träumt Willfried Maier als Grüner mit Bewegungserfahrung von "Bürgerinitiativen neuen Typs". Ihm schweben Initiativen vor, die nicht mehr gesellschaftliche Mißstände skandalisieren (Anti-AKW-Inis), in "gewerkschaftlicher Orientierung" Forderungen an den Staat stellen oder gar diese Gesellschaft kritisieren und überwinden wollen, sondern die als reine Selbsthilfeinitiativen die "liegengebliebenen Arbeiten" erledigen, ohne staatliche Fördermittel zu beanspruchen. Ja, die in "kreativer Eigeninitiative" Kindergärten, Schulen, Wohnraum, Gesundheitsversorgung und Pflege sogar billiger produzieren können.

Öffentliche Dienstleistungen sind prinzipiell allen zugänglich. Ihre Regelungen beruhen auf transparenten und geregelten Verfahren und haben oft genug einen einklagbaren Anspruchscharakter. Dieter Emig beschreibt in der AKP 4/1997 sehr nachdrücklich, wie die Verlagerung auf "Bürgerarbeit" hier zu einer Privatisierung der besonderen Art führen kann. Denn jetzt ist nicht mehr geklärt, wer diese in "Bürgerarbeit" erstellten Dienstleistungen nutzen darf. Was ist mit denjenigen, die sich nicht so sehr engagiert haben, z.B. beim Bau oder Umbau eines Kindergartens in Eigenregie nicht mitgemacht haben? Ist es dann Zufall, wenn deren Kinder auf der Warteliste immer überrundet werden? Oder ist es Zufall, wenn nicht-deutsche Kinder irgendwie keine Chance in diesem Kindergarten haben? In dem Kindergartenbeispiel wird es bei den zeitraubenden Elternbesprechungen und Arbeitseinsätzen nicht lange dauern, bis eine Beteiligungselite übrigbleibt. Wer sich Engagement leisten kann, bestimmt über die mit, die nicht können oder wollen. Wer gehört zur "Gemeinschaft", zum "Gemeinwesen" oder auch bloß zum "Projekt" und wer nicht? Und wer entscheidet das? Im Konzept "Bürgerarbeit" werden die Mechanismen von Ausschluß und Ausgrenzung nicht nur bis in den gesellschaftlichen Mikrokosmos hinein verlängert und radikalisiert, sie werden auch informalisiert. Es entsteht ein "common sense" der ehrenamtlichen AktivistInnen, der letztlich durch deren Selbstinteresse definiert ist. Der "solidarische Individualismus" eines Ulrich Beck ist eben nicht gleichbedeutend mit gesamtgesellschaftlicher Verantwortung, die über das eigene Projekt, den eigenen Straßenzug oder das eigene Stadtviertel hinausdenkt. Die Mittelschichtsfixiertheit dieses Modells von "Gemeinwesenarbeit" korrespondiert auffällig mit der "Kommunitarismuswelle" und dem "Gemeinwesenegoismus" der weißen, wohlhabenderen Vorort-Bevölkerung US-amerikanischer Großstädte (auch WASP's genannt: White Anglo-Saxon Protestants). Hier wird das gutbürgerliche "Gemeinwesen" nicht selten zur Festung, gesichert durch eine Mischung aus privaten Wachdiensten und sozialer Kontrolle; ein Effekt von "Gemeinwesenarbeit", mit dem auch Willfried Maier Kriminalität eindämmen möchte.

Daß im Rahmen der "Bürgerarbeit" auch der Standard der öffentlichen Aufgaben und Dienstleistungen sinkt, wird billigend in Kauf genommen: Welcher kommunale Kämmerer würde nicht z.B. bei den Bauvorschriften beide Augen zudrücken, wenn ihm eine Bürgerinitiative in Eigenarbeit einen Kindergarten vor die Türe stellt und er so die bundesgesetzliche Kindergartenplatzgarantie erfüllen kann! Willfried Maier will seine Gemeinwesenarbeit ausdrücklich als unbezahlte Arbeit mit niedriger Produktivität verstanden wissen. Auf die Arbeitsergebnisse käme es dabei gar nicht so sehr an. Inspiriert von Tauschringen und anderen Erscheinungen einer neuen informellen Überlebensökonomie, sollen in Eigenregie Produkte und Dienstleistungen erstellt und getauscht werden, die zwar nicht allen Qualitätsstandards entsprechen, dafür aber eben umsonst sind. Als Hamburger Stadtentwicklungssenator sieht er hier eine Alternative für die

Unterversorgung großstädtischer Armutsquartiere. Deutlicher kann eine Vision von zwei Klassen sozialer und anderer Dienstleistungen nicht formuliert werden: Während diejenigen, die es sich leisten können, professionell erstellte, öffentliche Dienstleistungen kaufen können (z.B. gut ausgestattete und kompetente Pflegeeinrichtungen), werden die anderen auf die labilen Netze des informellen Sektors und auf Leistungen minderer Qualität verwiesen.

Der diskrete Charme

der Pflichtarbeit

Beck, Maier, Tönnies, Rifkin u.a. stellen mit ihren Konzepten von Arbeit fürs Gemeinwohl den Bereich der Lohnarbeit selbstverständlich nicht in Frage. Für sie alle soll der Gemeinwohlsektor parallel neben dem Sektor hochproduktiver Lohnarbeit stehen und diesen ergänzen. Die Frage, die sich unmittelbar aufdrängt, ist: Wer soll die "Bürgerarbeit" leisten? "Menschen, die vorübergehend arbeitslos sind, Jugendliche vor der Berufsausbildung, Mütter nach dem Erziehungsurlaub, ältere Menschen im Übergang zur Rente", hat Ulrich Beck dabei im Sinn. Arbeitslose könnten sich in der "Bürgerarbeit" qualifizieren, den Makel der Arbeitslosigkeit verlieren und für Unternehmen wieder attraktiv werden. Über drei Millionen neue Jobs möchte er mit "öffentlicher Arbeit" schaffen, und auch alle anderen Apologeten der "Bürgerarbeit" wollen vorrangig Arbeitslosigkeit beseitigen.

Zumindest im freiwilligen Teil des Gemeinwohlsektors in der BRD wird dieses postmoderne Job-Wunder aber wohl kaum stattfinden. Wie bereits erwähnt, wird zwar in Vereinen, Wohlfahrtsverbänden, Kirchen und Initiativen in erheblichem Maße unbezahlte, ehrenamtliche Arbeit geleistet. Wie das DIW feststellt, aber nahezu ausschließlich komplementär zur Lohnarbeit, in der Freizeit. Wenn dieser Sektor also überhaupt Erwerbslose erreicht, dann noch am ehesten AkademikerInnen. Schon Becks Figur des "Gemeinwohlunternehmers" orientiert sich eher an einem Franz Beckenbauer, der sich ehrenamtlich der Kampagne "Keine Macht den Drogen" verschreibt, als an der Lebenssituation und den Bedürfnissen einer durchschnittlichen erwerbslosen Mutter oder eines Beziehers von Sozialhilfe. Je konkreter die Vorschläge zu einem Sektor "öffentlicher Arbeit" werden, desto mehr verlassen sie die luftigen Höhen mittelschichtsorientierter Ehrenamtlichkeit und landen in den Niederungen des realexistierenden staatlichen Arbeitsmarktes und der "gemeinnützigen Arbeit".

Unter- und nichtbezahlte "Bürgerarbeit" wird von Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen heute in einer Vielzahl staatlicher Beschäftigungsmaßnahmen geleistet. Außer daß der "Lohn" in diesen Einrichtungen selten über dem Sozialhilfesatz liegt, haben alle Maßnahmen die Eigenschaft gemeinsam, daß sie mehr oder weniger verdeckte Zwangsveranstaltungen sind. Formal haben zwar auch Erwerbslose und SozialhilfeempfängerInnen das Recht, Arbeitsangebote abzulehnen, die Strafe folgt allerdings auf dem Fuße: Sperrzeiten beim Arbeitsamt und Kürzungen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Immer mehr Kommunen folgen den "Modellen" aus Leipzig und Lübeck und verpflichten BezieherInnen von Sozialhilfe zu sog. "gemeinnütziger Arbeit": Laubharken in öffentlichen Grünanlagen, Säuberung von Wegen, Straßen und Plätzen etc. für zwei DM die Stunde. Eine Weigerung kann die vollständige Einstellung von Sozialhilfezahlungen zur Folge haben. In Hamburg fordert die CDU Jahr um Jahr die Wiedereinführung dieser "gemeinnützigen Arbeit", und auch die SPD hat sich solchen Maßnahmen gegenüber auf ihrem letzten Landesparteitag aufgeschlossen gezeigt. So kommt es nicht von ungefähr, wenn Stadtentwicklungssenator Maier in höchsten Tönen die Initiative eines Geschäftsmannes lobt, der SozialhilfeempfängerInnen um sich scharte, um gegen eine "geringe Aufwandsentschädigung" eine größere, öffentliche Grünfläche zu säubern. Für Willfried Maier ein Paradebeispiel für "Gemeinwesenarbeit" und eine "Bürgerinitiative neuen Typs". Und mittlerweile kann auch das Arbeitsamt Erwerbslose zu gemeinnütziger Arbeit verdonnern: Im Kreis Nienburg müssen zur Zeit Erwerbslose zum Spargelstechen antreten. Ulrich Beck und auch Jeremy Rifkin werden nicht müde, die Freiwilligkeit von "Bürgerarbeit" zu betonen. Sie unterlassen es jedoch tunlichst, die rechtlichen Rahmenbedingungen des Bundessozialhilfegesetzes oder des Arbeitsförderungsgesetzes in Frage zu stellen bzw. überhaupt zu thematisieren. In dem Maße aber, wie diese Tätigkeiten mit den sozialhilferechtlichen Instrumentarien umgesetzt werden sollen, kommen sie über den Status ordinärer "gemeinnütziger Arbeit" für SozialhilfeempfängerInnen nicht hinaus: freiwillig ja, aber unter der Drohung, bei Weigerung staatliche Leistungen zu entziehen.

Postmoderner Arbeitsdienst

Andere Befürworter dieser Konzeptionen von "Bürgerarbeit" sind in Sachen Arbeitspflicht weniger zimperlich. In dem "Drei-Schicht-Modell", das der ehemalige Manager Orio Giarini und der Wirtschaftsberater Patrick Liedtke für den Club of Rome entwickelt haben, werden Erwerbslosen und SozialhilfeempfängerInnen 20-Stunden-Jobs im sozialen Bereich zugeteilt. Sie werden zur Arbeit verpflichtet, um den Anspruch auf ein Mindesteinkommen zu erhalten. Die Bremer Sozialwissenschaftlerin und Juristin Sibylle Tönnies propagiert ungeniert die Neuauflage eines Arbeitsdienstes. Es könne nicht angehen, so Frau Tönnies in der ZEIT, daß dieses Instrument ein für allemal durch die Erfahrungen des Nationalsozialismus diskreditiert sei. "Deutsche Jugend im Elend" lautet ihre Diagnose, und es müsse endlich Schluß sein mit falschen Randgruppenstrategien, die "das Normale verachten und das Pathologische bewundern". Statt dessen müsse "Arbeit organisiert werden". Und zwar nicht als einkommenssichernde Lohnarbeitsplätze, sondern als Pflicht zu unentlohnter Arbeit. Sie bezieht sich dabei ausdrücklich positiv auf Beck's "Bürgerarbeit". Im Tönnies'schen Arbeitsdienst sollen vor allem Jugendliche auf der Basis der bereits jetzt möglichen "gemeinnützigen Arbeit" des Bundessozialhilfegesetz umsonst für das Gemeinwohl arbeiten und "Gemeinschaft erleben". Postmodern heißt das Ganze dann nicht mehr "Arbeitsdienst", sondern "Erlebnisdienst", und statt Volkslieder am Lagerfeuer gibt's abends Disco. Ins selbe Horn stößt Hans-Eckehard Bahr, Leiter des Forschungsprojekts "Jugendgewalt und Stadtfrieden" (sic!) an der Ruhr-Universität Bochum. Er fordert ein verbindliches, soziales und ökologisches Engagement, denn "wissen wofür man lebt", ist die Losung der Stunde. Zivildienst und Soziales Jahr sind für ihn die Keimzellen "einer (zivilen) staatsbürgerlichen Dienstpflicht für Männer und Frauen." Dem neuen Charme der Zwangsarbeit können bei soviel wissenschaftlicher Querdenkerei auch grüne PolitikerInnen nicht mehr widerstehen. So bringt der rechtspolitische Sprecher der bündnisgrünen Bundestagsfraktion, Volker Beck, die "gemeinnützige Zwangsarbeit" als strafrechtliches Sanktionsinstrument ins Gespräch (Die "work camps" US-amerikanischer Knäste lassen grüßen!). Und auch Willfried Maier möchte seine "Gemeinwesenarbeit" am liebsten als Pflichtdienst - mit einem "Ehrensold" - organisiert sehen. In der Arbeitspflicht für alle sieht Maier allen Ernstes die "Verwirklichung sozialistischer Organisationsprinzipien" und das Prinzip "Sozialismus statt Sozialstaat".

Das Konzept der "Bürgerarbeit" oder "öffentlichen Arbeit" entpuppt sich gerade mit dem Versprechen, Arbeitslosigkeit beseitigen zu wollen, als eine Kampfansage an Erwerbslose, SozialhilfeempfängerInnen und Arme. Wenn Erwerbslosigkeit in erster Linie als gesellschaftliche und individuelle "Krankheit" interpretiert wird, wird "Arbeit an sich" zu einem therapeutischen Instrument. Es geht dann weder um individuelle Bedürfnisse, Einkommen, Arbeitsbedingungen, ArbeitnehmerInnenrechte usw., sondern nur noch um die therapeutische Beseitigung pathologischer Zustände. Arbeit oder, genauer, irgendeine Form von Beschäftigung wird so zu einem Beitrag der "Volksgesundheit". Gleichzeitig zementiert die "Gemeinwohlarbeit" die Verpflichtung zum "Dienst an der Gemeinschaft" als Voraussetzung für staatliche Transferzahlungen. Selbst die minimalste Existenzsicherung muß erst einmal "verdient" werden. Es ist vor diesem Hintergrund wenig erstaunlich, daß "gemeinnützige Arbeit" als allgemeine Arbeitsverpflichtung gerade in den "Mutterländern" der "Bürgerarbeit", den USA und Großbritannien, zentraler Bestandteil der "Sozialhilfereformen" ist.

Schöner Schein

der Emanzipation

Die Debatte um "Ehrenamtlichkeit" und "Bürgerarbeit" richtet sich explizit sowohl gegen das fordistische Normalarbeitsverhältnis als auch gegen den Sozialstaat keynesianischer Ausprägung. Dabei greift sie vordergründig durchaus Forderungen und Bedürfnisse emanzipatorischer Bewegungen auf. So etwa die Kritik der Frauen- und Erwerbslosenbewegung am herrschenden Arbeitsbegriff und der Lohnarbeitszentriertheit. Oder die Bedürfnisse nach selbstbestimmtem und kollektivem Arbeiten, die einmal aus dem Bereich der "alternativen Ökonomie" und von Selbsthilfeinitiativen gegen die kapitalistische Lohnarbeit formuliert worden sind. Und auch der keynesianische Sozialstaat wird ja aus guten Gründen von links als bürokratischer Kontrollstaat kritisiert. Selbst die Bismarcksche Sozialgesetzgebung ist ja nicht nur ein Zugeständnis an die Arbeiterbewegung gewesen. Sie war gleichzeitig ein Akt der Enteigung selbstorganisierter und selbstverwalteter Versicherungskassen der ArbeiterInnenklasse. Im Konzept der "Bürgerarbeit" werden all diese Bedürfnisse und Ansprüche ihres emanzipatorischen Gehalts beraubt. Dieser Jargon pflegt die abstrakte Beschwörung von "Eigeninitiative" und "Selbsthilfe", um im Konkreten zum Wegbereiter für neue Billiglohnsektoren, Zwangsarbeitsverhältnisse und den Abbau öffentlicher und sozialer Einrichtungen und Dienstleistungen zu werden.

Dk

Literatur:

Sibylle Tönnies; "Verlorener Zusammenhalt", TAZ, 13.3.1998

dieselbe, "Arbeitsdienst? Warum nicht!", Die ZEIT, 12.7.1996

"Mutter Teresa und Bill Gates in einer Person", Interview mit Ulrich Beck, TAZ, 2.1.1998

"Gemein oder gemeinnützig", TAZmag, 28./ 29.3.1998

Willfried Maier, "Gemeinwesenarbeit für alle!", Hamburg 1996

derselbe, "Rekonstruktion des Gemeinwesens durch soziale und ökologische Bürgerinitiativen", Hamburg 1996

Hans-Eckehard Bahr, "Wissen, wofür man lebt. Europäischer Aufbaudienst - eine Alternative ohne Tabus", Die ZEIT, 6.9.1996

Dieter Emig, "Gemeinsinn oder Solidarität?", AKP, 4/1997

33. Was bringt das MAI den Frauen? Anmerkungen zum Investitionsabkommen aus ökofeministischer Sicht

Anmerkungen zum Investitionsabkommen aus öko-feministischer Sicht

Autor: Maria Mies · Rubrik: Imperialismus und Weltwirtschaft; Frauen · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/32.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:32

In ak 411 berichteten wir zum ersten Mal über das geplante Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI), gegen das inzwischen bundesweit von verschiedenen politischen Gruppen mobilisiert wird. Am 25.4.98 trafen sich über 500 TeilnehmerInnen in Köln zum "Kongreß über das MAI", zu dem das Komitee Widerstand gegen das MAI aufgerufen hatte. Das Komitee ist auch Herausgeber des folgenden Textes von Maria Mies, den wir hier in einer gekürzten Fassung veröffentlichen.

Vorweg: Es ist Zeit, vom Glauben abzufallen!

Die Frauenfrage ist eine Art Lakmus-Test. Wer sie stellt, ob in privaten oder öffentlichen, lokalen oder globalen Zusammenhängen, merkt sofort, was an dem dran ist, was das jeweilige Gegenüber schreibt, verkündet, behauptet, predigt. Diesen Lakmus-Test möchte ich hier an dem Multilateralem Abkommen über Investitionen (MAI) durchführen, das von seinen Befürwortern in der Präambel angepriesen wird: als Weg zur Entwicklung der Völker, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Verbesserung des Lebensstandards, zur Sicherung internationaler Investitionen, die als Motor "nachhaltigen ökonomischen Wachstums" dargestellt werden, das mit der Rio-Erklärung über Umwelt und Entwicklung und der Agenda 21 übereinstimmen soll (The MAI-Negotiation Text 14. Februar 1998, S. 7-8).

Die Befürworter der Globalisierung der Wirtschaft und des weltweiten Freihandels, garantiert durch GATT (General Agreement on Trade and Tarif) und WTO (World Trade Organisation) und nun auch durch die weltweite Freiheit für Investoren, behaupten, nur durch eine globale, deregulierte, auf Privateigentum basierende Wirtschaftspolitik seien Armut, Ungleichheit und Arbeitslosigkeit abzuschaffen.

Die neoliberale Wirtschaftsphilosophie basiert auf einigen zentralen Glaubenssätzen, die der Bevölkerung Non-Stop von den Führern der Wirtschaft, der Politik und der Medien gepredigt werden. (...) Einige der wichtigsten Glaubenssätze dieses Credos sind folgende:

1. Eine Wirtschaft muß permanent wachsen. Nur durch Wirtschaftswachstum sind neue Arbeitsplätze zu schaffen.

2. Wirtschaftswachstum entsteht durch das Wachstum der Produktivität der Arbeit, d.h. durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt, der menschliche Arbeit immer überflüssiger macht, und in kürzerer Zeit immer mehr produziert.

3. Angetrieben wird dieser Wachstumsmotor ferner durch das Gesetz der internationalen Konkurrenz; sie liegt in der menschlichen Natur begründet, denn jeder Mensch ist nur motiviert durch sein Eigeninteresse.

4. Die neoliberale Politik, die stets nach "komparativen Kostenvorteilen" sucht, schafft im Endeffekt ein "level playing field" für die ökonomischen "global players". So entstehen Vorteile für alle.

5. Alle nationalen Hindernisse und protektionistischen Maßnahmen müssen beseitigt werden, damit sich ein solch freies Spiel der Marktkräfte entfalten kann.

6. Alle noch nicht "entwickelten" Kontinente, Völker, Regionen, Gebiete, Geschlechter, "Rassen", Klassen werden durch diese Marktkräfte per "trickle-down-Effekt" bzw. nachholender Entwicklung auch an diesem globalen Spiel teilnehmen und schließlich mit den dominanten "Spielern" aufholen. So wird Gleichheit aller entstehen.

7. Ausländische Direktinvestitionen sind absolut notwendig, denn sie schaffen Wachstum und Arbeitsplätze.

(...) In Bezug auf den Frauen-Lakmustest ist mir der 6. Glaubenssatz besonders wichtig. Denn er hat besonders nach dem 2. Weltkrieg die Frauen weltweit durch den Mythos der "nachholenden Entwicklung" - politisch ist es der Mythos der Frauengleichstellungspolitik - hinters Licht geführt.

Diese Glaubenssätze stehen in kraßem Gegensatz zu den Erfahrungen, die die meisten Menschen, insbesondere Frauen, in der Realökonomie machen. Weltweit hat sich ihre Lage seit 1980, dem Beginn der offenen neoliberalen Politik nicht verbessert, sondern verschlechtert. Die letzten UN-Berichte zur Situation von Frauen belegen, daß sie weltweit 66% aller Arbeitsstunden leisten, nur 10% des Welteinkommens verdienen und 1% des Weltvermögens besitzen. Obwohl sie den weitaus größten Teil der täglichen Nahrung produzieren (80% in Afrika, 60% in Asien, 40% in Südamerika), sind sie am meisten von Hunger und Armut betroffen. (...) Heute sind von den 1,3 Milliarden Armen der Welt 70% Frauen. Die Zahl der Landfrauen, die in absoluter Armut leben, ist in den beiden letzten Jahrzehnten, seit die Weltwirtschaft vom Neoliberalismus beherrscht wird, um 50% gestiegen (Carter 1997, S. 26).

Doch nicht nur in der "Dritten Welt" erleben Frauen das Gegenteil dessen, was die Priester und Leviten des globalen und radikalen Marktkapitalismus predigen, sondern auch in den reichen Industrieländern, wo die Kluft zwischen den Profiteuren und den Opfern dieser Religion immer größer wird. Und gebetsmühlenhaft wiederholen die Statistiken, daß die Mehrzahl der Opfer Frauen und Kinder sind.

Was will das MAI?

1. Es bringt den Multis, den Banken, Geldspekulanten bisher nicht gekannte Macht überall in der Welt, in allen Bereichen, alles unter der Sonne zur "Investition" zu erklären und dort ihre profitträchtigen Geschäfte zu machen, ohne von einer nationalen oder subnationalen Regierung kontrolliert, eingeschränkt oder reglementiert zu werden. (...)

2. Diese Selbstentmachtung erfolgt vor allem durch die Klauseln über die "nationale Behandlung" und die "Meistbegünstigsten"Klausel. Konkret heißt das: Keine Bundes- Länder-, Gemeinderegierung darf einheimische, lokale Firmen gegenüber ausländischen Investoren und Investitionen bevorzugen (etwa durch Steuervorteile, Subventionen und ähnliche Anreize). Wenn z.B. ein Staat einheimische Kleinbetriebe, etwa im Restaurantbereich, durch solche Vergünstigungen fördern will, muß er dieselben Vergünstigungen auch einem US-Multi gewähren. Die Folge ist klar: Der US-Multi - etwa Mc Donalds - wird die bayrischen Kleinbetriebe wegkonkurrieren.

3. Weiterhin geben die Regierungen, die das MAI unterzeichnen, das Recht auf, von den Konzernen bestimmte Leistungen zu fordern: etwa die, daß sie eine bestimmte Zahl von Arbeitsplätzen schaffen oder erhalten, daß sie lokale Arbeitskräfte einstellen, einheimische Rohmaterialien verarbeiten, lokale Dienstleistungen anheuern, Gesetze zum Schutz der Landnutzung respektieren, Profite in diesem Staat, Land und dieser Gemeide reinvestieren müßten. Alle diese Leistungsanforderungen sind nach dem MAI verboten.

4. Das MAI macht es Staaten auch unmöglich, den Import und Export von Kapital oder Währungsspekulationen oder Finanzinvestitionen zu reglementieren. Der Spekulation wird Tür und Tor geöffnet, und plötzliche Finanzeinbrüche wie in Ost- und Südostasien sind vorherzusehen.

5. Staaten dürfen ausländische Investoren weder "direkt noch indirekt enteignen" oder Maßnahmen ergreifen, die einen ähnlichen Effekt haben, ohne direkte Entschädigung. Unter MAI-Bedingungen wird aber bereits die Aussicht, daß einer Firma zukünftige Profite wegen eines bestimmten Gesetzes entgehen könnten, als "Enteignung" bezeichnet. Beispiel: Die Ethyl-Corporation (USA) verklagt den kanadischen Staat auf Schadensersatz in Höhe von 251 Millionen US-Dollar, weil dieser letzten April ein Gesetz zum Verbot vom MMT in Benzin erlassen hat. MMT ist eine toxische Substanz,die Ethyl-Corporation produziert. Sie vergiftet die Luft. Ethyl-Corporation verklagt Kanada nach den Regeln von NAFTA (Nordamerikanische Freihandelszone, ak) - dem Vorbild für das MAI - wegen "indirekter Enteignung", d.h. wegen entgangener zukünftiger Profite und der Schließung ihrer Firma in Kanada. In ähnlicher Weise verklagt eine kalifornische Müllentsorgungsfirma den mexikanischen Staat, weil dieser nicht erlauben will, daß diese Firma Sondermüll in Mexiko ablädt.

6. Letztere Fälle machen deutlich, was das neue Streitschlichtungsverfahren im MAI bewirken kann. Konzerne können nach dem MAI Staaten verklagen und haben dabei einen ähnlichen Status wie Staaten selbst. Sie

können diese Klagen bei einem nationalen Gericht einreichen, sie können aber auch zu einer internationalen Streitschlichtungsstelle gehen, die nicht demokratisch legitimiert und kontrolliert ist.

7. Schutz vor Unruhen. Die unterzeichnenden Staaten haben für ein günstiges Investitionsklima zu sorgen. Für soziale Unruhen, bürgerkriegsähnliche Zustände - Streiks, usw. Studenten- und Bauerndemos - die Profite der Investoren schädigen können, müssen die Staaten Entschädigung zahlen.

8. Dauer: Ein Staat kann das MAI erst nach fünf Jahren kündigen. Für die ausländischen Investoren in diesem Land gelten aber die MAI-Bestimmungen noch weitere 15 Jahre. (...)

9. Roll-back und Standstill. Besonders gefährlich ist das MAI wegen jener Klauseln, die verlangen, daß Unterzeichnerländer alle ihre Gesetze, Regeln, Maßnahmen bis zu einem bestimmten "Sunset"-Moment MAI-konform machen. (...) Die Standstill-Klausel verlangt überdies, daß keine neuen Gesetze und Regelungen erlassen werden, die dem MAI nicht entsprechen. Beispiel: Frauenförderung. Die gesetzlichen Bestimmungen auf nationaler (deutscher) oder EU-Ebene zur Gleichstellung von Frauen sind bereits jetzt so erbärmlich, vage und zahnlos, daß Frauen kaum eine Verbesserung ihrer ökonomischen und sozialen Situation erwarten können. Das MAI wird diese Situation für die Zukunft einfrieren, weil z.B. Gleichstellungsforderungen mit Männerlöhnen ein massives Investitionshemmnis wären.

10. Das MAI eröffnet der "Dritten Welt" gnädig einen möglichen Zutritt aber zu den Bedingungen, die die OECD-Länder bis dahin festgelegt haben. (...)

Was bedeutet das MAI

für Frauen?

Wenn frau das inzwischen an die Öffentlichkeit geschmuggelte Original des Verhandlungstextes des MAI liest, mag sie sich zuerst wundern, daß der sonst bei internationalen Verlautbarungen heute rituell hinzugefügte Begriff "gender" im MAI ganz fehlt. Also: Frauen kommen nicht vor, wenigstens sprachlich nicht.

Sie kommen aber nicht nur nicht vor, sie werden, wenn das MAI-Abkommen von den OECD-Regierungen unterzeichnet ist, die mageren Fortschritte, die sie in den vergangenen Jahren in bezug auf Frauenförderung und Frauengleichstellung erreicht hatten, sowohl auf bundesdeutscher wie auf EU-Ebene vergessen können. Denn die meisten dieser "Fortschritte" beruhen lediglich auf frommen Absichtserklärungen, die keine gesetzlich bindende Kraft haben.

Frauen in der EU haben keinen gleichberechtigten Zugang zur Erwerbsarbeit, werden als erste gefeuert und als letzte geheuert, sie bekommen im Durchschnitt nur 70% der Männerlöhne, ihre Erwerbslosenquote ist um die Hälfte höher als die der Männer, sie arbeiten zu einem ganz erheblichen Teil in sog. "atypischen Arbeitsverhältnissen", die ihnen ermöglichen, unbezahlte Hausarbeit mit schlechtbezahlter Erwerbsarbeit zu kombinieren, 75-92% aller Teilzeitarbeit ist weiblich. (...)

Karin Junker (MdEP) hat schon vor der Diskussion um das MAI vor zu großer Euphorie in bezug auf die EU-Frauenförderung gewarnt. Sie weist vor allem auf die Blockadepolitik des Ministerrates bezüglich der Gleichstellungspolitik hin. Dort sei vor allem der deutsche Sozialminister dafür verantwortlich, daß Kompromisse nur auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner zu erzielen seien. Eine soziale Absicherung von "atypischen Arbeitsverhältnissen" (z.B. 610-DM-Jobs und andere ungeschützte Frauenarbeit) gelte als absolut unmöglich. Besonders die Deutschen stellten sich da quer. Statt bindender Gesetze gäbe es in dem Vertrag Selbstverpflichtungen und Empfehlungen, die keinen rechtsverbindlichen Charakter haben (Junkers, S. 5 ff.)

Was heißen nun diese Absichtserklärungen, Kannbestimmungen und die dickfellige Resistenz, die Frauen in "Normalarbeitsverhältnisse" zu überführen unter MAI-Verhältnissen? Die Rollback- und Standstill-Klauseln besagen, daß Gesetze und Regelungen, die nicht MAI-konform sind, d.h. der Freiheit der Investoren im Wege stehen, abgebaut werden müssen. Ferner dürfen keine neuen Gesetze und Regelungen erlassen werden, die nicht dem MAI entsprechen. Für die Frauen in den Unterzeichnerländern bedeutet das konkret, daß die miserable Lage, in der sie sich bereits befinden, eher verschlechtert wird. Auf keinen Fall können sie darauf hoffen, daß die Gleichstellungspolitik sich unter MAI-Verhältnissen fortentwickeln würde. (...)

Das MAI betont in seiner Fassung vom 14.2.1998, daß die "Kernarbeitsrechte" und die "Kern-Umweltrechte" nicht abgesenkt werden dürften, um ausländische Investoren anzulocken. Wenn wir nun die

Frauenarbeitsverhältnisse weltweit aber auch in der EU ansehen, dann müssen wir feststellen, daß der weitaus größte Teil der Arbeitsverhältnisse sowieso nicht durch die von der ILO (Internationale Arbeitsorganisation) definierten "Kernarbeitsrechte" geschützt sind. Deshalb heißen sie ja "ungeschützte" Arbeitsverhältnisse. Sie umfassen Heimarbeit, Zeitarbeit, Teilzeitarbeit, (...) etc.. Die Konzerne werden das Verbot der Absenkung von "Kernarbeitsstandards" einfach dadurch umgehen, daß sie auf solche "atypischen Beschäftigungsverhältnisse" ausweichen. Und zwar nicht nur für Frauen, sondern demnächst auch für Männer. (...)

MAI-quiladoras überall?

Wer nach einem Modell für zukünftige MAI-mäßige "Beschäftigungs"-Verhältnisse (von "Arbeits"-Verhältnissen wird nicht mehr geredet) sucht, kann sie in den sog. Freien Produktionszonen (FPZs), Exportproduktionszonen (EPZ) in Asien oder in den Maquiladoras in Mexiko und Zentralamerika finden. Überall in der Dritten Welt, wo Staaten versuchen, durch schnelle Industrialisierung das westliche Wirtsschaftsmodell nachzuahmen, sind solche EPZs oder Maquiladoras entstanden. Sie sind das Geheimnis des raschen Wirtschaftswachstums solcher Länder wie Südkorea, HongKong, Taiwan, später Thailand, Indonesien, heute sogar Bangladesch, China und Vietnam.

Worin besteht das Geheimnis dieses raschen Wachstums? in den FPZs oder Maquiladoras sind 80-90% der Arbeitskräfte junge Frauen zwischen 15 und 25 Jahren. Sie werden entlassen, wenn sie heiraten, denn die ausländischen Konzerne wollen nicht für den Mutterschaftsschutz zahlen.

Die Firmen, die in diesen FPZs oder Maquiladoras arbeiten, brauchen dem Gastland keine Steuern, keine Ausfuhr- und Einfuhrzölle zahlen, können ihre Profite vollständig exportieren, brauchen dem Gastland ihre Technologie nicht zu transferieren und sind nicht gehalten, die Entwicklung dieses Landes zu fördern. Die Konzerne haben also quasi alle Rechte und die Regierungen der Gastländer sorgen dafür, daß sie die billigsten, gefügsamsten, am leichtesten auszubeutenden Arbeitskräfte bekommen, die am wenigsten über Arbeitsrechte, Gewerkschaften, Arbeitsschutz usw. wissen. Gewerkschaften sind verboten. (...) Es gibt keine Regelung über Minimallöhne. In der Regel betragen die Löhne dieser jungen Produktionsarbeiterinnen einen Bruchteil des Lohnes einer Arbeiterin oder eines Arbeiters in den USA oder in Europa (...); sie haben keinerlei Arbeitsschutz, können nach Belieben gefeuert werden, sind schutzlos den sexuellen Belästigungen, sogar den physischen Mißhandlungen durch die Männer ausgesetzt. Um über die Runden zu kommen, sind sie gezwungen, Überstunden zu machen, so daß ein Arbeitstag bis zu 18 Stunden beträgt.

In diesen FPZs werden vor allem Kleider, Textilien, Elektronik, Spielzeug für den europäischen, japanischen, nordamerikanischen Markt hergestellt. Alle diese "Tiger"-Staaten sind gierig, ausländische Investoren anzulocken. Wie Zuhälter bieten sie ihre jungen Frauen dem internationalen Kapital an und ändern ihre Arbeitsschutzgesetze in der Weise, daß den ausländischen Konzernen keinerlei Hindernisse bei der Ausbeutung dieser Frauen im Wege stehen. Das Committee of Asian Women (CAW) berichtet in seinem Newsletter vom Januar 1998, daß die südkoreanische Regierung das Arbeitsrecht so verändert habe, daß die Unternehmer nach belieben Massenentlasssungen durchführen, statt Vollzeitarbeit Teilzeitarbeit und Gelegenheitsarbeit einführen, um ihre Firmen zu "verschlanken".

Diese FPZs, EPZs und Maquiladoras sind m.E. das Modell, nach dem die MAI-Befürworter die Arbeitsverhältnisse auch in den reichen Ländern dieser Erde gestalten wollen. Manche mögen denken, daß es solche Verhältnisse in einem "zivilisierten" Land wie Deutschland nie geben könnte. Sie vergessen dabei erstens, daß solche brutalen Verhältnisse der tatsächliche Untergrund unserer "Zivilgesellschaft" sind, und zweitens, daß die Vorbereitungen zu solchen Maquiladoras - hier nennt man sie neutral "Sonderwirtschaftszonen" - bereits in vollem Gange sind. Denn in diesen "Sonderwirtschaftszonen" sind die Kernarbeitsrechte durch die Regierungen sowieso schon außer Kraft gesetzt, um Auslandsinvestitionen anzulocken. Und mit jungen, unerfahrenen Frauen ist das ja zu machen. Die gelten sowieso nicht als richtige Arbeiterinnen. Minister Rexrodt hat schon vor Jahren gesagt, es sei notwendig, in Deutschland Billiglohnsektoren zu errichten, denn sonst ginge das deutsche Kapital in Billiglohnländer. Und Frauen seien ja ausgezeichnet dafür qualifiziert, solche Arbeit zu tun, denn sie könnten ja Familienarbeit und Erwerbsarbeit flexibel kombinieren (Bennholdt-Thomsen, Mies 1997).

Natürlich werden die Verhältnisse in deutschen oder holländischen MAI-quiladoras - so möchte ich sie nennen - nicht gleich so unmenschlich sein wie in China, Vietnam, Bangladesch oder Sri Lanka. Diese neu zu errichtenden "Sonderwirtschaftszonen" werden natürlich (zunächst) die Kernarbeitsrechte respektieren. Sie werden auch schönere Namen haben, wie das bereits jetzt in dem von der Vestischen Gruppe der Industrie- und Handelskammer Münster geförderte Projekt "New Park" im Emscher-Lippe-Gebiet geschieht, einem de-industrialisierten Gebiet, in dem besonders ausländische Investoren angeworben werden sollen, um neue Betriebe anzusiedeln. In einem 300 ha großen Gelände soll nach dem Geschäftsführer der IHK, Schulte-Uebbing, "eine Art Sonderwirtschaftszone" entstehen, zu deren Bedingungen gehören: die Befreiung von Gewerbe- und Grundsteuern, sowie niedrige Gebühren für Ver- und Entsorgungsleistungen; neue Wege der Tarifgestaltung durch einen für New Park geltenden Tarifvertrag;- flexible Arbeitszeitgestaltung und variable Lohnformen. (IHK 1997) Die SPD und die Gewerkschaften unterstützen das Projekt "New Park". Der DGB-Kreisvorsitzende sagt: "Wir hatten die Befürchtung, daß ‚New Park' Billiglohnland werden soll. Jetzt aber sehen wir darin eine Chance und werden das Projekt unterstützen". (Recklinghauser Zeitung, 28.11.97)

Kurz und knapp, liebe Frauen, mit "nachholender" Entwicklung, Gleichstellung, Antidiskriminierung und dergleichen schönen Dingen, wie sie unsere Verfassungen fordern, wird es unter dem Regime des MAI nichts werden. Wenn wir diese Zukunftsperspektive nicht akzeptieren wollen, müssen wir uns jetzt gegen die Globalisierung und das MAI wehren.

Maria Mies

Literatur:

Bennholdt-Thomsen, V.; Mies, M. 1997: Eine Kuh für Hillary. Die Subsistenzperspektive. Frauenoffensive, München.

Carter, Barry 1998: World's Women Seriously Threatened by the MAI, in: The CCPA Monitor, Toronto, Dec. 1997/Jan. 98, S.26.

Clarke, Tony & Maud Barlow 1997: MAI - The Threat to Canadian Sovereignty, Stoddard, Toronto.

IHK Münster (Hg.) 1997: New Park, Baustein der Zukunft, Münster.

34. Johannes Agnoli über herrschende Politik und linke Emanzipationsstrategien (Interview)

Interview mit Johannes Agnoli über herrschende Politik und linke Emanzipationsstrategien

Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; Diskussion · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/01.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:01

Der heute 72jährige Johannes Agnoli lehrte bis 1990 Politikwissenschaften an der FU Berlin und lebt seit seiner Emeritierung in Italien. Mit seinem Hauptwerk Die Transformation der Demokratie war er einer der wichtigen Mentoren der 68er Revolte. Seine an Marx anknüpfende Staatskritik betont, daß es linker Politik weniger um das gestörte Verhältnis der Politik zur Verfassung gehen sollte als vielmehr darum, daß die Verfassung die Regelung eines gesellschaftlichen Verhältnisses ist, in dem die Menschen zu erniedrigten, geknechteten, verlassenen und verächtlichen Wesen gemacht werden. Er vermeidet dabei die Fehler vieler linker Ansätze, die den Staat entweder vom Kapital ableiten, ihn auf Ökonomie reduzieren oder ihn von der Ökonomie verselbständigen, zur autonomen politischen Instanz machen wollen. Solcherart Staatskritik verliert auch nach dem Zusammenbruch des von Agnoli in der Tradition der Neuen Linken stets auf heftigste kritisierten östlichen Nominalsozialismus nichts von seiner Aktualität. Denn "gerade der Gegenstand Kapitalismus und sein Staat ist nicht nur nicht überholt, hat vielmehr alles übrige überholt und weggeräumt", wie er 1995 schrieb.

Frage: Die Zukunft des Staates, der Ökonomie und der zivilen Gesellschaft werden heiß diskutiert. Eine prinzipielle Staatskritik wie die deine, die auf das Zerstören, das Absterben staatlicher Strukturen aus ist, findet dabei allerdings keine nennenswerten Anhänger mehr.

Johannes Agnoli: Zerstören? Zwar sagt Marx in einer Inauguraladresse, man müsse, um der Emanzipation willen, den Staat zerstören. Ich schlage für die gleiche Sache eine andere Bestimmung vor. Es geht darum, daß man neue Organisationsformen der Gesellschaft findet, die der Form Staat nicht mehr entsprechen. Der Staat ist auf Unter- und Überordnung gegründet, ist Ausdruck einer Politik, die sich als Herrschaft versteht. Was also überwunden werden soll, nenne ich etwas anders den objektiven Zwangscharakter unserer Gesellschaft. Die Tatsache also, daß unser gesellschaftliches Leben bedingt und bestimmt wird durch Strukturen, die einen Zwangscharakter haben. Diese Strukturen konkretisieren sich dann auf der politischen Organisationsebene als heutiger Staat. Was ja nicht immer der Fall gewesen ist, denn der Staat ist eine relativ moderne Erscheinung.

Was die allgemeine theoretische Debatte betrifft, ist sie vielleicht noch nicht so weit, aber angefangen von dem Problem der Grenzen und des Endes des Fiskalstaates bis hin zu den Vorschlägen, den Nationalstaat zu überwinden, wird schon darüber diskutiert. Allerdings nicht in der Perspektive, diesen Zwangscharakter endlich mal abzuschaffen oder zu überwinden. Das ist richtig. Aber das ist immer der Fall gewesen. Es ja keineswegs so, daß das berühmte Absterben des Staates im Zentrum einer großen Debatte gestanden hätte. Im Osten war es bloße Proklamation, eine Ritualaussage. Im Westen war die Diskussion immer beschränkt auf eine relativ kleine Gruppe von Menschen.

Interessant ist übrigens, daß die Theorie vom Absterben des Staates keineswegs marxistischen Ursprungs ist. Auch nicht anarchischen Ursprungs. Der erste Philosoph, der ausdrücklich vom Absterben des Staates sprach, war Fichte. In seinen Vorlesungen über Staatsrecht von 1802 sprach er von der Regierung, die die Aufgabe hätte, sich selbst überflüssig zu machen. Und der Staat, so Fichte wörtlich, müsse absterben. Das Eigentümliche an Fichte ist jedoch, daß er das Absterben des Staates als Folgeerscheinung einer Zwingherrschaft verstand. Man müsse die Menschen zur Freiheit zwingen und vor dem Absterben des Staates käme es also zur Zwingherrschaft. Es war diese Fichtesche Perspektive, nicht die Marxsche, die - vielleicht unbewußt - in das östliche Experiment einging. Auch hier ein starker Staat, der gewissermaßen sein eigenes Absterben zwangsweise gewalttätig herbeiführt.

Du betonst immer wieder, daß, wer den Staat aufheben will, ihn auch entsprechend kennen muß. Und du kritisierst, daß die wenigsten ihn heutzutage richtig kennen. Was ist also ganz konkret der bürgerliche Staat, den du als ein sinnlich-übersinnliches Wesen bezeichnest?

Die Bezeichnung "übersinnlich" wird von Marx auf die Ware bezogen und genauso wie die Ware ist der Staat sinnlich und übersinnlich. Der Staat ist ein riesiges ideologisches Konstrukt. Das hat man immer im Auge, wenn man sagt, der Staat ist die bloße Erscheinungsweise kapitalistischer Gesellschaft. Doch der Staat ist nicht nur das, ist nicht nur die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Der Staat ist auch der Staat, der die Steuern eintreibt, der das Steuersystem oktroyiert. Er hat also auch eine sinnliche Seite, eine des konkreten Eingriffs in den Alltag der Menschen, aber auch des konkreten Eingriffs in die Ökonomie. Das ist meine alte Auseinandersetzung mit dem orthodoxen Marxismus. Von dem her meinen manche, daß der Staat nicht die Möglichkeit habe, in die Ökonomie, in den Verwertungsprozeß einzugreifen. Das stimmt aber nicht, denn schon das Steuersystem - an sich eine anscheinend oberflächliche Erscheinung - greift doch in den Verwertungsprozeß ein, denn er setzt bestimmte Rahmen, und nur innerhalb dieser Rahmen kann das Kapital seinen Verwertungsprozeß organisieren. Es ist ja keineswegs so, daß nur die abhängigen Massen Steuern zahlen. Auch nicht, daß das Kapital nur auf dem Markte, völlig jenseits des Staats, existieren würde. In Italien z.B. hat man neuerdings eine 27prozentige Steuer auf Börsengewinne erhoben. Da kann man nicht behaupten, daß dies kein Eingriff in die Selbstbewegung des Kapitals bedeuten würde.

Aber die Frage, in welcher Form diese Steuern erhoben werden, wurde immer vernachlässigt. Man war so sehr von dem Dogma beherrscht, die Kapitalbewegung sei alles, daß man nicht bemerkt hat, daß außer der Kapitalbewegung nicht nur Milliarden Menschen existieren, sondern vieles vor sich geht, an dem das Kapital selbst gar kein Interesse hat, das jedoch gesellschaftlich notwendig ist. Nehmen wir nur die ganzen Infrastrukturprobleme.

Gute und schlechte Knechte des Kapitals

Also gehörst du zu denen, die sagen, daß eine staatliche Struktur solange existent ist, wie es die kapitalistische Produktionsweise gibt?

Ja, in der Tat. Das Kapital kommt ohne die politische Form nicht aus. Das Kapital ist ein gesellschaftliches Produktionsverhältnis, kein nur ökonomisches. Dazu, zu dieser Basis, gehört der Staat. Er ist die rechtliche Ordnung, die im Sinne des Bürgertums die gesellschaftlichen Reproduktionsverhältnisse organisiert. Insofern ist er der Knecht des Kapitals - aber es gibt gute und schlechte Knechte.

Der Staat im globalisierten Neoliberalismus verändert offensichtlich seine Form. Manche sagen gar, der Nationalstaat sterbe ab, seine Aufgaben hätten sich erledigt. In welche Richtung geht die Veränderung der staatlichen Form?

Das Problem, das sich bei der Globalisierung stellt, ist, ob es in der globalisierten Weltmarktgesellschaft möglich ist, gesamtgesellschaftliche Reproduktion auf Weltebene - das muß man sich mal überlegen - zu organisieren, ohne daß eine politische Instanz da ist. Die politische Instanz wäre in diesem Falle die Übersetzung gesellschaftlicher Herrschaft in Machtinstitutionen objektiven Charakters.

Die Diskussion, ob der Nationalstaat weiterlebt, halte ich für eine weitgehend ideologische Debatte. Wenn wir von der gesellschaftlichen Realität ausgehen, von der Ökonomie und den gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Klassen, dann merken wir, daß die Europäisierung der Gesellschaft schon stattgefunden hat. In dem Moment, in dem der Kapitalverkehr liberalisiert, europäisiert wird, ist bereits die Stellung der nationalen Zentralbanken brüchig geworden, weil sie keine Kontrollmöglichkeiten für den völlig ungeordneten Kapitalfluß mehr haben. Das heißt, es kann auch zu einem restlosen Finanzchaos kommen, wenn man nicht mal mehr in der Lage ist, die Kapitalmigration zu kontrollieren, in der über Nacht tausende von Milliarden verpulvert und zwei Tage später erneut rekonstruiert werden. Um diese Bewegung unter Kontrolle zu bringen, wird es wahrscheinlich wieder notwendig sein, eine entsprechende politische Form zu finden, und sie wird nicht mehr nationalstaatlich sein.

Man versucht dies ja auf europäischer Ebene, allerdings in einer problematischen Form. Der Brüsseler Ministerrat kommt nicht durch Wahlen zustande.

Man spricht immer wieder davon, aus dem Straßburger Parlament ein echtes Parlament zu machen, eine europäische gesetzgeberische Instanz. Es kann auch dazu kommen, doch selbst das würde an der Struktur der Politik nichts ändern. Und die Struktur ist dadurch bedingt, daß es im Laufe der letzten hundert Jahre, vielleicht länger, zu einer Machtverschiebung von der Legislative zur Exekutive gekommen ist.

Wenn auch die Struktur des Staates in der bürgerlichen Gesellschaft gleich bleibt, die sich ändernde Form ist doch nicht unwichtig. Es ist ein Unterschied, ob man ein europäisches Staatsformgebilde hat, das mit breiter Wahlteilnahme und Kontrolle existiert, oder ob es ein Ministerrat ist, der weitgehend unkontrolliert eine Art autoritären Regimes ist.

Ich bin nicht in der Lage, zu sagen, wo es lang laufen wird. Man muß davon ausgehen, was sich gesellschaftlich ereignet. Wenn die europäische Gesellschaft eine harmonische wäre, könnten wir das gleiche politische System, die gleiche Form Staat haben wie im Westen. Wenn aber die Gesellschaft keine harmonische mehr ist, was passiert dann? Denn sowohl ideologisch wie auch konkret-politisch beruht das westliche Regierungssystem - um diesen neutralen Ausdruck zu verwenden - auf einem allgemeinen Konsensus über die Spielregeln der Macht. Das Rousseausche Prinzip der volonté générale als allgemeiner Grundlage der Demokratie ist Wirklichkeit geworden, es gibt den allgemeinen Konsensus zu dieser Staatsform. Aber wenn der gesellschaftliche Konflikt die allgemeinen Spielregeln nicht mehr akzeptiert, besteht tatsächlich die Gefahr, daß die bürgerliche Gesellschaft, um sich zu retten, nach härteren Mitteln der Politik greift.

Emanzipation oder Faschisierung?

Wir haben in den letzten Jahren die Rückkehr starker klassischer Klassenkämpfe beobachten können, die bis hin zu neuen Regierungen in England und Frankreich führen, oder zur Regierungskrise in Italien. Da scheint doch die Harmonie etwas aufzubrechen?

Ich bin nicht sicher. Auch der Blair oder der Prodi in Italien handeln innerhalb der Spielregeln.

Es geht aber auch nicht nur um Klassenkämpfe im traditionellen Sinne, denn was die heutige Situation charakterisiert, ist auch ein Umbau innerhalb der Klassenstrukturen. Die Kluft zwischen den vielfach abhängig Tätigen, den Verfügten und den Verfügenden wird immer größer. Eine neue gesellschaftliche Gruppe, die an den Rand Gedrängten, die Marginalisierten, ist entstanden. Ganze Massen fallen aus dem normalen Produktionsprozeß heraus. Ebenso aus dem Markt, durch eine besondere Form moderner Armut. Milliarden Menschen, weltweit und selbst in den sogenannten Industriegesellschaften, sind fürs Kapital nicht existent, weil sie weder marktmäßig noch in der Produktion präsent sind. Und daraus ergibt sich ein Konfliktpotential, das zweifeln läßt, ob es mit den Mitteln der jetzigen Politik zu steuern ist. Einige Anzeichen sind schon vorhanden, daß da Brüche entstehen, die mit den alten Mitteln der harmonisierenden Politik nicht mehr zusammenzunähen sind.

Schwingt bei diesen Brüchen nicht auch die Hoffnung mit, daß dieses neue Konfliktpotential sich eben autonomer als bisher äußert und sich damit die Möglichkeit neuer politischer Bewegungen eröffnet?

Ob daraus eine politische Bewegung werden kann, hängt bekanntlich von vielen Faktoren ab. Es muß jemand da sein, der in der Lage ist, sich Gedanken zu machen, wie man dies organisatorisch fassen kann und dies auch in die Wege leitet. Und - etwas, was meistens von den großen Organisationen und politischen Bewegungen vergessen wird - man muß sich fragen, ob die Massen das auch wollen, ob sie mitmachen wollen. Der alte Fehler ist die Vorstellung, eine kleine Gruppe habe die weltgeschichtliche Aufgabe, dieses Potential zu organisieren. Nein, höchstens kann die Aufklärung den Weg aufzeigen, aber organisieren sollen sie sich doch selber. Das alte, nie Wirklichkeit gewordene Wort gilt noch immer: Daß die Emanzipation der Arbeiter die Sache der Arbeiter sein soll. Ich meine damit nicht, daß auf einmal spontan, auf mystische Art die Massen sich zusammenfinden und beschließen, sich zu organisieren. Aber sie müssen die Emanzipation wollen. Das ist der springende Punkt. Mit anderen Worten: Das Konfliktpotential ist da, kann aber auch in eine ganz andere Richtung gehen.

Die Gefahr einer "Faschisierung" ist da. Manche, die noch immer als links gelten, ziehen daraus den Schluß, es gelte, einen Verfassungspatriotismus zu propagieren.

Verfassungspatriotismus kommt nicht von links, sondern ist die kluge Erfindung eines sehr klugen und sehr feinen Mannes, Dolf Sternberger. Der ist jetzt von Habermas gewissermaßen systematisiert worden. Ich habe zwar einmal über den Verfassungspatriotismus ironisiert als Ideologie des Verfassungsschutzes, aber ich lasse das Wort gelten für US-Amerika. Die sind Verfassungspatrioten, weil sie noch immer meinen, sie hätten die Verfassung geschaffen. Aber Verfassungspatriotismus in einem Lande, in dem das Grundgesetz praktisch

oktroyiert wurde, ist eine ideologische Position. Daß ein Teil der Linken den Frieden geschlossen hat mit dem bürgerlichen Verfassungsstaat, das geht in Ordnung. Ich erlaube mir zwar, sie anzugreifen, sie als Wendehälse zu bezeichnen, aber das ist ja keine moralische Verurteilung. Sie haben sich halt gewandelt. Dahinter steckt schon ein überzeugender Kern, nämlich die Position, daß die Linke auf einmal aufgerufen ist, den bürgerlichen Verfassungsstaat gegenüber dem Faschismus zu schützen. Das ist nicht meine Position, aber eine ehrenwerte. Es ist jedoch eine Position, die schon auf der Verliererseite steht. Es gibt ein Wort von Lassalle: Eine Verfassung, die verteidigt werden muß, ist keine gültige Verfassung mehr, hat keine Kraft mehr. Wenn man sich verfassungspatriotisch einbringen will in eine Bruchsituation der Konfliktualität, dann hat man schon verloren. Entweder lebt eine Verfassung aus dem Konsensus oder sie ist nichts.

Die Befreiung von der Arbeit

Ein ähnliches Problem auf einer konkreteren Ebene ist, daß Linke in den letzten Jahrzehnten das, was den heutigen Sozialstaat ausmacht, kritisiert haben. Und doch haben wir heute das Problem, daß die Errungenschaften, die mit diesem Staat verbunden sind, weiter ausgehöhlt werden.

Das ist das gleiche Problem. Man muß zwei Dinge unterscheiden. Auf der einen Seite muß man etwas verteidigen, was wir, was auch ich früher kritisiert habe. Aber was ist der Sinn dieser Verteidigung? In einem kritischen Handeln muß man immer die Bruchsituationen erkennen, in die man sich hineinbegeben kann. Es geht nicht darum, daß man jetzt den Sozialstaat verteidigt, den man früher kritisiert hat. Es geht darum, daß man sieht, jetzt entsteht ein Bruchsituation, die nicht nur Ideen und Prinzipien betrifft, sondern Millionen von Menschen. Also muß man sich überlegen, was in einer solchen Bruchsituation zu tun ist. Es geht also um mehr als nur um die Verteidigung des Sozialstaats.

Das Problem geht viel tiefer. Nehmen wir jenes berühmte Marx-Wort, daß nicht die Befreiung der Arbeit, sondern die Befreiung von der Arbeit das Ziel ist, die Reduzierung der gesellschaftlich notwendigen Arbeit auf ein Minimum. Diese Perspektive aufrechtzuerhalten in einer Zeit, in der die Menschen nach Arbeit hungern, um überhaupt weiterleben zu können - das ist natürlich ein Problem. Solche Probleme muß man sehen und nicht einfach sagen: Ach was, wir bleiben beim Prinzip der Befreiung von der Arbeit.

Die Linken gehen sehr häufig nicht von der Wirklichkeit aus. Sie gehen immer entweder von Zukunftsvorstellungen oder von vergangenen Positionen aus. Aber die Hoffnung, daß es anders wird, hängt eben auch damit zusammen, daß es so auf keinen Fall weitergehen kann. Die Strukturen dieser Gesellschaft sind nicht mehr tragfähig, nicht mal mehr tragfähig innerhalb der Wohlstandsgesellschaft des Westens, und wir wissen wirklich nicht, was weiter passiert. Diese Gesellschaft muß allemal geändert werden und die Frage ist, ob sich die Änderung übersetzt in eine härtere Form der politischen Machtausübung. Das ist meine Befürchtung.

Wenn Linke eine Aufgabe nicht haben, dann ist es die, einen offensichtlich brüchig gewordenen Verfassungsstaat zu verteidigen. Man muß jetzt überlegen, was geschehen muß, was geschehen kann, damit ein anderer Weg eingeschlagen wird und nicht der Weg der Macht. Das Kapital ist eine ernsthafte Sache, keine Spielerei, keine belanglose Größe. Wir wissen nicht, wie die Herrschenden in dieser Gesellschaft reagieren, wenn ihre gesellschaftliche Position gefährdet ist. Wir haben es ja nicht mit kleinen Gruppen von Anarchisten zu tun, die versuchen, die Gesellschaft zu zerstören. Wir haben es mit einer viel größeren Quantität, einer Qualität zu tun, die sich da in Bewegung setzt, in Bewegung setzen kann. Vorläufig bewegt sie sich nicht.

Ende der Sechziger sahst du Chancen einer Fundamentalopposition, die sich des Parlaments noch bedienen könnte. Zwanzig Jahre danach warst du Pessimist und bekanntest dich zur Anti-Politik.

Anti-Politik auf keinen Fall, das ist mir unterschoben worden. Anti-Politik wäre eine abstrakte Negation, hieße, sich mit der Politik überhaupt nicht mehr zu befassen. Die Kritik der Politik im Sinne Kants und Marx' ist etwas anderes, heißt: beschreiben, analysieren, wie die politische Macht funktioniert, zu welchem Zweck und mit welcher Perspektive. Die Macht ist als solche abzulehnen, aber nicht in der Form der radikalen abstrakten Absage, sondern in der Form, daß man kritisch überprüft, wie die Macht funktioniert, wie die Institutionen funktionieren. Um auch das andere Problem zu klären: Ob es möglich ist, innerhalb der Institutionen zu handeln oder nicht. Ich habe früher eine Fundamentalopposition in Aussicht gestellt, die parlamentarisch tätig ist. Inzwischen, man denkt ja weiter, bin ich zu der Ansicht gekommen, daß dies innerhalb der Institutionen

nicht möglich ist, daß die Institutionen stärker sind als ein möglicher reformerischer Wille. Das Institutionensystem ist ein Machtsystem objektiven Charakters, das nicht abhängt von den Menschen, die in ihm sind. Das gilt auch für die Parteiform.

Es ist das gefragt, was Oskar Negt soziologische Phantasie nannte. Die Form Partei gehört strukturell und historisch zur Form des bürgerlichen Staates. Einer der Gründe, warum ich die an mir geäußerte Kritik, ich würde mich mit Institutionen und nicht mit der Kapitalbewegung befassen, für absurd halte, ist, daß die Kapitalbewegung gerade im Funktionieren der Institutionen ihre Stütze findet.

Autonomie, Hierarchie und Emanzipation

Deine Ablehnung der Form Partei ist keine Ablehnung einer Organisationsform als solcher?

Nein, auf keinen Fall. Die alte Streitfrage von Bewußtheit und Spontaneität ist inzwischen, denke ich, überwunden worden. Und zwar weil der Bewußtseinsgrad der Bevölkerung ein anderer geworden ist als vor hundert, hundertfünfzig Jahren. Es geht nicht mehr darum, daß irgendwelche gesellschaftlichen Gruppen sich spontan bewegen, sondern daß sie sich autonom bewegen, in Organisationsformen, die unabhängig sind von der staatlichen vorgegebenen Form Partei als auch von bestimmten Zentralorganen. Der Begriff der Autonomie ist nicht umsonst in den großen Fiat-Werken Italiens Ende der sechziger Jahre entstanden. Er bedeutete, daß wir uns jenseits der gegebenen Parteien, also damals der KPI, organisieren und daß wir nicht auf den Befehl oder die Erlaubnis einer Gewerkschaftszentrale warten.

Dies wurde dann in Deutschland gewissermaßen zu einem Kulturphänomen, wo die Autonomen sich völlig autonomisiert und gewissermaßen ihre theoretische Grundlage verloren haben.

Das Problem einer solchen Organisationsform ist natürlich, daß sie nicht lange zu überleben imstande ist und schnell wieder zerfällt.

Das ist ein altes Argument. Die Partei als das Gedächtnis der Klasse. Okay, aber damit war auch eine Partei verbunden, die sich parlamentarisierte - und das ist ein qualitativer Sprung. Eine Organisation, die sich die Emanzipation zum Ziel setzt, muß dazu in der Lage sein, im Vorlauf zu diesem Ziel, selber die Emanzipation zu verwirklichen. Eine Organisation, die, um die Emanzipation zu erzielen, sich eine hierarchische Struktur gibt, wird unmöglich dieses Ziel erreichen. Gerade die Geschichte der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien zeigt das.

Mein hauptsächlicher Vorwurf auch gegen die Roten Brigaden in Italien und die RAF in Deutschland war: Wie kann man eine Gesellschaft ohne Kerker und ohne Todesstrafe bezwecken, indem man Menschen zum Tode verurteilt? Das ist ein Widerspruch, und eine politische Organisation, die eine Gesellschaft der Freien und Gleichen will, in ihrer eigenen Organisation aber weder Freiheit noch Gleichheit kennt, sondern nur Hierarchie und Befehlsstrukturen, die wird dieses Ziel nicht erreichen. Wie das zu erreichen ist, weiß ich nicht, ich weiß nur, daß dies geschehen soll.

Ebenso bei der gesamten Gesellschaft. Die Überwindung des Zwangscharakters der Gesellschaft ist ein langer Prozeß, weil erst in diesem Prozeß sich die neuen Organisationsformen entwickeln können, die in der Lage sind, den Zwangscharakter zu überwinden. Wenn man mich nach einem Modell fragt, nenne ich immer das Rätemodell. Doch genau läßt sich dies nicht beschreiben.

Adorno sagte, es gibt kein richtiges Leben im Falschen. Darauf hat dann Peter Brückner geantwortet, es gäbe aber ein richtigeres Leben.

Ja, richtig. Wenn es kein richtiges Leben im Falschen gibt, dann können wir uns auch in unser Gärtlein zurückziehen und Tomaten pflanzen. Dann gibt es ja keinerlei Aussicht auf Emanzipation, auf Verbesserung und Richtigstellung des Lebens. Aber das ist natürlich schwierig, denn selbst die italienischen Anarchiker - sie heißen dort nicht Anarchisten, sondern Anarchiker, denn Anarchismus ist doktrinär - leben in der Konsumgesellschaft. Auch sie sind nicht dazu in der Lage, eine geldlose Gesellschaft innerhalb der bürgerlichen herzustellen.

Eine alte Formulierung von mir wiederhole ich immer bis zum Überdruß: Daß es auf die alltägliche Orientierung ankommt. Wenn du dich vom Alltag bis zu den höchsten kulturellen Sphären am Prinzip orientierst, daß es allemal Herrscher und Beherrschte geben soll, wirst du deinen Alltag anders organisieren, als wenn du der

Utopie einer Gesellschaft der Freien und Gleichen anhängst. Daß dies ein schwieriges Geschäft ist, ist klar. Wenn dies nicht so schwierig wär, hätten wir schon längst Freiheit und Gleichheit erreicht.

Das Gespräch führte Christoph Jünke im November 1997.

Im Freiburger Ca-Ira-Verlag erscheinen Johannes Agnolis gesammelte Schriften. Bisher erhältlich sind:

Band 1 (1990): Die Transformation der Demokratie und andere Schriften zur Kritik der Politik.

Band 2 (1995): Der Staat des Kapitals und weitere Schriften zur Kritik der Politik.

Band 3 (1996): Subversive Theorie. "Die Sache selbst" und ihre Geschichte.

Band 4 (1997): Faschismus ohne Revision.

Band 5 (1998): 1968 und die Folgen (in Vorbereitung).

35. "Rassenkunde" an der Universität Hamburg. Von "Negern", Juden und "Gewohnheitsverbrechern"

Autor: ari · Rubrik: Rassismus-Debatte; Jugend und Studenten; Bücher, Filme, Broschüren · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/25.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:25

Eine Vorlesung mit dem Titel "Rassenkunde des Menschen" an der Hamburger Universität? Am Institut für Humanbiologie findet alle zwei Jahre diese Veranstaltung statt, die "im Rahmen der geographischen Variabilität beim Menschen" den Begriff "Rasse" erläutern will: Eine Pflichtvorlesung für alle angehenden AnthropologInnen und BiologielehrerInnen an berufsbildenden Schulen. 1995 gründete sich die "AG gegen Rassenkunde", die ein kritisches Auge auf das Treiben der HumanbiologInnen geworfen hatte. Beim Besuch obengenannter Vorlesung mußte die AG dann feststellen, daß Diaserien aus der NS-Zeit verwendet wurden und ein Buch des Rassekundlers Egon von Eickstedt von 1934 unkommentiert auf der Literaturliste stand. Ein Blick auf die Veröffentlichungen des Institutsleiters Prof. Dr. Rainer Knußmann irritiert. Dort ist von "rassischen Mischehen" und "fremdrassischen" oder "gleichrassischen" Partnern die Rede, und davon, daß "Unterschiede in der Güte der Umwelt die IQ-Differenz zwischen den Europiden und Negriden der USA ... nicht völlig" erklärten. In der Institutsbibliothek findet sich die Zeitschrift "Neue Anthropologie", die von dem Hamburger Nazi-Anwalt Jürgen Rieger herausgegeben wird. Ein Hinweis, daß es sich hier um ein rechtes Machwerk handelt, wurde erst 1990 nach massiven Protesten von Seiten Studierender angebracht.

Die Lehrenden und Studierenden des Instituts können jedoch keine rassistischen Inhalte ihrer Forschung erkennen; im Gegenteil, sie sehen sich als unpolitische VerteidigerInnen einer "objektiven" Wissenschaft, zu der ihrer Meinung nach auch die Einteilung der Menschen in "Rassen" und die biologische Determiniertheit des Menschen gehören. Am Institut werde ein sensibler Umgang und eine kritische Auseinandersetzung mit schwierigen und nicht ganz wertfreien Begriffen gepflegt, der Dozent der Vorlesung "Rassenkunde" versteht sich als "Antifaschist", die Mehrheit der Studierenden und Lehrenden ordnet sich selbst im linken oder zumindest linksliberalen Spektrum ein.

In mehreren Aufsätzen versucht die "AG gegen Rassenkunde" nun in dem Buch "Deine Knochen - Deine Wirklichkeit", diesen Widersprüchen auf die Spur zu kommen und Hintergründe zu den Lehr- und Forschungsinhalten der Hamburger Humanbiologie zu liefern. Ein Artikel von Jakob Michelsen beschäftigt sich mit lesben- und schwulenfeindlicher Forschung, die den ersten Widerstand gegen das Institut provozierte, als die HumanbiologInnen 1985 per Aushang "20-30jährige homosexuelle Männer" als Probanden suchten. Im Rahmen der "Hamburger Hormonstudie" sollten Zusammenhänge zwischen dem Sexualhormonspiegel und körperlichen und psychischen Merkmalen herausgefunden werden. Zuvor war eine Gruppe Männer untersucht worden, von denen das Institut annahm, sie seien heterosexuell. Die Ergebnisse aus der Untersuchung der beiden Gruppen sollten dann miteinander verglichen werden. Wie Knußmann, der Leiter dieser Studie, Homosexuelle in sein Weltbild einordnet, zeigen einige Passagen aus der ersten Auflage seines Lehrbuches "Vergleichende Biologie des Menschen" von 1980: "Eine ausgesprochene Fehlwahl des Sexualpartners erfolgt bei abnormem Partnerleitbild. Der häufigste Fall ist die Wahl eines gleichgeschlechtlichen Partners (Homosexualität)." (Hervorhebungen im Original). "In einigen wenigen Fällen scheint aber auch in früheren Zeiten ähnlich den heutigen Verhältnissen in Mitteleuropa eine Bevölkerungsabnahme allein auf Grund (...) des Reproduktionsverhaltens stattgefunden zu haben, so im spätklassischen Griechenland und in Italien zur Zeit des Kaisers Augustus. Möglicherweise hat der Niedergang dieser Mächte eine Wurzel im Bevölkerungsschwund. Auffällig ist auch, daß für diese ‚alternden` Populationen ein Sittenverfall und eine Zunahme anomalen Sexualverhaltens (vor allem Homosexualität) beschrieben werden." Als Reaktion auf die "Schwulenvermessungen" wurde das Institut im Juli 1985 von einigen Schwulen- und Lesbengruppen besetzt, die in Verhandlungen mit Knußmann darüber übereinkamen, daß die gesammelten Daten der Schwulen nicht getrennt von denen der Heteros ausgewertet werden sollten.

Der Aufsatz von Britta Bergmann und Jakob Michelsen beschäftigt sich mit Geschlechterkonstruktionen am Institut. In der zweiten Auflage (1996) des schon erwähnten Lehrbuchs "Vergleichende Biologie" rechtfertigt Knußmann herrschende Geschlechterverhältnisse mit biologistischen Begründungsmustern: "Für Männer wurden relativ hohe Korrelationen zwischen dem Querdurchmesser des unteren Beckenausgangs und mehreren psychischen Eigenschaften festgestellt: je weiter, d.h. weiblicher, der Beckenausgang, desto stärker

das Geselligkeitsbedürfnis und die Kontaktfähigkeit, desto heiterer die Grundstimmung, desto größer die Entschlußfähigkeit, aber zugleich auch die Beeinflußbarkeit, desto betonter die Ganzheitlichkeit der Erfassungsweise, aber desto geringer der Führungsanspruch." In seinem populärwissenschaftlichen Buch "Der Mann - ein Fehlgriff der Natur" schreibt er: "Das Testosteron läßt dem Mann keine Ruhe: Er zeigt die Zähne, um sich einen Rangplatz zu erkämpfen. ... Männer engagieren sich, um ihren Ehrgeiz zu befriedigen. Frauen setzen sich ein um einer Sache willen! Deshalb überwiegen unter politischen Fanatikern die Frauen. ... Männer sich dafür zu egoistisch. Dem Wesen der Frau entspricht der Altruismus. Wieviel von ihrem eigenen Leben schenken sie jenem anderen Menschen, dem sie das Leben schenkten!" Doch nicht nur der Institutsleiter Knußmann ergeht sich in biologistischen Geschlechterbestimmungen, auch die Dozentin Kerrin Christiansen, die sich als Feministin versteht und Frauenbeauftragte des Fachbereichs Biologie ist, propagiert die zweigeschlechtliche Normalität und ordnet Männern und Frauen bestimmte Fähigkeiten zu: So beherrschten Frauen besonders feinmotorische Arbeiten, "sei es in der Fertigung oder an der Schreibmaschine", Männer hingegen hätten eine "größere Kälte- und Hitzetoleranz", so daß die Arbeit am Hochofen, im Hochgebirge oder in der Arktis wohl auch in der Zukunft Männern vorbehalten bleiben wird.

Kernstück der "Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie" ist der Aufsatz von Jan Diederich und Johann Knigge: "Rassenkunde am Institut für Humanbiologie". Hier beschäftigen sich die Autoren vor allem mit dem Lehrbuch von Knußmann und der Vorlesung, die in diesem Semester aufgrund der Proteste in "Geographische Variabilität des Menschen" umbenannt wurde. Die Begründung von Knußmann zeigt aber, daß es sich nur um eine kosmetische Änderung handelt: "Seiner historischen Vorbelastung wegen ist der Begriff Rasse in der Anwendung auf den Menschen allerdings für viele ein Reizwort, weshalb ... zur Zeit Überlegungen im Gange sind, ob diese Bezeichnung (nicht die Sache) nicht besser zu meiden wäre." Der Rassebegriff an sich bleibt unhinterfragt. Die Hamburger WissenschaftlerInnen verweisen darauf, daß sie mit dem modernen populationsgenetischen Ansatz arbeiteten; die "AG gegen Rassenkunde" belegt jedoch mit zahlreichen Beispielen, daß ein großer Teil der Vorlesungszeit auf die Präsentation von rassistischen typologischen Definitionen verwendet wurde. So wird vom äußeren Erscheinungsbild eines Individuums auf den beispielhaften Träger seiner "Rasse" geschlossen. Noch 1996 schreibt Knußmann in seinem Lehrbuch: "Osteuropide (Ostbaltische oder Slawische Rasse). Mittelwüchsig, gedrungen; ...; Lidspalte häufig eng und seitlich ansteigend; ...; helle, fahl-rötliche Haut. Verbreitung: Polen, Weiß- und Großrußland." Illustriert werden derartige Beschreibungen mit "rassetypischen" Bildern. So durfte in der Vorlesung auch die Tafel mit den "Jüdischen Typen" nicht fehlen. Zwar korrigiert Knußmann in seiner zweiten Auflage die Auffassung, Jüdinnen und Juden bildeten einen Rassetyp, aber auch 1996 führt er aus: "Da die Juden außerdem immer wieder Verfolgungen ... ausgesetzt waren, konnten sich unter ihnen nur solche Erblinien halten, die besonderes Durchsetzungsvermögen in unseren europäischen Gesellschaften gewährleisteten ... gleichsam die Heranzüchtung einer jüdischen Elite. ... Die Überlegenheit der Juden mag leicht Neid erweckt und es immer wieder begünstigt haben, Haß gegen diese Bevölkerungsminorität zu schüren."

Weitere Aufsätze beschäftigen sich mit der Geschichte der Humanbiologie in Hamburg und der Vergangenheit ihrer DozentInnen, sowie mit der sprachlichen und historischen Tradition des Begriffs "Rasse". Für ihr Buch hat die "AG gegen Rassenkunde" auch zwei GastautorInnen gewinnen können: Zum einen referiert der Soziologieprofessor Wulf Hund über die "Wirklichkeit der Rassen", zum anderen diskutiert die Dozentin der Sozialpädagogik Elke Ostbomk-Fischer den Sinn und Zweck dieser Forschung und stellt das rassistische und frauenverachtende Menschenbild der "modernen" Sozialwissenschaften in Frage. Am Schluß des Buches steht noch eine ausführliche Chronologie der Proteste gegen das Institut, die in den letzten Jahren auch die Hamburger Bürgerschaft, den Akademischen Senat und den Uni-Präsidenten Lüthje beschäftigt haben.

ari

AG gegen Rassenkunde (Hrsg.): Deine Knochen - Deine Wirklichkeit. Texte gegen rassistische und sexistische Kontinuität in der Humanbiologie, reihe antifaschistischer Texte (rat) / UNRAST-Verlag, Hamburg/Münster 1998, 222 Seiten, DM 16,80.

36. Dokumentation der Auflösungserklärung der RAF: "Die Stadtguerilla ist nun Geschichte"

Autor: RAF · Rubrik: RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/16.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:16

Vor fast 28 Jahren am 14. Mai 1970 entstand in einer Befreiungsaktion die RAF. Heute beenden wir dieses Projekt. Die Stadtguerilla in Form der RAF ist nun Geschichte. Wir, das sind alle, die bis zuletzt in der RAF organisiert gewesen sind. Wir tragen diesen Schritt gemeinsam. Ab jetzt sind wir - wie alle anderen aus diesem Zusammenhang - ehemalige Militante der RAF. Wir stehen zu unserer Geschichte.

Die RAF war der revolutionäre Versuch einer Minderheit - entgegen der Tendenz dieser Gesellschaft - zur Umwälzung der kapitalistischen Verhältnisse beizutragen.

Wir sind froh, Teil dieses Versuchs gewesen zu sein. Das Ende dieses Projekts zeigt, daß wir auf diesem Weg nicht durchkommen konnten. Aber es spricht nicht gegen die Notwendigkeit und Legitimation der Revolte. Die RAF ist unsere Entscheidung gewesen, uns auf die Seite derer zu stellen, die überall auf der Welt gegen Herrschaft und für Befreiung kämpfen. Für uns ist diese Entscheidung richtig gewesen.

Zusammengenommen Hunderte von Jahren Gefängnis gegen die Gefangenen aus der RAF haben uns ebensowenig auslöschen können wie alle Versuche, die Guerilla zu zerschlagen. Wir haben die Konfrontation gegen die Macht gewollt. Wir sind Subjekt gewesen, uns vor 27 Jahren für die RAF zu entscheiden. Wir sind Subjekt geblieben, sie heute in die Geschichte zu entlassen.

Das Ergebnis kritisiert uns. Aber die RAF - ebenso wie die gesamte bisherige Linke - ist nichts als ein Durchgangsstadium auf dem Weg zur Befreiung.

Nach Faschismus und Krieg hat die RAF etwas Neues in die Gesellschaft gebracht: das Moment des Bruchs mit dem System und das historische Aufblitzen von entschiedener Feindschaft gegen Verhältnisse, in denen Menschen strukturell unterworfen und ausgebeutet werden und die eine Gesellschaft hervorgebracht haben, in der sich die Menschen selbst gegeneinander stellen. Der Kampf im gesellschaftlichen Riß, den unsere Feindschaft markierte, griff einer wirklich gesellschaftlich werdenden Befreiung nur voraus: der Riß zwischen einem System - in dem der Profit das Subjekt, der Mensch das Objekt ist - und der Sehnsucht nach einem Leben ohne den Lug und Trug dieser sich sinnentleerenden Gesellschaft. Die Schnauze voll vom Buckeln, Funktionieren, Treten und Getretenwerden. Von der Ablehnung zum Angriff, zur Befreiung.

Die RAF entstand aus der Hoffnung auf Befreiung

Mit dem Mut im Rücken, der von den Guerillas des Südens bis in die reichen Länder des Nordens ausstrahlte, entstand am Anfang der siebziger Jahre die RAF, um aus der Solidarität mit den Befreiungsbewegungen einen gemeinsamen Kampf aufzunehmen. Millionen entdeckten in den Kämpfen des Widerstands und der Befreiung rund um den Globus auch eine Chance für sich selbst. Der bewaffnete Kampf war in vielen Teilen der Welt die Hoffnung auf Befreiung. Auch in der BRD sind es Zehntausende gewesen, die mit dem Kampf der militanten Organisationen des 2. Juni, der RZ, der RAF und später der Roten Zora solidarisch waren. Die RAF entstand als Konsequenz aus den Diskussionen Tausender, die sich in der BRD am Ende der sechziger und den beginnenden siebziger Jahren mit dem bewaffneten Kampf als Weg zur Befreiung auseinandersetzten.

Die RAF nahm den Kampf gegen einen Staat auf, der nach der Befreiung vom Nazi-Faschismus mit seiner nationalsozialistischen Vergangenheit nicht gebrochen hatte.

Der bewaffnete Kampf war die Rebellion gegen eine autoritäre Gesellschaftsform, gegen Vereinzelung und Konkurrenz. Er war die Rebellion für eine andere soziale und kulturelle Realität. Im Aufwind der weltweiten Befreiungsversuche war die Zeit reif für einen entschiedenen Kampf, der die pseudonatürliche Legitimation des Systems nicht mehr akzeptiert und dessen Überwindung ernsthaft wollte.

1975 - 1977

Mit der Besetzung der deutschen Botschaft 1975 in Stockholm begann eine Etappe, in der die RAF alles einsetzte, um ihre Gefangenen aus den Knästen zu befreien. Es kam die Offensive 1977, in deren Verlauf die RAF Schleyer entführte. Die RAF stellte die Machtfrage. Es begann ein radikaler und entschiedener Versuch,

gegen die Macht eine offensive Position für die revolutionäre Linke durchzusetzen. Der Staat wollte genau das verhindern. Das Explosive - die Eskalation dieser Auseinandersetzung - kam aber auch aus dem Hintergrund der deutschen Geschichte: der Kontinuität des Nazi-Nachfolgestaates, auf die die RAF mit der Offensive traf.

Schleyer, während des Naziregimes Mitglied der SS, war, wie viele Nazis aller gesellschaftlichen Ebenen, wieder in Amt und Würden gekommen. Karrieren, die von den Nazis bis in die Regierungsämter der BRD, die Justiz, in den Polizeiapparat, in die Bundeswehr, die Medien und in die Konzernspitzen führten. Die Antisemiten, Rassisten und Völkermörder waren nicht selten die alten Täter und neuen Mächtigen.

Schleyer arbeitete im Geflecht der Nazis und des Kapitals an der Errichtung des europäischen Wirtschaftsraumes unter deutscher Vorherrschaft. Die Nazis wollten ein Europa, in dem es weder Kämpfe zwischen den IndustriearbeiterInnen und dem Kapital noch überhaupt Widerstand gegen ihr System geben sollte. Sie wollten die Aufhebung des Klassenkampfes, indem sie die einen, die deutsch oder "germanisierbar" und als ArbeiterInnen nutzbar waren, in der "Volksgemeinschaft" einzubinden versuchten. Die anderen wurden in der Zwangsarbeit versklavt oder in den Konzentrationslagern systematisch vernichtet.

Mit der Befreiung vom Nazi-Faschismus und dem Ende der industriellen Vernichtung von Menschen durch die Nazis kam nicht die Befreiung vom Kapitalismus. Schleyer arbeitete nach `45 an denselben ökonomischen Zielen - in der modernisierten Form. Ein Modernisierungsschub kam mit dem sozialdemokratischen Modell der siebziger Jahre. Als Chef der Industrie war Schleyer immer noch im Aufbau eines Systems der Eindämmung sozialen Widerstands gegen die Bedingungen des Kapitals - z. B. durch Aussperrung - und der Einbindung durch tarifvertraglich ausgehandelte soziale Absicherung tätig. Und es ging auch jetzt um die Einbindung vor allem des deutschen Teils der Gesellschaft, die das Kapital zur verschärften Ausbeutung der ArbeitsimmigrantInnen und im Weltmaßstab zur Beherrschung und Auspressung der Menschen im Süden befähigte, was dort massenhafte Vernichtung durch Hunger bedeutete.

Die Kontinuität des Systems ...

... die Schleyer verkörperte - in den siebziger Jahren während der Periode des sozialdemokratischen Modells - ist ein wesentliches Moment des Aufbaus und der Entwicklung der BRD.

Der absolute Zwang zur Zustimmung zu allen Maßnahmen des Krisenstabes und die Verfolgung jeder kritischen Stimme bis zum Versuch, den politischen Gegner auszulöschen - das waren die gleichen Reaktionsmuster, in denen schon die Nazis handelten.

Die Aktionen der Offensive 1977 machten deutlich, daß es in der Gesellschaft Orte gibt, die in keiner Weise vom System einzubinden und kontrollierbar sind. Nach der Ausmerzung des Widerstandes durch die Nazis, ist mit den Aktionen der Stadtguerillagruppen nach `68 ein von der Macht nicht mehr zu integrierendes Moment des Klassenkampfes in das postfaschistische Westdeutschland zurückgekehrt. Die Entführung Schleyers spitzte diesen Aspekt des Kampfes wesentlich zu. Der Staat antwortete keineswegs panisch, wie es heute oft gesagt wird. Er reagierte mit der Unterdrückung aller Äußerungen, die die Maßnahmen des Staates im Ausnahmezustand nicht voll unterstützten. Der Staat forderte die Unterordnung der gesamten Medien unter die Linie des Krisenstabs, woran diese sich zum größten Teil freiwillig hielten. Allen, die sich dem nicht unterordneten, drohte die Konfrontation mit dem System. Intellektuelle, von denen jede/r wissen konnte, daß sie nicht mit der RAF sympathisierten, aber dem staatlich verhängten Ausnahmezustand widersprachen, waren vor Hetze und Repression nicht mehr sicher. Die zum Teil wehrmachtserfahrenen Mitglieder des Krisenstabs reagierten `77 im selben Muster, wie es auch die Nazis - wenn auch in weitaus barbarischerem Ausmaß - getan hatten, um antikapitalistische und antifaschistische Kämpfe nicht aufkommen zu lassen oder auszumerzen. Im NS-Faschismus wie auch 1977 zielte die staatliche Politik darauf ab, in der Gesellschaft keinen Raum mehr zwischen gehorchender Loyalität zum Staat im Ausnahmezustand auf der einen und Repression auf der anderen Seite zu lassen.

Nachdem sich immer deutlicher zeigte, daß der Staat Schleyer fallen lassen würde, kam es durch die Zustimmung der RAF für die Entführung eines zivilen Flugzeugs innerhalb der eigenen Offensive zu einer Guerilla-Aktion, die nur so verstanden werden konnte, als würde die RAF nicht mehr zwischen oben und unten in dieser Gesellschaft unterscheiden. Damit war im berechtigten Versuch, die Gefangenen aus der Folter zu befreien, die sozialrevolutionäre Dimension des Kampfes nicht mehr identifizierbar. Aus dem Bruch mit dem

System und der Ablehnung der Verhältnisse in dieser Gesellschaft - was die Bedingung für jede revolutionäre Bewegung ist - war der Bruch mit der Gesellschaft geworden.

Von den 70er zu den 80er Jahren

Die RAF hatte alles in die Waagschale geworfen und eine große Niederlage erlitten. Im Kampfprozeß bis zum Ende der siebziger Jahre hatte sich herausgestellt, daß die RAF aus dem 68er Aufbruch mit nur wenigen anderen übrig geblieben war. Viele aus der 68er Bewegung hatten sich zurückgezogen und nutzten ihre Chancen zur Karriere im System.

Die RAF hatte als Teil der weltweiten antiimperialistischen Kämpfe den Befreiungskrieg in der Bundesrepublik aufgenommen. 1977 zeigte sich, daß sie weder die politische noch die militärische Kraft hatte, um die Situation auch nach der hervorgerufenen Reaktion - dem inneren Krieg - noch bestimmen zu können.

Es war berechtigt, die historische Situation am Anfang der siebziger Jahre zu nutzen und ein neues und in der Metropole unbekanntes Kapitel in der Auseinandersetzung zwischen Imperialismus und Befreiung aufzuschlagen. Die Erfahrung der Niederlage von 1977 zeigte die Grenzen des alten Konzepts Stadtguerilla der RAF auf. Es konnte nur um ein neues Befreiungskonzept gehen.

Die Frontkonzeption der achtziger Jahre war der Versuch, dies zu erreichen. Die RAF wollte neue Verbindungen und die Grundlage für einen gemeinsamen Kampf mit radikalen Teilen der seit Ende der siebziger Jahre entstandenen Widerstandsbewegungen schaffen. Doch das Front-Konzept hielt im wesentlichen an den Grundzügen des alten Projektes aus den siebziger Jahren fest. Die bewaffnete Aktion blieb das zentrale und bestimmende Moment des gesamten als Befreiungskrieg bestimmten revolutionären Prozesses.

Die antiimperialistische Front der achtziger Jahre

Am Anfang der achtziger Jahre gab es viele Kämpfe, die sich gegen menschenfeindliche Projekte des Systems richteten, aber auch Ausdruck der Suche nach freien Lebensformen waren. Ein sozialer Aufbruch, der bereits im Jetzt nach dem Anfang einer anderen gesellschaftlichen Wirklichkeit suchte.

Tausende aus den verschiedenen Bewegungen gingen in den Achtzigern gegen das auf die Straße, was auch die RAF seit `79 angreifen wollte: die Militarisierung der Politik der NATO-Staaten, die dem Westen "anderthalb" Kriege gleichzeitig ermöglichen sollte - Krieg gegen die Sowjetunion und gleichzeitig die Kriegsinterventionen gegen Befreiungsbewegungen und Revolutionen wie in Nicaragua, die einen Schritt der Befreiung von den westlichen Diktaturen erkämpft hatten.

Die RAF ging davon aus, daß sie in dieser neuen Etappe nicht alleine bleiben würde. Das Konzept war von der Hoffnung getragen, daß sich militante Teile der verschiedenen Bewegungen in die gemeinsame Front stellen würden.

Doch dieses Konzept enthielt keinen Ansatz, der damit umging, daß in dieser gesellschaftlichen Situation nur die wenigsten einen Sinn des Befreiungskampfes auf dem Niveau des Krieges sahen. Der Befreiungskampf, dessen zentrales Moment das des Krieges ist, macht nur Sinn, wenn es eine Chance gibt, daß Kräfte in der Gesellschaft bereit sind, ihn aufzunehmen; wenn es eine Chance gibt, daß er sich ausweitet - und wenn es wenigstens auf den radikaleren Teil der Bewegungen ist.

Aber selbst die, die solidarisch waren - und das waren nicht wenige - haben den Kampf mit dieser Vorstellung nicht aufgenommen. Der Guerillakrieg braucht die Perspektive auf die Ausweitung auf eine neue Ebene des Kampfes. Diese für den Kampf der Guerilla existentielle Entwicklung haben wir nie erreichen können.

Die Vorstellung der RAF, die die bewaffnete Aktion zum Mittelpunkt des Kampfes bestimmte, unterbewertete die politischen und gegenkulturellen Prozesse außerhalb des politisch-militärischen Kampfes. Die Überwindung dieser strategischen Richtung, die in der Grundstruktur nicht über das Konzept der siebziger Jahre hinauskam, wäre die Voraussetzung für ein neues revolutionäres Projekt gewesen. Die Front konnte das neue Befreiungsprojekt, das die Trennungen zwischen den Bewegungen und der Guerilla aufhob, nicht sein.

Die RAF ging in den achtziger Jahren davon aus, daß der sozialrevolutionäre Ansatz im Angriff auf die zentralen Machtstrukturen des Imperialismus enthalten seien. Mit dieser Vorstellung wurde die Politik immer

abstrakter. Es führte zur Aufspaltung von dem, was zusammengehört: Antiimperialismus und soziale Revolution. Der sozialrevolutionäre Ansatz verschwand aus Theorie und Praxis der RAF. Die auf die antiimperialistische Linie beschränkte Orientierung der antiimperialistischen Front war die Konsequenz. Die RAF ist an der sozialen Frage nicht identifizierbar gewesen. Ein Grundfehler.

Die Subsumierung jedes sozialen und politischen Inhalts unter den antiimperialistischen Angriff gegen das "Gesamtsystem" produzierte falsche Trennungen statt einen Prozeß der Einheit; und es führte zu einer Unidentifizierbarkeit an konkreten Fragen und Inhalten des Kampfes.

Die Wirkung in die Gesellschaft blieb begrenzt, denn die Vorstellung durchzukommen, indem gesellschaftliches Bewußtsein geschaffen wird und so der Konsens zwischen Staat und Gesellschaft aufgebrochen werden kann - ein zentrales Moment jedes revolutionären Prozesses - verschwand zunehmend. Statt dessen versuchte die RAF, durch die Schärfe des Angriffs das Herrschaftsgefüge des Staates zu zerrütten. Die Priorität verschob sich zu Gunsten des militärischen Moments. Diese Gewichtung im Kampfprozeß blieb durch die ganzen achtziger Jahre hindurch erhalten und prägte unseren Kampf.

Wir führten Angriffe gegen Projekte der NATO und mit anderen Guerillagruppen Westeuropas zusammen gegen den militärisch-industriellen Komplex des Kapitals durch; es gab den Versuch von Action Directe aus Frankreich, Brigate Rosse/PCC aus Italien und uns, eine westeuropäische Guerillafront aufzubauen.

Die RAF konzentrierte sich darauf, die Angriffe - so weit es die Kräfte zuließen - gegen NATO-Projekte und seit '84 gegen die Formierung der westeuropäischen Staaten zu einem neuen Machtblock zu forcieren. Es wurde die Konzentration auf die eigene geringe Kraft und die derjenigen Militanten, die sich eng an der RAF orientierten.

Aus dem Versuch, mit anderen Gruppen des Widerstands zusammen eine gemeinsame Front aufzubauen, wurde diese mehr ein Korsett denn eine bereichernde Erweiterung. Die Front mußte wohl auch deshalb wieder auseinanderbrechen, weil zu viel Energie davon aufgesogen wurde, die "richtige" Linie zu halten. In dieser Enge konnte keine politische Dynamik entfaltet werden.

Statt eines neuen Horizonts, der sich in der Vielfalt des Widerstandes am Anfang der achtziger Jahre noch zu eröffnen schien, schnürten Starre und Enge die Politik im Laufe des Jahrzehnts zunehmend ein.

Es bestand eine große Diskrepanz zwischen der Bereitschaft der Militanten der RAF, in der Konfrontation alles zu geben und der gleichzeitigen Zaghaftigkeit, neue Ideen für den Befreiungsprozeß zu suchen. In dieser Hinsicht wurde wenig riskiert.

In dieser Zeit - das Konzept der achtziger Jahre war wenige Jahre alt - gab es auch eine Entwicklung auf unserer Seite, die von einer manchmal mit demonstrativ kalter Konsequenz betriebenen Politik geprägt war, die dann tatsächlich nicht mehr war als "Politik-machen" - zu weit entfernt von allem, was Befreiung ist.

Es war dennoch eine Zeit, in der die RAF und die Gefangenen aus der RAF durch alle Härten und Niederlagen hindurch mit ihrer Entschiedenheit zeigten, daß sie im Gang der Geschichte unkorrumpierbar geblieben waren und darauf bestanden, die Verhältnisse gegen den Willen der Macht verändern zu wollen. Das machte auch anderen Hoffnung und zog viele an, denn der Kampf um Kollektivität und Zusammenhalt stand gegen die Vereinzelung und Einsamkeit in der Gesellschaft. Im Kampf der Gefangenen gegen die Isolation und für ihr Zusammensein, in ihrem Kampf für Würde und Freiheit, war etwas enthalten, wonach sich auch viele andere sehnten, und womit sich viele identifizieren konnten. Die Konsequenz und Kompromißlosigkeit der RAF und der Gefangenen gegen die Macht stand gegen jeden Versuch der Herrschenden, die Kämpfe für ein anderes Leben niederzumachen.

Wir, die wir uns zum großen Teil erst spät in der RAF organisierten, sind in der Hoffnung hierhergekommen, unseren Kampf in den sich verändernden Bedingungen nach den weltweiten Umbrüchen neu einbringen zu können. Wir suchten nach Veränderungen für den Befreiungskampf, nach einem neuen Weg, auf dem wir uns mit anderen würden verbinden können. Und wir meinten, in denen etwas wiederzuerkennen, die diesen Kampf vor uns aufgenommen hatten, gestorben sind oder in den Knästen waren.

Auf uns hatte der Kampf in der Illegalität eine große Anziehungskraft gehabt. Wir wollten unsere Grenzen durchbrechen und frei sein von allem, was uns im System hält.

Der bewaffnete Kampf in der Illegalität war für uns nicht mehr das einzig Mögliche und Notwendige des Befreiungsprozesses. Trotzdem wollten wir gerade angesichts der Krise der Linken überall auf der Welt die Stadtguerilla als Möglichkeit und die Illegalität als ein Terrain des Befreiungsprozesses weiterentwickeln. Aber wir sahen damals, daß das allein nicht ausreichen würde. Auch die Guerilla würde sich verändern müssen.

Unsere Hoffnung war eine neue Verbindung der Guerilla und anderen Orten des Widerstands in der Gesellschaft. Dafür suchten wir nach einem neuen Entwurf, in dem die Kämpfe von den Stadtteilen bis zur Guerilla würden zusammenstehen können.

Nach dem Zusammenbruch der DDR

Es war uns wichtig, nach dem Zusammenbruch der DDR unseren Kampf in ein Verhältnis zur neuentstandenen gesellschaftlichen Situation zu bringen.

Wir wollten unsere Schritte in Beziehung zu allen denen setzen, deren Träume mit dem Ende der DDR und ihrer Übernahme in die BRD untergegangen waren. Sei es, weil sie erkennen mußten, daß der Realsozialismus nicht wirklich Befreiung geschaffen hatte. Oder andere, die manchmal schon zu Zeiten der DDR in Opposition zum Realsozialismus waren und davon geträumt hatten, etwas jenseits von Realsozialismus und Kapitalismus erreichen zu können. Die meisten von denen, die in der DDR gelebt hatten und 1989 den Anschluß an die BRD gefordert hatten, erahnten die neue depressive gesellschaftliche Situation, die sie mit hervorgerufen hatten, und den massenweisen Entzug sozialer Sicherheiten damals noch nicht. Wir wollten in dieser für alle unbekannten historischen Situation zwischen denen, die in der Konfrontation mit dem BRD-Staat um Befreiung kämpften und anderen, die in der damals nicht mehr existierenden DDR mit der rassistischen und insgesamt reaktionären Entwicklung längst unglücklich waren, einen Bezug herstellen. Wir wollten das Feld weder der Resignation noch der Rechten überlassen.

Später sahen wir, daß der Dimension des Umbruchs nur ein neues und internationalistisches Befreiungsprojekt gerecht werden kann, dem die neue Realität aus Ost und West zu Grunde liegt. Die RAF mit der Verwurzelung allein in der Widerstandsgeschichte der alten BRD konnte dem nicht gerecht werden.

Die 90er Jahre

Der Versuch, die RAF noch in den Neunzigern neu einzubinden, war ein unrealistisches Vorhaben.

Wir wollten eine Transformation der aus der 68er Bewegung entstandenen Konzeption zu einem neuen sozialrevolutionären und internationalistischen Konzept der Neunziger. Es war eine Zeit, in der wir nach Neuem suchten, aber - behaftet von den Dogmen der vorangegangenen Jahre - nicht radikal genug über das Alte hinausgingen. Und so machten wir den Fehler, den alle von uns nach '77 machten: Wir überschätzten das Halten der Kontinuität unserer Konzeption für den Kampf. Aber grundsätzlich besteht die Gefahr, den bewaffneten Kampf zu diskreditieren, wenn er aufrechterhalten wird, ohne daß geklärt ist, wie er den revolutionären Prozeß spürbar voranbringt und zur Stärkung des Befreiungskampfes führt. Damit verantwortlich umzugehen, ist wichtig, denn sonst ist der bewaffnete Kampf nachhaltig diskreditiert - auch für eine andere Situation, in der er wieder gebraucht wird.

Die Krise, in der die Linke der achtziger Jahre an ihre Grenzen kam und sich bereits in Auflösung befand, machte unseren Versuch, die RAF in ein neues Projekt einzubinden, zu einer unrealistischen Sache. Wir waren viel zu spät - auch dafür, um die RAF nach einem Prozeß der Reflexion zu transformieren. Kritik und Selbstkritik haben ja nicht das Ziel, etwas zu beenden, sondern etwas weiterzuentwickeln. Das Ende der RAF ist letztlich keine Folge unseres Prozesses der (Selbst-) Kritik und Reflexion, sondern es ist notwendig, weil die Konzeption der RAF nicht das enthält, woraus jetzt etwas Neues entstehen kann.

Wenn wir diesen Abschnitt unserer Geschichte heute in den gesamten historischen Prozeß einordnen, dann ist aus diesem Versuch, die RAF wieder in einen stärkeren politischen Prozeß zurückzubringen, in erster Linie die Verlängerung von etwas geworden, was sich längst die Perspektive eines abgeschlossenen Projektes verdient hatte.

Wir mußten erkennen, daß aus dem alten Aufbruch vor allem die Kampfform geblieben war. Ein neuer Sinn, der eine Perspektive jenseits von Arbeitsgesellschaft und menschenfeindlicher, profitorientierter Ökonomie

eröffnet, der dann die Grundlage des Befreiungskampfes der Zukunft sein kann und viele wird zusammenbringen können, existierte faßbar noch nicht.

Nach unserer Niederlage von 1993 wußten wir, daß wir nicht alles einfach genauso weitermachen können, wie wir es mit dem Einschnitt in unserem Kampf 1992 begonnen hatten. Wir waren uns sicher, daß wir unsere Ziele richtig bestimmt, jedoch schwere taktische Fehler gemacht hatten. Wir wollten noch einmal mit denen, die noch in den Knästen waren, alles zusammen durchdenken und gemeinsam eine neue Etappe beginnen.

Doch am Ende zeigte sich in der für uns schmerzlichen Spaltung eines Teils der Gefangenen von uns, in der wir zu Feinden erklärt waren, daß die Entstehungsbedingungen der RAF - Solidarität und Kampf um Kollektivität - bereits vollständig verraucht waren.

Unser Prozeß der eigenen Befreiung ...

... ist uns wichtig gewesen und dennoch immer wieder stagniert. Wir wollten Kollektivität genauso wie die gemeinsame Überwindung jeglicher Entfremdung. Aber der Widerspruch zwischen Krieg und Befreiung ist bei uns oft verdrängt und weggeredet worden. Auch der revolutionäre Krieg produziert Entfremdungen und Autoritätsstrukturen, was Befreiung widerspricht. Damit umzugehen, so daß es sich nicht als Struktur festsetzt, ist nur möglich, wenn es ein Bewußtsein darüber gibt. Ansonsten verselbständigen sich neue Autoritätsstrukturen und Verhärtungen - sowohl in der Politik als auch in den Verhältnissen. Das zeigte sich unter anderem in den oft wechselseitig hierarchischen Strukturen der Front der achtziger Jahre und in den autoritären Zügen der Spaltung des Jahres '93. Und es zeigt sich in der Rückkehr zur Verbürgerlichung der Wahrnehmung und des Denkens, was in der Geschichte der RAF dahin führte, daß zu viele, die hier kämpften, die Berechtigung des gesamten Aufbruchs nicht mehr sehen können.

Es war ein strategischer Fehler, neben der illegalen, bewaffneten keine politisch-soziale Organisation aufzubauen.

In keiner Phase unserer Geschichte ist eine über den politisch-militärischen Kampf hinausgehende politische Organisierung verwirklicht worden. Das Konzept der RAF kannte letztlich nur den bewaffneten Kampf - mit dem politisch-militärischen Angriff im Zentrum.

In den grundlegenden Erklärungen der RAF bis Mitte der siebziger Jahre war diese wichtige Frage noch nicht geklärt, was kaum anders hätte sein können. Es gab in der Metropole kaum und in der BRD überhaupt keine Erfahrungen mit der Stadtguerilla. Es war notwendig, vieles erst herauszufinden und sich praktisch als richtig oder falsch erweisen zu lassen. Trotzdem gab es eine Richtung an der entscheidenden Frage, ob das Befreiungsprojekt von einer illegalen Organisation für den bewaffneten Kampf ausgefüllt werden kann - oder aber ob der Aufbau der Guerilla Hand in Hand gehen muß mit dem Aufbau von politischen Strukturen, die in Basisprozessen wachsen können. Unsere gefangenen GenossInnen schrieben dazu im Januar 1976, daß der bewaffnete Kampf aus der Illegalität die einzige Möglichkeit zu praktisch-kritischer Tätigkeit im Imperialismus sei.

Auch das Konzept vom Mai 1982 hielt trotz aller Widersprüchlichkeiten und obwohl es ein Versuch war, einen neuen politischen Zusammenhang mit anderen zu finden, an dieser fehlerhaften Vorstellung fest. Denn auch dieses Konzept brach nicht mit der Zentralität des bewaffneten Kampfes in der Metropole. Die politischen Aktivitäten, die aus dem Frontprozeß kamen, erstreckten sich meist auf die Vermittlung des Angriffs innerhalb der Strukturen der radikalen Linken.

Das Ausbleiben einer politischen Organisierung über mehr als zwanzig Jahre hinweg hatte zu jeder Zeit einen insgesamt schwachen politischen Prozeß zum Ergebnis. Die Überschätzung der Wirkung politisch-militärischer Aktionen in der Metropole der letzten Jahrzehnte ist für dieses Konzept Voraussetzung gewesen.

Die RAF setzte ihre Strategie des bewaffneten Kampfes in den verschiedenen Phasen unterschiedlich um und kam dabei zu keinem Zeitpunkt in das Stadium, in dem der militante Angriff dahin kommt, wo er hingehört: zur taktischen Option einer umfassenden Befreiungsstrategie.

Diese Schwäche hat auch dazu beigetragen, daß unsere Organisation am Ende der über mehr als zwei jahrzehntelangen Etappe nicht mehr transformiert werden konnte. Die Voraussetzungen, um den Schwerpunkt

des Kampfes auf die politische Ebene zu heben - wie wir es 1992 wollten - waren nicht vorhanden. Aber das war letztlich auch nur eine Folge des zugrunde liegenden strategischen Fehlers.

Die ausbleibende politisch-soziale Organisierung ist ein entscheidender Fehler der RAF gewesen. Es ist nicht der einzige, aber ein wichtiger Grund, weshalb die RAF kein stärkeres Befreiungsprojekt aufbauen konnte und letztlich die entscheidende Voraussetzung fehlte, im Aufbau einer nach Befreiung suchenden und kämpfenden Gegenbewegung einen stärkeren Einfluß auf die gesellschaftliche Entwicklung zu nehmen. Fehler des Konzepts wie dieser, der die RAF in ihrer gesamten Zeit begleitete, zeigen, daß das Konzept der RAF in den Befreiungsprozessen der Zukunft keine Gültigkeit mehr haben kann.

Das Ende der RAF ...

... fällt in eine Zeit, in der die ganze Welt mit den Folgen des Neoliberalismus konfrontiert ist. Der internationale Kampf gegen Vertreibung, gegen Ausgrenzung und für eine gerechte und grundsätzlich andere soziale Realität steht gegen die gesamte Entwicklung des Kapitalismus.

Die globalen und innergesellschaftlichen Verhältnisse verschärfen sich in der Turbulenz der historischen Entwicklung nach dem Ende des Realsozialismus immer weiter. Trotzdem besteht kein Widerspruch, unser Projekt zu beenden und weiterhin die Notwendigkeit zu sehen, daß alles getan werden muß, was sinnvoll und möglich ist, damit eine Welt jenseits des Kapitalismus entstehen kann, in der die Emanzipation der Menschheit Wirklichkeit werden kann. Angesichts der verheerenden Folgen des Zusammenbruchs des Realsozialismus weltweit und der Massenverarmung für Millionen Menschen in der ehemaligen Sowjetunion ist es zu wenig, heute allein von Chancen zu reden, die sich aus dem Ende des Realsozialismus ergeben. Trotzdem sehen wir, daß wirkliche Befreiung im realsozialistischen Modell nicht möglich war. Aus den anti-emanzipatorischen Erfahrungen mit den autoritären und staatsbürokratischen Konzepten des Realsozialismus sind die Konsequenzen für die zukünftigen Wege der Befreiung noch zu ziehen.

Mit dem Zusammenbruch des Realsozialismus ist die Systemkonkurrenz weggefallen, womit für die Akteure des kapitalistischen Systems auch die Notwendigkeit entfallen ist, ihr System als das "bessere" erscheinen zu lassen. Mit dem Wegfall dieses ideologischen Kapital-Hemmnisses ist ein Prozeß der globalen Entfesselung des Kapitals eingetreten: die ganze Menschheit soll den Kapitalbedürfnissen unterworfen werden. Der Neoliberalismus ist die ideologische und ökonomische Grundlage für einen weltweiten Optimierungsschub der Verwertung von Mensch und Natur für das Kapital. Die Systemvertreter nennen das "Reformschub" oder "Modernisierung".

Es ist mehr als deutlich, daß die gegenwärtige Entwicklungsstufe des Systems für den überwältigenden Teil der Menschheit weitere soziale und existentielle Härten bringt. Für die Mehrheit auf der Welt bedeutet Neoliberalismus eine neue Dimension der Bedrohung ihres Lebens.

Im Kampf um politische Hegemonie und ökonomische Macht halten nur die Ökonomien mit, deren Kapazitäten zunehmend zugunsten des blanken Profits der Konzerne und eines immer kleiner werdenden Teils der Gesellschaft aufgebracht werden. Die Rückwirkungen dieses Systemlaufs führen zu tiefgreifenden Veränderungen innerhalb der Gesellschaften. Und dazu, daß die zunehmende Verarmung und die daraus kommende Brutalisierung eine weitere Entfesselung von Krieg und Barbarei hervorbringt. Wenn es ihre ökonomischen und politischen Interessen berührt, werden die reichen Staaten jederzeit in solche Konflikte ihrerseits mit Krieg eingreifen, um weiterhin den "uneingeschränkten Zugriff auf die Rohstoffe" der Erde sicherzustellen und um ihren Machtanspruch durchzusetzen. Ihnen wird es nie um tatsächliche Lösungen für die Menschen gehen, sondern nur darum, die Zerstörung, die ihr System in Gang setzt, zu kontrollieren und Profite für wenige daraus abzuschöpfen.

Es ist kein Widerspruch, sondern entspricht vollkommen der Logik des Systems, daß wir in dieser Phase überall auf der Welt die Krisen der politischen Systeme und das Auseinanderbrechen der Gesellschaften bis hin zur Verarmung größerer Teile der bislang weitgehend von materiellem Elend verschont gebliebenen Metropolenmassen erleben, und gleichzeitig die transnationalen Konzerne mächtiger sind denn je und größere Gewinne abzocken als jemals zuvor.

Paradoxerweise scheint die erfolgreiche Gewinnmaximierung des Kapitals mit dem dadurch hervorgerufenen Zerfallsprozeß der Gesellschaften den Kapitalismus an seine Grenzen zu treiben. Mit dieser Entwicklung droht

zunächst vor allem ein weiteres Voranschreiten der Barbarei. Aus der Eigendynamik der Systementwicklung wird sich dieser negative Prozeß immer weiter fortsetzen, bis es eine Befreiungsvorstellung gibt, aus der neue Kraft für die Überwindung des Systems entsteht. Aber auch heute gibt es nicht nur die Niederlagen der historischen Linken und die Gewalt der weltgesellschaftlichen Verhältnisse, sondern auch die Lunte der aufständischen Bewegungen, die von der Erfahrung der weltweiten Widerstandsgeschichte ausgehen können.

In dieser globalen Entwicklung setzt der Kapitalismus auch in den Metropolen immer weniger auf die Möglichkeit, sich dort die weitgehende Ruhe mit "Sozialstaatssystemen" zu erkaufen. Statt dessen werden immer größere Teile der Gesellschaft ausgegrenzt, die im Produktionsprozeß nicht mehr benötigt werden. "Weltmacht" und "Sozialstaat" passen nicht mehr unter einen Hut. An die Stelle der alten "Sozialstaaten" wird beispielsweise in Europa unter der politischen und ökonomischen Hegemonie der BRD und mit der BRD als rassistischem Frontstaat ein ganzer Kontinent zum Polizeistaat gemacht.

Polizei und Militär gegen die dem Elend, Krieg und Unterdrückung Entfliehenden. Abschiebungen in Krieg und Folter. Eine Gesellschaft voller Knäste. Rausschmiß aus den Konsumzentren von Obdachlosen, Jugendlichen und allen, die der Biederkeit von Stammtisch und Bourgeoisie widersprechen, durch Polizei und Sicherheitsdienste. Die Wiedereinführung geschlossener Heime als Kinder-Knäste. Der Versuch der totalen Kontrolle von Flüchtlingen durch Chipcards in naher und anderer sozialer Gruppen in weiterer Zukunft. Knüppel und Gewehr gegen die abzusehenden Revolten der an den Rand Gedrängten. Ausgrenzung, Verfolgung und Vertreibung. Und selbst die totale Bemächtigung des Menschen durch seine gentechnologische Produktion kann nicht mehr ausgeschlossen werden.

Auch Ausgrenzung und Verfolgung durch die soziale Abstumpfung innerhalb der Gesellschaft ist hier und anderswo alltäglich. Rassismus von unten bedroht das Leben von Millionen, was in Deutschland die mörderische Markanz der historischen Kontinuität dieser Gesellschaft in sich trägt. Ausgrenzung von Behinderten von oben und Aggression gegen sie von unten zeigen eine Gesellschaft in ihrer alltäglichen Brutalität. Nur der Effizienz des ökonomischen Systems nicht widersprechende Menschen sind gewollt und alles, was kapitalisierbar ist. Etwas anderes, was jenseits der kapitalistischen Gesellschaft liegt, soll keinen Platz haben. Die vielen, die hier nicht mehr leben können und es nicht mehr wollen - und es sind viele, die ihrem Leben selbst ein Ende setzen - sprechen Tag für Tag von der Sinnleere im System und der Härte in der Gesellschaft.

Die Vermarktung des Menschen und die Gewalt in den Wohnstuben der Gesellschaft, auf ihren Straßen, ist die Gewalt der Unterdrückung, ist die soziale Kälte gegen den anderen, die andere, es ist die Gewalt gegen Frauen - das alles ist Ausdruck patriarchaler und rassistischer Verhältnisse.

Die RAF stand immer im Widerspruch zu den Bewußtseinsmentalitäten eines Großteils dieser Gesellschaft. Das ist ein notwendiges Moment des Befreiungsprozesses, denn nicht nur die Verhältnisse sind reaktionär, sondern die Verhältnisse produzieren das Reaktionäre in den Menschen, das ihre Fähigkeit zur Befreiung immer wieder neu unterdrückt. Ohne Zweifel ist es existentiell, Rassismus und jeglicher Form von Unterdrückung entschieden entgegenzutreten und sie zu bekämpfen. Befreiungsentwürfe der Zukunft werden sich aber auch daran messen lassen müssen, einen Schlüssel zu dem reaktionär eingeschlossenen Bewußtsein zu finden und das Bedürfnis nach Emanzipation und Befreiung zu wecken.

Die Realität der Welt zeigt heute, daß es besser gewesen wäre, der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, wäre durchgekommen.

Der weltweite Aufbruch, aus dem auch die RAF kam, ist nicht durchgekommen, was bedeutet, daß die zerstörerische und ungerechte Entwicklung bis jetzt noch nicht umgedreht werden konnte.

Schwerer als Fehler, die wir gemacht haben, wiegt für uns, daß wir noch keine ausreichenden Antworten auf diese Entwicklung sehen. Die RAF kommt aus dem Aufbruch der letzten Jahrzehnte, der die Entwicklung des Systems zwar nicht genau hat vorhersagen können, doch die Bedrohung, die in ihr liegt, erahnt hat. Wir wußten, daß dieses System weltweit immer weniger Menschen eine Möglichkeit für ein Leben in Würde lassen wird. Und wir wußten, daß dieses System den totalen Zugriff auf die Menschen will, so daß diese sich den Werten des Systems selbst unterwerfen und sie zu den eigenen machen. Aus dieser Ahnung kam unsere Radikalität. Für uns gab es mit diesem System nichts zu verlieren. Unser Kampf - die Gewalt, mit der wir uns gegen die Verhältnisse stellten - hat eine schwierige, eine schwerwiegende Seite. Auch der Befreiungskrieg

hat seine Schatten. Menschen in ihrer Funktion für das System anzugreifen, ist für alle Revolutionäre auf der Welt ein Widerspruch zu ihrem Denken und Fühlen - zu ihrer Vorstellung von Befreiung. Auch wenn es im Befreiungsprozeß Phasen gibt, in denen das als etwas Notwendiges gesehen wird, weil es diejenigen gibt, die die Ungerechtigkeit und die Unterdrückung wollen und die Macht, die sie oder andere haben, verteidigen. Revolutionäre sehnen sich nach einer Welt, in der niemand darüber entscheidet, wer ein Recht auf Leben und wer es nicht hat. Trotzdem hat die Aufregung über unsere Gewalt auch irrationale Züge. Denn der tatsächliche Terror besteht im Normalzustand des ökonomischen Systems.

RAF - nur ein Aspekt

Die RAF ist die Antwort für die Befreiung noch nicht gewesen - vielleicht ein Aspekt von ihr.

Auch wenn heute noch so viele Fragen offen sind, sind wir uns sicher, daß aus der Befreiungsidee der Zukunft nur dann der Kern freier Verhältnisse entstehen kann, wenn sie die tatsächliche Vielfalt in sich trägt, an denen die Verhältnisse umgeworfen werden müssen. "Die richtige Linie", die Aspekte des Lebens außer acht läßt, weil sie dafür nicht effizient zu sein scheinen, ist ebenso unbrauchbar wie die Suche nach d e m revolutionären Subjekt. Das Befreiungsprojekt der Zukunft kennt viele Subjekte und eine Vielfalt von Aspekten und Inhalten, was mit Beliebigkeit nichts zu tun haben muß. Wir brauchen eine neue Vorstellung, in der die vielleicht unterschiedlichsten einzelnen oder soziale Gruppen Subjekte sein können, und die sie trotzdem zusammenbringt. Insofern kann das Befreiungsprojekt der Zukunft in keinem der alten Konzepte der BRD-Linken seit '68 - weder in dem der RAF noch in anderen - gefunden werden. Die Freude, ein umfassendes, ein antiautoritäres und dennoch verbindlich organisiertes Projekt der Befreiung aufzubauen, liegt noch unverbraucht und vor allem noch wenig versucht vor uns.

Wir sehen, daß es auch in diesem Teil der Welt überall diejenigen gibt, die versuchen, Wege aus der Sackgasse zu finden.

Uns machen auch die Hoffnung, die überall bis in die abgelegensten Winkel dieses Landes - wo die kulturelle Hegemonie der faschistischen Rechten heute keine Seltenheit ist - den Mut haben, sich gegen Rassismus und Neonazis zusammenzutun, sich und andere zu verteidigen, und kämpfen.

Es ist notwendig, zu sehen, daß wir uns in einer Sackgasse befinden, um Wege aus ihr heraus zu finden. Da kann es auch völlig richtig sein, etwas, was man theoretisch auch weiterführen könnte, loszulassen.

Unsere Entscheidung, etwas zu beenden, ist Ausdruck der Suche nach neuen Antworten. Wir wissen, daß uns diese Suche mit vielen auf der ganzen Welt verbindet.

Es wird noch viele Diskussionen geben, bis alle Erfahrungen zusammen ein realistisches und reflektiertes Bild der Geschichte ergeben.

Wir wollen Teil der gemeinsamen Befreiung sein. Wir wollen an unseren eigenen Prozessen etwas wiedererkennbar machen und von anderen lernen.

Auch das schließt alte Konzeptionen von Avantgarden, die die Kämpfe führen, aus. Wenn auch "Avantgarde" seit vielen Jahren nichts mehr mit unserem Verständnis vom Kampf zu tun hatte, so läßt die alte Konzeption der RAF die tatsächliche Aufhebung davon nicht zu. Auch deswegen können wir dieses Konzept loslassen.

Die Guerillas der Metropolen haben den Krieg, den die imperialistischen Staaten außerhalb der Zentren der Macht führen, in das Herz der Bestie zurückgetragen.

Trotz allem, was wir besser anders gemacht hätten, ist es grundsätzlich richtig gewesen, sich gegen die Verhältnisse in der BRD zu stellen und zu versuchen, die Kontinuitäten der deutschen Geschichte mit Widerstand zu durchkreuzen. Wir wollten dem revolutionären Kampf auch in der Metropole eine Chance eröffnen.

Die RAF hat auf einem gesellschaftlichen Terrain den Kampf aufgenommen und mehr als zwei Jahrzehnte zu entwickeln versucht, das historisch von wenig Widerstand und dem Ausbleiben einer Bewegung gegen den Faschismus dafür um so mehr von einer zu Faschismus und Barbarei loyalen Bevölkerung geprägt war. Die Befreiung vom Faschismus mußte anders als in anderen Ländern von außen kommen. Einen selbstbestimmten Bruch "von unten" mit dem Faschismus gab es hier nicht. Es sind in diesem Land wenige

gewesen, die sich gegen den Faschismus stellten; zu wenige, die die Spur der Menschlichkeit legten. Sie, die im jüdischen, im kommunistischen - und in welchem antifaschistischen Widerstand auch immer - kämpften, sind uns wichtig gewesen. Und das werden sie immer sein. Sie waren die wenigen Lichtblicke in der Geschichte dieses Landes, seitdem der Faschismus '33 begonnen hatte, alles Soziale in dieser Gesellschaft abzutöten.

Im Gegensatz zu ihnen hat der Trend dieser Gesellschaft so gut wie immer akzeptiert, was die Mächtigen sagen; die Autorität bestimmt, was legitim ist. In der sozialen Zerstörung dieser Gesellschaft, die eine Voraussetzung für den Völkermord der Nazis war, ist bis heute die Gleichgültigkeit gegen den/die andere/n ein wesentliches Moment. Die RAF hat nach dem Nazi-Faschismus mit diesen deutschen Traditionen gebrochen und ihnen jegliche Zustimmung entzogen. Sie kam aus dem Aufbruch dagegen. Sie hat nicht nur diese nationalen und gesellschaftlichen Kontinuitäten abgelehnt, sondern an die Stelle dieser Negation einen internationalistischen Kampf gesetzt, dessen Praxis den deutschen Staat und die Herrschaftsverhältnisse in der Bundesrepublik ebenso ablehnte und angriff wie auch Militärstrukturen ihrer NATO-Verbündeten. Überall auf der Welt versuchte dieses Bündnis, in dessen Hierarchie der US- Staat die treibende Kraft und die unangefochtene Führung war, die sozialen Rebellionen und die Befreiungsbewegungen mit Militärs und Krieg niederzuschlagen. Die Guerillas der Metropolen haben den Krieg, den sie außerhalb der Zentren der Macht führten, in das Herz der Bestie zurückgetragen.

Wir haben gewalttätige Verhältnisse mit der Gewalt der Revolte beantwortet. Es ist uns nicht möglich, auf eine glatte und fehlerlose Geschichte zurückzublicken. Aber wir haben etwas versucht und dabei viele von den Herrschenden gesetzte und von der bürgerlichen Gesellschaft verinnerlichten Grenzen überschritten.

Die RAF konnte keinen Weg zur Befreiung aufzeigen. Aber sie hat mehr als zwei Jahrzehnte dazu beigetragen, daß es den Gedanken an Befreiung heute gibt. Die Systemfrage zu stellen, war und ist legitim, solange es Herrschaft und Unterdrückung an Stelle von Freiheit, Emanzipation und Würde für alle auf der Welt gibt.

Aus dem Kampf der RAF sind immer noch neun frühere Militante im Gefängnis. Wenn auch der Kampf um Befreiung noch lange nicht vorbei ist, so ist diese Auseinandersetzung historisch geworden. Wir unterstützen alle Bemühungen, die dazu führen, daß die Gefangenen aus dieser Auseinandersetzung aufrecht aus dem Knast rauskommen.

Wir möchten in diesem Moment unserer Geschichte alle grüßen und ihnen danken, von denen wir auf dem Weg der letzten 28 Jahre Solidarität bekommen haben, die uns in verschiedenster Weise unterstützt haben, und die von ihrer Grundlage aus mit uns zusammen gekämpft haben. Die RAF hat entschieden zum Kampf um Befreiung beitragen wollen. Diese revolutionäre Intervention in diesem Land und in dieser Geschichte hätte es nie geben können, wenn nicht viele, die sich nicht selbst in der RAF organisierten, etwas von sich in diesen Kampf gegeben hätten.

Hinter uns allen liegt ein gemeinsamer Weg. Wir wünschen uns, daß wir uns alle auf den unbekannten und verschlungenen Pfaden der Befreiung zusammen mit vielen anderen wiederfinden.

Wir denken an alle, die überall auf der Welt im Kampf gegen Herrschaft und für Befreiung gestorben sind. Die Ziele, für die sie sich einsetzten, sind die Ziele von heute und morgen - bis alle Verhältnisse umgeworfen sind, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Ihr Tod ist schmerzlich, aber niemals umsonst. Sie leben in den Kämpfen und der Befreiung der Zukunft weiter.

Wir werden die GenossInnen der palästinensischen Befreiungsfront PFLP nie vergessen, die im Herbst 1977 in internationaler Solidarität beim Versuch, die politischen Gefangenen zu befreien, ihr Leben ließen.

Wir wollen heute besonders an alle erinnern, die sich hier dafür entschieden, im bewaffneten Kampf alles zu geben und in ihm gestorben sind. Unsere Erinnerung und unsere ganze Achtung gilt denen, deren Namen wir nicht nennen können, weil wir sie nicht kennen, und Petra Schelm, Georg von Rauch, Thomas Weißbecker, Holger Meins, Katharina Hammerschmidt, Ulrich Wessel, Siegfried Hausner, Werner Sauber, Brigitte Kuhlmann, Wilfried Böse, Ulrike Meinhof, Jan-Carl Raspe, Gudrun Ensslin, Andreas Baader, Ingrid Schubert, Willi-Peter Stoll, Michael Knoll, Elisabeth van Dyck, Juliane Plambeck, Wolfgang Beer, Sigurd Debus, Johannes Timme, Jürgen Peemöller, Ina Siepmann, Gerd Albartus, Wolfgang Grams

Die Revolution sagt: ich war ich bin ich werde sein.

Rote Armee Fraktion März 1998

37. Eine (unvollständige) Chronik der RAF

Autor: ga. · Rubrik: Westdeutsche Linke allgemein; RAF · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/39.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:39

Eigentlich beginnt die Geschichte der RAF nicht mit ihrer Gründung im Mai 1970, sondern mit der Ermordung des Studenten Benno Ohnesorg durch die Polizei während einer Demonstration gegen den Schah von Persien am 2. Juni 1967. Der Todesschütze wird nicht zur Rechenschaft gezogen.

1968 kommt es in der BRD und in Westberlin zu großen Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg. An der Abschlußkundgebung des Vietnamkongresses in Berlin am 17./18. Februar nehmen 15.000 Menschen teil. Als Antwort auf die Gleichgültigkeit der westdeutschen Gesellschaft gegenüber den Morden in Vietnam explodieren zwei Wochen nach dem Massaker der US-Armee in My-Lai in zwei Frankfurter Kaufhäusern Brandsätze. Thorwald Proll, Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Horst Söhnlein werden im Oktober zu je drei Jahren Haft verurteilt.

Im Juni 1969 bekommen die Verurteilten bis zur Revisionsentscheidung Haftverschonung. Im November wird die Revision verworfen, die vier sollen ihre Haftstrafe (Rest 22 Monate) absitzen.

Im Februar 1970 wird auch das Gnadengesuch abgelehnt. Gudrun Ensslin und Andreas Baader treten ihre Haftstrafe nicht an. Im Februar wird das Sozialistische Patientenkollektiv (SPK) in Heidelberg gegründet. Im April wird Andreas Baader im Verlauf einer Verkehrskontrolle verhaftet. Die Gründung der "Rote Armee Fraktion" (RAF) erfolgt im Mai, nachdem Ulrike Meinhof zusammen mit anderen Andreas Baader aus der Haft befreit haben. In der Zeitschrift "agit 883" erscheint die erste öffentliche Erklärung der RAF: "Die Rote Armee aufbauen". Im Oktober werden Brigitte Asdonk, Monika Berberich, Irene Goergens, Horst Mahler und Ingrid Schubert wegen Verdachts der Mitgliedschaft in der RAF in Westberlin festgenommen. Der "erste Kronzeuge" Karl-Heinz Ruhland wird im Dezember festgenommen - und plaudert über die Gruppe.

Ein Jahr nach der RAF-Gründung erscheint im April 1971 das Papier: "Das Konzept Stadtguerilla" und im Juni "Die Lücken der revolutionären Theorie schließen - Die Rote Armee aufbauen!" Dieses Papier wird im Rotbuch 29 unter dem Titel "Kollektiv RAF - über den bewaffneten Kampf in Westeuropa" veröffentlicht. Überflüssig zu sagen, daß das Buch sofort nach Erscheinen verboten und beschlagnahmt wird. Im Juli werden bei einer Fahndungsaktion Petra Schelm erschossen und Werner Hoppe festgenommen. Im Oktober wird während der Festnahmeaktion Margit Schillers ein Polizist erschossen. Ballistische Gutachten ergeben, daß der Schuß nicht aus ihrer Waffe stammt. Im Dezember wird Georg von Rauch während einer Fahndung durch einen Kopfschuß getötet.

Im März 1972 wird Thomas Weisbecker von einer Sonderkommission in Augsburg erschossen. Carmen Roll wird festgenommen. Am selben Tag werden in Hamburg Manfred Grashof und Wolfgang Grundmann festgenommen. Die RAF beginnt ihre "Mai-Offensive" gegen Einrichtungen der US-Armee. Es ist die Antwort auf die Wiederaufnahme der Flächenbombardements der USA in Vietnam. In Heidelberg wird der Großrechner im europäischen Hauptquartier der US-Armee, der die Bombardierung Vietnams koordiniert, funktionsunfähig gesprengt. Bei den Angriffen auf US-Einrichtungen werden über 20 US-Soldaten verletzt. Ein weiteres Angriffsziel der RAF ist der Springer-Verlag: Am 19. Mai explodieren im Hamburger Springerhochhaus zwei Bomben. 17 Arbeiter werden dabei verletzt, Springer hatte trotz rechtzeitiger Warnungen das Gebäude nicht räumen lassen. Im Juni und Juli führen bundesweite Fahndungen zu der Festnahme der sogenannten ersten RAF-Generation: Andreas Baader, Bernhard Braun, Gudrun Ensslin, Ulrike Meinhof, Holger Meins, Gerhard Müller, Brigitte Mohnhaupt, Irmgard Möller, Klaus Jünschke und Jan-Carl Raspe. Katharina Hammerschmidt stellt sich. Im Juni werden die Befugnisse des Verfassungsschutzes erweitert: "Nachrichtendienstliche Mittel" - also das Einschleusen von V-Leuten in politische Gruppen - wird legitimiert. Das palästinensische Kommando "Schwarzer September" überfällt im September während der Olympischen Spiele in München die Unterkunft der israelischen Sportler. Zwei Sportler werden getötet, neun werden als Geiseln genommen, um der Forderung nach Freilassung von Gefangenen Nachdruck zu verleihen. Die RAF nimmt zu der Aktion in ihrem Papier "Die Aktion des Schwarzen September in München - Zur Strategie des antiimperialistischen Kampfes" positiv Stellung.

1973 findet der erste kollektive Hungerstreik der politischen Gefangenen statt. In der Zeit vom 17. Januar bis 12. Februar beginnen 40 Gefangene mit dem Streik und fordern die Aufhebung der Isolationshaft und die Verlegung von Ulrike Meinhof aus dem Toten Trakt. Vom 8. Mai bis 29. Juni treten 80 politische Gefangene in den Hungerstreik mit der Forderung nach Haftbedingungen wie die der anderen Gefangenen. Der Staat antwortet mit Zwangsernährung.

Aufwendige Fahndungsaktionen führen im Februar 1974 zu den Festnahmen von Eberhard Becker, Christa Eckes, Helmut Pohl und Ilse Stachowiak in Hamburg, Kai-Werner Allnach, Wolfgang Beer und Margit Schiller in Frankfurt, Eckehard Blenk und Axel Acherrath in Amsterdam. Am 19. September beginnen die Gefangenen einen fast fünf Monate dauernden Hungerstreik. Sie fordern die Abschaffung der Sonderbehandlung und der als Vernichtungshaft bezeichneten Isolationhaft. Holger Mein stirbt nach 10 Wochen an den Folgen der Zwangsernährung. Einen Tag danach wird der Präsident des Berliner Kammergerichts, Günter von Drenkmann, von Mitgliedern der "Bewegung 2. Juni" erschossen. Im Dezember wird das Strafverfahrensrecht geändert. RechtsanwältInnen, die "dringend oder hinreichend" verdächtigt sind, die Straftaten ihrer MandantInnen zu unterstützen oder an ihnen beteiligt zu sein, können als VerteidigerInnen ausgeschlossen werden.

Die Bewegung 2. Juni tauscht am 3. März 1975 den von ihnen entführten CDU-Vorsitzenden Peter Lorenz gegen sechs Gefangene aus. April: Klaus Croissant, Kurt Groenewold und Christian Ströbele, Verteidiger der Stammheimer Gefangenen, werden vom Verfahren ausgeschlossen. 24. April: Besetzung der Deutschen Botschaft in Stockholm durch das RAF-Kommando "Holger Meins". Das Kommando fordern die Freilassung von 26 inhaftierten GenossInnen. Beim Sturm der Botschaft wird das Kommando-Mitglied Ulrich Wessel getötet, Siegfried Hausner lebensgefährlich verletzt. Trotzdem wird er in die BRD transportiert. Er erliegt seinen Verletzungen. Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernhard Rössner und Lutz Taufer werden festgenommen. Im Mai beginnt der Prozeß gegen Baader, Ensslin, Meinhof und Raspe. Während des Verfahrens kommt es laufend zu Einschränkungen der Verteidigerrechte.

Mai 1976: Ulrike Meinhof wird tot in ihrer Zelle in Stuttgart-Stammheim aufgefunden. Der Staat spricht von Selbstmord. Viele Umstände lassen bis heute Zweifel an dieser Version. Als neue Straftatbestände werden "verfassungsfeindliche Befürwortung von Straftaten" (88a) und "Anleitung von Straftaten" (130a) ins Gesetz aufgenommen. Damit wird nicht nur die Verbreitung, sondern auch der Besitz von Schriften, die zur Gewalt aufrufen, strafbar. Im Juni erfolgt eine umfassende Gesetzesverschärfung. Der Bundestag verabschiedet das "Anti-Terror-Gesetz", das die Bildung und Unterstützung einer "terroristischen Vereinigung" (§129a) als Straftatbestand einführt. Damit darf jetzt auch der Schriftverkehr zwischen VerteidigerInnen und Gefangenen, die nach diesem Paragraphen angeklagt werden sollen, überwacht werden.

Vom 29. März bis 30. April 1977 treten die in Stammheim einsitzenden RAF-Mitglieder in ihren vierten Hungerstreik, um gegen ihre Isolationshaft zu protestieren. Nachdem ihnen Zusagen über Zusammenlegungsforderungen in einigen Fällen gemacht worden sind, brechen sie den Hungerstreik ab. Die Zusagen werden nicht eingehalten. General Bundesanwalt Siegfried Buback und zwei seiner Begleiter werden in Karlsruhe von einem Kommando "Ulrike Meinhof" getötet. Nach fast zweijähriger Verhandlungsdauer verurteilt das Oberlandesgericht Stuttgart im April die RAF-Mitglieder Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe zu lebenslanger Haft. Im Mai werden Verena Becker und Günter Sonnenberg festgenommen. Günter Sonnenberg wird bei dem Schußwechsel schwer verletzt. Im Juni verurteilt das Landgericht Kaiserslautern im sogenannten kleinen Baader-Meinhof-Prozeß Manfred Grashof und Klaus Jünschke zu lebenslangen Haftstrafen, Wolfgang Grundmann zu vier Jahren. Croissant geht im Juli nach Frankreich und beantragt dort politisches Asyl. Karl-Heinz Dellwo, Hanna Krabbe, Bernd Rössner und Lutz Taufer werden wegen Überfalls auf die deutsche Botschaft in Stockholm zu je zweimal lebenslanger Haft verurteilt. Dresdner-Bank-Chef Jürgen Ponto wird beim Entführungsversuch erschossen. Vom 9. August bis 2. September findet der fünfte Hungerstreik statt. Am 5. September wird das ehemalige SS-Mitglied und aktueller Arbeitgeberpräsident Hanns-Martin Schleyer vom Kommando "Siegfried Hausner" entführt. Sein Fahrer und drei Polizisten werden getötet. Er soll gegen elf Gefangene ausgetauscht werden. Während der Entführung von Schleyer verabschiedet der Bundestag im Eilverfahren das Kontaktsperregesetz, das den inhaftierten RAF-Häftlingen bis zu 30 Tagen jeglichen Kontakt untereinander und mit ihren AnwältInnen verbietet. Am 7. September wird über 72 Gefangene eine Kontaktsperre zur Außenwelt verhängt. Das Kontaktsperregesetz selber wird erst vier Wochen später durch ein Gesetz legitimiert. Am 22. September wird Knut Folkerts durch

niederländische Polizei festgenommen. Bei seiner Festnahme kommt es zu einem Schußwechsel. Ein Polizist wird getötet. Knut Folkerts wird zu 20 Jahren Haft wegen Mordes verurteilt und später an die BRD ausgeliefert 13. Oktober: Ein palästinensisches Kommando entführt aus Solidarität mit den deutschen GenossInnen eine Lufthansa-Maschine mit Touristen nach Mogadischu. Es werden von Regierungsseite zwar taktische Verhandlungen geführt, aber keinerlei Zugeständnisse gemacht. Trotz der Gefahr, daß alle Geiseln getötet werden, befiehlt die Bundesregierung, daß die Maschine durch das Sonderkommando GSG9 gestürmt wird. Die Geiseln werden befreit, das palästinensische Kommando bis auf eine Frau erschossen. Am 18. Oktober werden Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot in Ihren Zellen aufgefunden. Jan Carl Raspe wird sterbend und Irmgard Möller schwer verletzt gefunden. Einen Tag später findet man Hanns-Martin Schleyer tot im Kofferraum eines Wagens. In Amsterdam werden im November Christoph Wackernagel und Gerd Schneider festgenommen und später an die BRD ausgeliefert. Die in München inhaftierte Ingrid Schubert wird tot in ihrer Zelle aufgefunden. Verena Becker wird im Dezember zu lebenslanger Haft verurteilt.

Im Januar 1978 wird der Rechtsanwalt Kurt Grönewold wegen Unterstützung des "Infosystems" zwischen den Gefangenen und ihren UnterstützerInnen verurteilt. Christine Kuby wird festgenommen. Vom 10. März bis 20. April erneuter (sechster) Hungerstreik für die Abschaffung der Einzel- und Kleingruppenisolation. April: Günter Sonnenberg wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Mai: Stefan Wisniewski wird in Paris festgenommen. September: Willy-Peter Stoll wird erschossen. Astrid Proll wird in London festgenommen, außerdem in Dortmund Angelika Speitel und Michael Knoll, der seinen Schußverletzungen, die er bei der Festnahme erlitten hat, erliegt.

Vom 20. April bis 26. Juni 1979 sind über 70 Gefangene im siebten kollektiven Hungerstreik. Mai: Christine Kuby wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Die Killfahndung fordert ein weiteres Opfer: Elisabeth von Dyck wird bei ihrer Festnahme erschossen. Im Juni wird Rolf Heißler bei seiner Festnahme durch einen Kopfschuß schwer verletzt. Ein geplanter Anschlag auf den Nato-General Haig scheitert. Im November wird Rolf-Clemens Wagner in Zürich festgenommen. Im Dezember wird Siegfried Haag zu 15 Jahren verurteilt.

Januar 1980: Festnahme von Peter Jürgen Book. Die Rechtsanwälte Armin Newerla und Arndt Müller werden zu Haftstrafen verurteilt, weil sie angeblich Waffen in den Hochsicherheitstrakt geschafft hätten. Da der Staat bis heute behauptet, daß sich die Gefangenen im Oktober 1977 in Stammheim selber getötet haben, muß jemand gefunden und verurteilt werden, der die Waffen dort hineingebracht hat. Juli: Wolfgang Beer und Juliane Plambeck kommen bei einem nicht geklärten Autounfall ums Leben. Verurteilung von Knut Folkerts zu zweimal lebenslänglich. September: Christoph Wackernagel und Gerd Schneider erhalten 15 Jahre Knast.

1981 findet vom 2. Februar bis 16. April der erste Hungerstreik statt, an dem sich auch Gefangene beteiligen, die nicht der RAF oder ihrem Umfeld angehören. Sigurd Debus stirbt an den Folgen der Zwangsernährung. Der Hungerstreik wird abgebrochen, nachdem zugesagt wird, daß kein Gefangener in Einzelisolation bleibt. Wie auch schon bei vorherigen Zusagen erfolgt keine Einlösung. August: Anschlag auf das europäische Hauptquartier der US-Luftwaffe in Ramstein. September: Anschlag auf den Oberbefehlshaber der US-Armee in Europa, General Kroesen. Stefan Wisniewski wird zu lebenslanger Haft verurteilt.

Das sogenannte Mai-Papier: "Guerilla, Widerstand und antiimperialistische Front" erscheint im Mai 1982. Juni: Siglinde Hofmann wird zu 15 Jahren Knast verurteilt, Rolf Heißler im November zu zweimal lebenslänglich plus 15 Jahren. Christian Klar, Brigitte Mohnhaupt und Adelheid Schulz werden festgenommen.

Verurteilung von Peter Jürgen Book im Mai 1984 zu dreimal lebenslänglich plus 15 Jahre. Juni: Verhaftung von Manuela Happe. Juli: Verhaftung von Ingrid Jakobsmeier, Christa Eckes, Stefan Frey und Helmut Pohl. Der neunte Hungerstreik mit ungefähr 40 Gefangenen beginnt am 4. Dezember.

Der MTU-Vorstandsvorsitzende Zimmermann wird am 1. Februar 1985 erschossen. Einen Tag später fordert die RAF die Gefangenen auf, ihren Hungerstreik zu beenden. Das erfolgt ein paar Tage später. März: Rolf Clemens Wagner und Adelheid Schulz werden zu zweimal lebenslanger Haft verurteilt. April: Die Stammheimer Richter drehen endgültig durch. Christian Klar und Brigitte Mohnhaupt werden zu je fünfmal lebenslänglich plus 15 Jahre verurteilt. August: Der 20jährige US-Soldat Edward Pimental wird von der RAF in einem Waldstück bei Wiesbaden mit Genickschuß ermordet. Die RAF benutzt seinen Ausweis, um auf dem Militärgelände des Rhein-Main-Flughafens eine Autobombe zu plazieren.

Februar 1986: Die Polizei erhält eine Rechtsgrundlage für die computergestützte "Schleppnetzfahndung". Juli: Das RAF-"Kommando Mara Cagol" tötet das Siemens-Vorstandmitglied Karl-Heinz Beckurts. August: Eva Haule wird zusammen mit Christian Kluth und Luitgard Hornstein festgenommen. Oktober: Die RAF ermordet den Chefbeamten des Auswärtigen Amtes, Gerold von Braunmühl. Dezember: Helmut Pohl wird zu lebenslanger Haft verurteilt. Ein "Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus" verschärft die Strafen für Gründer, Mitglieder, Rädelsführer und Hintermänner sogenannter terroristischer Vereinigungen. Die von der Union gewünschte "Kronzeugenregelung" (Strafmilderung oder -verzicht für reuige Terroristen) unterbleibt (noch) wegen Einwänden der FDP.

Der zehnte kollektive Hungerstreik für Zusammenlegung und bessere Haftbedingungen findet vom 1. Februar bis zum 14. Mai 1989 statt. April: Nach einer zunächst bis zum 31. Dezember befristeten "Kronzeugenregelung" für sogenannte terroristischer Straftaten kann einem als Zeugen aussagenden Täter die Strafe erlassen oder eine gemilderte Strafe zugemessen werden. November: Die RAF tötet den Vorstandssprecher der Deutschen Bank, Siegfried Herrhausen.

In der DDR werden im Juni 1990 nach und nach verhaftet: Susanne Albrecht, Henning Beer, Christine Dümlein, Ralf-Baptist Friedrich, Werner Lotze, Monika Helbing, Silke Meyer-Witt, Ekkehard Seckendorff-Gudent, Siegrid Sternebeck und Inge Viett. Fast alle sagen später als KronzeugInnen gegen RAF-Mitglieder aus.

April 1991: Treuhand-Chef Detlev Karsten Rohwedder wird von der RAF erschossen.

April 1992: Die RAF erklärt, daß sie bei weiteren Anschlägen keine Aktionen gegen Repräsentanten aus Staat oder Wirtschaft durchführen wolle.

März 1993: Ein RAF-Kommando sprengt den kurz vor der Fertigstellung stehenden 200 Millionen Mark teuren Gefängnisneubau im hessischen Weiterstadt in die Luft. Juni: In Bad Kleinen versucht die Polizei, die RAF-Mitglieder Wolfgang Grams und Birgit Hogefeld festzunehmen. Bei einem Schußwechsel sterben Grams und der Polizist Newrzella.

Im Juli/August 1994 treten einige RAF-Mitglieder in einen begrenzten Hungerstreik, um die Forderung nach Freilassung der seit 22 Jahren inhaftierten Irmgard Möller zu unterstützen. September: Heidi Schulz wird aufgrund von KronzeugInnenaussagen aus der ehemaligen DDR erneut zu lebenslanger Haft verurteilt.

Die Aussagen der KronzeugInnen aus der ehemaligen DDR führen auch zu einer erneuten Verurteilung von Siglinde Hofmann im September 1995.

1996: Birgit Hogefeld, die im November zu lebenslanger Haft verurteilt wird und andere RAF-Gefangene verlangen die Selbstauflösung der RAF.

April 1998: Die RAF gibt in einer achtseitigen Erklärung ihre Selbstauflösung bekannt.

ga.

Als hervorragende Quelle - außer den ak-Ausgaben 1972 bis 1998 - hat sich das Buch "Rote Armee Fraktion. Texte und Materialien zur Geschichte der RAF" erwiesen. Herausgeberin ist der ID-Verlag. Buchversand, Knobelsdorfferstr. 8, 14059 Berlin. http://www.txt.de/id-verlag. Das Buch dokumentiert die RAF-Erklärungen von 1970 bis 1996 in chronologischer Reihenfolge. Aufgeteilt sind diese in vier Kapitel, die jeweils bestimmte Epochen der RAF zusammenfassen. Außerdem stellt es kurze, gesellschaftspolitische Einschätzungen und Einordnungen an den Anfang der jeweiligen Kapitel.

38. Immunität - das Sahnehäubchen für EUROCOPS

Autor: Ulla Jelpke, Mark Holzberger · Rubrik: Polizeistaat/Polizeiterror; CDU/CSU; SPD; Westeuropa / EG allgemein · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/18.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:18

Vor Ostern beschlossen die Regierungsparteien und die SPD das Immunitätenprotokoll. Damit sollen EUROPOL-Bedienstete, die EUROCOPS, straffrei ausgehen, wenn sie im Dienst strafbare Handlungen begehen. Den Beschlüssen von Bundestag und Länderkammer war eine zeitweise lebhafte öffentliche Debatte über Sinn und Unsinn der Übertragung polizeilicher Kompetenzen auf EUROPOL vorausgegangen.

Aus Bürgerrechtsvereinigungen aber auch von Seiten der Grünen sowie der PDS war in diesem Zusammenhang Kritik laut geworden: Mit EUROPOL würde eine Polizeibehörde geschaffen, bei der zum einen unverhältnismäßig viele und zu intime Daten zusammengeführt werden. So sollen nicht nur Informationen über Straftäter und Verdächtige, sondern auch über deren Kontakt- und Begleitpersonen, ja selbst über "mögliche Zeugen" und "mögliche Opfer" gesammelt werden. EUROPOL interessiert sich dabei nicht nur für die politische Gesinnung dieser Menschen, sondern auch für deren sexuelle Orientierung. Auch sollen Angaben über die "rassische Herkunft" einer Person die Arbeit der EUROCOPS erleichtern. Bei der Qualität der zu erfassenden Information will man bei EUROPOL nicht allzu wählerisch sein. So sollen auch sog. weiche Daten verarbeitet werden, von denen EUROCOPS selber sagen, daß "deren Wahrheitsgehalt nicht überprüft werden kann." Schließlich sollen bei EUROPOL auch Informationen eingespeist werden, die von Geheimdiensten stammen. Im Gegenzug leitet EUROPOL seine Erkenntnisse an die Schlapphüte weiter.

Doch damit nicht genug. In einem Aufsatz für die Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) kritisierte der Vizepräsident des Bundestages, Burkhard Hirsch (FDP), EUROPOL unterliege nur "Scheinmechanismen" einer parlamentarischen Kontrolle. Das Europäische Parlament hat keine aktive Kontroll-Kompetenz, sondern wird gem. Art. 34 Abs. 1 EPK lediglich einmal jährlich über die EUROPOL-Tätigkeit unterrichtet - und dies auch nur unter Geheimhaltungspflicht, wie sie sonst für die Geheimdienstkontrolle üblich ist. Ähnliches gilt für die nationalen Parlamente. EUROPOL unterliegt gem. Art. 30 Abs. 1 EPK keinerlei Weisungspflicht. EUROCOPS werden also allein nach eigenem Gutdünken operieren. EUROPOL ist somit letztlich nur sich selber verantwortlich - der vorläufige Höhepunkt der schon seit Jahren zu beobachtenden Entwicklung einer sich verselbständigen Exekutive - einer sich der demokratischen Kontrolle entziehenden Polizei. (1)

Diese Kritik ging an den Abgeordneten des Deutschen Bundestages spurlos vorüber. So beschäftigte sich der federführende Innenausschuß im Oktober letzten Jahres mit der EUROPOL-Konvention (EPK) ganze 15 Minuten. In dieser Viertelstunde ging es den VertreterInnen der Regierungsparteien und den Sozialdemokraten einzig und allein darum, Anträge von Grünen und PDS auf Durchführung einer Anhörung mit Geschäftsordnungstricks abzuwimmeln.

Die EPK sieht in Art. 41 vor, daß EUROPCOPS "die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Vorrechte und Immunitäten nach Maßgabe eines Protokolls" genießen sollten. Art. 8 Abs. 1 a) des Immunitätenprotokolls (IP) sieht vor, daß Organe und Personal von EUROPOL "Immunität von jeglicher Gerichtsbarkeit hinsichtlich der von ihnen in Ausübung ihres Amtes vorgenommenen mündlichen und schriftlichen Äußerungen sowie Handlungen genießen." Strafbefreiung ist im Völkerrecht bzw. bei internationalen Einrichtungen nichts Unübliches. Letzlich - so die Argumentation der Bundesregieung - würden EUROCOPS mit der Immunitätenregelung lediglich Beschäftigten in anderen Institutionen der EU bzw. der Vereinten Nationen gleichgestellt.

Aber stimmt der Vergleich? Handelt es sich bei EUROCOPS wirklich nur um BeamtInnen, vergleichbar den ErbsenzählerInnen im Europäischen Patentamt?

Straffreiheit

fürs Geradebiegen

von Büroklammern?

Zur EUROPOL-Immunitätenregelung ist zunächst folgendes anzumerken:

Zunächst wurde diese Immunität für EUROCOPS nicht - obwohl dies selbst gem. Art. 41 EPK möglich gewesen wäre - auf zivilrechtliche Aspekte (wie das Steuerrecht) beschränkt, sondern betrifft insbesondere die juristische Verfolgbarkeit von Straftaten, derer EUROCOPS verdächtigt werden.

Zweitens soll - so heißt es offiziell - EUROCOPS Straffreiheit nur für Handlungen gewährt werden, die in Ausübung ihres Amtes vorgenommen worden sind. Private Verfehlungen sollen demnach nicht mitumfaßt werden. Allerdings, darauf wies Burkhard Hirsch hin: "Straftaten werden nie in rechtmäßiger Ausübung eines Amtes begangen. Jede Straftat ist mit der Überschreitung von Befugnissen verbunden." (ZRP 2/98) Warum - so Hirsch weiter - werden im IP nicht auch solche Handlungen von der Strafbefreiung ausgenommen, die "in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Überschreiten amtlicher Befugnisse" erfolgen? Daß hierauf bei EUROPOL im Unterschied zu Immunitätenregelungen der WEU bzw. des Europarats verzichtet worden ist , schürt eher den Verdacht, daß eben diese Grauzone, auf die es angeblich bereits in der polizeilichen Praxis ankommt, ganz bewußt der justiziellen Kontrolle entzogen werden sollte.

Drittens: Aufrund der derzeitigen Aufgabenstellung wird EUROPOL vorrangig auf dem Gebiet der Informationsverarbeitung tätig sein. Ziel soll die Erarbeitung von strategischen Tiefenanalysen über grenzüberschreitende Kriminalitätsphänomene sein. Die Bundesregierung meinte, es bestehe keine Rechtsschutzlücke und damit auch kein Grund zur Aufregung. EUROCOPS könnten nämlich gem. Art. 32 Abs. 2 EPK dann strafrechtlich verfolgt werden, wenn sie gegen ihre dienstlichen Verschwiegenheits- und Geheimhaltungspflichten verstoßen. Dagegen hat die Bundesregierung in §8 ihres Gesetzes zur EPK (BT-Drs. 1377391) selber festgeschrieben, daß eine Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes, eine Verletzung des Briefgeheimnisses oder das rechtswidrige Ausspähen von Daten (§§201, 202, 202a StGB), also Straftaten durch EUROCOPS im Bereich der Informationsgewinnung, durch kein Gericht verfolgt werden dürfen - ein Widerspruch in sich selbst, der bis zum Schluß von der Bundesregierung nicht aufgelöst werden konnte - oder sollte.

Darüber hinaus - so argumentierte Bonn weiter - hätte der Direktor von EUROPOL gem. Art. 12 Abs. 2 IP die Strafbefreiung einer/s Beschäftigten aufzuheben, wenn deren/dessen Immunität "verhindern würde, daß der Gerechtigkeit genüge" geschehe. Dies allerdings nur in den Fällen, in denen dies "ohne die Schädigung von Interessen von EUROPOL" möglich ist. Auch bei scharfem Nachdenken ist keine Fallkonstellation denkbar, in der ein strafrechtliches Ermittlungsverfahren gegen einen EUROCOP nicht mit der Schädigung von EUROPOL-Interessen verbunden sein könnte. Insofern handelt es sich bei dieser Klausel um einen klassischen Gummiparagraphen, der zudem kaum justiziabel sein dürfte.

Zweifel eines

geleimten Baugutachters

Um sich nicht dem Vorwurf der vollständigen Ignoranz auszusetzen, einigten sich die ParteienvertreterInnen der Großen Inneren-Sicherheits-Koalititon bei den Innenausschuß-Beratungen der EUROPOL-Konvention darauf, daß sie zwar die Europol-Konvention im Schnellverfahren durchgewinkt haben, eine Anhörung zum Immunitätenprotokoll (am 20. Januar 1998) aber keinen Schaden mehr anrichten könne.

Fürwahr. Prof. Frowein, einer der führenden bundesdeutschen Völkerrechtler vom Heidelberger Max-Planck-Institut, erhob in seinem Gutachten zwar keine Bedenken gegen das IP. Die in der EPK selber vorgesehenen Rechtsschutzmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger, z.B. bei Auskünften über ihre bei EUROPOL gespeicherten Daten, aber widersprechen seiner Auffassung nach nicht nur deutschem Verfassungsrecht, sondern auch der Europäischen Menschenrechtskonvention. (2) "Aber leider wurde ja zur Konvention selber keine Anhörung durchgeführt", so Frowein auf der Anhörung. "Wäre ich früher gefragt worden, hätte ich Ihnen gesagt: so nicht!"

Auch Generalbundesanwalt Kay Nehm bemängelte die thematische Enge der Anhörung zum IP. Er fühle sich gewissermaßen "in die Rolle eines Bausachverständigen" gedrängt, der in einem "Votum über einen nur grob skizzierten Erweiterungsbau zugleich eine Abnahmefähigkeit des Gesamtgebäudes" attestieren soll, obwohl bei ihm das Konzept des Bebauungsplans ohnehin "gewisse Zweifel" hervorriefe.

Inhaltlich kritisierten der Generalbundesanwalt sowie der Vorsitzende des Deutschen Richterbundes, Rainer Voss, daß "in Zeiten eines zusammenwachsenden Europas strafrechtliche Vorrechte für Institutionen, wie

EUROPOL, ein Anachronismus" seien. "Ich vermisse", so Nehm, "ein wirkliches Argument für die Erforderlichkeit einer Strafbefreiung von EUROCOPS." Daß EUROPOL - so wie es der European Drug Unit-Koordinator Storbeck gerne darzustellen versucht - durch fingierte Anzeigen der Mafia lahmgelegt werden könnte, wollten weder der Richterbund-Vorsitzende, noch der bundesdeutsche Chefankläger glauben. Beide waren sich auch darin einig, daß die Kriterien für eine Immunitäts-Aufhebung durch den EUROPOL-Direktor "viel zu unbestimmt" seien. Da bestünden noch "eine Reihe von Auslegungs- und Abgrenzungsproblemen". Unterschiedlich allerdings die Schlußfolgerungen der beiden Sachverständigen. Der Generalbundesanwalt befand, daß - "zumal sich EUROPOL noch im Aufbruch befindet" - die vorgeschlagene Immunitäten-Regelung "gerade noch hinnehmbar" sei.

Richter Voss machte massive verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Eine Änderung des IP sei unumgänglich.

Bemerkenswert, wie offen auch aus Polizeikreisen Kritik geäußert wurde. Prof. Heuer von der Polizeiführungsakademie Hiltrup hatte rechtsstaatliche Bedenken im Hinblick darauf, daß die Unterstützung von Ermittlungsverfahren nationaler Polizeien durch EUROPOL unter den Bedingungen des Immunitätenprotokolls die ohnehin schon bedenklich weitgehende tatsächliche Ermittlungsherrschaft der Polizei verschärfen würde. Hermann Lutz, Vorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), monierte, daß in der europäischen Innenpolitik ein demokratisches Defizit bestünde, weil die polizeiliche Zusammenarbeit im Rahmen der 3. Säule des Maastrichter Vertrages verankert und damit alleinige Angelegenheit der Regierungen bleibe. Auch nach Inkrafttreten der EPK könne, so Lutz, nur von einer "mittelbaren parlamentarischen Kontrolle" gesprochen werden.

Knackpunkt:

"operative Aktivitäten"

Den ohnehin schon geringen parlamentarischen Einflußmöglichkeiten bei der Errichtung von EUROPOL wurde bei der Unterzeichnung des Amsterdamer Vertrages im Juni 1997 die Krone aufgesetzt. Noch bevor der eigentliche Ratifizierungsprozeß über die EUROPOL-Konvention in den Parlamenten der EU-Mitgliedstaaten begonnen hat, hatten sich die europäischen Regierungschefs schon darauf geeinigt, EUROPOL weitere Kompetenzen zu übertragen. In Art. 30 Abs. 2 a) des nach Amsterdam konsolidierten EU-Vertrages von Maastricht soll EUROPOL spätestens in fünf Jahren operative Befugnisse bekommen.

Was ist nun aber unter "operativen Kompetenzen" zu verstehen? Und welche rechtlichen Konsequenzen ergeben sich hieraus, insbesondere in Hinblick darauf, bei welchen rechtswidrigen dienstlichen Handlungen EUROCOPS straffrei ausgehen sollen?

Es zeigte sich, daß selbst auf der Innenausschuß-Anhörung unter den Sachverständigen allseits Unklarheit herrschte.

Nach Darstellung des derzeitigen EDU-Koordinators Storbeck handelt es sich bei EUROPOL nicht um eine Polizeibehörde mit Vollzugsaufgaben im Sinne der deutschen Strafprozeßordnung. Es würden keine strafverfahrensrechtlichen Maßnahmen durchgeführt. EUROPOL sei lediglich unterstützend tätig, indem es Ersuchen der nationalen Polizeibehörden erfülle. Storbeck sieht EUROPOL nur als einen unselbständigen Erfüllungsgehilfen.

Solange EUROPOL keine eigenständigen Ermittlungsverfahren führt, ist auch ein einheitliches europäischen Straf- bzw. Strafprozeßrecht (und damit ein Weisungsrecht bzw. eine Übertragung der Sachleitungsbefugnis auf die Staatsanwaltschaften der jeweiligen Mitgliedstaaten) aus Storbecks Sicht unnötig.

Gleichwohl werden nach den Worten Storbecks heute bereits "operative Unterstüzungsleistungen" von der EUROPOL-Vorläuferbehörde, der EDU, durchgeführt: Dies betreffe nicht nur die Bereitstellung technischen Personals und Ausrüstung, sondern auch die gemeinsame Koordination von Ermittlungen, speziell bei der Durchführung kontrollierter Lieferungen. (3)

Die durch den Amsterdamer Vertrag neu hinzukommenden "operativen Aktivitäten" hatte Storbeck schon frühzeitig folgendermaßen umschrieben:

- Unterstützung nationaler Polizeien seitens EUROPOL durch Information, taktische Beratung, Bereitstellung sonstiger Mittel, ggf. Personal;

- Koordinierung der Ermittlungsarbeiten nationaler Polizeien seitens EUROPOL, Begleitung kontrollierter Lieferungen, Initiativrecht für parallele nationale Ermittlungen nach der Vergabe durch EUROPOL;

- Zusammenstellung gemischter Polizei-Teams aus EUROPOL und nat. Polizeien zu sog. Task Forces. (Deutsche Polizei 2/97)

Aus Storbecks Sicht wird durch den Amsterdamer Vertrag letztlich nur die bisherige Praxis nachträglich legalisiert. Durch die vorgesehene Kompetenzerweiterung entstünde im Hinblick auf die Immunitätenregelung kein Handlungsbedarf - solange EUROPOL keine "exekutiven Befugnisse" erhält. Dann allerdings gelte die Strafbefreiung für EUROCOPS nicht mehr, und das Protokoll müßte neu verhandelt werden. (4)

Evaluierungsklausel

als Beruhigungstablette

Aus der Sachverständigen-Anhörung ist klar hervorgegangen, daß EUROPOL schon heute (insbesondere bei den kontrollierten Lieferungen) operativ tätig ist.

Unklar ist jedoch nach wie vor, was unter dem Begriff "operative Aktivitäten" eigentlich zu verstehen ist und wie er von "exekutiven Kompetenzen" abgegrenzt werden soll. Wenn es im Maastrichter bzw. Amsterdamer Vertrag heißt, daß EUROPOL Ermittlungsarbeiten nationaler Polizeibehörden ggf. in sog. gemeinsamen Teams "erleichtern, unterstützen und fördern" soll, so ist sich zu vergegenwärtigen, daß bei EUROPOL das gesamte Polizeiwissen der EU konzentriert und analysiert werden soll. Durch dieses Informationsgefälle zwischen EUROPOL und den Polizeibehörden der Mitgliedstaaten entsteht unweigerlich Herrschaftswissen. Frage: wo endet die altruistische "Unterstützungsarbeit" der EUROCOPS und wo beginnen sie qua ihres Wissensvorsprungs Ermittlungsverfahren eigenständig zu steuern bzw. zu führen. Wer führt hier dann wen am Gängelband? Solange diese und andere Fragen nicht beantwortet sind, steht aber auch in den Sternen, wann die jetzige Immunitätenregelung außer Kraft gesetzt, wann nachverhandelt werden muß - und von wem.

So konnte z.B. auch nicht geklärt werden, welche rechtlichen Schritte erforderlich sind, um EUROPOL die erwünschten "operativen Kompetenzen" zu übertragen. Art. 30 Abs. 2 des EU-Vertrages spricht sybillinisch davon, daß der Ministerrat dies "ermöglichen" soll. Aber kann er das ganz alleine? Muß, wenn - nach Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages - EUROPOL "operative Kompetenzen" übertragen werden, die EPK geändert werden - zumal, wenn EUROPOL dies nicht als Kompetenzerweiterung, sondern lediglich als nachträgliche rechtliche Absicherung einer bestehenden polizeilichen Praxis begreift? Nur bei einer Konventionsänderung könnte der Bundestag ein Mitbestimmungsrecht und Neuverhandlungen über das Immunitätenprotokoll einfordern. Oder hat der GdP-Chef Lutz recht, daß die Immunitätenregelung nicht bei Änderung der EPK, sondern erst dann ausläuft, wenn der Unionsvertrag, also der Vertrag von Maastricht/Amsterdam geändert würde?

Die Experten gaben sich ratlos. "Im Moment", so der bereits zitierte Frowein, "bin ich außerstande zu sagen, inwieweit sich eine Einschaltung der Parlamente hierbei automatisch ergibt" (S. 53 vorläufiges Anhörungsprotokoll)

Gutmeinende PolitikerInnen klammerten sich angesichts all dieser Unwägbarkeiten an den Strohhalm, der ihnen von seiten der Bundesregierung hingehalten wurde. Angeblich auf beherztes Drängen Bonns wurde nämlich in das IP mit Art. 17 eine sog. Evaluierungsklausel eingefügt. Demnach gilt die Immunitätenregelung nur für die derzeit gültige Fassung der EPK. Sollte die EPK geändert und EUROPOL neue oder andere Aufgaben zugewiesen werden, so soll die Immunitätenregelung einer Begutachtung unterzogen werden. Eine derartige Evaluierung soll auf jeden Fall zwei Jahre nach Inkrafttreten des IP durchgeführt werden.

Auf der Anhörung wurde diese Evaluierungsklausel einer oberflächlichen Kritik unterzogen. So meinten der Richterbund-Vorsitzende Voss und der Bundestagsvize Hirsch, die Evaluierungsklausel "überzeuge nicht. Die Erfahrung zeigt, daß es schwer ist, Vorrechte wieder rückgängig zu machen."

Tatsächlich ist die Evaluierungsklausel löchrig wie ein Schweizer Käse. Denn die jetzt beschlossene Regelung zur Strafbefreiung von EUROCOPS gilt nur, solange die EUROPOL-Konvention nicht geändert wird. Sofern

EUROPOL aber die erhofften "operativen Kompetenzen" auch ohne Konventionsänderung zugewiesen werden könnten, würde die Immunitätenregelung unbeschadet fortbestehen.

Zwar sollen EUROPOL innerhalb der kommenden fünf Jahre "operative Kompetenzen" übertragen werden. Sollte dies aber mehr als 24 Monate in Anspruch nehmen (oder entsprechend hinausgezögert werden), läuft die zeitliche Befristung der Evaluierungsklausel (zwei Jahre nach Inkrafttreten des IP) ins Leere.

Aber auch wenn die EPK verändert würde, erlischt die Immunitätenregelung nicht automatisch, sondern wird nur einer Bewertung unterzogen.

Und wer führt diese Bewertung durch? Auch dies ist vollkommen unklar. Art. 17 IP legt lediglich fest, daß diese Begutachtung unter Aufsicht des Verwaltungsrates von EUROPOL erfolgen soll. Letztlich werden sich die EUROCOPS also gegenseitig die Unbedenklichkeit ihrer Strafbefreiung bescheinigen können.

Überhaupt handelt es sich bei dieser Evaluierung um eine ergebnisoffene Überprüfung. Alle Sachverständigen - allen voran der Generalbundesanwalt - waren sich im Innenausschuß einig, daß die vorliegende Immunitätenregelung dann inakzeptabel wird, wenn EUROPOL operative Aktionen durchführen soll. "Deutliche Korrekturen" wären dann unumgänglich.

Bei einer Begutachtung der Immunitätenregelung durch den EUROPOL-Verwaltungsrat müssen derlei verfassungsrechtliche Bedenken in keiner Weise Berücksichtigung finden. Die Damen und Herren Abgeordneten sahen sich noch nicht einmal dazu imstande, eine Protokollnotiz in das Ratifizierungsverfahren des IP aufzunehmen, derzufolge bei einer Übertragung "operativer Kompetenzen" auf EUROPOL einer überarbeiteten Immunitätenregelung aus der Sicht des Grundgesetzes nur dann zugestimmt werden könnte, sofern Staatsanwaltschaften gegenüber EUROPOL ein Weisungsrecht eingeräumt werde, ihnen also die Sachleitungsbefugnis übertragen wird.

Da diese Klarstellungen offenbar nicht gewollt waren, werden wir im Zuge der Kompetenzerweiterung von EUROPOL in der Neuverhandlung des IP exakt vor derselben Situation wie heute stehen: daß sich deutsche PolitikerInnen nicht trauen, notfalls auch im Alleingang ein Veto gegen offenkundig verfassungswidrige und demokratieschädliche Verselbstständigung der europäischen Polizei einzulegen. Eine Ausweitung der Strafbefreiung von EUROCOPS auf nationale Polizeibehörden hat der EDU-Koordinator Storbeck in einem SZ-Interview schon mal angedacht: "Vielleicht kommen wir ja, wenn die Gefährdungen für nationale Polizeien steigen, auch zu ähnlichen Immunitätsregelungen." (SZ, 10. 10. 97)

Ulla Jelpke (MdB)/Mark Holzberger

Anmerkungen:

1) vgl. Heiner Busch, Außer Rand und Band - Europol ohne Datenschutz und demokratische Kontrolle,in: Tatort Europa. Asyl und Innere Sicherheit in der EU, Hrsg Initiative gegen das Schengener Abkommen, 1997, Bonn. Zu beziehen über: Büro Ulla Jelpke, Reuterstr. 231, 53113 Bonn

2) Die fehlerhafte Erhebung, Speicherung, Verarbeitung und Übermittlung von EUROPOL-Daten kann nur durch die sog. Gemeinsame Kontroll Instanz (GKI) überprüft werden. Nur sie ist berechtigt, Ablehnungsbescheide von EUROPOL gegen Auskunftersuchen von BürgerInnen wieder aufzuheben. Hierfür ist aber eine 2/3-Mehrheit der GKI-Mitglieder erforderlich. Die Entscheidungen der GKI können gerichtlich nicht überprüft werden.

Hiergegen äußerte Frowein in seinem Gutachten "schwerwiegende verfassungsrechtliche" Bedenken: Die GKI ist kein Gericht. zudem ist die GKI kein von EUROPOL unabhängiges Gremium (Vielmehr berät sie EUROPOL, z. B. bei der Errichtung von Analysedateien. Auf deren Rechtmäßigkeit kann es aber bei Auseinandersetzungen um die EUROPOL-Auskunftspraxis gerade ankommen). Drittens ist das Erfordernis 2/3-Mehrheit für das Überstimmen einer Verwaltungsentscheidung (durch EUROPOL) dem deutschen Recht fremd (hier sind derartige Anforderungen an eine qualifizierte richterliche Mehrheitsentscheidung nur dazu möglich, um das Individuum und nicht um die Verwaltung zu schützen). Und schließlich kommen von auskunftsuchenden BürgerInnen angerufene nationale Gerichte aufgrund der Unersetzlichkeit der EUROPOL-Archive weder an EUROCOPS als ZeugInnen, noch an EUROPOL-Daten heran. Eine

Überprüfung, inwiefern den Gerichten diese ZeugInnen bzw. Daten zurecht vorenthalten werden, ist damit gerichtlich nicht überprüfbar.

3) Damit gemeint sind "Lieferungen" von Drogen, Fahrzeugen, nuklearen Materialien, die von Polizei, V-Leuten oder per Technik überwacht werden. Dadurch sollen neue Erkenntnisse gewonnen werden.

4) Für den Vertreter der Polizeiführungsakademie Heuer stand außer Frage, daß die Datenverarbeitungspraxis von EUROPOL grundrechts-relevant ist, daß es sich somit bei EUROPOL heute schon um eine Eingriffsverwaltung handelt. Der Völkerrechtler Frowein stellte in der Anhörung darüber hinausgehend klar, daß nach deutschem Recht eine "Unterscheidung zwischen ‚exekutiven Handlungen und anderen hoheitlichen Tätigkeiten`" - wie sie Storbeck vertritt - "nicht existiere". Der Bereich des polizeilichen Eingriffs sei nun einmal - nicht zuletzt durch die gerichtliche Rechtsprechung - so weit gezogen worden: ein "Problem, daß keiner unser europäischen Nachbarstaaten kennt." (S.78 vorläufiges Anhörungsprotokoll)

Ohne auf den Charakter des strittigen Begriffs selber einzugehen, hatte der Generalbundesanwalt in seinem Gutachten festgestellt, daß die vorliegende Immunitätenregelung dann inakzeptabel wird, wenn EUROPOL operative Aktionen durchführen soll. Wichtig: auch die bloße Unterstützung derselben kann nach Ansicht Nehms bereits exekutive Wirkungen zeigen. Eine derartige Fortführung der Immunitätenregelung würde zwischen EUROPOL und den nationalen Polizeibehörden zu einem nicht-hinnehmbaren "polizeilichen Zwei-Klassenrecht" führen. Zudem sei die Rolle des EUROPOL-Direktors "ersichtlich nicht dazu angetan, operative Unterstützungsmaßnahmen wirksam zu kontrollieren". "Deutliche Korrekturen", wie z.B. ein Weisungsrecht der Staatsanwaltschaften gegenüber EUROPOL, wären dann dringend erforderlich. Andernfalls würde bei EUROPOL eine "Zone minderer Kontrolldichte" entstehen. Der GdP-Chef Lutz definierte in seinem Gutachten "operative Aktivitäten" aus deutscher Sicht als "Teilhabe an hoheitlichem Handeln" und "Befugnis zum Eingriff in Bürgerrechte" (also Festnahme, Durchsuchung, Anwendung unmittelbaren Zwangs und letztlich Schußwaffengebrauch). Obwohl eine europäische Polizeibehörde ohne operative Kompetenzen nach Ansicht von Lutz wenig Sinn mache, handele es sich bei EUROPOL nach dem derzeitigen Stand um eine bloße "Verwaltungsbehörde ohne Vollzugsbefugnis".

39. Gernika und die Geschichtsfälscher. ARDMagazin unterstützt rechte "Entmythologisierer"

ARD-Magazin unterstützt rechte "Entmythologisierer"

Autor: Hubert Brieden · Rubrik: Medien; Geschichte des Faschismus · CD-Datei: daten/aksuche/ak414/14.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:14

Am 19. April sendete das ARD Magazin Kulturweltspiegel anläßlich des 61. Jahrestages der Zerstörung Gernikas durch die deutsche Legion Condor einen Filmbeitrag, mit dem zum ersten Mal via Fernsehen die seit Jahren andauernde Kampagne von Rechten und Neonazis zur Relativierung des Bombardements der baskischen Stadt während des Spanischen Bürgerkrieges unterstützt wurde.

Schon in der Anmoderation des Beitrages wurde deutlich, was die Redaktion mit dem Filmbeitrag bezweckte. Originalton Kulturweltspiegel: "Der Angriff auf Gernika ging als barbarischer Akt in die Zeitgeschichte ein. Es gibt auch Kritiker dieses Mythos; Fragen, Gegenfragen."

Mit der Verwendung des Begriffs "Mythos" zur Bezeichnung der Zerstörung Gernikas durch die deutsche Luftwaffe machte sich der Moderator das zentrale Schlagwort des Legion-Condor-Fans Siegfried Kappe-Hardenberg zu eigen, der vor elf Jahren ein Buch mit dem programmatischen Titel veröffentlichte "Ein Mythos wird zerstört. Der Spanische Bürgerkrieg, Guernica und die antideutsche Propaganda".

Kappe-Hardenberg behauptet: Bei der Bombardierung von Gernika habe es sich lediglich um den Angriff auf eine Brücke gehandelt, mit dem Ziel, die Rückzugslinien der baskischen Verbände zu unterbrechen. Aufgrund ungünstiger Windverhältnisse seien die Bomben irrtümlich auf die Stadt gefallen. Erst Picasso habe durch sein weltbekanntes Gemälde Gernika zum Mythos aufgeblasen. Dieser Mythos müsse endlich zerstört werden. Picassos Gemälde wird als billige Politpropaganda abgetan, die mit der Realität nichts zu tun habe.

Diesem doppelten Argumentationsschema - Relativierung der historischen Fakten und gleichzeitiger Angriff auf Picasso und sein Werk - folgte auch der Beitrag des Kulturweltspiegels. Zwar drehte man auch in Gernika, aber auf Interviews mit überlebenden Zeitzeugen wurde verzichtet. Statt dessen befragte man einen ehemaligen spanischen Luftwaffengeneral und Hobbyhistoriker, der die Behauptung wiederholte, Angriffsziel sei nur die Brücke gewesen. Eine nachweislich falsche Behauptung: Laut Tagebuch des damaligen Kommandeurs der Legion Condor, von Richthofen, sollten zur Unterbrechung der baskischen Rückzugslinien Angriffe auf Straßen, die Brücke und die Vorstadt geflogen werden. Da die Attacke eines Punktzieles mit den damaligen Zielgeräten schwierig war, griff die Legion Condor breit gestreut an und nahm die Zerstörung der Stadt billigend in Kauf. Obwohl die Brücke nicht getroffen worden war, schätzte die Führung der Legion Condor den Angriff als "vollen Erfolg der Luftwaffe" ein, denn die meterhohen Schuttmassen blockierten die Straßen genauso wirkungsvoll.

Zwar wird im Film des Kulturweltspiegels nicht die alte Franco-Propaganda wiederholt, die Basken hätten die Stadt selbst angesteckt - eine Mitschuld an der Zerstörung trügen sie aber doch, denn die Feuerwehr aus Bilbao sei erst in der Nacht angekommen. Außerdem seien nur 30 Häuser durch Bomben zerstört worden, der Rest sei aufgrund der ungünstigen Windverhältnisse verbrannt. Verschwiegen wird: Die Deutschen warfen nicht nur Spreng-, sondern auch Brandbomben. Baskische Zeitzeugen berichten, es seien mehr Brand- als Sprengbomben geworfen worden. Laut von Richthofens Tagebuch habe ein Drittel der Bombenzuladung aus Brandbomben bestanden. Der Kommandeur der Legion Condor schätzte den Angriff auf Gernika gerade wegen der effektiven Kombination von Brand- und Sprengbomben als "vollen technischen Erfolg" ein. Kein Wort davon im Kulturweltspiegel.

Tote habe es kaum gegeben, behauptet der interviewte spanische Luftwaffengeneral, er habe in den Archiven und Sterberegistern jedenfalls nicht allzu viele Namen von Opfern finden können. Welch Wunder: Viele Tote wurden in Massengräbern beigesetzt und Todesdaten später von den Franco-Behörden systematisch gefälscht, so daß die genaue Zahl der Toten bis heute unbekannt ist. Kein Wort davon im Kulturweltspiegel.

Da in Gernika laut Kulturweltspiegel nichts Besonderes passiert ist, kann Picasso also durch das Bombardement von Gernika nicht zu seinem Gemälde inspiriert worden sein; er habe alles schon seit Jahren

im Kopf gehabt und seine Bildmotive bei anderen Künstlern abgekupfert. Suggerierte Schlußfolgerung: Das Gemälde "Guernica" ist von Anfang an eine Fälschung, eine Propagandalüge, Picasso ein Plagiator.

In Gernika erhalte man diese Lüge nur zu gerne aufrecht, schließlich profitiere man davon und habe 3 Millionen Mark aus der Bundesrepublik erhalten. Die Opfer der deutschen Wehrmacht werden so nachträglich verhöhnt und als Schnorrer diffamiert.

Die Redaktion des Kulturweltspiegels macht sich nicht nur die Argumentation von Alt- und Neonazis zu eigen, sondern fälscht auch in ähnlich plumper Weise die Geschichte. Mit der Vernichtung des "Mythos von Guernica" sollen der Einsatz deutschen Militärs in Spanien gerechtfertigt, die deutsche "Soldatenehre" wiederhergestellt und deutsche Auslandskampfeinsätze positiv umgewertet werden.

Der Redaktion des Kulturweltspiegel dürfte es vermutlich aber auch um ein kurzfristiges Ziel gegangen sein: Wenige Tage nach der Sendung stand im Bundestag ein Antrag zur Abstimmung, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, anläßlich des 61. Jahrestages der Bombardierung Gernikas endlich ein Zeichen der Versöhnung zu setzen und sich zu "Schuld und Verantwortung der Deutschen" zu bekennen.

Die Abstimmung am Freitag, dem 24. April, endete mit einer Groteske. Desinteressiert an einer "Geste der Versöhnung" waren die Bonner ParlamentarierInnen bis auf einige wenige bereits ins Wochenende gefahren, so daß die PDS den Ergänzungsantrag durchbringen konnte, "Mitgliedern der Legion Condor nicht weiter ehrendes Gedenken zuteil" werden zu lassen. Für diesen Antrag stimmten 10 Parlamentarier der PDS und der Bündnisgrünen, 5 Unions-Abgeordnete votierten dagegen, die 10 verbliebenen Sozialdemokraten enthielten sich.

"Bundestag bittet um Verzeihung. Parlament entschuldigt sich bei Opfern in Guernica", titelte die Frankfurter Rundschau nach dieser Sternstunde des Parlamentarismus. So kann man es auch sehen.

Hubert Brieden

Literatur:

- Brieden, Hubert / Dettinger, Heidi / Hirschfeld, Marion; "Ein voller Erfolg der Luftwaffe", Die Vernichtung Gernikas und deutsche Traditionspflege, Wunstorf-Pforzheim-Bonn, Neustadt 1997

- Maier, Klaus A.; Guernica 26.4.1937, die deutsche Intervention in Spanien und der "Fall Guernica", Freiburg 1975

40. Quelldatei 15.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/15.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:15

LeserInnenbriefe

Neues Abo

Da mir die Beiträge sehr gefallen und interessant sind, abonniere ich ak für ein Jahr.

Besonders informativ ist der Terminkalender. Schon beim ausgeschriebenen Antirassismustag in Erfurt bin ich dabei. Jedoch könnte ak eine radikalere Position beziehen und der Platz für Leserbriefe größer angelegt werden. Es sollte doch in sozialistischem Interesse stehen, daß sich so viele wie möglich zu Wort melden und ihre Meinung und Tatsachen in die Öffentlichkeit tragen. Denn es gibt schon genügend, die ohne eigene Meinung (Wissen), fremde Thesen verbreiten.

Mit solidarischen Grüßen

Susanne A.

Betr.: Kambodscha - Metapher des Dämonischen, ak 413

Rote Khmer

Da wird von "scharfen sozialen Konflikten" gesprochen, wo es sich um Massenmord handelt; da heißt es, vorsichtig in Klammern gesetzt, daß "all jene städtischen Elemente [...] denunziert wurden", wo es heißen müßte: deportiert und massakriert! Da wird rechtfertigend "das historische Dilemma der Roten Khmer" und "die mörderische US-Politik" "zu bedenken gegeben".

Welche Gründe gibt es, mit den Roten Khmer zu sympathisieren und den Massenmord zu rechtfertigen? Wie wäre wohl die Reaktion, wenn derart apologetisch über einen Völkermord im Namen rechter Ideologie berichtet werden würde?

Da ist doch immer noch die Schere im Kopf vorhanden: wenn einer sich auf den Kommunismus beruft, sich vermeintlich "linkem" Vokabular bedient oder gegen den US-Imperialismus kämpft, dann werden Folter, Massenmord und der Horror der "killing fields" nicht so direkt beim Namen genannt und vor allem die - ja durchaus vorhandene - Mitschuld der anderen betont. Dieser Horror mag ja von unterschiedlicher Seite propagandistisch ausgenutzt werden, aber er war ja einfach Fakt, ob uns das paßt oder nicht! Oder möchte jemand behaupten, daß all die Berichte nur - meinetwegen von der CIA - ausgedacht wurden?

Natürlich muß man sich mit den Ursachen beschäftigen und auch die Fakten benennen, wo die anderen Beteiligten Blut an den Fingern haben, aber man muß sich auch - und als "Linker" ganz besonders - diesem Horror im Namen des Kommunismus stellen und sich damit beschäftigen, wie so etwas möglich war.

Wenn wir allerdings so wie in diesem Artikel mit einem Teil der Geschichte des Kommunismus umgehen, was werfen wir dann eigentlich unserer Großelterngeneration in bezug auf Nationalsozialismus vor?

Herzliche Grüße

Carmen L.

41. Quelldatei 36.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/36.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:36

Kalender

Jüdische ArbeiterInnenbewegung

Als Rahmenprogramm zur gleichnamigen Ausstellung führt das Museum der Arbeit in Hamburg vom 6.5. bis 26.7. eine Veranstaltungsreihe unter dem Titel "Selbstbehauptung und Utopie. Jüdische Arbeiterbewegung, Rosa Luxemburg und Hamburg" durch. Am 10.5., 11.00h, spricht Feliks Tych im Rahmen einer Sonntags-Matinée über "Rosa Luxemburg und die Bolschewiki in der russischen und der deutschen Revolution 1917-1919". Am 20.5. referiert Mario Keßler über "Sozialismus und Zionismus". Über den jüdischen Arbeiterbund ("Bund") sprechen Jack Jacobs und Gertrud Pickhan am 10.6. "Organisationen, Intellektuelle und die ‚Massen`" ist das Thema einer Podiumsdiskussion am 28.5. mit Micha Brumlik, Michel Friedman, Inge Marßolek, Peter von Oertzen, Karl Heinz Roth und Frank Teichmüller.

Hamburg, 6.5. bis 26.7., 19.00h, Maurienstr. 19

Gewaltfreies Leben in Larzac

Aus der Besetzung eines Bauerhofes 1975 im Rahmen des regionalen Widerstandes gegen einen Truppenübungsplatz im französischen Larzac ist inzwischen ein Zentrum zur Forschung und Bildung der Sozialen Verteidigung geworden. Hervé Ott, einer der vier Kriegsdienstverweigerer, die damals diesen Hof besetzt haben, referiert auf Einladung des Jugendclub Courage in Oberhausen über die Geschichte und die aktuelle Konzeption und Arbeit dieses Zentrums.

Oberhausen, 12.5., 20.00h, Fripoli im Druckluft-Haus, Am Förderturm 27

Der Nürnberger Ärzteprozeß

Mit Fragen von Kontinuität und Bruch in der Ideologie und Praxis medizinischer Forschung beschäftigt sich die Hamburger Veranstaltungsreihe zum Nürnberger Ärzteprozeß, die von Klaus Dörner, Heidrun Kaupen-Haas, Angelika Ebbinghaus und Karsten Linne koordiniert wird. Am 13.5. referieren Gerhard Baader, FU Berlin über "Die ärztliche Mentalität vom Heilen und Vernichten" und Heidrun Kaupen-Haas und Angelika Ebbinghaus, Hamburg, über nationalsozialistische Gesundheitspolitik im "Mustergau Hamburg". Rolf Winau, FU Berlin, spricht am 20.5. über Menschenversuche in der Medizin. Am 27.5. steht das Thema "Medizin und Ethik am Beispiel der Angeklagten im Nürnberger Ärzteprozeß im Zentrum der Referate von Ralf Seidel und Klaus Dörner. Zur "aktuellen gesundheitspolitischen Entwicklung im historischen Vergleich" diskutieren am 17.6. Klaus Dörner, Winfried Kahlke, Heidrun Kaupen-Haas, Frank Ulrich Montgomery, Karl Heinz Roth, Udo Schagen und Michael Wunder.

Hamburg, 13.5., 20.5., 27.5., 10.6., 17.6., jeweils 19.00h, Hörsaal C im Philosophenturm, Von-Melle-Park 6

Entwicklungspolitische Diskussion

Im Rahmen der Reihe "Entwicklungspolitische Leitbilder im gesellschaftlichen Wandel" referiert am 13.5. Karl Wolfgang Menck vom Hamburger Weltwirtschaftlichen Archiv über "Leitbilder in der Entwicklungspolitik". Am 20.5. diskutieren dann Christian Stock vom Informationszentrum 3. Welt Freiburg und Annekathrin Linck von der Heinrich-Böll-Stiftung Berlin über den entwicklungspolitischen Diskurs der 90er Jahre.

Hamburg, 13.5. und 20.5., jeweils 19.30h, Werkstatt 3, Nernstweg 32

Rechte Tendenzen in der Ökologiebewegung

Die Verbindung der ökologischen Frage mit Forderungen nach Einwanderungsstopp, nach weltweiten Militäreinsätzen oder nach bevölkerungspolitischen Maßnahmen findet sich mittlerweile nicht mehr nur am rechten Rand. Der Antifa-Arbeitskreis an der Fachhochschule Düsseldorf und die Uni-Antifa der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf thematisieren dies im Rahmen einer Diskussionsveranstaltung mit Oliver Geden, freier Journalist und Buchautor.

Düsseldorf, 14.5., 20.00h., ZAKK-Studio, Fichtenstr. 40

Solidarische Gesundheitspolitik

Alternativen gegen den herrschenden Kahlschlag im Gesundheitswesen sollen auf einem Kongreß diskutiert werden, den das Forum für kritische Sozial- und Gesundheitspolitik in Düsseldorf organisiert. Von Fragen der medizinischen Ethik über die Zukunft der Sozialen Sicherung bis zu den Themen Arbeitsplatz, Gesundheitswesen, Pflege, Arbeitsschutz oder Frauen und Gesundheit reicht das Spektrum der Foren und Arbeitsgruppen.

Düsseldorf, 15./16.5., Heinrich Heine Universität

Mexiko-Solidarität

Der Arbeitskreis Internationalismus und die Lateinamerika-Initiative Karlsruhe laden zu einer "Fiesta Latina" ein. Neben Info-Ständen, Ausstellungen und viel Musik gibt es einen Ton-Dia-Vortrag zur momentanen Situation in Mexiko und zur zapatistischen Bewegung.

Karlsruhe, 16.5., 18.00h., NCO-Club, Delawarestr./Erzbergerstr.

Haschrebellen und Bewegung 2. Juni

Auf Einladung des Autonomen Zentrums Marbach diskutieren Ralf Reinders und Ronald Fritzsch über die militante subkulturelle Strömung der "68er-Bewegung", über die Radikalisierung von Kiffern und Hippies und über die Entstehung der "Bewegung 2. Juni".

Marbach, 17.5., 20.00h, Jugendhaus Marbach

1968 - 30 Jahre danach

"1968 - Das Leben ändern, die Welt verändern", so lautet eine Veranstaltung des ASTA der Uni Bonn zusammen mit dem Buchautor und Verleger Lutz Schulenburg (Edition Nautilus).

Bonn, 28.5., 19.30h, Lesehalle Mensa Nassestr. 11

Frauen 1848 und 1933

Die herrschende Geschichtsschreibung negiert die Rolle von Frauen als historisch handelnde Subjekte. Die Galerie Morgenland stellt sich diesem Geschichtsbild in zwei Veranstaltungen entgegen. Am 28.5. referiert Inge Grolle über Fraueninitiativen in der 1848er Revolution, die hier als aktive Kämpferinnen die erste Phase einer Frauenbewegung begründeten. Am 4.6. geht es um Täterinnen im Nationalsozialismus. Gegen das gängige Bild vom Opfer beschreibt Haide Manns weibliche Karrieren im NS-System.

Hamburg, 28.5. u. 4.6., jeweils 19.30h, Galerie Morgenland, Sillemstr. 79

Kupfer-Abbau in Westpapua

Seit 1969 beutet der US-Konzern Freeport McMoran eine der größten Kupferminen der Welt in Westpapua aus. Auf einem Konzessionsgebiet von der Größe Schleswig-Holsteins werden Wälder abgeholzt, Flüsse verseucht und die Zerstörung der Lebensgrundlagen mit Militäreinsätzen abgesichert. Ein beträchtlicher Teil des dort abgebauten Kupfers wird von der Norddeutschen Affinerie in Hamburg weiterverarbeitet. Die Hafengruppe Hamburg-Dritte Welt organisiert dazu eine Film- und Informationsveranstaltung. Gezeigt wird u.a. der Dokumentarfilm "Mit den Bäumen sterben auch die Menschen" von M. Enger. Der Filmemacher ist während der Veranstaltung anwesend.

Hamburg, 4.6., 19.30h, Kölibri, Hein-Köllisch-Platz 12

Zukunft der Arbeit

Welche politischen Ansätze und Antworten gibt es angesichts prekärer Beschäftigungsverhältnisse, Massenerwerbslosigkeit, informeller Subsistenzökonomie und neoliberaler Deregulierungsstrategien? Welche emanzipatorischen Begriffe von "Arbeit", Existenzrecht und Existenzsicherung müssen entwickelt werden? Fragen, die auf einem Wochenendseminar des Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) zwischen GewerkschafterInnen, AktivistInnen aus Erwerbsloseninitiativen und InternationalistInnen

sowie VertreterInnen antirassistischer Gruppen diskutiert werden sollen. Die Teilnahmegebühren betragen 80 DM bzw. 60 DM für BUKO-Mitgliedsgruppen; Fahrtkosten werden anteilig erstattet. Anmeldung über: BUKO-Geschäftsstelle, Nernstweg 32, 22765 Hamburg

Bonn, 12.-14.6.

Medien, Macht, Demokratie

In Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Erziehungswissenschaften der Universität Frankfurt führt die Initiative Informationsgesellschaft, Medien, Demokratie ihren zweiten Kongreß zum Thema "Machtfragen der Informationsgesellschaft" durch. Neben einer Vielzahl von Foren referieren Rudi Schmiede von der TH Darmstadt und die HBV-Vorsitzende Margret Mönig-Raane über das Verhältnis von Informationsgesellschaft und Sozialstaat, Stefan Krempl von der Europa-Universität Franfurt/Oder über "Das System Bill Gates" und Herbert Kubicek, Universität Bremen, über Medien- und Telekommunikationspolitik in der Ära Kohl. Die Teilnahmegebühren betragen 80 DM bzw. 25 DM für Erwerbslose und Studierende. Anmeldungen über: Rainer Rilling, Postfach 543, 35017 Marburg

Frankfurt, 12.-14.6., Universität Frankfurt

Marxistische Werttheorie

Unter dem Einfluß neoricardianischer Kritik an der Wert-Preis-Transformation gilt heute vielen kritischen Ökonomen die Marxsche Werttheorie als widerlegt oder überflüssig. Die Relevanz des sog. "Transformationsproblems" für die marxistische Werttheorie und die politischen Implikationen werden auf einer Fachtagung der Forschungsgruppe Politische Ökonomie an der Philipps-Universität Marburg diskutiert. Kontakt über: Kai Eicker-Wolf, Philipps-Universität Marburg, Institut für Politikwissenschaft, Wilhelm-Röpke-Str. 6. 35032 Marburg

Marburg, 27./28.6., Kanada-Raum der Universitätsbibliothek Marburg

42. Quelldatei 38.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/38.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:38

Repression

"Under pressure" heißt der Titel der neuen Arranca, in der es vor allem um die Entwicklung eines erweiterten Repressionsbegriffes geht. Der Schwerpunkt wird mit dem Artikel "Repression - Perspektiven eines schwierigen Begriffs" eingeleitet. Die Gruppe FelS ("Für eine linke Strömung") diskutiert darin das linke Repressionsverständnis und kritisiert vor allem, daß die eigene Stärke oft an der Schärfe der Repression bemessen wird: "Viel Feind - viel Ehr." Dabei fällt meist unter den Tisch, daß nicht Linke, sondern heute vor allem MigrantInnen und Flüchtlinge von der staatlichen Verfolgung betroffen sind. Das JournalistInnenbüro Gerbera erläutert in Anlehnung an die postmodernen Theoretiker Foucault und Deleuze den Übergang von der Strafgesellschaft, in der ein klar umrissener Repressionsapparat öffentlich den Strafvollzug praktizierte (Pranger, Hinrichtung), zur Disziplinargesellschaft, in der die Unausweichlichkeit der Strafe und die permanente Überwachung zu Selbstdisziplinierung und -kontrolle führen soll (Wohngruppenvollzug im Knast Weiterstadt). Mehrere Beiträge sind der Repression gegen MigrantInnen und Flüchtlinge gewidmet. Darin wird neben der geplanten Flüchtlingskarawane durch die BRD auch die Kampagne "Kein Mensch ist illegal" vorgestellt. Weitere Artikel zu den Themen Zwangszuweisung einer geschlechtlichen Eindeutigkeit bei Intersexuellen, aktueller Sicherheitsdiskurs in der BRD-Öffentlichkeit, Sportlichkeits- und Fitnesszwang und Strafverfolgung der Linken ergänzen den Schwerpunkt Repression.

Am Ende der Arranca steht ein Aufruf in eigener Sache: Die Gruppe FelS bereitet für den Januar 1999 eine europäische Konferenz zum Thema "Für Existenzgeld und eine radikale Arbeitszeitverkürzung. Zur Kritik der Lohnarbeitsgesellschaft" vor. Ein Text der Sozial-AG zum vereinten Europa und seinen Konsequenzen für die Sozialpolitik soll die Diskussion anregen.

Arranca! Nummer 14, Frühling 1998, 80 Seiten, 7 DM, c/o Schwarze Risse, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin, www.nadir.org/nadir/initiativ/periodika/arranca

Europas neue Grenzen

Die Zeitschrift Bürgerrechte & Polizei/CILIP ist im März 20 Jahre alt geworden. Herzlichen Glückwunsch! Manche Themen von damals beschäftigen das Blatt heute noch. Redakteur Heiner Busch erinnert in seiner redaktionellen Vorbemerkung an die illegale Abhöraktion gegen den Atomphysiker Klaus Traube - 1976 ein Skandal. Vor kurzem, schreibt Busch, wurde "die Methode durch eine Verfassungsänderung geadelt". Über die "Große Koalition der Inneren Sicherheit", die das ermöglichte, schreibt der Berliner Professor Martin Kutscha. Er zeigt, wie die Befugnisse der Polizei ständig erweitert werden. In welchem Umfang das geschieht, "hängt nicht (mehr) davon ab, ob das betreffende Bundesland von einer CDU/CSU- oder von einer SPD-Mehrheit regiert wird." Im Schwerpunkt des Heftes geht es um Europas neue Grenzen: das durch das Schengener Abkommen geschaffen "Kerneuropa", die angebliche Kontrollfreiheit an den Binnengrenzen, die zur Begründung für immer neue Sicherheitsmaßnahmen herhalten muß. Wie im ganzen Land per "Fahndungsschleier" eine "zweite Grenzlinie" aufgemacht wird, beschreibt Albrecht Maurer. Vorreiter ist Bayern, das schon 1994 "verdachts- und ereignisunabhängige Personenkontrollen" - die traditionell auf Staatsgrenzen beschränkt waren - per Gesetz erheblich ausweitete: auf Gebiete bis 30 km hinter der Grenze, Durchgangsstraßen und Einrichtungen des öffentlichen Verkehrs. Seit April ist auch München in die Schleierfahndung einbezogen.

Bürgerrechte & Polizei/CILIP 59 (Nr. 1/1998), Malteserstr. 74-100, 12249 Berlin, Tel. 030/7792462, Fax. 030/7751973, 104 Seiten, 14 DM

Zaire nach Mobutu

Im Frühling letzten Jahres wurde mit dem Mobutu-Regime eines der letzten nach-kolonialen Regimes des afrikanischen Kontinents gestürzt. Mobutu wurde während seiner Herrschaft zu einem der reichsten Männer der Welt. Sein Vermögen, das auf 100 Milliarden US-Dollar geschätzt wird, kam zum größten Teil aus den Finanztöpfen von Weltbank, IWF und westlichen "Entwicklungshilfe"- Ministerien. Zaire gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Die Hoffnung auf Wohlstand, die vor 30 Jahren mit der Unabhängigkeit verbunden war,

wurde bitter enttäuscht. Wenig verwunderlich ist, daß viele Menschen mit der neuen Regierung der Demokratischen Republik Kongo unter Kabila wiederum Hoffnungen verbinden. Anders als zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit funktionieren heute allerdings kaum staatliche Strukturen. Die Frage nach Bedingungen für "Wege in eine bessere Zukunft" wirft das neue Heft der Schriftenreihe Probleme des Friedens auf. Bei der Beantwortung kommen fast ausschließlich afrikanische Experten und Politiker zu Wort. Neben Berichten und Analysen zur politischen und wirtschaftlichen Situation und zur Lage der Menschenrechte im Land werden Interviews mit Kabila, Außenminister Karaha und Finanzminister Nanga dokumentiert. Aufgrund der desolaten Situation im Land erscheinen die Worte des ersten Präsidenten des Landes, Patrice Lumumba, in seiner Rede zur Unabhängigkeit 1960 geradezu aktuell. Er sprach damals vom Beginn eines neuen Kampfes, "eines edlen Kampfes, der unser Land zu Frieden, Wohlstand und Größe führen wird".

Schriftenreihe Probleme des Friedens Aufbruch im Herzen Afrikas? Kongo (Zaire), Hrsg. Pax Christi, Idstein, 1998, 155 Seiten, DM 19,80

Knackis blicken durch

Für den Leiter der JVA Fuhlsbüttel ("Santa Fu") in Hamburg, Jobst Poeninghausen, "lebt der Strafvollzug von der Auseinandersetzung, auch der öffentlichen". Mit dieser vergleichsweise moderaten Einstellung ihres "Herausgebers" und obersten Zensors hat die Gefangenenzeitung blickpunkt noch Glück. Trotzdem konnte sie erst nach sechs Monaten Pause im April wieder erscheinen - angeblich sei nicht genug Geld auf dem Spendenkonto gewesen. Über die Ein- und Ausgänge dieses von der Anstaltsleitung verwalteten Kontos wurde der blickpunkt-Redaktion jedoch keine Rechenschaft abgelegt. Konnte dieser Gängelung noch mit der Errichtung eines unabhängig geführten Spendenkontos begegnet werden, so gibt es andere Mißstände, die nicht so leicht abzustellen sind. Ein erster Schritt besteht darin, sie öffentlich zu machen. Die Zeitung widmet sich ausführlich den sich verschlechternden Bedingungen "drinnen"; es geht um die Rechte der Insassenvertretung, ärztliche Versorgung, Entlassungsvorbereitung, den alltäglichen Rassismus und die Inhumanität im Strafvollzug. Lesenswert ist auch das Interview mit dem Jugendrichter Joachim Katz über Jugendkriminalität. Der Richter erläutert den Unterschied zwischen Jugendstrafrecht und allgemeinem Strafrecht, wobei im ersteren Freiheitsentzug als letztes Mittel gilt. Katz weist das von Medien und Politikern erhobene Geschrei über angeblich zu milde Strafen zurück. Den hohen Rückfallquoten bei Strafgefangenen stellt er die "meistens ganz gut funktionierenden" erzieherischen Maßnahmen gegenüber.

blickpunkt, Gefangenenzeitung der JVA Am Hasenberge ("Santa Fu") Nr.4, April 98, Am Hasenberge 26, 22335 Hamburg; Tel. 040/59103-346, Fax. 040/59103-480; 12 Seiten, kostenlos

43. Quelldatei 41-bu.htm

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/41-bu.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:41-bu

BU 1 links oben:

Im Hamburger Seemannsclub "Duckdalben" trafen sich im Februar 1996 die Liberianer, die als blinde Passagiere an Bord des Schiffes Constantin D. nach Hamburg kamen, mit der Besatzung des Schiffes.

BU 2 rechts oben:

Photoautomat in der Hamburger Ausländerbehörde

BU 3 rechts unten:

Brief aus dem Untersuchungsgefängnis

BU 4 links unten:

Versicherungen schreiben vor, daß Schiffe vor dem Verlassen der Häfen anhand einer Checkliste nach blinden Passagieren durchsucht werden. Dabei werden auch CO2-Suchgeräte eingesetzt.

44. Blinde Passagiere

Es ist leichter

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/41.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:41

in den Himmel zu kommen

als nach Europa

Etwa 120 Menschen kommen jährlich als blinde Passagiere im Hamburger Hafen an. Das ist die offizielle Zahl, die von der Polizei angeben wird. Meist wurden sie schon auf See von der Besatzung der Schiffe entdeckt. Und sie hatten Glück, daß die Kapitäne dies ihren Reedereien meldeten. Wie viele blinde Passagiere auf See entdeckt werden und dann über Bord gehen - also ermordet werden - ist nicht abzuschätzen.

Kommen die blinden Passagiere im Hamburger Hafen oder in anderen europäischen Häfen an, so sind die Reedereien verpflichtet für ihre "Rückführung" zu sorgen. Das lassen die Reederein durch sogenannte P&I-Clubs erledigen. Dies sind Versicherungen, die nicht nur die Tickets für die blinden Passagiere besorgen, sondern auch Papiere für sie beschaffen. Schon allein aus Kostengründen liegt es nicht in ihrem Interesse, daß die blinden Passagiere ein Asylgesuch stellen und so ihre Aufenthaltsdauer hier verlängern. Daß es in diesem Geschäft zu "Ungereimtheiten" kommt, zeigen Marily Stroux und Reimer Dohrn weisen dies in ihrem Buch "Blinde Passagiere. Es ist leichter in den Himmel zu kommen als nach Europa".

Sie haben aber vor allem den Lebensalltag der blinden Passagiere in Hamburg in Wort und Bild dargestellt und ihre Erfahrungen mit der Unterstützung von blinden Passagieren zusammengetragen. Sie erzählen über die Hintergründe und Umstände der Flucht der stowaways - wie die Seeleute blinde Passagiere nennen. Das vorliegende Buch ist die erste Veröffentlichung in deutscher Sprache zu diesem Thema.

Marily Stroux, Reimer Dohrn, Blinde Passagiere - Es ist leichter in den Himmel zu kommen als nach Europa, Brandes & Apsel, Frankfurt 1998, 125 Seiten, DM 22,80

45. Der mit dem Papst tanzt

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/kubatit.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:kubatit

Mehr als drei Monate sind seit dem Papstbesuch auf Kuba vergangen; der Medienrummel ist längst vorbei. Zahlreich waren die DeuterInnen, nicht so die Deutungen. Worin sich alle InterpretInnen dieses historischen Zusammentreffens einig waren: Der Papstbesuch war ein politischer Schachzug der kubanischen Regierung.

So weit, so logisch. Uneinig war man sich bei der Ergebnisanalyse. Während die einen Castro schon im innenpolitischen Schachmatt wähnten, sagten die anderen die Rekatholisierung Kubas voraus. Links vom Mainstream bewunderten einige wenige die Raffinesse, mit der die kubanische Führung ihre Verbündeten wählt, während die meisten konsterniert oder belustigt die Köpfe schüttelten. Der sich wiederholenden Deutungen müde, beschlossen wir, unsere Analyse des Papstbesuches mit einer ersten Bilanz der politischen Effekte anzureichern und sie um einen Rückblick auf die Beziehung zwischen Staat und Kirche in Kuba zu erweitern. Das und Fidels Abschiedsrede an Karol

auf Seite 14

46. Investorenfreiheit gegen Frauenrechte

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/mies.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:mies

Oskar Lafontaine soll gesagt haben, er glaube, MAI (Multilaterales Abkommen über Investitionen) sei eine Sekte. Die BRD-Linke weiß es besser, und der Widerstand gegen die befürchtete Herrschaft der Konzerne wird nach den USA, Kanada, Holland und Österreich jetzt auch in der BRD lauter.

Seit 1995 verhandeln die OECD-Staaten unter Ausschluß der Öffentlichkeit das Abkommen, das die definitive Freiheit internationaler Investitionen absichern und ein nachhaltiges ökonomisches Wachstum garantieren soll. Deregulierung, Privatisierung und Globalisierung sind dabei die Zauberworte. Eine Ratifizierung des MAI wird auch in den OECD-Staaten zur Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen führen, in denen umwelt-, arbeits- und sozialrechtliche Standards nach unten angeglichen werden.

Das ist in den "Freien Produktionszonen" Asiens und Lateinamerikas schon lange Realität - und diese Realität betrifft vor allem Frauenarbeitsplätze. Deshalb liegt die Frage nahe, was das MAI für die bringt, die nach wie vor Verliererinnen der Weltwirtschaft sind: die Frauen. Die Ökofeministin und Soziologin Maria Mies analysiert die Konsequenzen des MAI für Frauen weltweit auf Seite 25

47. Ulrich Beck und die "soziale Frage"

CD-Datei: daten/aksuche/ak414/wiso.htm · Quell-ID: akarchiv5:ak:414:wiso

Fünf Millionen Erwerbslose werden zu einem politischen Problem. Innovative Lösungen sind angesichts der "Krise der Arbeitsgesellschaft" gefragt. Es schlägt die Stunde der postmodernen Soziologie. Ulrich Beck will drei Millionen neue Jobs durch "Bürgerarbeit" schaffen und gleichzeitig ein neues Gemeinschaftsgefühl herstellen. Bei PolitikerInnen von CDU bis Grünen treffen diese Vorschläge auf helle Begeisterung. Unbezahlt, ehrenamtlich und gemeinnützig sollen Arbeitslose fürs Gemeinwohl schuften. Bundesregierung und Arbeitgeberverbände wollen den Erwerbslosen mit "Kombi-Löhnen" zu Leibe rücken. SozialhilfeempfängerInnen sollen bei Erwerbstätigkeit mehr von ihrem Lohn behalten dürfen, um zusätzliche Anreize zur "Arbeitsaufnahme" zu bieten. Tatsächlich geht es aber um die Ausweitung von Niedrig-Lohn-Sektoren und eine verkappte Kürzung der Sozialhilfe. Und die Erwerbslosen selbst? Die allmonatlichen Protestkundgebungen unter Anleitung des DGB stagnieren. Gleichzeitig wächst angesichts radikaler französischer Vorbilder die Unzufriedenheit mit dem zahmen Auftreten des DGB als Wahlhelfer für eine künftige Regierung Schröder. Die gewerkschaftsunabhängigen Erwerbsloseninitiativen fordern vor allem eine radikale Arbeitszeitverkürzung und Existenzgeld. Zumindest die letztere Forderung haben seit einiger Zeit auch die Grünen aufgegriffen und jetzt in ein grünes Grundsicherungsmodell gegossen. Dieses soll vor allem "realitätstüchtig" sein.

- Zum aktuellen Boom "gemeinnütziger Arbeit" Seite 24

- Der "Kombi-Lohn" als verkappte Sozialhilfekürzung

Seite 22

- Eine Zwischenbilanz der Erwerbslosenproteste Seite 21

- Eine kritische Würdigung des grünen Grundsicherungsmodells Seite 23